

# A

## Abgeordnete

Die Bürgerinnen und Bürger einer Stadt oder eines Landes können nicht alle gleichzeitig darüber entscheiden, welche **Politik** gemacht wird. Sie wählen daher Frauen oder Männer in freien und geheimen **Wahlen (-> Wahlen)** für eine bestimmte Zeit als ihre Vertreter. Diese Abgeordneten gehören meist einer **Partei** an. Sie sollen im **Parlament** - das kann der **Bundestag (-> Deutscher Bundestag)**, der **Landtag**, ein Stadt- oder **Gemeinderat (-> Stadtrat / Gemeinderat)** sein - die Interessen ihrer Wählerinnen und Wähler vertreten und möglichst in deren Sinne entscheiden. Der wichtigste Teil der Abgeordnetenarbeit findet in Arbeitsgruppen und Ausschüssen statt. Dort wird beispielsweise beraten, wie die Jugend- oder Gesundheitspolitik aussehen soll. Die finanzielle Entschädigung für Abgeordnete, die für eine bestimmte Zeit ihren normalen Beruf nicht ausüben, nennt man "Diäten".

## Abschwung / Rezession

Die Wirtschaft eines Landes muss wachsen, damit sich das Land weiter entwickeln kann. Gibt es zeitweise keinen Zuwachs mehr, spricht man von "Stagnation", das heißt "Stillstand", "Stau". Wenn sich die **wirtschaftliche** Lage aber verschlechtert, die Wachstumskurve nach unten geht, befindet sich ein Land im Abschwung. Das wird auch "Rezession", auf Deutsch "Rückgang" genannt. Das heißt zum Beispiel, dass die Unternehmen weniger produzieren und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen. Die Zahl derjenigen, die vom **Staat** unterstützt werden müssen, steigt. Der Staat muss Schulden machen, kann sich nicht mehr um alle öffentlichen Aufgaben, zum Beispiel den Bau oder Ausbau von Verkehrswegen kümmern. Die **Regierung** versucht dann, mit den Mitteln der **Konjunkturpolitik** die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Zum Beispiel können die **Steuern** gesenkt werden, damit die Unternehmen in die Lage kommen, billiger zu produzieren, und die Menschen wieder mehr Geld in der Tasche haben, um mehr einkaufen zu können.

## Absolutismus

Heutzutage können Königinnen oder Könige zum Beispiel in England oder Spanien keineswegs alleine **politische** Entscheidungen treffen. Gewählte **Parlamente** und **Regierungen** bestimmen in diesen Ländern vor allem die Politik. Anders war dies in der Staatsform des Absolutismus, die sich nach dem Ende des Dreißigjährigen **Krieges** (1648) in **Europa** entwickelte und von der Französischen **Revolution** (1789) beendet wurde. Ein einzelner Herrscher, der **Monarch**, übte im Absolutismus die unumschränkte Herrschaft aus. Er stand über dem **Volk**, dessen Vertretern und allen **Gesetzen**, fühlte sich von Gott für diese Arbeit ausgewählt. Berühmt und charakteristisch für diese Herrschaftsform ist der Ausspruch des absoluten Herrschers Ludwig XIV., des so genannten „Sonnenkönigs“. Er verkündete: „Der **Staat** bin ich“ (auf Französisch, denn der König sprach Französisch: "L'état c'est moi")

## Adolf-Grimme-Preis

Seit 1964 wird der Fernsehpreis des Deutschen Volkshochschul-Verbandes an herausragende und vorbildliche Fernsehproduktionen vergeben. Benannt wurde der Preis nach Adolf Grimme und inzwischen kennt man diese begehrte Auszeichnung unter dem Namen "Adolf-Grimme-Preis". Zu diesem Fernsehpreis kommt seit 2001 der "Grimme Online Award" hinzu für deutschsprachige Websites von hoher Qualität. Unter den 22 Nominierten, welche die Jury aus 1300 Vorschlägen für diesen Preis ausgewählt hat und der am 2. Juni 2006 zum 6. Mal verliehen wird, ist auch die Kinderseite [www.hanisauland.de](http://www.hanisauland.de) der Bundeszentrale für **politische Bildung**. Weil wir neugierig sind, fragen wir: Wer war Adolf Grimme?

# A

Geboren wurde der Pädagoge und Politiker am 31. Dezember 1889 in Goslar, gestorben ist er am 27. August 1963 in Degerndorf am Inn. Nach Studium und Examen war Grimme ab 1924 Lehrer in Hannover, ab 1925 Schulrat in Magdeburg. Drei Jahre später wurde er **Beamter** im preußischen Kultusministerium. 1930 wurde er preußischer Kulturminister, verlor diese Stelle aber, nachdem die **Nationalsozialisten** die Macht in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** übernommen hatten. Seine **politische** Haltung und besonders seine Verbindungen zur Widerstandsgruppe "Rote Kapelle" brachten ihn während des Nationalsozialismus in **Konflikt** mit der Geheimen Staatspolizei. 1942 wurde Grimme verhaftet und saß bis Kriegsende 1945 im Zuchthaus. Dass er auch Flugblätter gegen das Regime geschrieben hatte, kam zum Glück nicht heraus. Es hätte ihn das Leben gekostet. Nach dem **Krieg** wurde Adolf Grimme **Kultusminister** von Niedersachsen und 1948 Generaldirektor des Nordwestdeutschen Rundfunks. 1973 wurde das nach Adolf Grimme benannte Medieninstitut im westfälischen Marl gegründet, das seit 1977 die jährliche Verleihung des "Adolf-Grimme-Preises" organisiert.

## Ältestenrat

Als Ältestenrat bezeichnet man eine Gruppe von Personen, die aufgrund ihres Alters und ihrer Erfahrung bei wichtigen Fragen gehört wird, die Empfehlungen gibt und bei Streitigkeiten vermittelt. Im **Deutschen Bundestag** gibt es einen Ältestenrat. Ihm gehören der **Bundestagspräsident (-> Bundestagspräsident/in)**, seine Stellvertreter sowie 23 **Abgeordnete** an, die von den verschiedenen **Fraktionen** benannt werden. Anders als man meinen könnte, müssen die Personen, die dem Ältestenrat angehören, nicht die ältesten Mitglieder im Bundestag sein. Ihre Aufgaben bestehen vor allem darin, die Termine der Bundestagssitzungen zu planen und bei Unstimmigkeiten zu vermitteln. Der Ältestenrat unterstützt den Bundestagspräsidenten bei der Führung seiner Geschäfte. Er kann Ratschläge erteilen, aber keine direkten Entscheidungen treffen.

## Agenda 21

1992 fand in Rio de Janeiro eine „Konferenz für **Umwelt** und Entwicklung der **Vereinten Nationen (-> UNO / Vereinte Nationen)**“ statt. Die 180 Teilnehmerstaaten sowie viele dort vertretene **nichtstaatliche Organisationen (-> Nichtregierungsorganisation (NRO/NGO))** beschlossen das Aktionsprogramm Agenda 21. Der Begriff „Agenda“ heißt „Tagesordnung“ und die Zahl 21 steht für das 21. Jahrhundert. Das Thema **Nachhaltigkeit** steht im Mittelpunkt des Programms und das bedeutet: Die Menschen sollen nicht mehr verbrauchen, als in der Natur nachwachsen kann. In der Agenda 21 werden die heute lebenden Menschen aufgefordert, ihren Bedarf zum Beispiel an **Energie** und anderen Rohstoffen nicht auf Kosten der späteren Generationen zu decken. Sie sollen auch nicht einfach die Urwälder abholzen und damit das Weltklima negativ beeinflussen, denn darunter werden vor allem die Generationen leiden, die nach uns kommen. Die Agenda 21 fordert auf über 300 Seiten und in 40 Kapiteln, dass in der Wirtschafts-, Umwelt- und **Entwicklungspolitik** der Gedanke der Nachhaltigkeit berücksichtigt wird.

## Agrarwende

Das Wort stammt aus dem Wahlprogramm der **Partei Bündnis 90/Die Grünen** aus dem Jahre 2002. Es sollte eine Erneuerung der Landwirtschaftspolitik (Agrarpolitik) eingeleitet werden, eine Wende sozusagen. Die Bewirtschaftung des Landes sollte sich in Zukunft nicht an Erträgen und Gewinn, sondern stärker am **Umwelt-** und Tierschutz ausrichten, ohne dass die Natur dabei zerstört würde. In den Nahrungsmitteln sollten keine gesundheitsgefährdenden Stoffe mehr zu finden sein und wir, die **Verbraucher**, sollten jederzeit darüber informiert werden, woher unsere Nahrungsmittel kommen und welche Inhaltsstoffe sie haben.

# A

## Aktien

Die Aktie (aus dem lateinischen "actio", das bedeutet so viel wie "Handlung") ist eine Urkunde. Sie bescheinigt ihrem Besitzer, dass er einen bestimmten Geldbetrag einem Unternehmen (einer Aktiengesellschaft oder kurz AG) zur Verfügung gestellt hat. Das hat er nicht aus Großzügigkeit getan, sondern weil er mit dieser Aktie bestimmte Rechte erwirbt. Zum Beispiel wird er Miteigentümer dieser AG und hat einen Anspruch auf einen Teil des Gewinns, den das Unternehmen erwirtschaftet. Wenn dieser Gewinn hoch ist, steigt auch der Wert der Aktien. Der Aktienbesitzer (Aktionär genannt) kann sie dann zu einem höheren Preis wieder verkaufen und so, besonders wenn er viele Aktien gekauft hat, eine Menge Geld verdienen. Wenn aber das Unternehmen keinen Gewinn, sondern Verluste oder gar Pleite macht, kann der Aktionär auch viel Geld verlieren.

Der Aktionär hat noch weitere Rechte. So kann er in der Jahreshauptversammlung des Unternehmens, von dem er Aktien, also Anteile hat, mitbestimmen, wie es weitergeht mit der AG. Er kann zum Beispiel mitentscheiden, ob der Vorstand seine Sache gut gemacht hat oder ob er abgewählt werden soll. Aktien und andere Wertpapiere werden an der Börse gehandelt.

## Amnestie

Aus dem Altgriechischen übersetzt heißt Amnestie „Vergessen“, "Vergebung". Im heutigen Sprachgebrauch bedeutet Amnestie, dass ein **Staat** bzw. dessen **Regierung** darauf verzichtet, Menschen, die eine bestimmte Straftat begangen haben, zu bestrafen. Bei der Amnestie geht es um alle Menschen, die eines bestimmten Vergehens schuldig sind. So wäre es theoretisch zum Beispiel denkbar, dass eine Amnestie für alle diejenigen erfolgt, die bisher ihre **Steuern** nicht korrekt gezahlt haben. Sie würden dann nicht mehr strafrechtlich verfolgt. Die Amnestie bezieht sich immer auf Taten, die in der Vergangenheit liegen. In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** kann eine Amnestie nur durch ein **Gesetz** („Straffreiheitsgesetz“) erlassen werden. Die Amnestie unterscheidet sich von der Begnadigung. Begnadigt werden immer nur einzelne Täter. In Deutschland kann nur der Bundespräsident jemanden begnadigen.

## amnesty international (ai)

Das ist der englische Name einer internationalen Organisation, die sich weltweit für die **Menschenrechte (-> Grundrechte / Menschenrechte)** einsetzt. Sie wurde 1961 in London gegründet. Amnesty international versucht Menschen in der ganzen Welt zu helfen, die aus **politischen**, weltanschaulichen oder religiösen Gründen verfolgt, bestraft und mit dem Tode bedroht werden. 1977 erhielt amnesty international, deren Mitglieder in mehr als 160 **Staaten** tätig sind, den **Friedensnobelpreis**. Jedes Jahr bringt ai einen Jahresbericht heraus, in dem aufgelistet wird, wo und wie auf dieser Welt die Menschenrechte verletzt werden. Im Bericht über das Jahr 2005 steht zum Beispiel, dass in über 140 Ländern der Welt Menschen **gefoltert (-> Folter)** und in 22 Ländern Todesurteile vollstreckt werden und dass 2 Millionen Mädchen jedes Jahr von Genitalverstümmelung bedroht sind. Die Jahresberichte benennen auch die Länder, wo Unrecht passiert. Beispielsweise wird der chinesischen **Regierung** die **Verfolgung (-> Exil)** und Inhaftierung von **Demonstranten** vorgeworfen. Die USA werden beschuldigt, im **Krieg** gegen den **Terror** im Irak und in Afghanistan **Gefangene** gefoltert zu haben. Auch dem Iran werden Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Der Begriff "**Amnestie**", von dem das englische Wort "amnesty" kommt, stammt ursprünglich aus dem Griechischen. Es bedeutet "Vergebung", "Vergessen".

# A

## Amt

Im Wort "Polizeibeamter" steckt das Wort "Amt". Das Wort entwickelte sich aus einer mittelalterlichen Sprache und hieß früher "Ambet" oder "Ammet". Es bedeutet, dass jemand bestimmte Aufgaben hat, die er für andere Menschen erledigt, wie es zum Beispiel der **Polizist** oder auch die Finanzbeamtin tut. Der **Beamte** hat also ein Amt. Man unterscheidet, ob das Amt hauptberuflich oder neben dem eigentlichen Beruf als so genanntes **Ehrenamt** ausgeübt wird. Wer hauptberuflich ein Amt ausübt, wird dafür bezahlt, für ein Ehrenamt wird man nicht bezahlt. Die Gebäude oder Diensträume, in denen die Menschen arbeiten, die ein öffentliches Amt haben, werden Ämter oder Behörden genannt. Wir kennen das Finanzamt und das Sozialamt. Wir hören oft vom Kanzleramt, wo der Regierungschef arbeitet. Denn die Arbeit des **Bundeskanzlers** ist auch ein öffentliches Amt und wird in einem dafür vorgesehenen öffentlichen Gebäude erledigt.

## Analphabet

Mit diesem Wort, das aus dem Griechischen kommt, wird ein Mensch bezeichnet, der weder lesen noch schreiben kann. Die meisten Analphabeten – es gibt weltweit über 1 Milliarde – leben in Asien, Afrika und Südamerika. Dort gibt es in vielen Ländern kein geordnetes Schulwesen, also auch keine **Schulpflicht**. Die Analphabeten hatten daher gar nicht die Chance, lesen und schreiben zu lernen.

Aber auch in hoch entwickelten Industrieländern gibt es trotz Schulpflicht sehr viele Menschen, die nicht oder nur teilweise lesen und schreiben können. Nach Schätzungen der **UNESCO** (das ist die Organisation der **UNO** für Erziehung, Wissenschaft und **Kultur**) können allein in den USA über 13 Prozent der Menschen, die über 17 Jahre alt sind, als Analphabeten bezeichnet werden. Und in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** sind es über drei Millionen Menschen, die auch nach der Schule nur wenig oder gar nicht lesen oder schreiben können.

## Anarchie

Das griechische Wort "anarchos" bedeutet übersetzt so viel wie "Herrschaftslosigkeit" oder "Gesetzlosigkeit". Eine **Gesellschaft**, in der Anarchie herrscht, ist eine Gesellschaft, in der niemand das Sagen hat. Hier gibt es keine **staatliche (-> Staat)** Gewalt, keine gewählten **Volksvertreter (-> Abgeordnete)** in einem **Parlament**, keine **Monarchie** oder irgendeine sonstige Herrschaftsform. Diejenigen, die eine Anarchie wollen (man nennt sie Anarchisten), treten für die totale **Freiheit** des Menschen ein. Es soll keine Regeln geben, keiner soll über den anderen herrschen und man soll nicht nach **Gesetzen** leben, die von anderen Menschen oder einer **Regierung** gemacht werden. Man kann sich aber vorstellen, dass in einer solchen Gesellschaft nur der Stärkste gewinnt und das Chaos herrscht.

## Anfrage (Kleine/Große)

**Abgeordnete (-> Abgeordnete)** im **Bundestag (-> Deutscher Bundestag)** wollen zum Beispiel von der **Regierung** wissen, wann das **Kindergeld** erhöht wird oder warum die Benzinsteuern steigen soll. Diese und ähnliche Fragen werden dann von mehreren Abgeordneten aufgeschrieben und der Regierung übergeben. Die Regierung muss darauf antworten. Wenn die Regierung die Fragen schriftlich beantwortet, handelt es sich um eine "Kleine Anfrage". Bei einer "Großen Anfrage" wollen die Fragesteller die Sache genauer wissen und darüber im Bundestag diskutieren. Dies geschieht dann in einer "Fragestunde" im Bundestag, wo jeder Abgeordnete das Recht hat, seine Fragen zu stellen und seine Meinung zu sagen. Mit diesen "Anfragen" soll besonders der **Opposition**, die ja, wie ihr wisst, nicht in der Regierung sitzt, die Möglichkeit gegeben werden, alle wichtigen

# A

Angelegenheiten im Bundestag genau zu besprechen und Entscheidungen der Regierung zu kontrollieren.

## Antisemitismus

Wenn Menschen **Juden (-> Judentum)** gegenüber feindlich eingestellt sind, nennt man das "Antisemitismus". Das kann sich in Beschimpfungen äußern, in Lügen, Erniedrigungen und Ungerechtigkeiten. Es kann sich aber auch in körperlicher Gewalt zeigen oder sogar in organisierter Massentötung, wie beim **Holocaust**, dem **staatlich** ausgeübten Massenmord an Juden im **Nationalsozialismus**.

Der Begriff "Antisemitismus" für "Judenfeindschaft" kam in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts auf. Er hat sich bis heute gehalten, obwohl "Antisemitismus" genau übersetzt eigentlich etwas anderes bedeutet. Die Semiten sind eine Volksgruppe, zu der alle Völker gehören, die semitische Sprachen sprechen. Eine semitische Sprache ist zum Beispiel Hebräisch – das ist die Sprache der Juden -, aber dazu gehören auch Aramäisch, Äthiopisch und Arabisch. Weil "anti" „gegen“ heißt, müsste sich Antisemitismus also gegen die Semiten richten. Tatsächlich bezeichnet der Begriff "Antisemitismus" aber die Abneigung oder Feindschaft gegenüber Juden, nicht aber gegenüber Arabern. In unserem **Grundgesetz** steht ausdrücklich, dass antisemitische Handlungen und Äußerungen verboten sind. Aber es gibt den Antisemitismus immer noch; besonders in Kreisen der **Neonazis (-> Rechtsextremismus)** werden judenfeindliche Parolen verbreitet oder an Wände geschmiert und jüdische Grabmale geschändet. Die Täter werden verfolgt und bestraft.

## Arbeitskampf

Angenommen, Arbeiter und Angestellte in der Autoindustrie fordern mehr Lohn oder wollen kürzere Arbeitszeiten und bessere Arbeitsbedingungen haben. Sie beauftragen die **Gewerkschaften**, also diejenigen, die ihre Interessen vertreten, mit den Unternehmern und deren **Verbänden (-> Interessenverbände)** über die Lohnerhöhung zu verhandeln. Wenn die Arbeitgeber Nein sagen, wenn sie sagen, das ist uns zu viel, das können wir nicht bezahlen oder mehr Urlaub oder kürzere Arbeitszeiten können wir nicht verkraften, dann gibt es einen **Konflikt**. Wenn es auch nach mehreren Verhandlungsrunden zu keiner Einigung kommt, beschließen die Arbeiterinnen und Arbeiter häufig, einige Zeit nicht zu arbeiten. Dann streiken sie.

Eine andere Form dieses Kampfes ist die **Aussperrung (-> Streik / Aussperrung)**. Dabei können die Firmenleitungen, also die Arbeitgeber, ihre Arbeiter und Angestellten für eine bestimmte Zeit von der Beschäftigung und den Lohnzahlungen ausschließen. Um einen Streik abzuwehren, drohen die Arbeitgeber manchmal mit der Aussperrung.

## Arbeitslosengeld

Wenn jemand seine Arbeit verliert und **arbeitslos (-> Arbeitslosigkeit)** wird, hat er für eine bestimmte Zeit Anspruch auf Arbeitslosengeld. Zurzeit gelten dafür folgende Regelungen:

Ausgezahlt wird das Geld von der Agentur für Arbeit. Bevor jemand Arbeitslosengeld (ALG I) beantragen kann, muss er vorher mindestens zwölf Monate lang gearbeitet haben. Er muss zudem von seinem Gehalt oder Lohn monatlich einen gewissen Betrag in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben.

Wie hoch das Arbeitslosengeld ist, hängt davon ab, wie viel der Arbeitslose vorher verdient hat. Und wichtig ist auch, in welcher persönlichen Situation der Arbeitslose lebt. Jemand, der zum Beispiel eine **Familie** zu ernähren hat, bekommt 67 Prozent vom früheren Lohn, Arbeitslose ohne Kinder erhalten 60 Prozent.

Das Arbeitslosengeld wird bis zu zwölf Monate lang bezahlt. Menschen, die 55 Jahre oder

# A

älter sind, erhalten es höchstens 18 Monate lang. Um aber überhaupt Arbeitslosengeld bekommen zu können, muss sich der Arbeitslose Mühe geben, eine neue Arbeit zu finden. Bietet die Arbeitsagentur dem Arbeitslosen eine zumutbare Arbeit an, muss der Arbeitslose diese Arbeit annehmen. Weigert er sich, bekommt er weniger Geld.

Neben dem so genannten Arbeitslosengeld I gibt es auch das Arbeitslosengeld II (ALG II). Dies können Menschen beantragen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind (Langzeitarbeitslose). Die Unterstützung durch das ALG II erhalten nur Arbeitslose, die das Geld auch brauchen. Das Motto lautet hier: Fordern und Fördern. Um festzustellen, wie viel Geld die Langzeitarbeitslosen genau bekommen, müssen sie in Fragebögen Auskunft über ihre Vermögensverhältnisse geben. Wer mehr besitzt als eine bestimmte festgelegte Summe (das ist der so genannte Freibetrag), muss erst dieses Vermögen verbrauchen, bevor er Anspruch auf **staatliche (-> Staat)** Unterstützung hat. Langzeitarbeitslose, die ALG II erhalten, müssen fast jede Arbeit annehmen. Wenn sie das nicht tun, wird ihr ALG II gekürzt. Wenn Jugendliche unter 25 Jahren sich weigern dies zu tun, bekommen sie möglicherweise gar kein Geld mehr. Die Arbeitsagentur betreut die Arbeitslosen, organisiert Bildungsmaßnahmen, an denen die Arbeitslosen teilnehmen.

## Arbeitslosigkeit

Wenn jemand entlassen wird, wird er oder sie arbeitslos. Für viele Menschen ist Arbeitslosigkeit eine schlimme Erfahrung. Sie haben das Gefühl, dass man sie nicht mehr braucht, obwohl sie noch arbeiten könnten und wollen. Außerdem haben sie nach der Entlassung viel weniger Geld als vorher, denn die **Arbeitslosenversicherung (-> Arbeitslosengeld)**, in die sie während ihrer Beschäftigung eingezahlt haben, zahlt nur ungefähr 60 Prozent ihres alten Gehaltes. Das gilt auch für diejenigen Menschen, die nicht von ihrem Arbeitgeber entlassen wurden, sondern von sich aus gekündigt und dann keine Arbeit gefunden haben.

Die arbeitslosen Frauen und Männer müssen sich in bestimmten Abständen bei der Agentur für Arbeit melden. Dort versucht man, neue Arbeit für sie zu finden. Melden sich die Arbeitslosen nicht, gibt es kein Arbeitslosengeld. Wenn die Zeit ohne bezahlte Arbeit länger als zwei Jahre dauert, gibt es noch weniger Geld. Je länger die Arbeitslosigkeit dauert und je älter die Menschen sind, die Arbeit suchen, umso schwieriger wird es, einen neuen Job zu finden.

Das Wort "Arbeit" hat sich aus dem Mittelhochdeutschen entwickelt, aus dem Wort "Arebeit". Das hieß vor ungefähr 700 Jahren "Mühe" oder "Not".

## Arbeitsmarkt / Arbeitsmarktpolitik

Der Arbeitsmarkt ist kein Platz, den man sehen oder besuchen kann wie einen Gemüse- oder Jahrmarkt. Man bezeichnet damit einen "virtuellen", also unsichtbaren und nur vorgestellten Ort, auf dem die Nachfrage und das Angebot von Arbeitskräften zusammentreffen. Wenn zum Beispiel in einem bestimmten Industriezweig, sagen wir auf dem Bau, Arbeiter und Ingenieurinnen gebraucht werden, versuchen die Firmen über die Agentur für Arbeit oder durch Stellenanzeigen die richtigen Leute zu finden. Auf dem Arbeitsmarkt wird auch über die Höhe der Löhne und Gehälter verhandelt und über die Arbeitsbedingungen. Damit nicht jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer alleine über den Lohn oder die Arbeitszeit oder auch die Zahl der Urlaubstage verhandeln muss, haben sich viele Arbeitnehmer in **Gewerkschaften** zusammengeschlossen, die ihre Interessen vertreten. Für unser Beispiel Bauindustrie wäre das die Gewerkschaft IG BAU (Industriegewerkschaft Bau Agrar Umwelt). So wie die Arbeitnehmer sich in den Gewerkschaften zusammenschließen, so schließen sich auch die Arbeitgeber in eigenen **Verbänden (-> Interessenverbände)** zusammen. Diese sollen dafür sorgen, dass auf dem Arbeitsmarkt die Interessen der Arbeitgeber berücksichtigt werden.

Mit Arbeitsmarktpolitik werden alle Maßnahmen bezeichnet, die das Angebot und die Nachfrage von Arbeitskräften regeln. Auf diese Weise soll verhindert werden,

# A

dass **Arbeitslosigkeit** entsteht oder - was auch passieren kann - dass es einen Mangel an Arbeitskräften gibt. Zur Arbeitsmarktpolitik gehört es auch, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass möglichst viele neue Arbeits- und Ausbildungsplätze entstehen können.

## Arbeitsrecht

Alle Frauen und Männer, die in einem Betrieb arbeiten oder in einer Behörde angestellt sind, also "abhängig beschäftigt" sind, haben auch bestimmte Rechte, die sie schützen sollen. Das ist zum Beispiel das Recht auf einen Arbeitsvertrag mit dem Arbeitgeber, in dem alle Bedingungen der Arbeit genau festgelegt sind. Dazu gehören die Regelungen über Lohn und Urlaubstage, über Arbeitszeit oder über Kündigungsgründe und -fristen. Auch gibt es im Arbeitsrecht eine Reihe von Bestimmungen über den **Jugendschutz**, über den **Mutterschutz**, über die Arbeit von Schwerbehinderten. Es gibt eine Vielzahl von **Gesetzen** im Arbeitsrecht. Die Anfänge des Arbeitsrechts reichen weit zurück bis ins 19. Jahrhundert. Damals sind die ersten Fabriken entstanden, in denen Menschen gearbeitet haben. Wenn ein Arbeiter oder eine Arbeiterin, ein Angestellter oder eine Angestellte sich ungerecht behandelt fühlen oder sie die Opfer eines eindeutigen Verstoßes gegen eine Bestimmung des Arbeitsrechtes sind, können sie vor einem **Arbeitsgericht (-> Gericht)** ihr Recht einklagen.

## Aristokratie

Aus dem Griechischen übersetzt heißt Aristokratie „Herrschaft der Vornehmsten“. Damit wird eine Staats- und Regierungsform bezeichnet, in der eine bestimmte Gruppe der Gesellschaft die Macht hat. Das können zum Beispiel Menschen sein, die über besonderen Reichtum verfügen oder auch solche, die aus besonderen Familien stammen und so genannte Privilegien (das sind Sonderrechte) haben. Aristokratien gab es in Athen und Sparta in den Jahrhunderten vor Christus. Auch in Rom regierten Aristokraten vom 6. bis 1. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung. In Japan herrschten von 800 bis 1200 nach Christus aristokratische Familien. Eine aristokratische Herrschaft steht im Gegensatz zur **Monarchie** sowie zur **Demokratie**. Aristokratische Elemente gibt es aber bis heute in manchen Demokratien. Das bekannteste Beispiel ist das englische Oberhaus, das einen Teil des englischen **Parlaments** bildet. Dort sitzen nur Menschen, die aus ausgewählten **gesellschaftlichen** Gruppen stammen wie dem Adel oder der Kirche. Wenn eine aristokratische Herrschaft nur dem Eigennutz einiger weniger Personen oder Familien dient, wird sie **Oligarchie** genannt. Mit „Aristokratie“ bezeichnet man heute in erster Linie die Angehörigen des Adels. Im Gegensatz zu früheren Zeiten haben sie in unserer Demokratie keine Sonderrechte mehr. Man erkennt sie häufig daran, dass sie einen Titel tragen oder ein „von“ zu ihrem Familiennamen gehört.

## Armut

In der Welt gibt es über 1 Milliarde Menschen, die nicht genug Nahrung, kaum Kleidung und keine Wohnung haben. Viele können nie zur Schule gehen. Diese Menschen leben in bitterer Armut. Die Armut hat viele Ursachen. Oft finden die Menschen keine Arbeit, weil es keine Arbeit gibt oder weil sie keine Ausbildung haben. Weitere Gründe sind schlechte Ernten durch Unwetter, fehlende **Rohstoffe (-> Energiepolitik)**, Überbevölkerung oder die Ausbeutung der Menschen durch die eigenen Herrscher oder durch fremde Mächte. Auch bei uns in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** leben viele Menschen in Armut. Unter den 7 Millionen Armen in Deutschland sind besonders viele alte Menschen, allein erziehende Frauen und Kinder. Die Hauptursache der Armut in unserem Land ist die hohe **Arbeitslosigkeit**. Der **Staat** versucht zum Beispiel durch Sozialhilfe, die schlimmsten Auswirkungen dieser Armut zu mildern.

# A

## Asyl

Das Wort kommt aus dem Griechischen und bedeutet so viel wie "Heim", "Unterkunft" und "Zufluchtsstätte". In vielen Ländern werden Menschen wegen ihrer religiösen oder **politischen** Überzeugungen verfolgt, verhaftet, **gefoltert (-> Folter)**, mit dem Tode bedroht oder sogar umgebracht. Deswegen fliehen viele Menschen und bitten in anderen Ländern um Asyl. Das heißt, sie möchten dort ohne **Verfolgung (-> Exil)** und Bedrohung leben und arbeiten. In vielen **demokratischen Staaten** steht in der **Verfassung**, dass der Staat Asyl gewährt. In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** heißt es zum Beispiel im Artikel 16 des **Grundgesetzes** (so nennt man die deutsche Verfassung): "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht".

## Attentat

Dieser Begriff stammt von dem lateinischen Wort "attentatum" ab, was "versuchtes Verbrechen" bedeutet. In unserem Sprachgebrauch beinhaltet dieses Wort aber nicht nur ein geplantes oder versuchtes Verbrechen, sondern auch einen ausgeführten **Anschlag (-> Terrorismus)** oder Mord. Attentäter wollen gewaltsam **gesellschaftliche** und **politische** Veränderungen nach ihren eigenen Vorstellungen herbeiführen. Die Opfer ihrer Anschläge sind meist prominente Personen aus der Politik, zum Beispiel Staatsoberhäupter, Regierungsmitglieder, aber auch Sportler und Sportlerinnen, Popstars, Richter, **Richterinnen** oder wichtige Mitglieder religiöser Organisationen. Hinter einem Attentat steht entweder eine einzelne Person, eine Gruppe oder eine Organisation – zum Beispiel eine **Widerstandsgruppe**, ein **Geheimdienst** oder eine **terroristische (-> Terrorismus)** Vereinigung. Manchmal wird ein Attentat auch aus religiösen Gründen gegen Menschen begangen, die einen anderen Glauben als die Täter haben. Attentate erfolgen oft unerwartet aus dem Hinterhalt. Die Täter benutzen außer Pistolen und Gewehren oft auch Bomben, die viele Menschen töten. So genannte Selbstmordattentäter sprengen sich inmitten ihrer Opfer selbst in die Luft, nehmen so ihren eigenen Tod in Kauf. Mittlerweile sind auch Verkehrsmittel wie Flugzeuge oder U-Bahnen oder Gebäude wie Synagogen, Bahnhöfe und Hochhäuser zum Ziel von Terrorgruppen geworden. Die Terroristen wollen mit der wahllosen Ermordung von Menschen politischen Druck ausüben. Der furchtbare Anschlag auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001 ist solch ein schreckliches Attentat der Terrorgruppe Al-Qaida gewesen, bei dem über 4000 Menschen starben.

Weitere Attentate:

März 44 vor Christus: Der römische Kaiser Julius Cäsar wird ermordet.

28. Juni 1914: Erzherzog Franz Ferdinand und seine Frau werden in Sarajevo erschossen. Dieses Attentat löste den **Ersten Weltkrieg** aus.

20. Juli 1944: Anschlag auf Adolf **Hitler (-> Nationalsozialismus)** durch Claus Graf Schenk von Stauffenberg, dem Vertreter einer Widerstandsgruppe von Offizieren der deutschen Wehrmacht. Der **Diktator** überlebte den Anschlag.

22. November 1963: John F. Kennedy, damaliger Präsident der Vereinigten **Staaten** von Amerika, wird in Dallas/Texas auf offener Straße erschossen.



# A

## Aufklärung

Ein bestimmter, zunächst unklarer Sachverhalt wird erklärt und dann aufgedeckt. Auch ein Verbrechen wird (hoffentlich) aufgeklärt. In der Schule gibt es im Fach Sexualkunde ebenfalls Aufklärung. Zusammenhänge, die ihr vorher noch nicht verstanden habt, sind euch dann deutlich geworden, ihr seid darüber aufgeklärt worden.

Mit dem Wort "Aufklärung" wird auch eine geistige Bewegung bezeichnet, die am Ende des 17. Jahrhunderts in **Europa** entstand. Diese Denkrichtung erklärte die Vernunft (Rationalität) des Menschen und ihren richtigen Gebrauch zum Maßstab allen Handelns. Nur das, was mit dem Verstand begründet werden kann, was beweisbar ist, kann als Richtschnur des eigenen Verhaltens dienen. Der Philosoph Immanuel Kant, einer der bedeutendsten Vertreter der Aufklärung, forderte: „Habe Mut, deinen Verstand zu gebrauchen.“ Die Aufklärer sagten, dass das Hauptziel aller Erziehung sein müsse, die Fähigkeiten des Verstandes auszubilden. Nur so sei ein **freiheitliches**, menschenwürdiges und glückliches Zusammenleben der Menschen möglich. Weitere wichtige Vertreter der Aufklärung im deutschsprachigen Raum neben Kant waren: in der **Politik** König Friedrich II. („Friedrich der Große“), in der Erziehung Johann Heinrich Pestalozzi, in der Literatur Gotthold Ephraim Lessing.

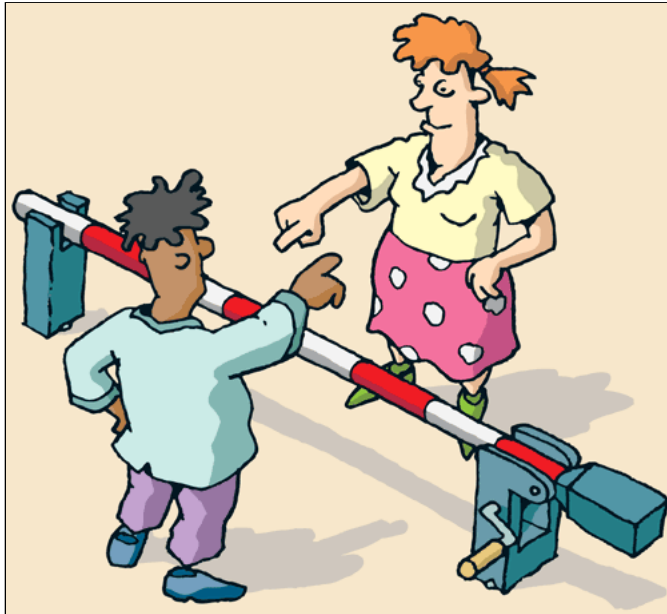
Im geistigen Leben des 18. Jahrhunderts breiteten sich die Ideen der Aufklärung in Europa und Nordamerika immer stärker aus, modernere Zeiten nahmen ihren Anfang. Denn mit zunehmenden bürgerlichen Freiheiten wurden die alten Mächte des **Feudalismus**, die sich auf die Tradition und die Autorität von Königen und Fürsten stützten, zurückgedrängt.

## Aufschwung

Wenn sich die **wirtschaftliche (-> Wirtschaft)** Gesamtlage eines Landes verbessert, spricht man von Aufschwung. Man kann ihn an verschiedenen Anzeichen erkennen: Die Arbeitslosenzahlen sinken, die Unternehmen bekommen wieder mehr Aufträge und produzieren mehr. Für den Aufschwung ist es auch wichtig, wie zum Beispiel **Politiker** und Unternehmer die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung einschätzen. Eine optimistische Einschätzung verbreitet Mut und Hoffnung, was sich auf das Verhalten von uns allen auswirken kann. Die Unternehmen investieren dann mehr Geld und die Menschen kaufen wieder mehr als vorher. Das beflügelt die Wirtschaft weiter, es wird noch mehr produziert, es entstehen mehr Arbeitsplätze, mehr **Steuern** kommen in die **Staatskasse**, die **Volkswirtschaft** erholt sich.

# A

## Ausländer/in



Ausländer sind wir alle - fast überall  
© Stefan Eling

In **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**) leben über 7 Millionen Männer, Frauen und Kinder, die keinen deutschen **Pass** haben. Alle Ausländerinnen und Ausländer, die in Deutschland leben, müssen sich an die deutschen **Gesetze** halten. Wenn Ausländerinnen oder Ausländer aus einem Land der Europäischen Union kommen, also zum Beispiel aus Frankreich, Italien oder England, haben sie fast die gleichen Rechte und Pflichten wie die deutschen Staatsbürger. Sie können arbeiten und wohnen, wo sie wollen. Anders ist es bei Menschen, die nicht aus **EU-Ländern** (-> **Europäische Union (EU)**) kommen, also zum Beispiel aus Amerika, Afrika oder Asien. Sie müssen beim Ausländeramt bestimmte Genehmigungen beantragen, etwa eine Aufenthaltserlaubnis und eine Arbeitsgenehmigung. Oder sie

müssen einen Antrag auf **Asyl** stellen, damit sie in Deutschland bleiben können. Seit 1991 gibt es das "Ausländerrecht". Es enthält alle Bedingungen, die den Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern regeln.

## Auslieferungsantrag

Angenommen, ein deutscher Staatsbürger flieht nach einer Straftat ins Ausland, um der **Verfolgung** (-> **Exil**) und Verurteilung durch deutsche **Gerichte** zu entgehen. Die deutschen Gerichte können dann im Ausland beantragen, dass der Straftäter an **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**) ausgeliefert wird. Dazu stellen sie einen Auslieferungsantrag. Die deutschen Gerichte bitten dabei das Land um Rechtshilfe, wie es in der Fachsprache heißt. Damit aber eine solche Bitte überhaupt erfolgreich sein kann, muss zwischen Deutschland und diesem **Staat** ein Auslieferungsabkommen bestehen. Es gibt internationale Verträge, in denen steht, in welchen Fällen die Auslieferung ausländischer Bürger rechtlich möglich ist. Ausländer, die in ihrem Heimatland **politisch** verfolgt werden und bei uns **Asylrecht** (-> **Asyl**) haben, können nicht einfach von Deutschland ausgeliefert werden. Bevor ein ausländischer Straftäter aus Deutschland an ein anderes Land ausgeliefert wird, muss immer erst eine gerichtliche Prüfung stattfinden. Ein Deutscher, der im Ausland eine Straftat begangen hat, aber in Deutschland lebt, darf nicht ins Ausland ausgeliefert werden. Das verbietet unser **Grundgesetz**. Er muss sich dann aber vor einem deutschen Gericht verantworten. Innerhalb der **EU** (-> **Europäische Union (EU)**)-Länder gibt es Ausnahmefälle, die durch **Gesetze** geregelt sind.

# A

## Aussiedler/in

Nach dem **Zweiten Weltkrieg** mussten viele Millionen Deutsche, die im Osten des ehemaligen Deutschen Reiches lebten, ihre Heimat verlassen. Etwa 12,3 Millionen **Vertriebene** haben sich im Gebiet der heutigen **Bundesrepublik Deutschland** niedergelassen. Doch nicht alle Deutschen sind aus den so genannten Ostgebieten **geflohen (-> Flüchtling)**. Es lebten noch weiterhin Millionen Menschen deutscher Abstammung in **Staaten** des ehemaligen Ostblocks, so in Polen, in der Sowjetunion und anderen Ländern. Ihre Vorfahren waren einst aus Deutschland ausgewandert. In unserem **Grundgesetz** steht, dass diesen Menschen die deutsche Staatsangehörigkeit zusteht. Sie können, wenn sie es wünschen, gemeinsam mit ihrer **Familie** für immer in die Bundesrepublik Deutschland kommen. So ist das im Bundesvertriebenengesetz geregelt. Die Aussiedler dürfen, wenn sie in Deutschland wohnen, sämtliche Rechte wahrnehmen, die allen Deutschen per **Gesetz** zustehen. Den Aussiedlern fällt es nicht immer leicht, sich in Deutschland einzugewöhnen, weil vieles für sie fremd und ungewohnt ist. Deshalb kommt es immer wieder zu **Konflikten**. Insbesondere die Jugendlichen, die kein Deutsch sprechen, haben es am Anfang oft sehr schwer. Deshalb werden unter anderem Sprachkurse angeboten, die den Aussiedler-Familien dabei helfen sollen, in Deutschland Fuß zu fassen.

## Autonomie

Im Griechischen bedeutet das Wort so viel wie „Selbstgesetzgebung“. Mit "Autonomie" wird demnach das Recht eines **Staates (-> Staat)**, einer Gruppe oder einzelner Menschen bezeichnet, seine Verhältnisse selbst zu regeln. Bei einem Staat bedeutet das, dass er in der Lage ist, sich seine **Gesetze** selbst zu geben, sich selber zu verwalten und **politische** Entscheidungen zu treffen, ohne dass sich andere Staaten einmischen. Wenn sich innerhalb eines Staates eine Organisation selbst verwalten und sich selbst Regeln geben kann, nach denen sie funktioniert, dann ist sie autonom (Fachleute sprechen dann von „innerstaatlicher Autonomie“). Zum Beispiel haben Städte und **Gemeinden**, auch **Gewerkschaften** oder Universitäten das Recht, ihre Angelegenheiten autonom zu regeln. Dabei müssen sie natürlich die geltenden Gesetze beachten.

Zur Ergänzung: Als „Autonome“ bezeichnen sich in der **Bundesrepublik Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** einige meist politisch links stehende Gruppen. Ihr Ziel ist es, in einer herrschaftsfreien **Gesellschaft (Anarchie)**, in der es keinerlei Autoritäten gibt, zu leben. Um ihre Ziele zu erreichen, schrecken sie oft auch vor Gewalt nicht zurück. So sieht man immer wieder so genannte Autonome, die bei **Demonstrationen** Steine werfen oder Schaufenster eintreten.

## Autoritäres System

Wenn ein Mensch sich allen anderen überlegen fühlt, wenn er weder Kritik noch Widerspruch zulässt, bezeichnet man ihn als autoritär. Wenn ein Jugendlicher meint, dass sein Vater immer alles bestimmt, kann er ihm vorwerfen: Du bist aber autoritär! Übertragen auf einen **Staat** würde das bedeuten: Eine Herrschaft, eine **Regierung**, die autoritär handelt, hindert **Parteien** oder Gruppen daran, **demokratisch** im Staat mitzuwirken. Eine autoritäre Herrschaft lässt keine anderen Meinungen zu und verhindert, dass **Zeitungen**, Fernsehen und andere **Medien** kritisch berichten können. Dies ist zum Beispiel in einer **Diktatur** oder in einem Staat der Fall, in dem nur eine einzige Partei, Gruppe oder **Familie** das Sagen hat und die **Opposition** verfolgt wird.

# A

Anmerkung: Das Wort "autoritär" wird meistens in negativem Sinne gebraucht. Eine "Autorität" dagegen ist jemand, der wegen seiner Stellung, seiner Kenntnisse und Leistungen ein besonderes Ansehen genießt. Eltern können das sein, auch Lehrerinnen und Lehrer, wenn sie als Vorbild für andere gelten können. Vielleicht kennt ihr ja in eurer Umgebung Menschen, die man als Autoritäten bezeichnen kann.

# B

## Bankett

Das Wort kommt aus dem Französischen und bedeutet "Festmahl" oder "Gastgelage". Wenn bei offiziellen und feierlichen Anlässen, wie zum Beispiel bei Staatsbesuchen, der König oder der Präsident eines Landes die hohen Gäste zum Abendessen einlädt, nennt man das zumeist "Bankett". Die Herren erscheinen im Frack, die Damen im langen Abendkleid, Reden werden gehalten und das Glas wird auf das Wohl der Gäste und der Gastgeber erhoben.

Der Vollständigkeit halber muss noch erwähnt werden, was Bankett auch noch bedeuten kann: Beim Straßenbau wird der Seitenstreifen zur Befestigung der Böschung oder zum Aufstellen von Leitplanken "Bankett" genannt.

Hin und wieder wird mit dem Wort auch eine Fußbank bezeichnet.

## Banknote

Banknote ist ein anderes Wort für "Geldschein". Die Banknoten werden als Zahlungsmittel verwendet. Damit sie möglichst nicht gefälscht werden können, haben sie besondere Sicherheitsmerkmale wie das Wasserzeichen oder einen Sicherheitsfaden.

## Bannmeile

Mit „Bannmeile“ ist ein bestimmter Umkreis um den Sitz von einigen Verfassungsorganen gemeint, in dem **politische Demonstrationen** und andere öffentliche Versammlungen grundsätzlich verboten sind. Diese Bannmeilen, man nennt sie manchmal „Bannkreis“, „Verbotzone“ oder „befriedeter Bezirk“, gibt es in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** um den **Bundestag (-> Deutscher Bundestag)**, den **Bundesrat**, das **Bundesverfassungsgericht** und um die **Parlamente** der Länder. Ausnahmen von diesem Verbot können in Absprache mit den Präsidenten des jeweiligen Verfassungsorgans für Volksfeste oder religiöse Feste gelten.

Warum gibt es diese Zonen? Die **Verfassungsorgane** sollen dadurch geschützt werden und ohne jeden direkten Druck durch die Bevölkerung, wie es zum Beispiel eine Demonstration wäre, arbeiten können. Übrigens gibt es bei **Wahlen** um die Wahllokale ebenfalls eine Art Bannmeile, in der jegliche Werbeaktionen der **Parteien** verboten sind. In der Regel hat dieser Bereich einen Radius zwischen 10 und 50 Meter.

Seit dem Mittelalter war der Bannkreis ein festgelegtes Gebiet rund um eine Stadt. Darin durften fremde Händler keine Waren anbieten, um so die Interessen der städtischen **Konkurrenz (-> Wettbewerb / Konkurrenz)** zu schützen. An den großen Markttagen allerdings wurde diese Bannmeile aufgehoben.

## B

### Barrel



Dieser Begriff kommt aus dem Englischen und bedeutet "Fass" oder "Tonne". "Barrel" ist eine Maßeinheit, die insbesondere bei der Erdölförderung von Bedeutung ist. Ein Barrel Rohöl sind 42 US-Gallonen oder 159 Liter. Auf dem Weltmarkt wird der Preis für Rohöl in US-Dollar pro Barrel angegeben.

© Stefan Eling

### Beamte

Jeder von uns kennt Beamte oder Beamtinnen, zum Beispiel **Polizisten**, Leute von der Stadtverwaltung, Lehrerinnen. Die meisten von ihnen sind Beamte oder „Staatsdiener“, wie manchmal gesagt wird. In diesem Wort steckt schon drin, was sie von anderen Berufsgruppen (Arbeitern oder Angestellten zum Beispiel) unterscheidet. Sie sind vom **Staat** (-> **Staat**) angestellt (das kann der **Bund** sein, ein **Bundesland** oder eine **Gemeinde**), sie sollen dem Staat dienen, „hoheitliche“ Aufgaben im Auftrag des Staates ausführen. Bei einem Polizisten oder Kriminalbeamten versteht man das sofort, auch beim Finanzbeamten, der schließlich dafür sorgt, dass der Staat unsere **Steuern** bekommt. Beamte haben besondere „Dienst- und Treuepflichten“. Sie müssen der **Verfassung** dienen und unparteiisch sein. Sie dürfen auch nicht, wie andere Arbeitnehmer, für mehr Lohn oder bessere Arbeitsbedingungen **streiken**. Sie haben, wie es heißt, dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen, also für uns alle da zu sein. Im Beamtenrecht stehen die **Gesetze** und **Verordnungen**, die für Beamte gelten. Auch wie Beamte bezahlt (besoldet) werden und wie viel Geld sie im Ruhestand bekommen, ist genau festgelegt.

# B

## Behinderte Menschen

Vielleicht habt ihr einen Mitschüler, der im Rollstuhl sitzt oder andere Hilfe braucht. Vielleicht begegnet ihr auf der Straße behinderten Nachbarn. Wahrscheinlich habt ihr auch schon von den „Paralympics“ gehört oder anderen internationalen Wettkämpfen des Behindertensports. Aber ziemlich sicher wisst ihr nicht, dass es alleine bei uns in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** fast sieben Millionen Menschen gibt, die mit einer schweren Behinderung leben. Etwa die Hälfte von ihnen ist über 65 Jahre alt. Dabei sind in dieser Statistik nicht einmal alle Betroffenen erfasst, sondern nur diejenigen, die einen Schwerbehindertenausweis bei der Behörde beantragt haben. Man sieht also, dass behinderte Menschen zu unserem Alltag gehören und eine große Gruppe in unserer **Gesellschaft** sind. Im **Grundgesetz** steht, dass niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden darf. Deshalb gibt es verschiedene Hilfen, um behinderten Menschen das Leben in der Gesellschaft, in der Schule und bei der Arbeit zu erleichtern. Im Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) aus dem Jahre 2002 sowie in weiteren **Gesetzen** und **Verordnungen** gibt es dazu genaue Vorschriften. Aber auch jeder Einzelne sollte sich darum bemühen, behinderten Menschen so gut es geht dabei zu unterstützen, sich im Leben zurecht zu finden.

Als Behinderungsarten gelten Körperbehinderungen, dauerhafte Schädigungen innerer Organe, Schädigungen beim Hören, Sehen oder Sprechen, geistige Behinderungen, psychische Behinderungen (zum Beispiel Suchtkrankheiten) und soziale Behinderungen wie Lernbehinderungen und Verhaltensstörungen. Allgemein gesagt heißt das, Personen sind behindert, deren Alltag und Teilnahme am Leben der Gesellschaft sehr erschwert ist. Genaue Festlegungen darüber, was als Behinderung zu gelten hat, stehen im "Sozialgesetzbuch". Die Deutsche Behindertenhilfe „Aktion Mensch“ ist die größte Organisation in Deutschland, die sich für die Aufklärung über die Situation von Behinderten und für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen einsetzt. Das Geld, das sie für ihre Arbeit braucht, sammelt sie über eine Lotterie und mit Spendenaktionen.

## Berliner Mauer

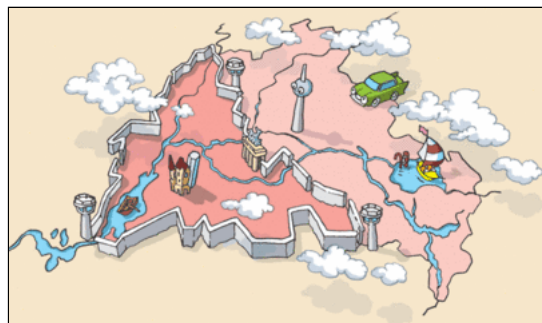
In der Nacht vom 12. auf den 13. August 1961 haben Grenzpolizisten der **DDR** damit begonnen, in Berliner Straßen das Pflaster aufzureißen, Barrikaden aus den Steinen zu errichten und quer durch die Stadt Stacheldraht zu ziehen. Sie bauten rund um West-Berlin eine drei Meter hohe, unüberwindliche Mauer. Dadurch wurde der westliche Teil Berlins von der DDR und Ostberlin abgetrennt. Wieso?

Um das zu verstehen, müssen wir etwas über den geschichtlichen Hintergrund wissen:

Der **Zweite Weltkrieg** endete 1945 mit der Niederlage der **nationalsozialistischen Diktatur**. Deutschland wurde in vier Besatzungszonen eingeteilt. Die **Hauptstadt** Berlin wurde von den vier Siegermächten USA, Sowjetunion, England und Frankreich gemeinsam verwaltet und in vier Bereiche, so genannte Sektoren, aufgeteilt. Von Anfang an gab es zwischen den Siegermächten große Spannungen und schon bald brach die **Koalition** der Siegermächte auseinander. Es kam zum **Kalten Krieg**.

1949 entstanden zwei deutsche **Staaten**: Im Westen die **Bundesrepublik Deutschland**, ein **demokratischer** Staat mit der vorläufigen Hauptstadt Bonn; im Osten die DDR, eine **kommunistische** Diktatur mit der Hauptstadt Ost-Berlin. West-Berlin stand unter dem Schutz der westlichen Siegermächte.

In den ersten Jahren der deutschen Teilung konnten die Menschen die **Grenze** zwischen der DDR und dem Westen noch ziemlich leicht überqueren. Das war besonders im geteilten



© Stefan Eling

## B

Berlin wichtig, da viele Menschen, die im Osten der Stadt wohnten, im Westteil arbeiteten. Die **wirtschaftliche (-> Wirtschaft)** Lage der DDR verschlechterte sich aber zwischen 1950 und 1960 zunehmend. Die Menschen in der Bundesrepublik (und in West-Berlin) erlebten dagegen einen wirtschaftlichen **Aufschwung**, es ging ihnen gut. Das führte dazu, dass viele Menschen die DDR verließen und im Westen blieben. Deshalb fehlten im Osten allmählich immer mehr Arbeitskräfte. So beschloss die oberste **Partei-** und Staatsführung der DDR, die Menschen daran zu hindern, die DDR zu verlassen. Sie ließen die Grenzanlagen befestigen und in Berlin im August 1961 die Mauer bauen. Die DDR errichtete entlang ihrer Grenze Wachtürme, von denen aus beobachtet wurde, ob Menschen das Land verlassen wollten. Außerdem wurden Minen verlegt, die die Menschen töteten, wenn sie berührt wurden. Dies war der so genannte Todesstreifen, der nachts von starken Scheinwerfern beleuchtet wurde.

Mit dem Mauerbau war der Osten Berlins total vom Westen abgeriegelt. Viele Familien wurden auseinandergerissen und konnten sich Jahrzehnte lang nicht mehr treffen.

Obwohl die Mauer als unüberwindbar galt, versuchten dennoch viele Menschen, aus der DDR zu fliehen und riskierten dabei ihr Leben. Mehr als 130 starben zwischen 1961 und 1989 an der Berliner Mauer. An der gesamten Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR starben fast tausend Menschen.

Die Berliner Mauer wurde erst nach dem 9. November 1989 abgerissen, nachdem die DDR zusammengebrochen war.

Am 13. August 1998 wurde in Berlin eine Mauer-Gedenkstätte in der Bernauer Straße eingeweiht. Sie besteht aus einem etwa 70 Meter langen, von Stacheldraht eingefassten Mauerrest.

## Betriebsrat

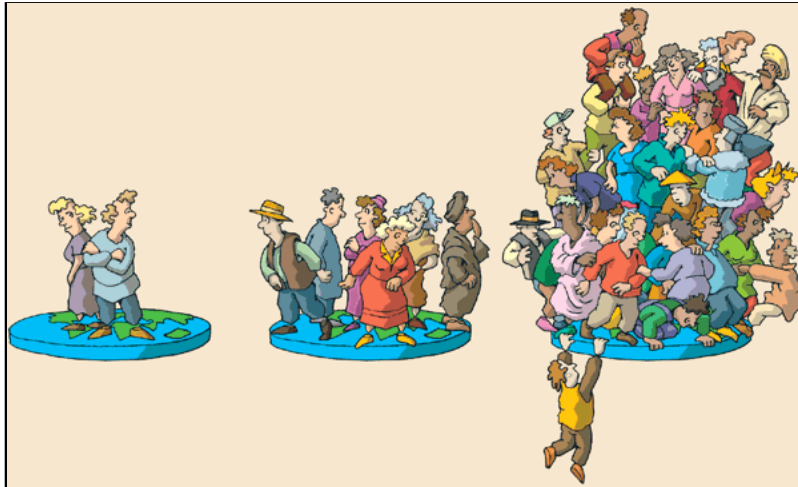
Eine Klasse oder eine Schule kann sich eine Vertretung wählen, die berechtigt ist, im Namen aller zu sprechen. Die Beschäftigten eines privaten Betriebes oder Unternehmens können sich ebenfalls eine Vertretung wählen, den Betriebsrat. Das entspricht dem Gedanken der **Mitbestimmung**. Der Betriebsrat nimmt gegenüber der Firmenleitung die Interessen der Arbeiter und Angestellten wahr. Er kann zum Beispiel die Vorschriften zur Unfallverhütung überwachen oder Beschwerden von Arbeiterinnen und Arbeitern entgegennehmen und sie an die Verantwortlichen weiterleiten. Bei Einstellungen oder Entlassungen von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen wird der Betriebsrat gehört. Auch bei der Festlegung der Arbeitszeiten oder bei den Bestimmungen für Pausen und Urlaub hat er ein Mitspracherecht.

Im Betriebsverfassungsgesetz sind die Rechte und Pflichten eines Betriebsrates geregelt. Die Vertretung der Arbeitnehmer in einem **staatlichen** Betrieb, etwa einem **Ministerium (-> Ressort)** oder einer Stadtverwaltung, wird Personalrat genannt.



## B

### Bevölkerungswachstum



© Stefan Eling

Zurzeit leben über 6 Milliarden Menschen auf der Erde. Bis zum Jahr 2050 werden es voraussichtlich 9 Milliarden sein. Diesen rasanten Zuwachs in der Bevölkerung nennt man Bevölkerungsexplosion. Um den Bevölkerungszuwachs zu berechnen, muss man wissen, wie viele Menschen sterben und wie viele im gleichen Zeitraum geboren werden. Ganz genau vorhersagen kann dies niemand. Wenn sich aber die Entwicklung der letzten Jahre fortsetzt, dann wird

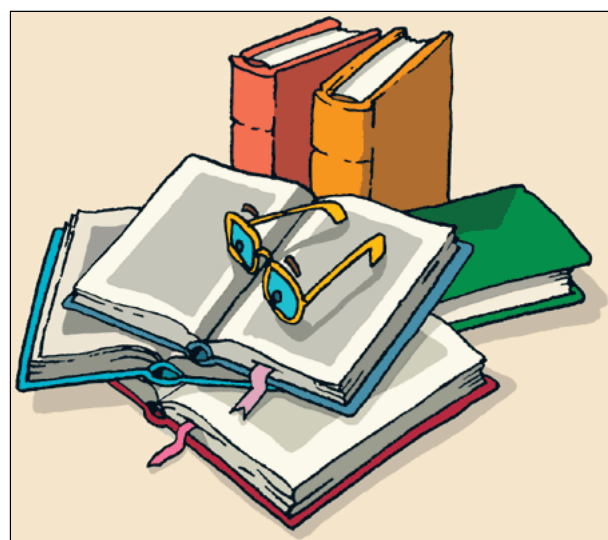
die Bevölkerung in Asien am stärksten wachsen, von 3,8 Milliarden Menschen im Jahr 2003 bis auf vermutlich 5,3 Milliarden im Jahr 2050. In den 50 ärmsten Ländern der Welt wird sich die Bevölkerung mehr als verdoppeln. Dagegen ist in den westlichen Industrieländern die **Geburtenrate** sehr viel geringer als in den armen Ländern der Welt. Hier gibt es schon heute fast kein Bevölkerungswachstum mehr.

Etwa die Hälfte der Weltbevölkerung ist unter 25 Jahre alt, 87 Prozent dieser Menschen leben in Entwicklungsländern. Die **Regierungen** in diesen Ländern aber können nicht das Geld aufbringen, um immer mehr Menschen zu ernähren, auszubilden und gesundheitlich zu versorgen. Bei einer geringeren Geburtenrate würde mehr Geld für Gesundheit und **Bildung** übrig bleiben. Die Weltgemeinschaft hat sich deshalb das Ziel gesetzt, durch Aufklärung und finanzielle Hilfen für die armen Länder mitzuhelfen, dass das Bevölkerungswachstum begrenzt werden kann.

### Bildung

Dieser Mann oder diese Frau ist sehr gebildet, hört man manchmal jemanden sagen. Oder auch: Der oder die hat eine gute Allgemeinbildung. Damit meint man, dass eine Person viel weiß. Bildung ist also das gesamte Wissen eines Menschen. Unter dem Begriff versteht man aber auch den Weg, wie dieses Wissen erworben wird. Das kann durch die Ausbildung in der Schule, in der Lehre oder in der Universität geschehen. Man kann sich aber auch selber viel beibringen, wenn man sehr neugierig ist, viel liest und sich für viele Fragen interessiert. Für Bildung gibt es keine Altersbegrenzung.

Mit dem Begriff "Bildung" ist aber auch noch etwas anderes gemeint, und das geht über die Ansammlung von Wissen hinaus. Es ist die innere Bildung, die so genannte Herzensbildung, also die geistige und seelische Ausbildung des Menschen. Sie gibt ihm die Fähigkeit, in seinem Leben verantwortlich zu handeln, seine Anlagen und Talente verantwortlich umzusetzen. Dazu gehört auch die Bereitschaft, an seine Mitmenschen zu denken und entsprechend zu handeln.



© Stefan Eling

# B

## Bildungsreform

**Reform** bedeutet "Umgestaltung", "Neuordnung", "Verbesserung". Die Ergebnisse der **PISA-Studie** haben gezeigt, dass das deutsche Bildungssystem (man nennt das auch **Bildungswesen**) verändert werden muss, wenn man allen Schülerinnen und Schülern die **Bildung** zukommen lassen möchte, die sie für ihren weiteren Lebensweg benötigen. Um die künftigen Änderungen zu planen, treffen sich die **Kultusminister** der Bundesländer auf der Kultusministerkonferenz (KMK). Ein Teil der Bildungsreform ist zum Beispiel der Beschluss, dass man bereits nach 12 Schuljahren das Abitur machen kann. Die Bildungsreform betrifft aber auch die Hochschulen, für die nicht nur die Bundesländer, sondern auch der **Bund** zuständig ist. Die Bildungsreform ist noch nicht umgesetzt, vieles befindet sich noch in der Planung.

## Bildungswesen

Eure Schule gehört zum Bildungswesen in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)**. Dazu zählen auch alle anderen öffentlichen oder privaten Schulen, die Fachschulen, Volkshochschulen und Universitäten und auch die Vorschule im Kindergarten. Es ist das gesamte Schul- und Ausbildungswesen eines **Staates (-> Staat)** mit seinen vielen verschiedenen Schul- und Universitätsabschlüssen sowie den Möglichkeiten der Weiterbildung. Dazu gehören auch Bildungseinrichtungen von Verbänden und **Parteien**. Das Bildungswesen ist zwar in allen Staaten unterschiedlich organisiert, aber es gibt viele Ähnlichkeiten. In Deutschland wie in fast allen anderen Ländern der Welt besteht **Schulpflicht**. Sie beginnt in unserem Land für alle Kinder mit sechs Jahren. Auch die Schulpflicht ist ein Teil des Bildungswesens. Für die Gestaltung, Verwaltung und Finanzierung des Bildungswesens sind in Deutschland die Bundesländer zuständig. Man sagt: „Bildungswesen ist Ländersache“. Aber nicht alle Angelegenheiten des Bildungswesens regeln die Bundesländer. Der **Bund**, also die **Regierung** in Berlin, ist zuständig für die Berufsausbildung und die Berufsberatung, er erlässt **Gesetze** für die Hochschulen und kümmert sich um die Förderung der wissenschaftlichen Forschung. Damit sich der Bund und die Bundesländer bei der Planung bestimmter Aufgaben nicht gegenseitig behindern, gibt es eine Bund-Länder-**Kommission** für Bildungsplanung und Forschungsförderung, die sich regelmäßig trifft. Als Bildungspolitik bezeichnet man alle Handlungen des Staates, die damit zu tun haben, wie die Ausbildung der Bürger durchgeführt wird.

## Binnenmarkt

Innerhalb der Länder der Europäischen Union kann nach einem **Abkommen (-> Konvention)** von 1993 frei und ohne **Zollschranken** Handel getrieben werden. Die **EU (-> Europäische Union (EU))** ist also, wie es heißt, ein abgegrenztes Wirtschaftsgebiet, ein "Binnenmarkt". Er umfasst den Handel mit Waren, **Dienstleistungen** und Kapital. Auch die Arbeit der Menschen gehört dazu. In einem Binnenmarkt können die Menschen ihren Arbeitsplatz frei wählen. Der Gegensatz zum Binnenmarkt ist der Weltmarkt, der durch vielerlei Zölle und andere Beschränkungen gekennzeichnet ist. Statistisch gesehen sind die größten Binnenmärkte der Welt die USA, die Europäische Union und Japan. Der Begriff „Binnenmarkt“ wird auch für den Wirtschaftsmarkt innerhalb eines Landes verwendet.

## B

### Blauer Engel / Gütesiegel

Heutzutage gibt es einige Produkte, die Schadstoffe von sich geben, ohne dass wir es merken. Diese schädlichen Stoffe können in unserer Kleidung enthalten sein, in Farben, Spielsachen, Möbeln und vielem anderen mehr. Seit 1977 gibt es in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** ein so genanntes Gütesiegel für umweltfreundliche Produkte. Es heißt Blauer Engel. Dieser Blaue Engel ist ein Umweltzeichen (Öko-Label) und wird für Dinge vergeben, bei denen man untersucht hat, ob sie wirklich nicht zu viele Schadstoffe enthalten. Wenn das Produkt wenig oder keine Schadstoffe hat, dann erhält es den Blauen Engel. Die Unternehmen können selbst entscheiden, ob sie ihr Produkt prüfen lassen. Auch innerhalb der Europäischen Union gibt es ein Umweltzeichen, das für umweltfreundliche Produkte vergeben wird und in allen **EU (-> Europäische Union (EU))**-Ländern gleich ist. Das ist das so genannte ECO-Label.

### Börse

Eine Börse ist ein Markt, auf dem Wertpapiere oder Devisen (ausländische Zahlungsmittel wie zum Beispiel der Dollar) gekauft und verkauft werden. Der Unterschied zu anderen Märkten liegt darin, dass man an der Börse die Ware nicht sehen und auch nicht mitnehmen kann, wie zum Beispiel ein Fahrrad oder einen Sack Äpfel. Man sieht lediglich an einer Tafel die Preise, die Börsenkurse genannt werden. Diese Börsenkurse können sich von Minute zu Minute ändern. Werden beispielsweise von einer **Aktie (-> Aktien)** sehr viele gekauft, steigt ihr Wert (Kurswert) sofort an. Werden viele verkauft, sinkt der Aktienkurs wieder. Da es sich nicht genau vorhersagen lässt, was die Anleger (also diejenigen, die mit Wertpapieren oder Aktien handeln) gerade kaufen oder verkaufen möchten, kann man an der Börse in kurzer Zeit sehr viel Geld verdienen, aber auch sehr viel Geld verlieren.

### Botschaft / Botschafter/in

Den höchsten **diplomatischen** Vertreter oder die Vertreterin eines Landes in einem anderen **Staat** nennt man "Botschafter" oder "Botschafterin". Die Botschafter haben in ihrem Gastland besondere Rechte. Um ein Beispiel zu nennen: Der deutsche Botschafter in Ägypten kann den Staatschef oder Außenminister um ein Gespräch bitten, um ihm eine wichtige Mitteilung (Botschaft) zu überbringen oder eine dringende Angelegenheit im Auftrag seiner **Regierung** zu besprechen. Umgekehrt kann er selber zum Regierungschef oder einem **Minister** seines Gastlandes gerufen werden, um eine wichtige Nachricht oder einen Brief an seine Regierung entgegenzunehmen.

Die Gebäude, in denen die Botschafter mit ihren Mitarbeitern im Ausland arbeiten, sind die Botschaften. Das Gastland hat die Pflicht, sie zu schützen. Deutsche Bürger können in einer deutschen Botschaft im Ausland Rat und Hilfe erbitten, wenn sie zum Beispiel ihren **Pass** oder ihr Geld verloren haben. **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** hat in mehr als 90 Ländern eine Botschaft, also fast in jedem zweiten Land der Welt.

# B

## Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Viele Menschen stellen in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** im Laufe eines Jahres eine Menge Dinge her, wie zum Beispiel Autos, Waschmaschinen, Fernseher und vieles andere. Diese Sachgüter, wie man sie nennt, stellen einen bestimmten Wert dar. Dann gibt es noch die so genannten **Dienstleistungen**. Das sind Leistungen, die zum Beispiel Verkäuferinnen und Verkäufer in den Geschäften, Friseure im Haarschneidesalon, Ärztinnen im Krankenhaus, Rechtsanwälte in der Kanzlei oder Angestellte am Bankschalter erbringen. Dazu zählen auch die Leistungen der **Polizistinnen** und Polizisten, die den Verkehr regeln und für die Sicherheit sorgen, der **Beamten** in den Stadtverwaltungen oder der Lehrerinnen und Lehrer, die euch unterrichten. Diese Liste von Beispielen kann man natürlich noch verlängern. Alle diese verschiedenen Tätigkeiten lassen sich mit Geld bewerten (das sieht man schon daran, dass die Menschen Geld für diese Arbeiten bekommen). Wenn man nun wissen will, wie die **wirtschaftliche** Leistungsfähigkeit eines Landes aussieht, dann rechnet man den Wert der Dienstleistungen und der Sachgüter (zum Beispiel Autos, Waschmaschinen usw.) zusammen und erhält dann das so genannte Bruttoinlandsprodukt (abgekürzt BIP).

Früher hat man immer vom Bruttosozialprodukt gesprochen. Aber heute verwendet man, auch wenn man verschiedene Länder vergleichen will, das Bruttoinlandsprodukt.

## Bruttolohn / Nettolohn

Beide Wörter kommen aus dem Italienischen. "Brutto" bedeutet im Deutschen „ohne Abzug“ oder „vor Abzug“. Wenn jemand von seinem „Bruttolohn“ spricht, meint er damit seinen Verdienst plus die **Steuern** und Beiträge zur **Renten-**, Kranken- und **Arbeitslosenversicherung (-> Arbeitslosengeld)**. Steuern und so genannte **Sozialversicherungsbeiträge (-> Sozialversicherung)** zieht der Arbeitgeber direkt vom Lohn ab und überweist das Geld an das Finanzamt und die **Versicherungen**. "Netto" ist der Gegensatz dazu: Bei einem Nettolohn sind alle Abgaben wie Lohnsteuer, Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge schon abgezogen.

## Buddhismus

Siddharta Gautama (er lebte ungefähr von 560 bis 480 vor Christi Geburt) war ein indischer Fürstenson. Nachdem er eine schwere Krankheit überstanden hatte, gab er sein bisheriges Luxusleben auf. Er verließ seine **Familie** und zog sich in die Einsamkeit zurück. Dort dachte er viel über das Leben und den Tod nach. Der Legende nach hatte er unter einem Feigenbaum eine Erleuchtung. Ihm war klar geworden, wie die Menschen richtig und sinnvoll leben könnten. Deshalb wurde er fortan Buddha (das heißt „Der Erleuchtete“) genannt. Er zog durch das Land und verkündete seine Lehre, den Buddhismus. Es gibt mehrere **Gebote (-> Gesetz)**, die die Buddhisten in ihrem Leben beachten müssen. Sie dürfen unter anderem nicht töten, nicht stehlen, nicht lügen und keinen Alkohol trinken. Die Buddhisten sind davon überzeugt, dass die Menschen häufig wiedergeboren werden. Nur wer nach den Grundsätzen des Buddhismus lebt, wird eines Tages von der Wiedergeburt erlöst werden. Er wird dann, so der Glaube, endgültig ins Nirwana („Nichts“) eingehen. Buddha selbst wird von den Anhängern dieser Religionsgemeinschaft als Lehrer und Vorbild verehrt. Am stärksten ist der Buddhismus mit 336 Millionen Anhängern in Asien verbreitet. Der Buddhismus gehört wie das **Christentum**, der **Islam**, das **Judentum** und der **Hinduismus** zu den großen Religionen dieser Welt.

## B

### Bürger/in / Bürgertum



© Stefan Eling

Du bist ein Bürger oder eine Bürgerin, deine Freunde und Freundinnen auch. Heute sind nahezu alle Menschen Bürger zum Beispiel von **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)**, Frankreich, England oder anderen **Staaten (-> Staat)**. Früher wurden Menschen "Bürger" genannt, die im Umkreis einer Burg lebten und das Recht hatten, bei Kriegsgefahr innerhalb der Burgmauern Schutz zu suchen. Dieses Recht hatten etwa die Bauern oder die fahrenden Händler und Gaukler nicht. Auch Gäste der Burg standen oft unter einem anderen Recht als die Bürger. Aus dem Begriff "Bürger" entwickelte sich das "Bürgertum". Das waren die Stadtbewohner und -bewohnerinnen. Das Bürgertum unterschied sich durch seine Arbeit, seine Kleidung, seine Wohnungen und Umgangsformen von den anderen Schichten der **Gesellschaft**. Heute spielen diese Unterschiede keine Rolle mehr und alle Bürgerinnen und Bürger eines Staates haben die gleichen Rechte und Pflichten.

### Bürgerinitiative

Angenommen, der Sportunterricht fällt an eurer Schule für eine ganze Weile aus, weil kein Sportlehrer eingestellt wird. Das passt euch nicht, ihr protestiert, macht ein Spruchband, geht auf den Schulhof und sammelt Unterschriften. Dann habt ihr gegen den Ausfall dieses Unterrichts eine Schülerinitiative gegründet („Initiative“ kommt aus dem Lateinischen und Französischen und heißt so viel wie „Entschlusskraft“, „Unternehmungsgeist“). Was den Sportunterricht betrifft, sind hier alle einer Meinung. Bei anderen Themen können die Schüler und Schülerinnen aber auch ganz unterschiedlicher Meinung sein.

Ähnlich ist es bei einer Bürgerinitiative. Bürger, die sonst vielleicht ganz verschiedenen **Parteien** angehören oder in vielen Dingen unterschiedliche Interessen haben, schließen sich bei einer bestimmten Sache zusammen, um gemeinsam für oder gegen etwas zu kämpfen. Sie protestieren zum Beispiel gegen ein Atomkraftwerk, gegen eine Autobahn in der Nähe eines Wohngebietes oder sie fordern einen neuen Kindergarten oder einen Sportplatz. Je mehr Menschen bei dieser Initiative mitmachen, desto eher wird die Öffentlichkeit aufmerksam und die **Politiker** tun etwas. In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** sind seit dem Ende der 1960er Jahre mehrere Tausend solcher Bürgerinitiativen entstanden, die viel erreicht haben. Manche von ihnen haben sich nach einiger Zeit auch wieder aufgelöst.

# B

## Bürgerkrieg

Bürgerkrieg ist die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Bürgern eines Staates. Dabei überfällt nicht ein Staat einen anderen Staat, sondern zwei oder mehrere Gruppen in einem Staat bekämpfen sich untereinander. Oft werden Bürgerkriege geführt, um **politische** oder **gesellschaftliche** Verhältnisse gewaltsam zu verändern. Manchmal will auch eine Gruppe im Staat die **Regierung** stürzen und die Macht an sich reißen oder ein Teil der Bevölkerung will sich vom Gesamtstaat abspalten. So war – um eines der bekanntesten geschichtlichen Beispiele zu nennen – der Auslöser des Amerikanischen Bürgerkriegs (1861-1865) die Trennung der Südstaaten vom übrigen Teil der USA. Sie gründeten einen eigenen Staat, es kam zu einem **Krieg**, in dem weit mehr als 500.000 Menschen starben. Die **Armee (-> Streitkräfte / Armee)** der Südstaaten verlor diesen Bürgerkrieg, die Einheit der USA wurde wiederhergestellt. Auch in **Europa** gab es schlimme Bürgerkriege, in denen viele tausend Menschen starben. Nach der russischen **Oktoberrevolution (-> Kommunismus)** 1917 kam es in Russland zu einem jahrelangen Bürgerkrieg. In Spanien brach 1936 ein Bürgerkrieg aus, der drei Jahre dauerte. Eines der jüngsten Beispiele: Im ehemaligen Jugoslawien bekämpften sich nach dem Zerfall des alten jugoslawischen **Bundesstaates** im Bürgerkrieg von 1991-1992 unterschiedliche Volksgruppen, die bis dahin friedlich nebeneinander in ihrem Staat gelebt hatten. Nach dem Völkerrecht gilt ein Bürgerkrieg nicht als „Krieg“, sondern als innere Angelegenheit eines Staates. Daher entstehen immer wieder Diskussionen, ob sich ausländische **Staaten** in Bürgerkriege einmischen dürfen und sollten, um den bedrohten Menschen zu helfen.

## Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

Viele Bereiche unseres Lebens sind durch **Gesetze** geregelt. Ob es sich dabei um Kaufverträge handelt oder um Schulden, um Mietprobleme oder um Erbschaften - all das ist im Bürgerlichen Gesetzbuch, das kurz BGB genannt wird, geregelt. Vereinfacht gesagt sind dort die Rechte und Pflichten der Bürger untereinander festgelegt.

Das BGB ist in fünf Teile gegliedert. Im Allgemeinen Teil findet man grundsätzliche Regelungen zum Beispiel darüber, wann jemand geschäftsfähig ist oder was beachtet werden muss, wenn man einen Vertrag schließen will. Im zweiten Teil geht es um die Rechte und Pflichten von Gläubigern und Schuldern, das heißt, welche Rechte habe ich beim Kauf oder Verkauf von Sachen, welche Regeln gelten, wenn ich Mieter oder Vermieter bin, was muss ich bedenken, wenn ich mir Geld leihe. Im dritten Teil werden die Fragen behandelt, die mit Eigentum und Besitz zu tun haben. Im vierten Teil, dem Familienrecht, werden die rechtlichen Beziehungen zwischen Eltern, Kindern und Verwandten geregelt. Im letzten Abschnitt schließlich, dem Erbrecht, geht es um die Frage, wer was und wieviel erben kann.

Das BGB gibt es schon seit mehr als 100 Jahren. Weil sich unsere Vorstellungen von dem, was zeitgemäße Regeln sind, im Laufe der Zeit immer wieder ändern, wird auch das BGB immer wieder der modernen Zeit angepasst.

## Bürgermeister/in

Jede **Gemeinde (-> Gemeinde)**, also jedes Dorf und jede Stadt hat bestimmte Regeln, nach denen es oder sie sich selbst verwaltet. Diese Regeln sind in der Gemeindeverfassung festgelegt. Geleitet wird die Gemeinde von einem Bürgermeister oder einer Bürgermeisterin. Er oder sie wird für eine bestimmte Zeit gewählt und übt dieses **Amt** meistens hauptamtlich, hin und wieder auch **ehrenamtlich** aus. Eine wichtige Aufgabe des Bürgermeisters ist es, den **Gemeinderat (-> Stadtrat / Gemeinderat)** oder den Stadtrat zu leiten. Der Bürgermeister berät und entscheidet mit, ob zum Beispiel ein neues Jugendzentrum gebaut oder wieviel Geld für eine Sportanlage ausgegeben wird. Vor allem aber vertreten die Bürgermeister/innen ihre Gemeinden nach außen. Deswegen sind sie auch hin und wieder in der **Zeitung** zu sehen, wenn sie zum Beispiel Besuchergruppen empfangen, die sich in

## B

das Goldene Buch der Stadt eintragen.

### Bürgerwehr

Unruhen, **Kriege** oder andere Notstände bedrohten zu allen Zeiten die Bürger in den Städten. Früher haben die Herrscher nicht immer dafür gesorgt, dass ihre Untertanen auch ausreichend geschützt waren. Deshalb schlossen sich die Bürger manchmal zusammen, um selbst die Gefahren abzuwehren und sich mit Waffen zu schützen. Eine solche Bürgerwehr gibt es bei uns heute nicht mehr. Es ist die **Polizei**, die im Auftrag des **Staates** die Bürger und Bürgerinnen schützt. Allerdings gibt es private Bewachungsfirmen, Leibwächter oder Leute, die zum Beispiel zum Schutz von Gebäuden angestellt werden. Diese Wachleute (die „Schwarzen Sheriffs“ in der U-Bahn oder auf dem Bahnhof habt ihr vielleicht schon gesehen) haben aber kein Recht, wie die Polizei vorzugehen. Sie dürfen keine Waffen tragen und keine Straftäter **verhaften (-> Haftbefehl)**.

Jeder Bürger darf sich aber bei Gefahr oder in Notwehr auch selber schützen oder sein Privateigentum verteidigen. Allerdings gelten auch dafür **Gesetze**, die beachtet werden müssen.

### Bürokratie

Das Wort „Bürokratie“ kommt aus dem Französischen und meint eine besondere Form der **staatlichen, politischen** oder auch privat organisierten Verwaltung. In einer Bürokratie ist alles genau geregelt und streng geordnet, jeder hat seine klare umschriebene Aufgabe. Vorschriften bestimmen das Handeln, kein Mitarbeiter einer solchen Verwaltung wird etwas tun, wofür er nicht zuständig ist. Die so genannten Dienstwege werden strikt eingehalten, jeder Vorgang wird in den Akten genau und lückenlos festgehalten. Eine Verwaltung, in der viel Bürokratie herrscht, ist oft starr und unbeweglich. Das verärgert sehr oft die Bürger. Wer bei Ämtern lange warten und sich mit vielen Formularen herumschlagen muss, wird unzufrieden. Daher gibt es in den letzten Jahren in den staatlichen Stellen immer wieder Überlegungen, wie man die Verwaltungen besser, das heißt beweglicher, schneller und „bürgernah“ machen kann. Das nennt man Bürokratie-Abbau.

### Bundesgrenzschutz

Der BGS wurde 1951 gegründet. Seine Aufgabe ist es, die Grenzen Deutschlands zu schützen. Auch der Schutz wichtiger **staatlicher** Gebäude - wie das Bundeskanzleramt, die **Ministerien (-> Ressort)** oder der Amtssitz des Bundespräsidenten - gehört zu den Aufgaben des BGS. Mit der Gründung der **EU (-> Europäische Union (EU))** haben die Kontrollen an den Grenzen innerhalb von **Europa** an Bedeutung verloren. Auch deshalb wurde das **Gesetz** für den BGS 1994 neu geschrieben. Nun schützen die Männer und Frauen in den grünen Uniformen auch Bahnhöfe, Flughäfen und andere öffentliche Einrichtungen. Bei schweren Gefahren oder im Notstands- oder Verteidigungsfall kann der **Bundesgrenzschutz** als eine Art Sonderpolizei in ganz **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** eingesetzt werden. Auch bei Aktionen der **UNO** oder der EU im Ausland war der BGS schon dabei. 1972 wurde eine Spezialeinheit des BGS zur Terrorbekämpfung gegründet, die so genannte GSG 9. Diese speziell ausgebildeten Männer wurden zum Beispiel gerufen, als Kidnapper ein Flugzeug in ihre Gewalt brachten und versuchten, den Staat zu erpressen.

# B

## Bundeskanzler/in

Der Chef oder die Chefin der **Regierung** heißt Bundeskanzler oder Bundeskanzlerin. Er oder sie wird vom **Bundestag (-> Deutscher Bundestag)** gewählt und bestimmt, welche **Politik** gemacht wird (bestimmt die "Richtlinien der Politik"). Die Amtszeit dauert üblicher-weise vier Jahre. Zum Bundeskanzler/zur Bundeskanzlerin kann gewählt werden, wer volljährig ist. Der Kanzler oder die Kanzlerin sucht die **Ministerinnen und Minister (-> Minister/in)** aus, mit denen er oder sie die Regierungsmannschaft bildet. Diese werden dann vom Bundespräsidenten ernannt. Seit November 2005 ist Angela Merkel Bundeskanzlerin. Sie ist die erste Frau, die in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** dieses **Amt** innehat.

Bisherige deutsche Bundeskanzler:

Konrad Adenauer (CDU)	1949-1963
Ludwig Erhard (CDU)	1963-1966
Kurt Georg Kiesinger (CDU)	1966-1969
Willy Brandt (SPD)	1969-1974
Helmut Schmidt (SPD)	1974-1982
Helmut Kohl (CDU)	1982-1998
Gerhard Schröder (SPD)	1998-2005
Angela Merkel (CDU)	seit 2005

## Bundeskartellamt

Stellt euch vor, es gäbe nur drei oder vier Unternehmen, die Inlineskates verkaufen. Diese Unternehmen könnten sich zusammentun und beschließen, dass sie nur wenige Inlineskates produzieren, diese dann aber teuer verkaufen. Solch einen Zusammenschluss von unabhängigen Unternehmen, die das Ziel haben, den Markt zu kontrollieren, nennt man "Kartell". In solch einem Fall gäbe es für die Kartelle keine **Konkurrenz (-> Wettbewerb / Konkurrenz)** mehr, und ihr müsstet viel mehr für Inlineskates bezahlen, als sie wert sind, oder darauf verzichten. Damit so etwas nicht passiert, gibt es das **Gesetz** gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), das solche Kartelle verbietet.

Das so genannte Bundeskartellamt, das seinen Sitz in Bonn hat, überprüft, ob dieses Verbot auch beachtet wird. Wenn ein Verdacht vorliegt, untersucht es, ob Verstöße gegen das Kartellgesetz vorliegen: Es muss dann kontrollieren, ob bestimmte Firmen zum Beispiel Preisabsprachen getroffen haben, die nicht erlaubt sind. Die grundlegende Aufgabe des Bundeskartellamtes besteht darin, den Wettbewerb zu schützen. Deshalb müssen auch große Unternehmen, die zu einem Unternehmen verschmelzen möchten, also eine so genannte Fusion anstreben, vorher das Bundeskartellamt um Erlaubnis fragen.



# B

## Bundesländer / Föderalismus

**Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** ist ein **Bundesstaat**. So bezeichnet man den Zusammenschluss mehrerer **Staaten** zu einem übergeordneten Gesamtstaat. Bei uns nennt man die einzelnen Staaten Bundesländer, das sind zum Beispiel Nordrhein-Westfalen, Brandenburg oder Bayern. Es gibt insgesamt 16 Bundesländer, darunter auch die so genannten Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen. Die **politische** Macht wird aufgeteilt zwischen der Zentralregierung in Berlin (man spricht oft von dem "Bund") und den **Regierungen** der einzelnen Bundesländer. So vertritt zum Beispiel der Bund das Land nach außen (Außenpolitik). Diese Form der Machtverteilung zwischen Bund und Bundesländern nennt man Föderalismus. Der Begriff kommt vom lateinischen Wort "foedus", das heißt "Bündnis", "Staatsvertrag".

Die einzelnen Bundesländer bestimmen mit ihren Regierungen, in denen auch ein Ministerpräsident oder eine Ministerpräsidentin sowie **Minister und Ministerinnen** sitzen, über die Organisation der **Polizei** oder auch die Schul- und Kulturpolitik. Daher kann es vorkommen, dass eine Abschlussprüfung in Bayern anders bewertet wird als in Mecklenburg-Vorpommern. Die Aufgabenverteilung dieser beiden politischen Ebenen - Bund und Länder - ist im **Grundgesetz** geregelt.

## Bundespolizei

Die Bundespolizei, die früher „Bundesgrenzschutz“ (BGS) hieß, ist die **Polizei des Bundes (-> Bundesstaat / Bund)**. In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** sind zwar grundsätzlich die Bundesländer für die Polizei zuständig. Aber in manchen Bereichen hat der Bund mit der Bundespolizei die Verantwortung. So schützt die Bundespolizei die Grenzen Deutschlands sowie wichtige **staatliche** Gebäude – zum Beispiel das Bundeskanzleramt, die **Ministerien (-> Ressort)** oder den Amtssitz des Bundespräsidenten. Sie schützt aber auch die Bahnhöfe und Flughäfen oder auch die **Botschaften (-> Botschaft / Botschafter/in)** Deutschlands im Ausland. Wenn es Katastrophen oder besondere Unglücksfälle gibt, kann die Bundespolizei eingesetzt werden. Zu den Aufgaben dieser Polizei gehört unter anderem auch der Schutz der **Umwelt** auf der Nord- und Ostsee. Auch bei Aktionen der **UNO** oder der **EU (-> Europäische Union (EU))** kann die Bundespolizei tätig werden.

## Bundespräsident/in

Der Bundespräsident ist der erste Mann, die erste Frau im **Staat (-> Staat)**. Bisher gab es in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** nur Männer in diesem **Amt**. Vielleicht wird auch einmal eine Frau dieses Amt bekleiden. Kein **Gesetz (-> Gesetz)** spricht dagegen. Der Bundespräsident wird von der **Bundesversammlung** für fünf Jahre gewählt. Die Bundesversammlung setzt sich zusammen aus den Mitgliedern des **Bundestages (-> Deutscher Bundestag)** und aus Personen, die von den **Parlamenten** der Bundesländer gewählt werden. Dies können ganz normale Bürgerinnen und Bürger oder auch Prominente sein. Zum Bundespräsidenten kann jeder Deutsche gewählt werden, der mindestens 40 Jahre alt ist. Oft ist der Bundespräsident im Fernsehen zu sehen, wenn er andere Staatsoberhäupter empfängt oder selber Staatsbesuche macht. Darin liegt eine seiner wichtigsten Aufgaben: die Vertretung Deutschlands gegenüber dem Ausland und der Abschluss von Verträgen mit anderen Ländern. Gesetze gelten ohne seine Unterschrift nicht. Zur Arbeit des Bundespräsidenten gehört auch die Ernennung des Bundeskanzlers oder der **Bundeskanzlerin** und der **Minister und Ministerinnen**. Der Bundespräsident hat ein besonderes Recht: Er kann **Gefangene** begnadigen.

Seit dem 1. Juli 2004 ist Horst Köhler Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland.

## B

Deutsche Bundespräsidenten seit 1949:

Theodor Heuss	1949-1959
Heinrich Lübke	1959-1969
Gustav Heinemann	1969-1974
Walter Scheel	1974-1979
Karl Carstens	1979-1984
Richard von Weizsäcker	1984-1994
Roman Herzog	1994-1999
Johannes Rau	1999-2004
Horst Köhler	seit 1. Juli 2004

### Bundesrat

Über den Bundesrat sind die Bundesländer an der Bundespolitik beteiligt. Wenn die Regierung mit ihrer **Mehrheit** zum Beispiel ein Gesetz im **Deutschen Bundestag** beschließen will, kann der Bundesrat ihm zustimmen, es ablehnen oder **Einspruch (-> Veto)** einlegen. Manche **Gesetze** können nur dann gültig werden, wenn der Bundesrat zustimmt.

Der Bundesrat hat 69 Mitglieder. Jedes **Bundesland** hat mindestens drei Stimme höchstens sechs Stimmen. Je mehr Einwohner ein Bundesland hat, desto mehr Stimmen hat es im Bundesrat. Die Vertreter der Bundesländer im Bundesrat sind nicht direkt vom **Volk** gewählt wie die Mitglieder des Bundestages, sondern sie gehören den jeweiligen **Landesregierungen (-> Regierung)** an. Der Bundesratspräsident oder die Bundesratspräsidentin, der oder die immer für ein Jahr gewählt wird, ist gleichzeitig Vertreter/in des Bundespräsidenten.

### Bundesrepublik Deutschland

Am 23. Mai 1949 wurde das **Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland verkündet. Das war der Zeitpunkt der Gründung des **Staates**, in dem wir heute leben. Zu der Gründung kam es, weil sich nach dem Ende des **Zweiten Weltkriegs (-> Zweiter Weltkrieg)** auf deutschem Boden zwei völlig unterschiedliche **politische** Systeme gegenüberstanden: In der sowjetisch besetzten Zone entstand die **DDR**; auf dem Gebiet, das von den westlichen Siegermächten USA, Frankreich und England besetzt war, entstand die Bundesrepublik Deutschland.

Im Artikel 20 des Grundgesetzes ist festgelegt, dass die Bundesrepublik Deutschland ein **demokratischer** und sozialer **Bundesstaat** ist. Seit der Verkündung unserer **Verfassung** ist daher „Bundesrepublik Deutschland“ die offizielle und **amtliche** Bezeichnung für unser Land.

# B

## Bundesstaat / Bund



© Stefan Eling

Wenn sich mehrere **Staaten** zu einem Gesamtstaat verbinden und dabei teilweise ihre Selbstständigkeit aufgeben, wird daraus ein Bundesstaat. Im Unterschied zum **Staatenbund** hat der Bundesstaat ein Staatsoberhaupt und eine **Regierung (-> Regierung)**. Die **Bundesrepublik Deutschland** ist ein solcher Bundesstaat. Der Bundespräsident und die Bundesregierung haben ihren Amtssitz in Berlin. Sie vertreten den Gesamtstaat, der auch "Bund" genannt wird. In den einzelnen Bundesstaaten, die bei uns „Bundesländer“ genannt werden, gibt es Länderregierungen. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen beispielsweise hat ihren Sitz in Düsseldorf. Die staatlichen Aufgaben in einem Bundesstaat, die Verwaltung und die **Gesetzgebung** werden zwischen der Regierung des Gesamtstaates und den Regierungen der Bundesländer aufgeteilt.

Unsere Nachbarländer Österreich und Schweiz, aber auch Kanada und die USA sind Bundesstaaten. Weil die Europäische Union weder ein einfacher Staatenbund, noch ein richtiger Bundesstaat ist, hat das **Bundesverfassungsgericht** festgelegt, dass sie als Staatenverbund zu bezeichnen ist.

## Bundestagspräsident/in

In der Rangfolge der wichtigsten Ämter in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** steht das **Amt** des Bundestagspräsidenten nach dem Bundespräsidenten an zweiter Stelle. Nachdem ein neuer **Bundestag (-> Deutscher Bundestag)** gewählt worden ist, wählen die **Abgeordneten** in geheimer **Wahl** ihren Präsidenten oder ihre Präsidentin. Normalerweise gehört er oder sie der stärksten **Fraktion** an. Der Bundestagspräsident vertritt den Deutschen Bundestag nach außen und leitet zusammen mit seinen Stellvertretern und Stellvertreterinnen die Sitzungen des **Parlaments**.

Die bisherigen Präsidentinnen und Präsidenten des Deutschen Bundestages:

Erich Köhler (CDU)	1949-1950
Hermann Ehlers (CDU)	1950-1954
Eugen Gerstenmaier (CDU)	1954-1969
Kai-Uwe von Hassel (CDU)	1969-1972
Annemarie Renger (SPD)	1972-1976
<b>Karl Carstens (-&gt; Bundespräsident/in) (CDU)</b>	1976-1979
Richard Stücklen (CSU)	1979-1983
Rainer Barzel (CDU)	1983-1984
Philipp Jenninger (CDU)	1984-1988
Rita Süssmuth (CDU)	1988-1998

## B

Wolfgang Thierse (SPD)

1998-2005

Norbert Lammert (CDU)

seit 2005

### Bundesverfassungsgericht

Wenn jemand der Meinung ist, dass ein neues (oder auch ein altes) **Gesetz** gegen das **Grundgesetz** verstößt, kann er das prüfen lassen. Zum Beispiel, ob es richtig ist, **Soldaten (-> Streitkräfte / Armee)** und Soldatinnen in ein fremdes Land zu senden oder das Rentengesetz zu verändern. Jeder **Bürger (-> Bürger/in / Bürgertum)**, jede Bürgerin hat dann das Recht, eine Klage vor das Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe zu bringen. Dieses Gericht ist der oberste Hüter der **Verfassung** und hat bei Streitigkeiten das letzte Wort. Sollte dort dem Kläger, der Klägerin Recht gegeben werden, muss das Gesetz zurückgenommen oder zumindest so verändert werden, dass es dem Grundgesetz nicht widerspricht. Das Bundesverfassungsgericht ist also eine sehr wichtige Einrichtung in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)**. Es ist den anderen hohen Verfassungsorganen (**Bundestag (-> Deutscher Bundestag)**, **Bundesregierung (-> Regierung)**, **Bundesrat**, Bundespräsident/in) gegenüber unabhängig und gleichgestellt. Natürlich sollen die Bürgerinnen und Bürger nicht wegen jedem Nachbarschaftsstreit nach Karlsruhe gehen. Dafür sind andere **Gerichte** zuständig oder noch besser: Man sollte sich friedlich ohne Gericht einigen.

### Bundesversammlung

Wenn ein neuer Bundespräsident oder eine neue Bundespräsidentin gewählt wird (oder der bisherige wieder gewählt wird), tritt die Bundesversammlung zusammen. Dies geschieht alle fünf Jahre. In der Bundesversammlung sind alle **Abgeordneten** des **Deutschen Bundestages** vertreten. Dazu kommen genau so viele Personen, die von den Landtagen der einzelnen Bundesländer gewählt werden. So wird sichtbar zum Ausdruck gebracht, dass der Bundespräsident sowohl den **Bund** als auch die Länder repräsentiert.

### Bundeswahlleiter/in

Der Bundeswahlleiter bereitet die **Wahlen** zum **Deutschen Bundestag** vor und sorgt dafür, dass sie reibungslos durchgeführt werden. Er wird vom **Bundesminister (-> Minister/in)** des Inneren ernannt. Nach einer langen Tradition ist es stets der Präsident des **Statistischen Bundesamtes**, der in das Amt des Bundeswahlleiters berufen wird. Bei seiner Arbeit wird der Bundeswahlleiter von den Landeswahlleitern sowie den Leitern der Wahlkreise und Wahlbezirke unterstützt.

Zu den Aufgaben des Bundeswahlleiters gehört, dass er prüft, ob die **Parteien**, die sich zur Wahl stellen wollen, auch alle Voraussetzungen erfüllen, die das Parteiengesetz vorschreibt. Wenn die Wahl vorbei ist, verkündet der Bundeswahlleiter nach der Stimmenausszählung das **amtliche** Endergebnis der Wahl. Auch bei der Wahl der deutschen **Abgeordneten** für das Europäische **Parlament** ist der Bundeswahlleiter zuständig. Er muss dafür sorgen, dass diese Wahl rechtmäßig durchgeführt wird.

# B

## Bundeswehr

"Bundeswehr" ist der Name für die deutschen Streitkräfte. Die Bundeswehr wurde 1955 gegründet und darf nach dem **Grundgesetz** nur zur Verteidigung (und nicht zum Angriff) eingesetzt werden. Zuerst waren nur Freiwillige in der Bundeswehr, 1956 wurde dann die **Wehrpflicht (-> Wehrdienst / Wehrpflicht)** für Männer ab 18 Jahren eingeführt. Die Bundeswehr ist in drei Teile aufgeteilt. Die **Soldaten (-> Streitkräfte / Armee)** gehören zum Heer, wenn sie zum Beispiel Panzerfahrer sind, zur Luftwaffe, wenn sie Piloten sind, oder sie gehören zur Marine, wenn sie ihren Dienst auf einem Schiff tun.

Das Kommando über die Bundeswehr hat normalerweise, also wenn **Frieden** herrscht, der **Bundesminister (-> Minister/in)** der Verteidigung. Wenn aber **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** von einem Feind angegriffen würde und die Bundeswehr zur Verteidigung des Landes kämpfen müsste, dann hätte der **Bundeskanzler** das Kommando. Zum Glück ist Deutschland aber, so lange die Bundeswehr besteht, noch nie angegriffen worden. Bisher hat die Bundeswehr schon öfters bei Katastrophen wie Überschwemmungen geholfen oder Soldaten wurden von der **UNO** oder der **NATO** zu Friedenseinsätzen in andere Länder geschickt.

Übrigens: Früher waren in der Bundeswehr nur Männer. Seit 2001 können auch Frauen in allen Bereichen der Bundeswehr Dienst leisten.

## Bush-Bashing

Dies ist ein Begriff, der aus dem Namen des amerikanischen Präsidenten George W. Bush und dem englischen Wort "bash" besteht, was soviel heißt wie "hauen, auf jemanden einschlagen". Manchen Kritikern von Präsident Bush wird vorgeworfen, dass sie "Bush-Bashing" betreiben. Ihnen gehe es nicht um eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der **Politik** von Bush, sondern darum, auf den Präsidenten "einzuhauen". Dies wird vor allem links-gerichteten Kritikern vorgeworfen, die den Präsidenten besonders mit Witzen und Karikaturen verspotten.

## Bußgeld

Ein Bußgeld ist eine Strafe, die man für eine Ordnungswidrigkeit bezahlen muss. Wenn man zum Beispiel zu schnell Auto fährt, verstößt man gegen das Straßenverkehrsrecht. Viele Bereiche des Lebens sind durch Anordnungen, **Gebote (-> Gesetz)** und Verbote geregelt. So darf man beispielsweise seinen Müll nicht einfach in den Park werfen, sondern muss ihn ordnungsgemäß entsorgen.

Wie hoch das Bußgeld ausfällt, hängt von der jeweiligen Ordnungswidrigkeit ab. In so genannten Bußgeldkatalogen steht, wie hoch eine Strafe für eine bestimmte Ordnungswidrigkeit sein kann. Nicht nur Privatpersonen, sondern auch Unternehmen werden bestraft, wenn sie Ordnungswidrigkeiten begehen.

# C

## Chancengleichheit

Vor dem **Gesetz**, so fordert es unser **Grundgesetz**, sind alle **Bürger und Bürgerinnen (-> Bürger/in / Bürgertum)** gleich. Das gilt auch für die Chancen, die jeder Bürger haben soll. Im Grundgesetz heißt es: Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Das gilt unabhängig vom Geschlecht, von der Hautfarbe oder der **Religion** eines Menschen. Es spielt dabei auch keine Rolle, ob jemand aus einer armen oder reichen **Familie** stammt, ob er oder sie aus dem Norden oder Süden oder sonst einem Landesteil kommt. Alle Bürger sollen vielmehr die gleichen Chancen bekommen, möglichst viel aus ihrem Leben zu machen. Kinder und Jugendliche sollen deshalb in der Schule und der Ausbildung die gleichen Bildungsmöglichkeiten erhalten, um später einen Beruf zu finden. Nach seinen persönlichen Fähigkeiten steht jedem das gleiche Recht zu, gefördert zu werden und sich entfalten zu können. Die Forderung nach Chancengleichheit wurde bereits in der Aufklärung Ende des 17. Jahrhunderts gefordert. Sie findet sich in der Allgemeinen Erklärung der **UNO** und den Grundrechtstexten der **Verfassungen** der westlichen Demokratien.

## Christentum

Das Christentum ist eine der fünf großen Weltreligionen (neben **Judentum**, **Islam**, **Buddhismus** und **Hinduismus**). Es ist aus dem Judentum hervorgegangen. Über zwei Milliarden Menschen bekennen sich heute weltweit zum Christentum. Christliche Kirchen sieht man in allen Städten und Dörfern **Europas** und Amerikas. Das Christentum geht zurück auf Jesus von Nazareth, genannt Christus (das heißt „der Gesalbte“). Er hat vor rund 2000 Jahren in Palästina gelebt und wurde dort zum Tode verurteilt und ans Kreuz geschlagen. Die Christen glauben, dass Jesus vom Tod auferstanden und der Sohn Gottes ist. Durch seinen Tod am Kreuz, so steht es in der Bibel, hat er die Menschen von ihrer Schuld im Leben erlöst. Seither gilt das Kreuz als das Symbol des Christentums. Die Bibel mit dem Alten und Neuen Testament gilt als Heilige Schrift. Wesentlich im Christentum ist der Glaube an einen Gott, das Bekenntnis zu Jesus Christus, die Gemeinschaft der Gläubigen in der Kirche und der Glaube an das ewige Leben. Dazu gibt es Vorschriften, die man im Leben befolgen soll (die Zehn Gebote).

Schon bald nach dem Tod von Jesus breitete sich das Christentum über das ganze damalige Römische Reich aus. In Rom, der ehemaligen **Hauptstadt** des Römischen Reiches, lebt bis heute der Papst, der das Oberhaupt der katholischen Christen ist. Innerhalb des Christentums entwickelten sich im Laufe der Zeit verschiedene Gemeinschaften. Im 16. Jahrhundert wollte Martin Luther vieles in der damaligen Kirche erneuern (das heißt auf Lateinisch „**reformieren**“, deshalb spricht man von der „Reformation“). Daraus entwickelte sich die protestantische (evangelische) Kirche.

Mehr als die Hälfte aller Christen sind katholisch, etwa 20 Prozent sind evangelisch. Die christlich-**orthodoxe** Kirche hat vor allem in Osteuropa viele Anhänger. Die anglikanische Kirche hat ihre meisten Anhänger in England. Daneben gibt es noch viele kleinere unabhängige Kirchengemeinschaften, die alle dem Christentum angehören. Sie verteilen sich über die ganze Welt.

# C

## Club of Rome

Der Club of Rome ist eine „Denkfabrik“. Hier tauschen sich Wissenschaftler, Wirtschaftsfachleute, Staatschefs, Geschäftsleute und andere kluge Leute aus allen fünf Kontinenten aus und überlegen, wie die Lebenssituation der Menschen auf unserer Erde verbessert werden kann. Der Club, der 1968 gegründet wurde und in Hamburg seinen Sitz hat, ist eine so genannte **Nichtregierungsorganisation**. Jeder, der gute Ideen hat, wie man zum Beispiel das Miteinander zwischen den **Staaten** oder die Situation in den **Gesellschaften** verbessern kann, darf seine Vorschläge einbringen. Die Mitglieder des Clubs treffen sich einmal jährlich auf einer Konferenz zu einem bestimmten Thema. Übrigens: Zu den Mitgliedern dieses Clubs gehören beispielsweise die niederländische Königin Beatrix und Michail Gorbatschow, der Ex-Präsident der ehemaligen Sowjetunion.

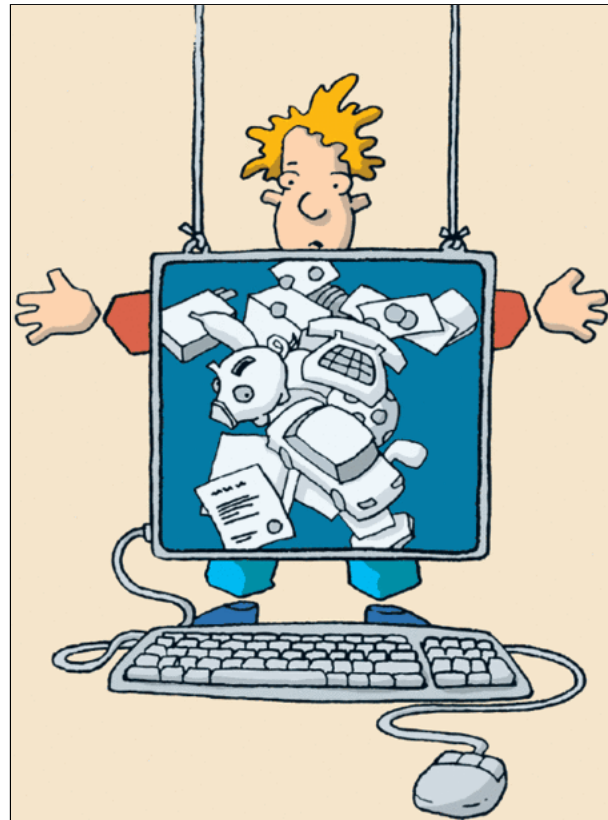


© Stefan Eling

# D

## Datenschutz

Jeder Mensch hat eine Vielzahl von persönlichen Daten. Dazu gehören neben dem Namen, der Adresse und dem Alter auch Angaben über die Familienverhältnisse, das Einkommen, die Herkunft, die Gesundheit, die Hobbys sowie vieles andere. Diese Daten gehören untrennbar zur eigenen Person, sie geben Auskunft darüber, wer wir sind, was wir gerne tun, auch was unsere persönlichen Schwächen sind. Deshalb ist es wichtig, mit diesen Daten sehr sorgsam umzugehen. Viele dieser Daten werden in Ämtern, bei der Arbeitsstelle, bei Banken oder beim Arzt gespeichert, damit man sie bei Bedarf abrufen kann. Diese Daten dürfen aber an niemanden weitergegeben werden, der damit Missbrauch treiben kann. Alle Menschen haben ein Recht auf den Schutz ihrer persönlichen Daten. 1977 wurde vom **Bundestag (-> Deutscher Bundestag)** das erste Datenschutzgesetz beschlossen. In einigen Bundesländern gibt es zusätzlich Landesdatenschutzgesetze. In diesen **Gesetzen** wird unter anderem festgelegt, dass jeder Bürger über die von ihm gespeicherten Daten Auskunft erhalten kann. Wenn er meint, sie sind unrichtig, dann kann er sie auch wieder löschen lassen. Ein Bundesdatenschutzbeauftragter und verschiedene Landesdatenschutzbeauftragte wachen darüber, dass diese Bestimmungen eingehalten werden. Auch Behörden müssen sich an diese Gesetze halten. So ist es beispielsweise verboten, dass die Telefongesellschaften Gespräche überwachen und Daten weitergeben. Das darf nur in besonderen, genau festgelegten Ausnahmefällen geschehen.



© Stefan Eling

## DAX

Dax ist die Abkürzung für "Deutscher Aktienindex". Das Wort „Index“ kommt aus dem Lateinischen und bedeutet so viel wie "Liste", „alphabetisches Verzeichnis“ oder „Messziffer“ zum Beispiel für Preisänderungen. **Aktien** sind Wertpapiere, die am Börsenmarkt gehandelt werden. Aus den Aktienwerten der 30 größten deutschen Aktiengesellschaften wird der DAX ermittelt. Die Aktien dieser **Gesellschaften** werden an fast allen deutschen Börsen gehandelt. Wie auf jedem Markt bestimmen auch am Börsenmarkt **Angebot und Nachfrage (-> Freie Marktwirtschaft)** den Preis der Aktien. Deshalb kann sich der DAX, der nach einem bestimmten System errechnet wird, ständig ändern. Jede Sekunde erscheint während der Handelszeit auf der großen Anzeigetafel der größten deutschen Börse in Frankfurt der aktuelle DAX-Wert. So können sich die Aktienhändler immer wieder neu überlegen, ob sie jetzt kaufen oder verkaufen sollen. Den DAX könnte man also auch als eine Art Richtwert bezeichnen. Neben dem DAX, auch DAX 30 genannt, gibt es noch eine Reihe anderer „Indices“ (das ist die Mehrzahl von Index) für Aktien, die an der Börse gehandelt werden. Man kennt zum Beispiel den DAX 100, (die hundert wichtigsten **Werte**) oder den TecDax (die Technologiewerte). Aber das ist eher etwas für die Börsen-Fachleute...



# D

## DDR

Die DDR (das war die Abkürzung für "Deutsche **Demokratische Republik**") entstand 1949 aus der damaligen sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Sie umfasste das Gebiet der heutigen Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Die DDR verstand sich als **sozialistischer (-> Sozialismus) Staat** und bezeichnete sich selbst als Arbeiter- und Bauernstaat. Die **politische** Macht lag alleine bei einer **Partei** (SED = Sozialistische Einheitspartei Deutschlands). Freie **Wahlen** gab es nicht, von Demokratie konnte nicht gesprochen werden. Am 17. Juni 1953 haben viele Menschen in einem Aufstand gegen die Verhältnisse in der DDR protestiert. Doch sie konnten nichts ausrichten, die **Demonstration** wurde gewaltsam niedergeschlagen. Weil viele Menschen die DDR in den ersten Jahren ihres Bestehens verlassen haben, um im Westen zu leben, haben die Machthaber in der DDR im August 1961 die **Grenze** zur **Bundesrepublik Deutschland** geschlossen und die **Berliner Mauer** errichtet. Fast 40 Jahre nach der Gründung der DDR sind viele Menschen im Herbst 1989 auf die Straße gegangen und haben demonstriert. Sie wollten, dass sich die DDR ändert, und sie hatten Erfolg. Die DDR und die Bundesrepublik Deutschland vereinigten sich am 3. Oktober 1990. Seither ist dieser Tag ein Feiertag und wird "Tag der Deutschen Einheit" genannt.

## Deflation

Deflation (auf Lateinisch bedeutet das Wort „Abschwellung“) ist das Gegenteil von **Inflation**: Auf dem Markt sind zu viele Waren und Güter vorhanden. Das Angebot ist größer als die Nachfrage, aber die Menschen haben nicht mehr Geld, um die Waren zu kaufen. Die Preise fallen also. Bei einer Inflation ist hingegen viel Geld im Umlauf, aber zu wenig Ware. Deswegen steigen die Preise.

## Delegation

In eurer Klasse ist es wegen des Lärms von draußen zu laut. Ihr könnt euch nicht konzentrieren. Weil der Lehrer das nicht so sieht, soll das Problem der Schulleitung vorgetragen werden. Da ihr nicht alle zum Direktorzimmer laufen könnt, wählt ihr zwei Schülerinnen aus, die das stellvertretend für die ganze Klasse machen sollen. Ihr überträgt, delegiert also diese Aufgabe an die beiden Schülerinnen. Sie sind damit eure Abgesandten, die „Delegierten“. Ihr hofft, dass sie die Aufgabe in eurem Sinne lösen können. Die beiden Schülerinnen bilden eine Delegation, die das Recht hat, für alle Schüler eurer Klasse zu sprechen. Der Begriff kommt aus dem Lateinischen und heißt „Abordnung“. Auch **Staaten** entsenden Delegierte zu Konferenzen und Tagungen, damit diese dort die Interessen ihres Landes vertreten oder auch Verhandlungen führen.

# D

## Demagogie

Dieses Wort stammt aus dem Griechischen und bedeutet so viel wie "Volksaufwiegelung", "politische Verhetzung". Jemandem, dem es gelingt, mit Hilfe von Schmeicheleien, unbewiesenen Behauptungen und Täuschungen andere Menschen für sich und seine **politischen** Ziele zu gewinnen, wird "Demagoge" genannt. Er gewinnt seine Zuhörer durch falsche Versprechungen. Seine Kritiker macht er schlecht und wiegelt die Leute gegen sie auf. Ein Demagoge ist ein Volksverführer, der alles tut, um an die Macht zu kommen und sie dann gewissenlos auszuüben. Demagogen waren und sind häufig auch **Diktatoren** (zum Beispiel Adolf **Hitler** (-> **Nationalsozialismus**)).



© Stefan Eling

## Dementi

Man hört öfters in den **Nachrichten**, dass ein **Politiker** oder ein **Ministerium** (-> **Ressort**) eine bestimmte Meldung dementieren lässt. Als Beispiel: Eine **Zeitung** schreibt, die **Steuern** werden um fünf Prozent erhöht, das Finanzministerium lässt umgehend durch seinen **Pressesprecher** erklären, das sei ganz falsch. Diese Erklärung ist ein Dementi. Das Wort kommt aus dem Französischen und bedeutet so viel wie "offizielle Richtigstellung", "Widerruf". Man könnte auch sagen, Berichtigung von falschen Behauptungen.

## Demografie

Das Wort stammt aus dem Griechischen und bedeutet "Bevölkerungswissenschaft". Das ist die Lehre über den Zustand und die Entwicklung einer Bevölkerung. Mit "Bevölkerung" bezeichnet man alle Einwohnerinnen und Einwohner eines bestimmten Gebietes, zum Beispiel einer Stadt, eines Landes oder eines Kontinents. Die Bevölkerungswissenschaft untersucht unter anderem, wie viele Menschen in **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**) (oder anderswo) leben, wie viele Junge und Alte darunter sind und wie sich die Bevölkerungszahl durch Geburten und Sterbefälle verändert. Es interessiert die Demografen, woher die Menschen kommen, die nach Deutschland ziehen, oder wohin diejenigen ziehen, die aus Deutschland auswandern. Die **Politik** muss auf bestimmte demografische Veränderungen reagieren. Als Beispiele: Wenn vorherzusehen ist, dass die Menschen immer länger leben, es also immer mehr alte Menschen gibt, wird die **Rentenversicherung** (-> **Sozialversicherung**) darauf reagieren müssen. Sie muss sich rechtzeitig überlegen, was zu tun ist, damit alle weiterhin ihre vom **Gesetz** zugesicherte Alterssicherung erhalten können. Oder wenn immer weniger Kinder geboren werden, wird man überlegen, was man tun kann, damit junge Menschen wieder Kinder haben wollen und so die **Geburtenrate** steigt.

# D

## Demokratie

Der Begriff kommt aus dem Griechischen und bedeutet "Herrschaft des **Volkes**". In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** gibt es diese Staatsform seit 1949, zuvor gab es sie bereits einmal von 1918 bis 1933. Demokratie heißt: Alle Bürger und Bürgerinnen haben die gleichen Rechte und Pflichten. Über sie herrscht kein Kaiser, auch kein König und kein General. Alle Menschen dürfen frei ihre Meinung sagen, sich versammeln, sich informieren. Es gibt unterschiedliche **Parteien**, die ihre Vorstellungen in so genannten Parteiprogrammen kundtun. Die Bürger wählen Personen und Parteien, von denen sie eine bestimmte Zeit lang regiert werden wollen. Und wenn die **Regierung** ihre Arbeit schlecht macht, kann das Volk bei der nächsten **Wahl** eine andere Regierung wählen. In einer Demokratie muss alles, was der **Staat** tut, nach den Regeln der **Verfassung** und der geltenden **Gesetzen** erfolgen. In Deutschland stehen diese Regeln im **Grundgesetz**. Der demokratische Staat ist also immer auch ein **Rechtsstaat**.

In Deutschland gab es von 1949 bis 1990 einen zweiten deutschen Staat, die "Deutsche Demokratische Republik", abgekürzt **DDR**. Obwohl im Staatsnamen der Begriff "Demokratie" vorkam, war die DDR aber keine Demokratie.

## Demonstration

Wenn sich Menschen zu einer öffentlichen Versammlung treffen, in langen Reihen mit Lautsprechern, Plakaten und Spruchbändern durch die Straßen ziehen, handelt es sich um eine Demonstration. Die Demonstranten wollen auf ihre Meinungen und Forderungen aufmerksam machen. Zum Beispiel könnten sich Bauern treffen, um für höhere Preise bei landwirtschaftlichen Produkten zu demonstrieren. Oder es haben sich Arbeiter und Angestellte vor einem Firmengelände versammelt, um gegen Massenentlassungen zu demonstrieren. Und an einem anderen Tag sehen wir viele Leute durch die Straßen ziehen, die laut und deutlich ihre Meinung gegen einen **Krieg** äußern. Das Wort "Demonstration" kommt aus dem Lateinischen und bedeutet so viel wie "Beweis" oder "Beweisführung". Das Recht, für oder gegen etwas zu demonstrieren, sich zu versammeln und auf diese Weise deutlich und frei seine Meinung zu äußern, ist in den **demokratischen Staaten** in der **Verfassung** fest verankert.

## Denunziation

Jemand will seinem Nachbarn aus irgendeinem Grund sehr schaden. Er zeigt ihn bei der **Polizei** wegen Fahrerflucht oder eines angeblichen Diebstahls an, auch wenn er nicht genau weiß, ob das stimmt. Diese Anzeige, die „aus unehrenhaften Beweggründen“ erfolgte, ist eine Denunziation (das Wort kommt aus dem Lateinischen). Es ist eine unrichtige und ziemlich gemeine Beschuldigung. Jemand anderen zu denunzieren ist verboten und steht unter Strafe. Auch wenn ich jemanden, vielleicht einen Kollegen, dessen Stelle ich gerne hätte, falsch verdächtige und unrichtige Behauptungen in die Welt setze, so ist das eine Denunziation. Ein solches Gerücht kann dazu führen, dass jemand seinen Job verliert. Es gibt auch den Begriff „**politische** Denunziation“. So fürchten sich in **Diktaturen** viele Menschen davor, von missliebigen Bekannten denunziert zu werden und dann ohne Schuld ins Gefängnis zu kommen oder noch Schlimmeres erleiden zu müssen.

# D

## Depression

Dieser Begriff stammt aus dem Französischen und bedeutet "Niederdrückung", "Senkung". Man wendet diesen Ausdruck in verschiedenen Bereichen an. Zum Beispiel bedeutet "Depression" in der Wirtschaft, dass sich die **wirtschaftliche** Gesamtentwicklung in einer starken **Krise** befindet. Es wird nur wenig produziert, sehr viele Menschen haben keine Arbeit, die Preise für Waren und **Dienstleistungen** sinken immer mehr (s. auch das Stichwort "**Deflation**"), die Börse verzeichnet hohe Kursverluste, der **Staat** nimmt weniger **Steuern** ein. Somit fehlt ihm auch Geld, um die Wirtschaft wieder wirkungsvoll anzukurbeln. Es kann unter Umständen lange dauern, bis sich die Wirtschaft erholt und wieder wächst. Man könnte sagen, dass die Wirtschaft, die sich im Abschwung, in einer **Rezession (-> Abschwung / Rezession)** befindet, in der Depression die Talsohle erreicht hat.

In der Medizin bezeichnet man mit "Depression" eine psychische (seelische) Störung. Die Hauptmerkmale sind länger anhaltende Freudlosigkeit, Antriebsschwäche. Interesselosigkeit und gedrückte Stimmung. Wenn ein Mensch schwere Depressionen hat, so muss er sich psychotherapeutisch oder ärztlich behandeln lassen. Auch in der Geografie gibt es den Ausdruck "Depression". Eine Landsenke in einem Trockengebiet ohne irgendeinen Abfluss, die unterhalb des Meeresspiegels liegt, wird so genannt. Zum Beispiel ist das Tote Meer, das fast 400 Meter unter dem sonstigen Niveau des Meeresspiegels liegt, eine Depression.

## Despot

Im alten Griechenland war der "despotes" der Hausherr, der alles zu bestimmen hatte. Abgeleitet davon ist „Despot“ die Bezeichnung für einen Herrscher, der sich keiner **Verfassung** und keinen **Gesetzen** verpflichtet fühlt. Entsprechend ist die Despotie oder der Despotismus eine Staatsform, in der das Staatsoberhaupt die absolute und unumschränkte Herrschaft ausübt und sein **Volk** durch Tyrannei und Willkür beherrscht. Sowohl die **absolute Monarchie (-> Monarchie)** konnte eine despotische Herrschaftsform sein als auch eine **Republik**, wenn einer oder mehrere Machthaber despotisch oder **diktatorisch** regierten. Der Begriff „Despotismus“ wird auch in anderen Bereichen gebraucht. Zum Beispiel im Familienleben, wenn ein Vater über alles despotisch bestimmen will. Auch im Leben eines Vereins, einer **Gemeinde** oder Kirche können sich despotische Herrschaftsformen zeigen, wenn einer alleine oder eine kleine Gruppe sich **radikal** gegen einen Mehrheitswillen durchsetzt.

## Deutsche Bundesbank

Die Deutsche Bundesbank ist sozusagen die oberste deutsche Bank. Sie regelt den Geld- und Zahlungsverkehr und verwaltet die Reserven des **Staates (-> Staat)** (also zum Beispiel das Gold, das in staatlichen Safes aufbewahrt wird, oder anderes Vermögen, das im Besitz des Staates ist). Außerdem hat die Deutsche Bundesbank die Aufsicht darüber, dass alle Regeln und Vorschriften im deutschen Bankenwesen eingehalten werden. Die Gewinne der Bundesbank gehören dem Staat, aber der Staat muss auch für die Verluste eintreten. Wenn eine Bank oder Sparkasse sich Geld ausleihen muss, leiht sie es von der Deutschen Bundesbank.

Bis 2002 war die Bundesbank auch für den Druck und die Ausgabe der deutschen **Banknoten** zuständig. Dann wurde der **Euro** eingeführt. Eine neu gegründete Bank, die Europäische Zentralbank (**EZB (-> Europäische Zentralbank)**), die wie auch die Bundesbank ihren Sitz in Frankfurt am Main hat, ist nun über die Bundesbank gestellt. Sie entscheidet, wie viele Banknoten innerhalb der **EU (-> Europäische Union (EU))**-Länder, in denen die Euro-Währung eingeführt wurde, ausgegeben werden. Die EZB passt zusammen mit der

## D

Bundesbank und anderen europäischen Banken auch darauf auf, dass die Gemeinschaftswährung Euro stabil bleibt, also die Inflationsrate möglichst niedrig ist. Die Deutsche Bundesbank wurde übrigens 1957 als unabhängige deutsche Zentralbank gegründet.

### Deutsche Nationalhymne



© Stefan Eling

Der Verfasser der Hymne ist August Heinrich Hoffmann von Fallersleben. Er schrieb das "Lied der Deutschen" 1841 auf der Insel Helgoland zu einer Melodie von Joseph Haydn. Nach dem **Ersten Weltkrieg** erhob der erste Reichspräsident der **Weimarer Republik**, Friedrich Ebert, das Lied zur deutschen **Nationalhymne**. Seit 1952 ist die dritte Strophe des Liedes Nationalhymne der **Bundesrepublik Deutschland**.

### Deutscher Bundestag

"Deutscher Bundestag" ist der Name des deutschen **Parlaments**. Es arbeitet in der **Hauptstadt** Berlin. Die Mitglieder des Bundestages, die Abgeordneten, werden für vier Jahre vom **Volk** gewählt. Die Volksvertreterinnen und **Volksvertreter (-> Abgeordnete)** gehören verschiedenen **Parteien** an. Alle Abgeordneten, die derselben Partei angehören, sitzen bei Versammlungen des Bundestages in einer **Fraktion** zusammen, wenn **Gesetze** diskutiert und beschlossen werden. Ein Beschluss kann aber nur gefasst werden, wenn mindestens die Hälfte aller Mitglieder des Bundestages anwesend ist. Zu den wichtigsten Aufgaben des Bundestages gehören die **Wahl** des Bundeskanzlers oder der **Bundeskanzlerin**, die Kontrolle der **Regierung**, die **Gesetzgebung**, die Mitwirkung bei der Wahl des Bundespräsidenten und die Wahl der **Richter** am **Bundesverfassungsgericht**.

### Deutscher Kinderschutzbund (DKSB)

Der Deutsche Kinderschutzbund wurde 1953 in Hamburg gegründet. Mit seinen über 50.000 Mitgliedern ist er der größte Kinderschutzverband Deutschlands. Grundlage für die Arbeit des DKSB ist die UN-**Kinderrechtskonvention**. Danach hat jedes Kind das Recht auf Entwicklung, auf Versorgung und auf Schutz. Der Kinderschutzbund versucht überall da zu helfen, wo Kinderrechte verletzt werden, vor allem wenn es um Kinderarmut oder Gewalt gegen Kinder geht. Der Kinderschutzbund will Kinder stark machen, will, dass Kinder ernst genommen, ihre Fähigkeiten gefördert und ihre Stimmen gehört werden. Wenn ihr Probleme habt, könnt ihr kostenfrei das Kinder- und Jugendtelefon anrufen unter der Tel.-Nr.: 0800 - 111 0 333 (montags bis freitags von 15 bis 19 Uhr) oder Kontakt im Internet aufnehmen über [www.kinderundjugendtelefon.de](http://www.kinderundjugendtelefon.de)

# D

## Diaspora

Wenn **Juden** in einer Gegend leben, wo sonst fast nur Menschen mit einer anderen **Religion** wohnen, leben sie "in der Diaspora". Oder wenn **Christen** zum Beispiel in Indien wohnen, leben sie "in der Diaspora", weil dort die meisten Menschen **Hinduisten** sind. Das Wort kommt aus dem Griechischen und bedeutet „Zerstreuung“ – die Menschen einer bestimmten Religion leben also nicht als große Gemeinschaft zusammen, sondern sind „in alle Welt zerstreut“.

## Dienstleistung

In einem Geschäft werden wir von einer Verkäuferin oder einem Verkäufer bedient. Im Haar-Salon schneidet uns eine Frisörin oder ein Frisör die Haare. In beiden Läden werden Dienstleistungen erbracht. Auch am Bankschalter, wo wir Geld abheben oder Überweisungen tätigen, wird ein Dienst am Kunden geleistet. Und der Verkehrspolizist „dient“, indem er dafür sorgt, dass alles reibungslos läuft. Auch die **Beamten** in der Stadtverwaltung, die Ärzte und Krankenschwestern im Gesundheitswesen dienen den Menschen. Das tun auch die Rechtsanwälte, die uns vor **Gericht** vertreten, oder der Installateur, der den Wasserhahn repariert. Dienstleistungen sind also Tätigkeiten, bei denen nichts hergestellt wird – anders als zum Beispiel beim Bau eines Hauses oder wenn ein Auto am Fließband zusammen gesetzt wird. Durch Dienstleistungen werden andere Bedürfnisse der Menschen erfüllt. Im Dienstleistungsgewerbe arbeiten in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** sehr viele Menschen. Weil es in den letzten Jahrzehnten immer mehr geworden sind und ein immer größerer Teil der Bevölkerung in diesem Bereich beschäftigt ist, spricht man heutzutage auch von einer "Dienstleistungsgesellschaft".

## Diffamieren

Wenn du von deinem Klassenkameraden etwas behauptest, was nicht stimmt, zum Beispiel er habe gepusht (obwohl du es besser weißt), dann steht er vielleicht bei seinem Lehrer nicht gut da. Wenn du ihm – aus welchem Grunde auch immer – das mehrmals antust und andere vielleicht noch mitmachen, dann bringt ihr euren Mitschüler in Verruf. Denn nichts anderes heißt das aus dem Lateinischen kommende Wort "diffamieren": jemanden in seinem Ansehen schädigen, ihn herabsetzen oder ihn in Verruf bringen.

## Diktatur

Das Wort kommt aus dem Lateinischen und ist genau das Gegenteil von **Demokratie**: Nicht die **Mehrheit** des **Volkes** bestimmt, sondern einige wenige, zum Beispiel eine einzige **Partei** oder sogar nur eine einzelne Person: der Diktator. Der Diktator ist meistens nicht gewählt worden, sondern er hat sich selber mit Gewalt an die Macht gebracht - häufig mit der Hilfe des **Militärs (-> Streitkräfte / Armee)**. Das muss den Diktator oftmals vor dem Volk schützen. Viele Menschen, die in einer Diktatur leben, haben Wut und Angst, können ihre Meinung nicht mehr frei sagen. Wenn sie es doch tun, "verschwinden" sie, kommen ins Gefängnis, werden **gefoltert (-> Folter)** oder sogar umgebracht.

# D

## Diplomatie / Diplomat/in

Wenn jemand geschickt seine Worte wählt und verhandelt, dann sagt man auch, er oder sie ist "diplomatisch". "Diplomatie" (das Wort kommt aus dem Griechischen) bedeutet die "Kunst der Verhandlung". Wenn verschiedene Länder miteinander etwas beschließen wollen, müssen die Vertreter der Länder zuerst verhandeln, das heißt miteinander reden und sicherstellen, dass es keine Probleme geben wird. Erst dann, wenn alles vorbereitet ist, unterschreiben die Regierungschefs Verträge mit anderen Ländern zum Beispiel darüber, dass man eine gemeinsame internationale Schule gründen oder zusammen Geschäfte machen will. Die Menschen, die im Auftrag ihrer Länder miteinander sprechen, nennt man "Diplomatinnen" oder "Diplomaten". Diese Frauen und Männer haben in einer Diplomatenschule die Kunst des Verhandels gelernt. In den fremden Ländern, wo die Diplomaten ihre Arbeit tun, genießen sie einen speziellen Schutz. Diesen nennt man "Immunität".

## Diskriminierung

Wenn einzelne Menschen oder Gruppen benachteiligt werden, weil sie zum Beispiel eine andere Hautfarbe oder eine andere **Religion** haben, so werden sie diskriminiert (das Wort stammt aus dem Lateinischen und bedeutet "Unterscheidung"). Die Gründe dafür können sehr unterschiedlich sein. Oft spielen **Vorurteile** eine Rolle. So haben manche Menschen ohne Grund eine schlechte Meinung von Menschen fremder Herkunft oder mit fremdländischem Aussehen. Sie behandeln diese Menschen deshalb unfair und ungerecht - sie diskriminieren sie.

Bei der Diskriminierung spielt oft auch das Geschlecht eine Rolle. So erhalten Frauen im Berufsleben manchmal weniger Gehalt oder Lohn als ihre männlichen Kollegen, obwohl sie die gleiche Arbeit tun. Diese Frauen werden ungleich behandelt. Auch das ist Diskriminierung.

## Dividende

Wenn man eine oder viele **Aktien** eines Unternehmens besitzt, hat man das Recht, am Gewinn des Unternehmens beteiligt zu werden. Diesen Gewinn, der an die Aktionäre verteilt wird, nennt man "Dividende". Der Begriff kommt aus dem Lateinischen und heißt genau übersetzt „das zu Verteilende“. Wie hoch die Dividende ist, wird von den Aktionären und der Leitung eines Unternehmens festgelegt. Dieser Gewinn kann in Geld ausbezahlt werden. Es ist auch möglich, dass die Aktionäre kostenlos weitere Aktien erhalten. Wenn ein Unternehmen (eine Aktiengesellschaft) keinen Gewinn gemacht hat, gibt es auch keine Dividende.

## Doktrin

Dieses Wort stammt aus dem Lateinischen. Man bezeichnet damit eine **politische** Lehre, eine Theorie oder ein Grundsatzprogramm. Politiker oder eine **Partei** können eine solche Doktrin vertreten, die als feste Richtlinie für eine bestimmte Politik dient. So kann es zum Beispiel eine Doktrin geben, die vorgibt, wie die Beziehungen zwischen verschiedenen **Staaten** und **Regierungen** gestaltet werden. In Deutschland gab es beispielsweise in den Jahren 1955 bis 1969 die so genannte Hallstein-Doktrin. Diese Staatsdoktrin – benannt nach dem ehemaligen Staatssekretär im Außenministerium Walter Hallstein – galt für die deutsche Außenpolitik. Sie besagte, dass die **Bundesrepublik Deutschland diplomatische** Beziehungen zu allen Staaten verweigerte, die die **DDR** anerkannt hatten. (Eine Ausnahme war die damalige UdSSR). Die Bundesrepublik wollte damit deutlich machen, dass sie alleine das gesamte deutsche **Volk** vertrat. Die „Truman-Doktrin“ (benannt nach einem Präsidenten der USA) oder die „Breschnew-Doktrin“ (benannt

## D

nach einem Generalsekretär der **Kommunistischen** Partei der Sowjetunion) waren weitere Grundsätze, die die internationalen Beziehungen nach dem **Zweiten Weltkrieg** stark beeinflusst haben.

Wenn eine Theorie, eine Lehrmeinung oder eine Person als „doktrinär“ bezeichnet wird, dann ist das nicht immer positiv gemeint. Es kann auch heißen, dass sie oder er engstirnig oder einseitig ist.

## Dritte Welt

Etwa zwei Drittel aller Menschen leben in der so genannten Dritten Welt. Mit dieser Bezeichnung sind alle wenig oder unterentwickelten **Staaten** Afrikas, Asiens, Süd- und Mittelamerikas sowie der Karibik und Ozeaniens gemeint.

Der Begriff "Dritte Welt" entstand in den Zeiten des Kalten **Krieges**, als sich zwei Militärblöcke gegenüberstanden. Der eine Block (die „Erste Welt“ – so nannte man die **demokratischen Industriestaaten**) wurde von den USA angeführt. Dem gegenüber stand der **kommunistische**, von der Sowjetunion angeführte Block (die **sozialistischen (-> Sozialismus)** Industriestaaten, die „Zweite Welt“). Die Länder, die keinem dieser Blöcke angehörten (die „Blockfreien“) bekamen den Namen "Dritte Welt". Die Erste und Zweite Welt fanden spätestens mit dem Ende der Sowjetunion 1991 ihr Ende. Der Name "Dritte Welt" wird heute kaum mehr gebraucht. Man spricht vielmehr von den Entwicklungsländer. Gelegentlich hört man die Bezeichnung „Vierte Welt“ für die allerärmsten Länder, die ohne ausländische Hilfe gar nicht überleben könnten.

## Drogen

Das Wort "Drogerie" kennt ihr alle. Als „Drogen“ bezeichnete man ursprünglich Stoffe (Blätter, Blüten, Wurzeln), die man zur Herstellung von Medikamenten, von Heil- oder Anregungsmitteln brauchte. Deshalb heißt ein Geschäft, in dem es solche Mittel gibt, auch Drogerie. Heute wird der Begriff "Drogen" meistens für so genannte Rauschgifte gebraucht. Je nach Stärke und Zusammensetzung bewirken alle Drogen eine seelische oder körperliche Veränderung im Menschen. Anfangs nehmen Menschen Drogen, um einen für sie angenehmen Zustand zu erreichen. Das kann aber schnell dazu führen, dass sie sich daran gewöhnen und von Drogen abhängig werden. Abhängigkeit aber zerstört die eigene Gesundheit und spielt denen in die Hände, die mit Drogenhandel viel Geld verdienen.

Man muss zwischen erlaubten (legalen) und verbotenen (illegalen) Drogen unterscheiden. Genussmittel wie Alkohol, Nikotin oder Kaffee zählen zu den legalen Drogen und sind jedenfalls für Erwachsene überall zu kaufen. Auch bestimmte Schmerz-, Beruhigungs- oder Aufputzmittel kann man als legale Drogen in der Apotheke mit oder ohne Rezept kaufen. Illegale Drogen sind Haschisch, Marihuana oder so genannte Opiate wie Heroin und Kokain sowie viele Drogen, die künstlich (synthetisch) in Labors hergestellt werden. Dazu zählen zum Beispiel Crack und Ecstasy. Erwerb, Besitz und **Konsum**, also der Verzehr illegaler Drogen kann in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** mit bis zu 10 Jahren Gefängnis bestraft werden.

Der **Staat** will die Verbreitung von Drogen stoppen oder wenigstens einschränken. Die **Polizei** versucht deshalb zu verhindern, dass Drogen überhaupt ins Land kommen, und sie verfolgt kleine und große Händler, die diese Drogen verkaufen. Aufklärung an Schulen soll verhindern, dass Drogen genommen werden und bereits Jugendliche abhängig werden. In zahlreichen Einrichtungen, Therapien und Kliniken wird denen geholfen, die abhängig geworden sind, deren Leben bedroht ist und die auf jeden Fall versuchen müssen, von den Rauschgiften wieder loszukommen.

Über die Wirkung von einzelnen Drogen und darüber, welche Schäden ihr Konsum anrichtet, informieren zum Beispiel die Drogenberatungsstellen.



# D

## Durchlaucht

Das ist eine früher gebrauchte Anrede für Fürsten („Euer Durchlaucht“) und Fürstinnen, für Prinzen und Prinzessinnen. Vergleichbar im Englischen wären es die Ausdrücke „Mylord“ oder „Mylady“, mit denen der hohe Adel angesprochen wird. Mit „Mylord“ wird in England auch ein **Richter** angesprochen, wie ihr vielleicht schon in englischen Filmen gehört habt.

## Dynastie

Mit diesem aus dem Griechischen stammenden Wort ("dynastia" heißt auf Deutsch "Macht", "Herrschaft") wird eine Fürstenfamilie oder ein Herrscherhaus bezeichnet. Manchmal stellt eine solche **Familie** über mehrere Generationen den Landesherrn, weil die Macht immer weiter – meist an den ältesten Sohn - vererbt wird. Bereits im Altertum gab es mächtige Herrscherhäuser. In Ägypten war es die ptolomäische Dynastie, im alten China die Tang-Dynastie. Im frühen Mittelalter herrschten in **Europa** zum Beispiel die Merowinger und Karolinger. Im Heiligen Römischen Reich stammten die Herrscher aus der Familie der Salier und der Staufer. Die österreichischen Kaiser waren Habsburger, in Preußen und im Deutschen Reich stellte die Dynastie der Hohenzollern die Kaiser. Der letzte deutsche Kaiser aus dieser Familie, Wilhelm II., dankte im Jahre 1918 nach dem verlorenen **Ersten Weltkrieg** ab. Damit endete die Herrschaft der Hohenzollern.

# E

## Ehrenamt

Ehrenamtliche Mitarbeiter engagieren sich in Vereinen, sozialen Diensten, in der Kirche oder anderen Organisationen für eine Sache, die ihnen besonders am Herzen liegt. Dies tun sie oft, um anderen Menschen zu helfen. So arbeiten zum Beispiel alleine für den **Deutschen Kinderschutzbund** ungefähr 10.000 Ehrenamtliche und leisten damit einen enormen Beitrag zur Arbeit des Kinderschutzbundes. Menschen, die ein Ehrenamt bekleiden, erhalten keine Bezahlung für ihre Tätigkeit, manchmal werden ihnen ihre Kosten ersetzt.

Übrigens: Es gibt auch Ehrenämter, die übernommen werden müssen, zum Beispiel, wenn das **Gericht** einen Bürger als Schöffen, also als ehrenamtlichen **Richter**, in einem Prozess bestimmt. Auch eine ehrenamtliche Tätigkeit als Wahlhelfer ist Pflicht, wenn die **Gemeinde** jemanden dazu bestimmt. Aber die meisten Ehrenämter sind freiwillig.

## Ein-Euro-Job

Ein-**Euro**-Jobs soll es für Menschen geben, die lange Zeit arbeitslos sind und „**Arbeitslosengeld II**“ (AGL II) bekommen. So steht es im „**Hartz IV-Gesetz**“. Die **Arbeitslosen** sollen mit diesen Jobs die Möglichkeit erhalten, wieder am Arbeitsleben teilzunehmen und etwas zum AGL II dazu zu verdienen. Das können zwischen ein und zwei Euro pro Stunde sein.

Was sind das nun für Jobs? Die Ein-Euro-Jobs müssen gemeinnützig sein und dürfen normale Arbeitsplätze nicht verdrängen. So darf zum Beispiel ein Krankenpfleger nicht durch einen „Ein-Euro-Jobber“ ersetzt werden. Ein Ein-Euro-Job muss außerdem zeitlich begrenzt sein. Und er muss dem Arbeitslosen eine Chance auf einen richtigen Arbeitsplatz bieten. Die Ein-Euro-Jobs können ganz unterschiedlich sein. Zum Beispiel kann es sich um die Hilfe in einer Stadtbücherei oder beim Bau von Kinderspielflächen handeln. Vielleicht geht es aber auch um die Pflege von Parks und Anlagen oder um Angebote in der Nachbarschaftshilfe. Städte, **Gemeinden** oder gemeinnützige Einrichtungen, die solche Jobs anbieten, melden das den Arbeitsagenturen, Die Arbeitsagenturen vermitteln diese Jobs an die Arbeitslosen. Ein Arbeitsloser, dem ein „Ein-Euro-Job“ angeboten wird, muss ihn annehmen, sonst kann das Arbeitslosengeld gekürzt werden. Und wenn er unter 25 Jahre alt ist, kann das AGL II ganz gestrichen werden.

## Einbürgerung

Ausländer, die bei uns leben, und Menschen, die keine Staatsangehörigkeit haben (Staatenlose), können die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben. Bevor eine so genannte Einbürgerung oder Naturalisation stattfindet, müssen einige Voraussetzungen erfüllt sein, von denen wir nur einige nennen können. So muss der Antragsteller in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** wohnen und er darf keine Straftaten begangen haben. Er muss, wie es heißt, seine Unbescholtenheit nachweisen. Außerdem muss für seinen Lebensunterhalt gesorgt sein.

Einen Anspruch auf Einbürgerung haben Ausländer in der Regel nur dann, wenn sie mindestens acht Jahre in Deutschland leben, für sich sorgen können und keine Straftat begangen haben. Kinder ausländischer Eltern erwerben mit der Geburt das Recht auf die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil seit acht Jahren in Deutschland wohnt. Menschen aus osteuropäischen oder östlichen Ländern, die nachweisen können, dass sie deutsche Vorfahren haben, können ebenfalls eingebürgert werden.

# E

## Elterngeld

Ende September 2006 beschloss der **Deutsche Bundestag** das **Gesetz** zum Elterngeld. Elterngeld wird vom Staat bezahlt, wenn ein Elternteil, also Mutter oder Vater, nach der Geburt eines Kindes die Arbeitszeit im Beruf verringert oder zeitweise ganz aufhört zu arbeiten, um sich um das Kind zu kümmern. Die Höhe des Elterngeldes richtet sich nach dem Einkommen des Elternteils. Es beträgt in der Regel 67 Prozent von dem Lohn oder Gehalt, das Vater oder Mutter vor der Geburt verdient hat. Für Menschen mit geringem Einkommen kann es aber auch mehr sein. Es wird aber höchstens 1800 **Euro** im Monat gezahlt. Diese **staatliche** Unterstützung zur Förderung der Familien ist nicht dauerhaft, sondern wird nur 12-14 Monate nach der Geburt des Kindes gewährt.

## Embargo

Wenn ein Staat gegen das Völkerrecht verstößt, also zum Beispiel im **Krieg** absichtlich Krankenhäuser beschießt, dann können andere **Staaten** mit Strafen (Sanktionen) darauf reagieren. Eine solche Strafe könnte sein, dass an diesen Staat bestimmte Waren nicht mehr geliefert werden oder dass Waren aus diesem Land nicht mehr in andere Länder verkauft werden dürfen. Wenn solche Strafen durchgeführt werden, verhängt man ein "Embargo". Das Wort kommt aus dem Spanischen und heißt "beschlagnahmen". Früher nämlich wurde ein Land dadurch gestraft, dass seine Schiffe beschlagnahmt wurden und es deshalb keinen Handel mehr treiben konnte. Durch das Embargo soll der Staat dazu gebracht werden, das Völkerrecht wieder zu beachten.

## Emigration

Der Begriff kommt vom lateinischen Wort „emigratio“. Er bedeutet „wegziehen“. Von „Emigration“ spricht man, wenn jemand aus dem Land, aus dem er stammt, wegzieht. Eine Emigration kann freiwillig oder erzwungen sein. Es gibt unterschiedliche Ursachen, wieso Menschen ihr Herkunftsland verlassen: Es kann aus **politischen**, religiösen oder auch aus **wirtschaftlichen** Gründen geschehen. Manchmal ist die Emigration eine **Flucht (-> Asyl)** vor **Verfolgung (-> Exil)** oder **Verhaftung (-> Haftbefehl)**. In den vergangenen Jahrhunderten gab es viele solcher Flucht- oder Auswanderungsbewegungen. Im 20. Jahrhundert sind nach der russischen **Oktoberrevolution (-> Kommunismus)** 1917 viele tausend Menschen vor den neuen Machthabern **geflohen (-> Flüchtling)**. In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** haben während des **Nationalsozialismus** zwischen 1933 und 1945 viele tausend **Juden** und politische Gegner des **Staates** ihre Heimat verlassen, um der Verfolgung zu entkommen. 1991/92 gab es eine Emigrationswelle aus den Kriegsgebieten des ehemaligen Jugoslawien.

Es gibt auch den Begriff „innere Emigration“. Davon spricht man, wenn zum Beispiel politische Gegner eines **Diktators** zwar nicht ihr Land verlassen, um im Ausland zu leben, sich aber innerlich zurückziehen. Sie äußern sich nicht mehr in der Öffentlichkeit. Sie lassen ihre Gegnerschaft zum Regime nicht erkennen, um sich und ihre **Familie** nicht zu gefährden. Mit "Emigration" wird nicht nur das Verlassen eines Landes, also die Auswanderung bezeichnet. Auch den Aufenthalt in einem fremden Land nach der Auswanderung bezeichnet man so. Die Menschen befinden sich dann in der Emigration, sie sind Emigranten.

# E

## Emission / Emissionshandel

Der Begriff "Emission" stammt vom lateinischen Wort "emittere" ab, was auf Deutsch "aussenden" heißt. Geht ein großes und **wirtschaftlich** gesundes Unternehmen an die Börse, so werden Anteile an diesem Unternehmen in Form von **Aktien** ausgegeben, die man kaufen kann. Den Vorgang nennt man "Emission". Der Begriff „Emission“ wird aber nicht nur angewendet, wenn es um Aktien geht, sondern auch in vielen anderen Bereichen. Die Post gibt Briefmarken aus, ein Röntgengerät sendet Strahlen aus, unsere Autos stoßen während der Fahrt Abgase aus und Fabriken produzieren bei der Herstellung ihrer Produkte verschiedene Schadstoffe, die in die **Umwelt** eingebracht werden. All dies sind Emissionen. Besonders kritisch sind die Schadstoffe, die Kraftfahrzeuge und Produktionsanlagen an die Umwelt abgeben, insbesondere Treibhausgase, die sich schädlich auf unser Klima auswirken. Um die Umwelt zu schützen, haben viele **Staaten** beschlossen, diese Schadstoff-Emissionen zu reduzieren. Das heißt, die Autos sollen umweltfreundlicher werden und Fabriken müssen ihre Produktionsanlagen mit besseren Filtern versehen oder komplett modernisieren, um die Emissionen zu senken. Hierfür gibt es neuerdings **Gesetze** und Vorschriften, die genau festlegen, wie der Ausstoß von giftigem Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) vermindert werden muss.

Nun haben aber die Staaten nicht nur gesagt, dass die Gifte verringert werden sollen, sie haben im so genannten Kyoto-Protokoll auch festgelegt, wieviel Schadstoff-Emissionen jedes Land herstellen darf. Diese Vereinbarung führt dazu, dass mit Emissionen gehandelt werden kann: Will eine Fabrik mehr CO<sub>2</sub> produzieren als es die Obergrenze für seine Produktionen vorsieht, so kann es einem anderen Unternehmen, das die vorgeschriebene **Grenze** des Schadstoffausstoßes nicht ausnutzt, diese nicht ausgenutzten Schadstoffmengen „abkaufen“. So kann es seinen eigenen Anteil erhöhen. Diesen Vorgang nennt man auch "Emissionshandel", wie den Kauf und Verkauf von Wertpapieren.

## Energiepolitik

Energiepolitik sorgt dafür, dass wir alle ausreichend mit Energie, also mit Strom, Öl, Benzin, Gas usw. versorgt werden. Das ist in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)**, einem Land mit viel Industrie und großen Städten, eine besonders wichtige Aufgabe. Die meiste Energie wird heute durch das Verbrennen von Rohstoffen wie Holz, Kohle und Erdöl hergestellt. Alle Betriebe, alle Eisenbahnen, alle großen Gebäude und Maschinen verbrauchen viel Energie. Aber auch jeder Einzelne von uns braucht Energie, zum Beispiel zum Kochen, Fernsehen oder Mofa fahren. Zum einen gibt es **erneuerbare Energien**, das sind zum Beispiel Wasser- und Windenergie, Biogas oder **Sonnenenergie**. (Wenn diese Energien verbraucht sind, entstehen sie wieder neu – deshalb heißen sie "erneuerbar".) Zum anderen gibt es Energiearten, die sich nicht erneuern, also Erdöl, Erdgas, Kohle, Atomkraft. Diese Vorräte sind irgendwann verbraucht. Bei Erdöl schätzt man, dass dies schon in ungefähr 60 Jahren der Fall sein wird (womit werden dann wohl die Autos fahren?). Deshalb ist es besonders wichtig, behutsam mit den vorhandenen Energien umzugehen. Vor allem aber müssen noch mehr Methoden gefunden werden, um die erneuerbaren Energien wie die Sonnenenergie zu nutzen.

# E

## Enquête

Wörtlich übersetzt aus dem Französischen heißt das "durchgeführte Untersuchung". Man meint damit nicht die polizeiliche Untersuchung und Aufklärung eines bestimmten Kriminalfalles. Gemeint ist eine **amtliche** Untersuchung etwa darüber, ob es zu viele **Beamte** in den Verwaltungen gibt oder ob man die **Verfassung** verändern muss, damit es leichter wird, **Gesetze** zu machen. Der **Bundestag (-> Deutscher Bundestag)** setzt öfters so genannte **Enquête-Kommissionen** ein. Diese Kommissionen bestehen aus **Abgeordneten** und Fachleuten, die der **Regierung** und dem **Parlament** Berichte übergeben. Darin stehen wichtige Informationen, die die Regierung und das Parlament nutzen sollen, bevor sie ihre Entscheidungen treffen. Jahrelang arbeitete zum Beispiel eine Enquête-Kommission an einem Bericht über die Folgen der **Gentechnologie** (Veränderung des natürlichen Erbgutes von Pflanzen und Tieren), bevor Regierung und Bundestag darüber entschieden haben, was in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** im Rahmen der Gentechnologie erlaubt und verboten sein soll.

## Entwicklungsländer / Entwicklungshilfe

Nicht allen Menschen auf dieser Welt geht es so gut wie uns. In vielen Ländern außerhalb **Europas** herrscht große **Armut**. Familien hungern, Eltern sind **arbeitslos**, die Kinder haben zum Teil keine Möglichkeit, lesen und schreiben zu lernen. Viele Kinder müssen sogar selbst hart arbeiten, weil ihre Eltern nicht genug für die **Familie** verdienen. Viele Menschen werden krank, weil sie keine richtigen Wohnungen haben oder verschmutztes Wasser trinken müssen. Sie können nicht vom Arzt behandelt werden, weil es zu wenig Ärzte und Krankenhäuser gibt. Auch der **Staat (-> Staat)** kann nicht helfen, weil er zum Beispiel nicht richtig organisiert ist oder falsch geführt wird. Oder der Staat ist verschuldet. Er muss seine Schulden oft mit hohen **Zinsen** zurückzahlen und besitzt deswegen nicht genügend Geld, um Krankenhäuser oder Schulen zu bauen. Länder, die so arm sind, bezeichnet man als Entwicklungsländer. Viele reiche Länder und private Organisationen versuchen, diese Länder zu fördern, indem sie ihnen so genannte Entwicklungshilfe anbieten. Damit soll das jeweilige Land so lange unterstützt werden, bis es sich selber helfen kann. Diese Hilfe nennt man auch "Hilfe zur Selbsthilfe". Es werden zum Beispiel Brunnen gebohrt, Lehrerinnen und Ingenieure ausgebildet, Straßen gebaut und bessere Methoden für die Landwirtschaft entwickelt.

Es gibt viele Gründe dafür, dass die Entwicklungsländer arm sind. In vielen Entwicklungsländern gibt es nicht genug Lebensmittel und **Rohstoffe (-> Energiepolitik)**, um die immer schneller wachsende Bevölkerung zu versorgen. Ein weiterer Grund ist, dass viele entwickelte Staaten wie zum Beispiel **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** glauben, dass sie ihre eigene **Wirtschaft** vor billigen Waren aus den Entwicklungsländern "schützen" müssen. Dazu erheben sie so genannte Einfuhrzölle. Dadurch werden die Waren aus den ärmeren Ländern teurer und können nur noch schlecht verkauft werden. Viele Probleme der Entwicklungsländer haben ihre Ursachen in der Vergangenheit. Die Kolonialmächte haben ihre **Kolonien** ausgenutzt und daran gehindert, sich zu gleichstarken Handelspartnern zu entwickeln. Probleme bereitet in vielen armen Ländern auch das Klima. Immer wieder gibt es Dürrekatastrophen. Sie haben meist zur Folge, dass die Ernten zerstört werden.

# E

## Entwicklungspolitik

Zur Entwicklungspolitik gehören alle **politischen** Aktivitäten und **staatlichen** Maßnahmen, welche den Aufbau, die technische und soziale Entwicklung der so genannten Entwicklungsländer fördern. Grundsätzlich hat die Entwicklungspolitik das Ziel, die Lebensverhältnisse der Menschen in diesen Ländern zu verbessern. Ein wichtiger Teil der Entwicklungspolitik ist die **Entwicklungshilfe**. Damit ist die Unterstützung der reichen **Industriestaaten** (der „Geberländer“) für die Entwicklungsländer gemeint. Zur Entwicklungspolitik gehören aber auch die Politik und die Maßnahmen dieser Länder (der „Nehmerländer“) selber, um ihrer Bevölkerung zu helfen. Dazu zählen zum Beispiel die Versorgung mit Nahrungsmitteln, die Einrichtung von Schulen, der Bau von Brunnen und Straßen sowie der Aufbau von Wirtschaft und Technik. Entwicklungspolitik sollte nicht nur den einseitigen **wirtschaftlichen** Zielen der „Geberländern“ dienen oder den Interessen von privaten oder staatlichen Entwicklungshilfeorganisationen untergeordnet werden. Sie sollte den armen Ländern die Möglichkeit geben, dass sie sich künftig aus eigener Kraft weiter entwickeln können.

## Erneuerbare Energie

Ihr kennt sicher Windkraftwerke: die hohen Pfeiler, die man manchmal in der Landschaft sieht. Oben drehen sich Flügel, die durch den Wind angetrieben werden. Sie werden dort aufgestellt, wo es meist sehr windig ist, zum Beispiel an der Küste. Diese Windkraftwerke nutzen den Wind als Energie, weil er sich immer wieder erneuert. Im Gegensatz zu Erdöl oder Kohle, die in unseren Kraftwerken verbrannt werden, um Strom zu erzeugen, gibt es den Wind immer wieder. Auch die Sonne, die Erdwärme und die Bewegung des Wassers kann man nutzen, um Energie zu gewinnen. Das Vorteilhafte, besser gesagt, das Gute daran ist, es wird nichts „ver“-braucht, sondern nur „ge“-braucht. Zu den erneuerbaren Energien zählen auch die **Rohstoffe (-> Energiepolitik)**, die nachwachsen können wie zum Beispiel Holz. Aber auch mit erneuerbaren Energien muss man sorgfältig umgehen. So darf man immer nur eine bestimmte Anzahl von Bäumen fällen, und neu gepflanzten Bäumchen muss man genügend Zeit lassen, um nachzuwachsen. Bei manchen Baumarten, zum Beispiel Eichen, muss man besonders vorsichtig sein, denn sie wachsen nur sehr langsam.

## Erster Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg dauerte von 1914 bis 1918. **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** hatte große Schuld an seinem Ausbruch. Auf der einen Seite kämpften Deutschland, Österreich-Ungarn, die Türkei und später Bulgarien, auf der anderen Seite waren es vor allem Frankreich, Großbritannien, Russland, Serbien, Griechenland, Rumänien, Italien, die USA und Japan. Über zehn Millionen Menschen sind im **Krieg** gestorben. Ausgelöst wurde dieser große Krieg durch die Ermordung des österreichischen Thronfolgers im serbischen Sarajevo am 28. Juni 1914. Die tieferen Ursachen dieses **Weltkrieges** aber waren lange andauernde Streitigkeiten zwischen den großen europäischen Mächten. Großbritannien, Frankreich, das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn und Russland wollten ihre Macht vergrößern. Sie kämpften um mehr **wirtschaftlichen** Einfluss auf den Weltmärkten. Vor allem aber führte das militärische Wettrüsten dieser Länder zu immer größeren Spannungen.

Deutschland und seine Verbündeten verloren den Ersten Weltkrieg. Die Siegermächte haben im Versailler Vertrag festgeschrieben, welche Folgen das für Deutschland hatte. Die **Monarchie** im Deutschen Reich wurde abgeschafft, der Kaiser musste das Land verlassen. Grenzgebiete im Osten und im Westen Deutschlands gingen an die Nachbarländer. Außerdem musste Deutschland seine Armee auf 100 000 **Soldaten (-> Streitkräfte / Armee)** verringern und an die Sieger hohe Schadensersatzleistungen, das nennt man „Reparationen“, bezahlen.

# E

## Erziehungsberechtigte

Normalerweise sind die Eltern die Erziehungsberechtigten ihres Kindes. Sie übernehmen die so genannte Personensorge für ihr Kind und damit alle Aufgaben, die das (noch unmündige, noch nicht volljährige) Kind selbst nicht erfüllen kann oder darf. Diese elterliche Sorge steht in einer Ehe dem Vater und der Mutter zu gleichen Teilen zu. Es ist die Pflicht der Eltern, dieses Sorgerecht gemeinsam zum Wohle des Kindes auszuüben. Zum Beispiel entscheiden sie, welche weiterführende Schule ihr Kind besucht, wenn es die nötigen Voraussetzungen erbringt. Aber die Eltern können nicht darüber entscheiden, ob ihr Kind überhaupt die Schule besucht. Denn der Schulbesuch ist in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland) gesetzlich** vorgeschrieben. Für den Fall, dass die Eltern die Personensorge nicht mehr erfüllen können oder dürfen, entscheidet das Vormundschafts- oder Familiengericht, wer stattdessen die Erziehungsberechtigung übernimmt. Das kann zum Beispiel der Fall sein, wenn die Eltern getrennt leben oder geschieden sind. Maßgebend für das Urteil des **Gerichts (-> Gericht)** ist auf jeden Fall, was für das Kind das Beste ist.

Und wenn es schon 14 Jahre alt ist, kann es selber entscheiden, ob es bei dem Vater oder der Mutter bleiben möchte. Alle diese Fragen sind im Bürgerlichen Gesetzbuch (**BGB (-> Bürgerliches Gesetzbuch (BGB))**) geregelt.



© Stefan Eling

## Ethik

Der Begriff kommt vom griechischen Wort "ethos" und bedeutet soviel wie "Sitte", "Gewohnheit", "Herkommen". Ethik ist ein Teilgebiet der Philosophie und befasst sich mit dem menschlichen Handeln. Wie soll der Mensch handeln, an welchen Werten soll er sich orientieren? So lauten die Fragen, mit denen sich diese philosophische Wissenschaft beschäftigt.

Ihr habt euch sicher schon einmal die Frage gestellt, wann ein Mensch gut oder böse ist. Das ist nicht leicht zu beantworten. Denn dazu muss man nicht nur wissen, was dieser Mensch gemacht hat, sondern auch, wie und warum er es getan hat. Und wenn man diese Fragen stellt, geht man davon aus, dass die Menschen in vielen Situationen die Möglichkeit haben, so oder so zu handeln. Zwar handeln wir oft auf eine bestimmte Weise, weil wir ein **Gesetz** befolgen wollen. Aber oft können wir uns auch ganz frei entscheiden, ob wir etwas tun oder lassen wollen. Beispielsweise können wir entscheiden, ob wir jemandem bei einem Problem helfen oder ob wir ihn reinlegen, ob wir teilen oder lieber geizig sein wollen. Was wir letztendlich tun, hängt davon ab, welche ethischen Grundwerte wir achten, zum Beispiel wie hoch wir persönliches Glück bewerten oder die eigene Verantwortung für die Gemeinschaft. Ethische Fragen nach dem Guten und Bösen, nach dem richtigen Leben, nach den sittlichen Werten haben für das Zusammenleben der Menschen eine große Bedeutung. In den Religionen werden diese Fragen sehr oft im

# E

Zusammenhang mit göttlichen Geboten beantwortet.

## Ethnische "Säuberung"

In einer **Diktatur** werden Personen, die politisch anderer Meinung als die Herrschenden sind, oft verfolgt und aus ihren Ämtern vertrieben. Der **Staat** wird von diesen Menschen „gesäubert“, damit keine Kritik oder Störung mehr erfolgt. Dieser Begriff der „Säuberung“ ist besonders niederträchtig, weil damit der Eindruck erweckt werden soll, dass diese Menschen einen Staat beschmutzen oder dass sie selbst Schmutz wären. Solche (**politischen**) „Säuberungen“ nahmen im 20. Jahrhundert riesige Ausmaße an. Die **Nationalsozialisten** „säuberten“ ihren Staat von Menschen, die sie in ihren Rassengesetzen als „minderwertig“ bezeichneten. Dies waren **Juden, Sinti und Roma (-> Nationale Minderheit)** oder auch **behinderte Menschen**. Das führte schließlich zum **Holocaust**, in dem Millionen Menschen ermordet wurden. Auch in der Sowjetunion gab es unter dem Diktator Stalin gewaltige „Säuberungen“. Millionen Menschen verschwanden in Zwangslagern, wo sie sehr oft starben. Eine weitere Form der menschenverachtenden Säuberungspolitik ist die so genannte ethnische "Säuberung". "Ethnie" ist ein griechisches Wort und bezeichnet eine Gruppe von Menschen, die die gleiche **Kultur** verbindet. Wenn eine solche Gruppe verfolgt und vertrieben wird, spricht man von „ethnischer Säuberung“. Dies geschah zum Beispiel Anfang der 1990er Jahre auf dem Balkan, wo die Serben die Albaner aus dem Kosovo vertrieben haben. Dieses hässliche, menschenverachtende Wort wurde in die Liste der hundert „Unwörter“ des 20. Jahrhunderts aufgenommen.

## EU-Erweiterung

Jeder europäische Staat hat nach dem **EU (-> Europäische Union (EU))**-Vertrag die Möglichkeit, der Europäischen Union (EU) beizutreten. Eine Reihe von europäischen **Staaten**, die bisher noch nicht Mitglieder der EU sind, hat einen Aufnahmeantrag gestellt. Nach jahrelangen Verhandlungsrunden war es am 1. Mai 2004 soweit: 10 weitere Staaten werden der EU beitreten. Es sind dies Litauen, Estland, Lettland, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakische Republik, Slowenien, Ungarn, Malta sowie Zypern. Die Türkei möchte ebenfalls zur EU gehören. Sie hat aber bisher nur den Status eines **Kandidaten**. Ab Mai 2004 gehören insgesamt 25 Staaten mit fast 460 Millionen Einwohnern der Europäischen Union an. Zum Vergleich: **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** hat über 82 Millionen Einwohner.

Für die Statistik-Fans: Die Männer in der EU werden im Durchschnitt 75,8 Jahre alt, die Frauen 81,9 Jahre. Bei den neuen Mitgliedern gibt es in Polen am meisten Menschen, die Arbeit suchen (genau 19,1 Prozent) und in Zypern am wenigsten (4,7). Reichtum und **Armut** sind in dieser nun sehr großen Europäischen Union sehr unterschiedlich verteilt. Es wird noch viele Verhandlungen zwischen den Mitgliedern der EU geben, damit sich im Laufe der nächsten Jahre der Lebensstandard und die Wirtschaftskraft in den Staaten allmählich angleichen.

*(Könnt ihr alle 25 Länder der EU aufzählen?)*

## EU-Erweiterung

Jeder europäische Staat hat nach dem **EU (-> Europäische Union (EU))**-Vertrag die Möglichkeit, der Europäischen Union (EU) beizutreten. Inzwischen gehören 27 **Staaten** zur EU. Weitere Staaten, wie zum Beispiel die Türkei oder Kroatien, möchten der EU beitreten.



# E

Was erwarten sich die Länder von ihrer Mitgliedschaft in der EU? Sie hoffen darauf, dass ihre **Wirtschaft** vom europäischen Markt profitiert. Sie erwarten, dass sich mit Hilfe der EU die Länder schneller entwickeln und der Wohlstand wächst. Sie hoffen, dass sich die **Demokratie** gut entwickelt und es den Menschen besser geht. Und für die EU bedeutet ein geeintes **Europa** ebenso, dass man miteinander besser Geschäfte machen kann, auf diese Weise Arbeitsplätze entstehen und es den Menschen dadurch besser geht.

## Euro

Der Euro ist die gemeinsame Währung verschiedener **Staaten** in **Europa**. Es sind die folgenden 15 Staaten, die eine Währungsunion bilden: Belgien, **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)**, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, Spanien und Zypern. Der Euro gilt außerdem in Monaco, San Marino, Vatikanstadt, Montenegro und dem Kosovo. Der Name wurde 1995 von einer Versammlung des Europäischen Rates in Madrid beschlossen. Ein Jahr später wählten die Staats- und Regierungschefs der **EU-Länder (-> Europäische Union (EU))** die Bilder, die auf den Euro-Geldscheinen zu sehen sind. Sie wurden von dem österreichischen Grafiker Robert Kalina entwickelt. 1997 wurde das Aussehen der Münzen nach Entwürfen des belgischen Designers Luc Luyckx festgelegt. Anfang 2002 tauschten die Banken der verschiedenen Staaten der Währungsunion im Auftrag der Europäischen Zentralbank die nationalen Währungen gegen den Euro ein. Auf den Euro-Scheinen (5, 10, 20, 50, 100, 200 und 500 Euro) sieht man auf den Vorderseiten Fenster und Tore. Sie sollen ein Ausdruck für Offenheit sein. Auf den Rückseiten der **Banknoten** sieht man Brücken unterschiedlicher Baustile von Klassik, Romanik und Gotik und weiteren Stilen früherer Jahrhunderte bis zur modernen Architektur des 20. Jahrhunderts. Dadurch soll gezeigt werden, dass es zu allen Zeiten Verbindungen zwischen den Menschen in Europa gab, dass schon immer Brücken geschlagen wurden. Die Geldscheine sind in allen Ländern gleich. Die Münzen (1, 2, 5, 10, 20, 50 Cent, 1 und 2 Euro) sind nur auf der Vorderseite gleich gestaltet. Auf der Rückseite zeigen sie nationale Motive. Die in Deutschland ausgegebenen Euro-Münzen zeigen zum Beispiel den Bundesadler, das Brandenburger Tor oder Eichenblätter.

## Europa

**Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** liegt mitten in Europa. Mit einer Fläche von 10 Millionen Quadratkilometern ist Europa nach Australien der zweitkleinste Kontinent oder Erdteil. So nennt man große zusammenhängende Landmassen mit dazugehörigen Inseln und Meeren. Auf unserem Globus gibt es fünf Erdteile: Asien, Amerika, Afrika, Europa, Australien. Deutschland würde ungefähr 18-mal in Europa hineinpassen. Das Ural-Gebirge in Russland grenzt Europa von Asien im Osten ab; im Süden ist das Mittelmeer die **Grenze** zu Afrika. Westlich und nördlich von Europa liegt der Atlantische Ozean. Der südlichste Punkt Europas liegt in Zypern, der nördlichste ist das Nordkap in Norwegen. Würde man vom südlichsten Punkt des Kontinents bis zum nördlichsten reisen, wäre man mit Auto und Schiff - ohne Staus und Pausen - vier bis fünf Tage unterwegs.

In Europa gibt es viele verschiedene Länder, darunter auch sehr viele kleine Länder. Insgesamt leben hier über 700 Millionen Menschen. Es werden über 60 verschiedene Sprachen gesprochen.

Viele europäische **Staaten** haben sich in der Europäischen Union (**EU (-> Europäische Union (EU))**) zusammengeschlossen, um in manchen Bereichen eine gemeinsame **Politik** zu betreiben.

Woher der Name Europa kommt, wollt ihr noch wissen? Diesen Namen hat man der griechischen Sagenwelt entnommen. "Europa" hieß dort die Tochter eines phönizischen Königs. Sie wurde vom Götterkönig Zeus, der sich als Stier verkleidet hatte, geraubt. Deswegen wird Europa in der Kunst oft als eine Frau mit einem Stier dargestellt.

# E

## Europäische Union (EU)

Die Europäische Union (abgekürzt: **EU** (-> **Europäische Union (EU)**)) ist ein Zusammenschluss von europäischen **Staaten**, die gemeinsame **politische** Ziele verfolgen. Die EU besteht seit dem 1. November 1993. An diesem Tag haben sich zwölf Staaten, darunter auch **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**), zur Europäischen Union zusammengeschlossen, wie es vorher im Vertrag von Maastricht vereinbart worden war. Schon vorher gab es einen Zusammenschluss europäischer Staaten, die so genannte "Europäische Gemeinschaft". Jeder Staat in **Europa** hat die Möglichkeit, der Europäischen Union beizutreten. Allerdings müssen dafür einige Voraussetzungen erfüllt sein. Eine der wichtigsten Voraussetzungen ist es, dass der Staat, der beitreten will, **demokratisch** ist. Heute gehören zur EU bereits 15 Staaten und wenn alle, die einen Aufnahme-Antrag gestellt haben, in den nächsten Jahren von der EU aufgenommen werden, wird die EU mehr als 30 Mitglieder haben. (Interessante Informationen über die Staaten, die zur EU gehören, findet ihr auf [www.kindersache.de](http://www.kindersache.de).)

Die Staaten, die sich in der EU zusammengeschlossen haben, wollen in vielen politischen, **wirtschaftlichen** und sozialen Fragen zusammenarbeiten. Eine solche gemeinsame Politik ist manchmal ziemlich kompliziert. Alle Staaten in der Gemeinschaft sind immer noch selbstständige Staaten und haben eigene **Regierungen**. Da gibt es manchmal Streit zwischen der EU und einzelnen Staaten - und natürlich auch zwischen den Staaten untereinander. Das ist so wie in einer großen Familie. Da ist eine Einigung nicht immer leicht zu erreichen.

Anfang 1999 wurde eine gemeinsame Währung eingeführt, die jetzt in fast allen EU-Staaten gültig ist: der **Euro**. In Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Portugal und Spanien kann man jetzt mit dem gleichen Geld bezahlen.

Vielleicht ist euch aufgefallen, dass an den Grenzen zu den Niederlanden, nach Frankreich oder zu anderen EU-Ländern zwar manchmal noch kleine Kontrollhäuschen stehen, aber keine Passkontrollen stattfinden. Früher musste man immer einen **Pass** vorzeigen, wenn man in ein anderes Land fuhr. Dass das Reisen von einem Land ins andere heute so leicht ist, zeigt, dass die Menschen auf unserem Kontinent in einem "Gemeinsamen Haus Europa" leben.

## Europäische Union (EU)

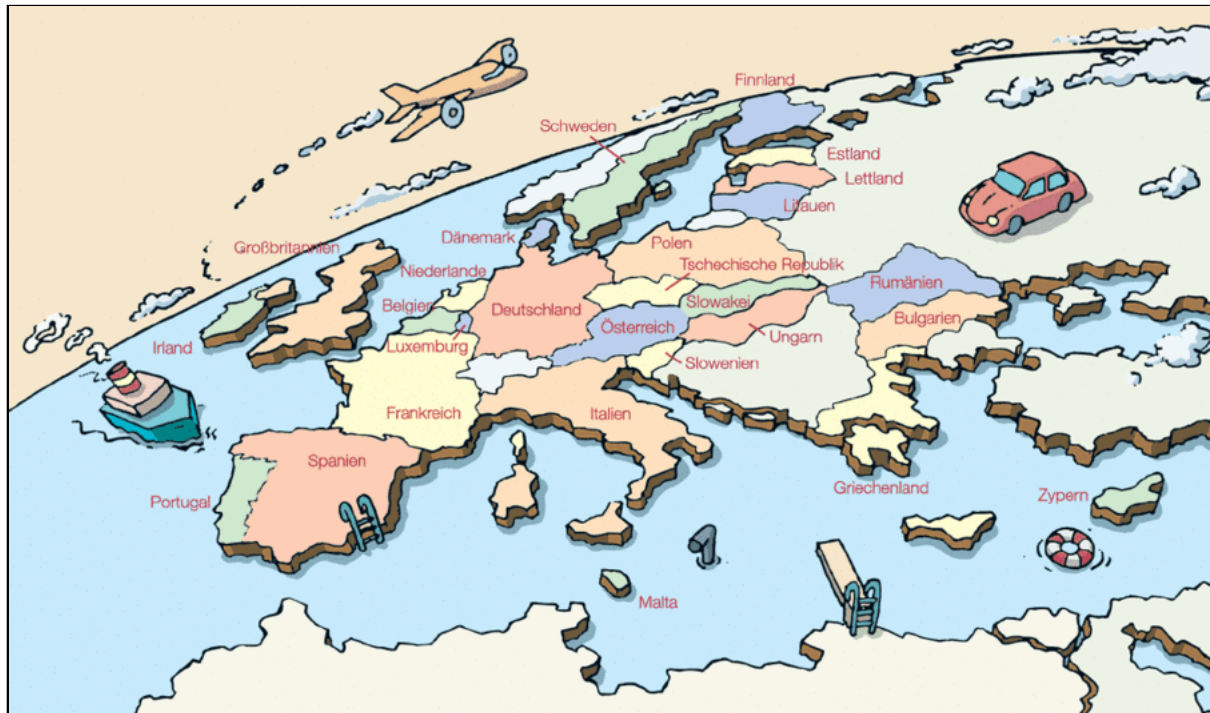
Die Europäische Union (abgekürzt: **EU**) ist ein Zusammenschluss von europäischen **Staaten**, die gemeinsame **politische** (-> **Politik**) Ziele verfolgen. Die EU besteht seit dem 1. November 1993. An diesem Tag haben sich zwölf Staaten, darunter auch **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**), zur Europäischen Union zusammengeschlossen. So war es vorher im Vertrag von Maastricht vereinbart worden war. Schon vorher gab es einen Zusammenschluss europäischer Staaten, die so genannte "Europäische Gemeinschaft". Jeder Staat in **Europa** hat die Möglichkeit, der Europäischen Union beizutreten. Allerdings müssen dafür einige Voraussetzungen erfüllt sein. Eine der wichtigsten Voraussetzungen ist es, dass der Staat, der beitreten will, **demokratisch** ist. Heute gehören 27 Staaten zur EU. Sie haben insgesamt fast 490 Millionen Einwohner. Wenn alle, die einen Aufnahmeantrag gestellt haben, in den nächsten Jahren von der EU aufgenommen werden, wird die EU mehr als 30 Mitglieder haben.

Die Staaten, die sich in der EU zusammengeschlossen haben, wollen in vielen politischen, **wirtschaftlichen** und sozialen Fragen zusammenarbeiten. Sie wollen gemeinsam dafür sorgen, dass der Wohlstand in Europa gesichert wird und die Menschen in **Frieden** leben können. Eine solche gemeinsame Politik ist manchmal ziemlich kompliziert. Alle Staaten in der Gemeinschaft sind immer noch selbstständige Staaten und haben eigene **Regierungen**. Da gibt es manchmal Streit zwischen der EU und einzelnen Staaten - und natürlich auch zwischen den Staaten untereinander. Das ist so wie in einer großen Familie. Da ist eine Einigung nicht immer leicht zu erreichen.

## E

Anfang 1999 wurde eine gemeinsame Währung eingeführt, die in vielen EU-Staaten gültig ist: der **Euro**.

Vielleicht ist euch aufgefallen, dass an den Grenzen zu den Niederlanden, nach Frankreich oder zu anderen EU-Ländern zwar manchmal noch kleine Kontrollhäuschen stehen, dort aber keine Passkontrollen mehr stattfinden. Früher musste man immer einen **Pass** vorzeigen, wenn man in ein anderes Land fuhr. Dass das Reisen in Europa von einem Land ins andere heute so leicht ist, zeigt, dass die Menschen auf unserem Kontinent in einem "Gemeinsamen Haus Europa" leben.



Zur EU gehören: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, die Slowakische Republik, Slowenien, Spanien, die Tschechische Republik, Ungarn, das Vereinigte Königreich (Großbritannien) und der griechische Teil Zyperns. Der Begriff "Union" kommt übrigens aus dem Lateinischen und heißt "Vereinigung".

### Europäische Zentralbank

Alle **Staaten** der **EU** (-> **Europäische Union (EU)**), die an der Europäischen Währungsunion teilnehmen und den **Euro** als Zahlungsmittel eingeführt haben, haben gemeinsam eine zentrale Bank. Diese Europäische Zentralbank, kurz EZB genannt, wurde 1998 gegründet und hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Sie ist unabhängig. Keine **Regierung** darf ihr Weisungen geben oder Vorschriften machen. Die wichtigste Aufgabe der EZB ist es, dafür zu sorgen, dass der Euro seinen Wert behält, also stabil bleibt. Die Ausgabe der Euro-**Banknoten** gehört ebenfalls zu den Aufgaben der EZB. Und die Anzahl der Euro-Münzen, die ein Staat ausgibt, muss ebenfalls von der EZB genehmigt werden. Die EZB darf keiner Regierung in der EU **Kredite** oder irgendwelche Vergünstigungen gewähren.

# E

## Europäischer Gerichtshof

Das ist das höchste **Gericht** der Europäischen Union. Der Europäische Gerichtshof wurde im Jahr 1957 gegründet und hat seinen Sitz in Luxemburg. Er muss vor allem darauf achten, dass die Verträge, die zwischen den Mitgliedsstaaten der **EU (-> Europäische Union (EU))** vereinbart wurden, und die rechtlichen Bestimmungen, die in allen EU-Länder gelten, eingehalten werden. Auch muss dieses Gericht prüfen, ob neue Entscheidungen und Beschlüsse, die von den EU-**Staaten** gefasst werden, mit den **Gesetzen** der EU zu vereinbaren sind.

## Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)

Dieses **Gericht** wurde 1959 in Straßburg gegründet und hat dort bis heute seinen Sitz. Es achtet darauf, dass die Europäische **Konvention** zum Schutz der Menschenrechte von den **Staaten**, die sie seit 1953 unterzeichnet haben, eingehalten wird. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte kann sowohl von Staaten, als auch von einzelnen Personen direkt angerufen werden, wenn sie sich in ihren **Grund- und Menschenrechten (-> Grundrechte / Menschenrechte)** beeinträchtigt sehen. Die Urteile dieses Gerichtshofes sind bindend und können nicht mehr angefochten werden.

## Europäischer Rat

**Zeitungen** und Fernsehen berichten halbjährlich von einem großen Treffen aller Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union. Bei diesem „Gipfeltreffen“, an dem auch der Präsident der **Kommission der EU** teilnimmt, handelt es sich um eine Tagung des Europäischen Rates. Er trifft die wichtigsten **politischen** Entscheidungen in der **EU (-> Europäische Union (EU))**. Er bestimmt die Leitlinien der Politik und das bedeutet: Der Europäische Rat legt fest, welchen Kurs die EU in der nächsten Zeit steuern wird. Regelmäßig finden auch Treffen der **Ministerinnen** und Minister aus den verschiedenen Mitgliedsstaaten statt. Dort wird dann zum Beispiel über die gemeinsame Verkehrs- oder Agrarpolitik beraten. Wenn sich die Minister aber nicht einigen können, so entscheiden die Regierungschefs im Europäischen Rat, wie vorgegangen werden soll.

## Europäisches Parlament

Dieses Parlament mit Vertretern aus verschiedenen europäischen **Staaten** wurde 1958 gegründet. Nach Gründung der Europäischen Union und ihrer Erweiterung stieg die Zahl der **Abgeordneten** auf derzeit 732. Gewählt wird das Parlament alle fünf Jahre von den Wahlberechtigten in den Mitgliedsstaaten der **EU (-> Europäische Union (EU))**. Jedes der 27 EU-Mitgliedsländer kann entsprechend seiner Bevölkerungsgröße eine bestimmte Anzahl von Abgeordneten in das Parlament entsenden. Die größte Gruppe bilden die 99 Abgeordneten aus der **Bundesrepublik Deutschland**. Das Europaparlament, wie es auch genannt wird, hat seinen Verwaltungssitz in Luxemburg, seine Tagungen finden in Straßburg statt. Im Vergleich zu den nationalen **Parlamenten**, zum Beispiel zum **Deutschen Bundestag**, kann das Europäische Parlament keine **Gesetze** erlassen. Es kann in vielen Fragen beraten, zum Beispiel bei Problemen des **Umweltschutzes**, des Gesundheitswesens oder in **kulturellen** Fragen. Es kann mitbestimmen, zum Beispiel beim EU-Haushalt. Und bei manchen Angelegenheiten ist die Zustimmung des Europäischen Parlaments erforderlich, zum Beispiel wenn es um die Aufnahme neuer Mitglieder in die EU geht oder um die Ernennung der Mitglieder und des Präsidenten der **Kommission der EU**.

# E

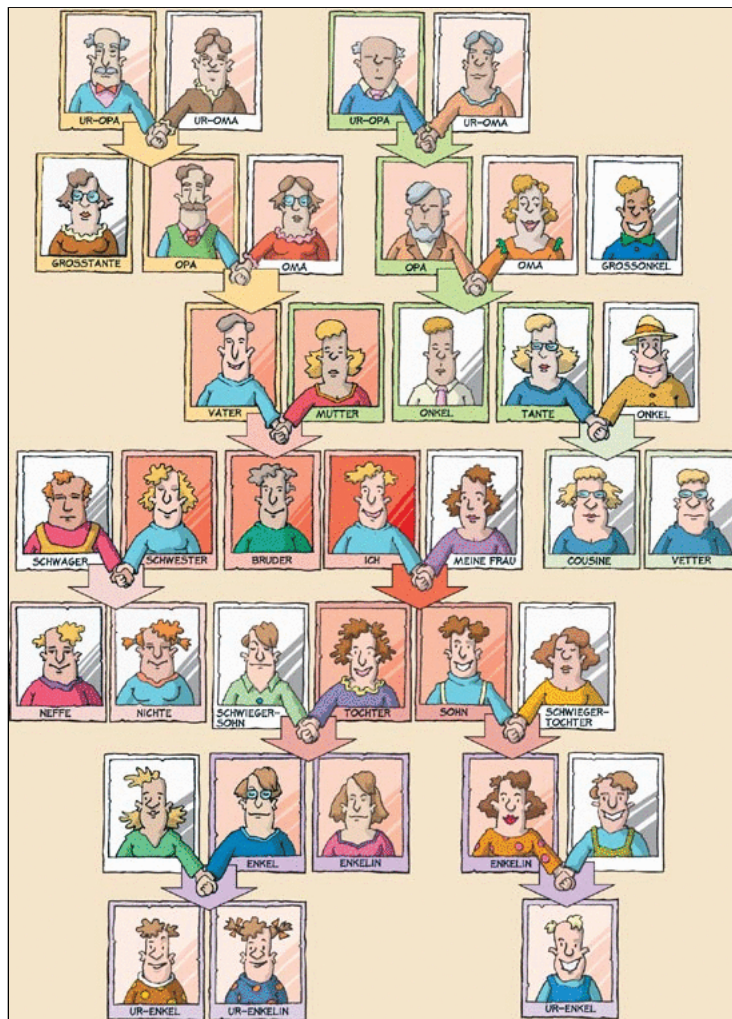
## Exil

Das Wort kommt aus dem Lateinischen. Menschen werden manchmal in ihrem Heimatland aus **politischen** oder religiösen Gründen verfolgt und mit Strafe bedroht. Dem **Diktator** oder den Regierenden passt es nicht, dass diese Menschen anderer Überzeugung sind und ihre Meinung öffentlich gesagt haben. Den Verfolgten bleibt oft nichts anderes übrig, als sich ins sichere Ausland abzusetzen, also zu fliehen, wenn sie überleben wollen. Im Ausland aber befinden sich die Verfolgten im "Exil". (Sie sind **emigriert**. Dieses Wort kommt auch aus dem Lateinischen und heißt "wegziehen".) Es gibt auch ein aufgezwungenes Exil: Menschen werden verbannt, das heißt aus ihrer Heimat ausgewiesen, vielleicht weil sie die herrschende **Regierung** kritisiert haben und deshalb gefährlich für die Machthaber geworden sind.

Es kommt auch vor, dass ein Diktator selber ins Exil geht, weil er vom **Volk** vertrieben wird.

# F

## Familie / Familienpolitik



© Stefan Eling

Was Familie ist, wissen wir natürlich alle: Dazu gehören Eltern, Kinder, Großeltern und die weitere Verwandtschaft. Früher lebte die ganze Familie oft unter einem Dach zusammen. So erklärt sich auch das Wort, denn "Familie" kommt von lateinisch "familia", das bedeutet "Hausgenossenschaft". Solche Großfamilien gibt es heute bei uns nur noch selten. Meistens leben Eltern und Kinder in einer Kleinfamilie zusammen. Das hat viele Gründe. Ein Grund ist, dass es in den Städten nicht genug Wohnraum für große Familien gibt.

Unter "**Familienpolitik**" versteht man alles das, was eine **Regierung** tut, damit es den Familien in einem **Staat** möglichst gut geht. Dazu gehören zum Beispiel **Gesetze**, die festlegen, dass Familien mit Kindern nicht so viel **Steuern** zahlen müssen wie andere Leute. Dazu gehören auch Gesetze zur Schulpolitik oder zur **Bildungspolitik**. Die Vorschriften zur Elternzeit sollen es ermöglichen, dass Mütter und Väter eine Zeitlang weniger in ihrem Beruf arbeiten und sich mehr um ihre Kinder kümmern können.

Übrigens: Auch in der Botanik und

Zoologie, also im Pflanzen- und Tierreich, wird der Begriff "Familie" gebraucht, wenn man miteinander verwandte Pflanzen und Tiere benennen und einordnen will.

## Fanatismus

Wenn ich ein Ziel blind und ohne viel Überlegung verfolge, dabei aggressiv, das heißt ohne Rücksicht auf andere handle, bin ich fanatisch (das Wort kommt aus dem Lateinischen). Der Fanatiker lässt nichts mehr neben sich gelten, schon gar keine Menschen, die anders denken als er. Fanatiker hören auf keine Kritik am eigenen Handeln und bekämpfen diese sogar mit allen Mitteln. Im Laufe der Geschichte haben viele **politische** Bewegungen und **Parteien** fanatisch ihre gefährlichen Ziele verfolgt. Im Mittelalter gab es einen Fanatismus, der durch **Religion** geprägt war. Er hat dazu geführt, dass viele Menschen im Namen Gottes verfolgt oder sogar verbrannt wurden.

# F

## Faschismus

Der Faschismus ist eine **politische** Bewegung, die Anfang des 20. Jahrhunderts in Italien entstand. Die Faschisten hatten als Zeichen auf ihren Fahnen und Parteiabzeichen das altrömische Rutenbündel (lateinisch: "fasces"). Die faschistische **Partei** hat schon bald nach ihrer Gründung unter dem Einsatz von Gewalt und **Terror** die Macht in Italien übernommen. Der unbedingte Gehorsam gegenüber dem Führer der Bewegung, der Benito Mussolini hieß, war die oberste Pflicht der Mitglieder. Mussolini forderte von seinen Leuten die völlige Unterwerfung unter das **rechtsextreme, rassistische** und fremdenfeindliche Gedankengut. Das **demokratische Parlament** war machtlos geworden. Nur noch der Führer und seine obersten Gefolgsleute bestimmten, was die Menschen zu tun und zu denken hatten. Weil es den Menschen in dieser Zeit **wirtschaftlich** sehr schlecht ging, hatten sie sich nach einem starken Führer gesehnt. Sie hofften, dass er ihnen aus ihrer Not heraushelfen würde. Auch in anderen Ländern, wo es den Menschen nicht gut ging, konnte der Faschismus Fuß fassen, insbesondere in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)**, wo er **Nationalsozialismus** hieß. Der Führer dieser Bewegung in Deutschland hieß Adolf Hitler. Ihr Zeichen war das Hakenkreuz. Erst mit dem Ende des **Zweiten Weltkrieges (-> Zweiter Weltkrieg)** 1945 war der faschistische Terror in den europäischen Ländern vorbei. Er lebte ab und zu noch in südamerikanischen **Staaten** wieder auf, wenn dort **Diktatoren** an die Macht kamen.

## Feudalismus

Der Begriff "Feudalismus" kommt vom lateinischen Begriff "feudum" und heißt abgeleitet "Lehngut". Der Feudalismus war eine Form der **gesellschaftlichen, politischen** und **wirtschaftlichen** Ordnung, die sich im Mittelalter (ungefähr ab dem 10. Jahrhundert) in West- und Mitteleuropa herausbildete. Der **Monarch** (Kaiser, König), der Adel und die Kirche waren die Grundbesitzer, ihnen gehörten also die Ländereien. Sie bildeten die führende Schicht und gaben bestimmte Rechte und Land (so genannte Lehen) an Untertanen für treue Dienste weiter. Diese Untertanen nannte man "**Vasallen**". Sie durften das Land nutzen, mussten dafür dem König ergeben sein. Sie mussten bereit sein, dem König zu dienen, zum Beispiel mit dem Feudalherrn (dem Lehnsherrn) in den **Krieg** ziehen. Den Grundherren wiederum waren die Bauern untertan. Sie bestellten das Land und schuldeten dafür dem Grundherren Abgaben (die Fron). Sie hatten als Unfreie keine eigenen Rechte und oftmals ging es ihnen als Leibeigenen so wie Sklaven.

Im Zeitalter der Aufklärung, ab dem 18. und mehr noch im 19. Jahrhundert, wurde das vom Handel und **Gewerbe** lebende Bürgertum in den Städten immer stärker. Nach und nach verlor der Feudalismus an Grundlage und Bedeutung und es begannen bürgerlich-**demokratische** Herrschaftsformen.

## Finanzausgleich

Die **Steuern**, die der **Staat (-> Staat)** einnimmt, sollen sowohl dem **Bund**, den Ländern und allen **Gemeinden** zugute kommen. Wie viel Geld jeder dieser drei erhält, ist im **Grundgesetz** festgeschrieben. Der Bund bekommt zunächst das gesamte Steuergeld. Der so genannte Finanzausgleich regelt, wie das Geld verteilt wird, wie viel Geld also der Bund an die Bundesländer zu zahlen hat, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können, und wie viel Geld die Gemeinden erhalten.

Es gibt auch den so genannten Länderfinanzausgleich. Dieser legt fest, wie die Unterschiede zwischen den reichen Bundesländern und den ärmeren ausgeglichen werden. Die reichen Bundesländer, die zum Beispiel mehr Industrie haben und mehr Steuern einnehmen, müssen den ärmeren Bundesländern etwas abgeben. Auf diese Weise soll verhindert werden, dass es zu große finanzielle Unterschiede in den deutschen Bundesländern gibt. Auch in der **EU (-> Europäische Union (EU))** gibt es einen Finanzausgleich: Die Staaten müssen mehr Geld in die EU-Kasse einzahlen als die ärmeren Staaten. Die ärmeren Staaten,



# F

die nicht so stark entwickelt sind, erhalten mehr Unterstützung als die reichen Staaten der Gemeinschaft.

## Finanzen



© Stefan Eling

Dieser Begriff bedeutet, wenn man ihn frei aus dem Lateinischen übersetzt, "Geld" oder "Geldangelegenheiten". Es heißt ja auch im Sprachgebrauch: Um meine Finanzen steht es aber gar nicht gut. Häufiger hört man auch den Ausdruck „Staatsfinanzen“ oder „öffentliche Finanzen“. Das ist ein Sammelbegriff für alles Geld, für alle Ausgaben und Einnahmen des **Staates** oder der **Gemeinde**. Ausgaben können zum Beispiel die Kosten für Straßenbau oder Verwaltung sein, die der Staat hat. Einnahmen können **Steuern** sein. Es können aber zum Beispiel auch die Eintrittsgelder sein, die die Menschen bezahlen müssen, wenn sie ins Schwimmbad gehen, oder das Geld, das Hausbesitzer bezahlen müssen, wenn die Kanalisation oder die Bürgersteige neu gebaut werden. Es gibt viele tausend Beispiele für die

Ein- und Ausgaben der Stadt und des ganzen Landes.

## Flagge

Eine Flagge ist meist ein viereckiges Tuch, bedruckt mit verschiedenen Farben und Zeichen. Es zeigt zum Beispiel die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Land. Im Unterschied zur Fahne kann die Flagge mit einer Leine an Masten oder Stöcken gehisst werden. Schiffe müssen zum Beispiel "Flagge zeigen", damit man erkennt, aus welchem Land sie kommen. Vor öffentlichen Gebäuden weht die Nationalflagge. Bei großen Trauerfällen weht die Flagge auf halber Höhe des Mastes, das heißt dann "Halbmast". Es gibt auch bestimmte, durch **Gesetz** geregelte Dienstflaggen, zum Beispiel für die **Bundeswehr** und für die einzelnen Bundesländer. Die Flagge Deutschlands ist quergestreift in den Farben Schwarz, Rot und Gold.

## Flüchtling

In **Kriegen** müssen sehr viele Menschen um ihr Leben fürchten. Sie sind gezwungen, ihre Heimat für eine bestimmte Zeit oder auf Dauer zu verlassen. Sie werden zu Flüchtlingen. In der Vergangenheit gab es oftmals große Ströme von vielen Tausend oder Millionen Flüchtlingen, die auf der Suche nach einem sicheren Platz zum Leben waren. Es gibt Menschen, die in ihrem Heimatland vor **Verfolgung (-> Exil)** durch die Truppen ihres **Staates** fliehen, die ihre Hütten und Dörfer verlassen müssen, weil in ihren Heimatstaaten Machtkämpfe zwischen befeindeten Gruppen ausgetragen werden (diese Flüchtlinge nennt man „Binnen-Flüchtlinge“). Auch die vielen Menschen, die aus fremden Ländern zu uns kommen und Asyl suchen, sind Flüchtlinge. Es gibt unterschiedliche Gründe, wieso Menschen ihre Heimatländer verlassen mussten: manche werden wegen ihrer Nationalität, ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten **Religion** oder wegen ihrer **politischen** Ansichten verfolgt. Andere sehen sich wegen der schlechten **wirtschaftlichen** Verhältnisse in ihren Heimatländern oder wegen eines Bürgerkrieges gezwungen zu fliehen. Wieder andere Menschen müssen ihre Heimat verlassen, weil schwere Naturkatastrophen wie **Erdbeben (-> Naturkatastrophe)** oder Überschwemmungen ihr Land unbewohnbar



# F

gemacht haben.

Die **UNO** hat die Stelle eines Hohen Flüchtlingskommissars (abgekürzt UNHCR) eingerichtet. Diese Organisation beschäftigt sich speziell mit dem Flüchtlingsproblem und hat verschiedene Hilfswerke eingerichtet. Nach den Zahlen des UNHCR sind einschließlich der Binnen-Flüchtlinge weltweit 60 Millionen Menschen auf der **Flucht (-> Asyl)**.

## Folter

Foltern bedeutet, einen Menschen mit Absicht so lange zu quälen, bis er Informationen preisgibt oder ein Geständnis über eine Tat ablegt, die er tatsächlich begangen hat oder von der man annimmt, dass er sie begangen hat.

In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** war das Foltern im späten Mittelalter erlaubt, um aus Verdächtigen die vermeintliche Wahrheit herauszupressen. Unter den grausamen Qualen durch Feuer, durch Daumenschrauben, auf der Streckbank und durch viele andere unmenschliche Methoden und Foltergeräte gestanden die Gefangenen meist alles, was die Folterknechte von ihnen wissen wollten. Auch noch bei den so genannten Hexenprozessen im 16. und 17. Jahrhundert wurden diese furchtbaren Verhörmethoden eingesetzt. Heute ist der Einsatz von Folter in der Menschenrechtserklärung der **Vereinten Nationen (-> UNO / Vereinte Nationen)** (Artikel 5) und in der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) verboten. Auch in Deutschland ist Foltern ausdrücklich verboten.

Trotz aller Verbote werden auf der ganzen Welt aber immer wieder **Gefangene** auf grausame Weise gequält. Dies zeigt, dass ein **Gesetz** alleine nicht ausreicht, um Folter abzuschaffen. Jeder Einzelne ist dazu aufgerufen, auf die Einhaltung der **Menschenrechte (-> Grundrechte / Menschenrechte)** zu achten und Verletzungen der Menschenrechte anzuprangern, auch wenn sie am anderen Ende der Welt geschehen.

## Fonds

Dieses französische Wort bezeichnet Geldmittel oder Vermögenswerte, die für bestimmte Zwecke angelegt und verwaltet werden. Als Beispiel: Manche Menschen wollen ihr Geld nicht auf ein Sparkonto einzahlen, sondern sie wollen es investieren. (Ursprünglich kommt das Wort aus dem Lateinischen und heißt „aufwenden“ oder „einsetzen“). Sie zahlen es zum Beispiel in einen „Immobilienfonds“ ein. Das heißt, sie kaufen sich Anteile an Bürogebäuden, Einkaufszentren, Wohnblöcken oder Ähnliches. Sie hoffen, dass sich der Wert dieser Anteile im Laufe der Zeit steigert und sie dann beim Wiederverkauf der Anteile mehr Geld bekommen, als sie eingezahlt haben. Ähnliches gilt, wenn in „Aktienfonds“ und „Investmentfonds“, wie diese Anlagen in der Finanzsprache heißen, investiert wird. Auch **Staaten** oder Staatengemeinschaften bilden Fonds. So wurden beispielsweise mit Hilfe des "Fonds Deutsche Einheit" Kosten bezahlt, die durch die deutsche Wiedervereinigung entstanden sind.

## Fraktion

Übersetzt aus dem Französischen bedeutet das Wort "Bruchteil". Im Deutschen bezeichnet der Begriff eine Gruppe von Menschen mit ähnlichen **politischen** Ansichten, die sich freiwillig in einem gewählten **Parlament**, also in einer Volksvertretung, zusammengeschlossen haben. Das kann zum Beispiel in einem **Gemeinde-** oder **Stadtrat** sein oder im **Bundestag (-> Deutscher Bundestag)**. Meistens gehören die Mitglieder einer Fraktion derselben **Partei** an. Manchmal wird aber auch eine Fraktionsgemeinschaft gebildet, wenn die Mitglieder von zwei Parteien ähnliche politische Ansichten haben. Im Deutschen Bundestag bilden zum Beispiel die **Abgeordneten** der Parteien CDU und CSU seit Jahrzehnten eine gemeinsame Fraktion. Die Fraktionen im Deutschen Bundestag haben eine besondere Bedeutung, da ihre Mitglieder bei der Erarbeitung von neuen **Gesetzen** in

## F

vielen Beratungen mitwirken. Um als Fraktion anerkannt zu werden und dann bestimmte Rechte zu haben und auch entsprechende finanzielle Unterstützung zu bekommen, müssen Voraussetzungen erfüllt sein. So muss eine Gruppe von Abgeordneten, die eine Fraktion bilden will, mindestens fünf Prozent aller im Bundestag vertretenen Abgeordneten ausmachen.

Von "Fraktionszwang" spricht man, wenn auf die Mitglieder einer Fraktion (durch die Fraktionsführung oder andere Fraktionsmitglieder) Druck ausgeübt wird, damit alle bei einer Abstimmung einheitlich wählen.

## Frauenbewegung

Jahrhunderte lang hatten Frauen viel weniger Rechte als Männer. Sie durften zum Beispiel keine Schulen oder Universitäten besuchen, keinen Beruf selber bestimmen und auch nicht wählen gehen. Am Ende des 18. Jahrhunderts entstand in vielen Ländern die Frauenbewegung. Sie nahm die Forderung der Französischen **Revolution** nach der Gleichheit aller Menschen auf und kämpfte um die **Gleichberechtigung** von Frauen in **Gesellschaft, Politik und Wirtschaft**. In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** entstanden Frauenvereine und Frauenorganisationen, die die Rechte der Frauen verbessern wollten. Fast alle von ihnen forderten das **Wahlrecht** für Frauen, die gleiche Schulbildung wie die Männer und die freie Berufswahl. Das Wahlrecht für Frauen wurde in Deutschland erst 1918 eingeführt.

Ende 1960 entstand in Deutschland die so genannte neue Frauenbewegung, die auch als „Feminismus“ bezeichnet wird. Die Feministinnen fordern, dass die Bevorzugung von Männern in der Gesellschaft beendet wird und Frauen mehr Einfluss erhalten. Nur dann könne die Benachteiligung der Frauen überwunden werden. Diese neue Frauenbewegung machte vor allem darauf aufmerksam, dass es zwar viele **Gesetze** gibt, die die Gleichstellung von Frauen und Männern festschreiben. Tatsächlich aber gibt es immer noch keine Gleichbehandlung. Untersuchungen zeigen nämlich, dass bis heute Frauen in der Gesellschaft immer noch schlechtere Chancen haben als Männer. Heute unterstützen viele Menschen - Frauen wie Männer - die Ziele der Frauenbewegung.

## Freie Marktwirtschaft

Stellt euch vor, ihr veranstaltet in der Schule einen Markt, auf dem ihr zum Beispiel Spielsachen, Sportgeräte oder Computerzubehör verkauft. Für das Geld könnt ihr dann bei euren Mitschülern verschiedene andere Dinge kaufen oder eure Ware gegen etwas anderes eintauschen. Wenn euch niemand Vorschriften darüber macht, was ihr verkaufen dürft und zu welchem Preis und zu welcher Qualität, so ist das die Grundidee der Freien Marktwirtschaft. In einer **Wirtschaftsordnung**, die auf der freien Marktwirtschaft beruht, gelten folgende Grundsätze: Es gibt privates Eigentum und einen freien Markt, auf dem Anbieter und Käufer frei (ohne **politische** oder **staatliche** Eingriffe) handeln können. Das ist das Prinzip von „Angebot und Nachfrage“. Diese Grundsätze sind vor allem in **demokratischen** Staaten gegeben, wo Freiheitsrechte in der **Verfassung** garantiert sind. Die Wirtschaftsordnung in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** ist die „**soziale Marktwirtschaft**“.

# F

## Freihandelszone

Wenn keine **Zollschranken** (-> **Zoll**) oder sonstige Beschränkungen den Handels- und **Dienstleistungsverkehr** zwischen **Staaten** behindern, also Güter frei zwischen den Staaten ein- und ausgeführt werden können, spricht man von "Freihandel". Staaten, die sich zu einer solchen zollfreien Gemeinschaft zusammengeschlossen haben, bilden gemeinsam eine Freihandelszone. Deren Ziel ist es, durch ungehinderten internationalen Handel den Wohlstand der Völker zu erhöhen. Die EFTA (Europäische Freihandelszone) und NAFTA (Nordamerikanische Freihandelszone) sind solche Organisationen.

Die **Welthandelsorganisation** WTO bemüht sich um den Abbau von internationalen Zoll- und Handelsschranken.

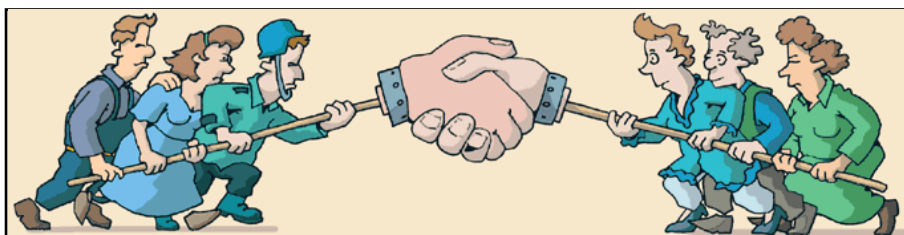
Eine Anmerkung noch: Das Wort "Freihafen" werdet ihr vielleicht auch schon gehört haben. Es ist ein vom übrigen Hafen abgetrenntes Gelände, in dem ausländische Waren zollfrei eingeführt, gelagert, bearbeitet und umgeladen und dann wieder ausgeführt werden. In **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**) gibt es solche Freihäfen zum Beispiel in Hamburg, Bremen, Emden oder Kiel.

## Freiheit

Vereinfacht kann man sagen: Wenn kein Zwang da ist, herrscht Freiheit. Wenn man selbst bestimmen kann, was man tut, ist man frei. Freiheit gehört zu den **Grund- und Menschenrechten** (-> **Grundrechte / Menschenrechte**) und zu jeder modernen Demokratie. Aber völlige Freiheit ist damit nicht gemeint. Meine Freiheit darf die Freiheit der anderen Menschen nicht einschränken. So steht es auch in unserer **Verfassung**, die man auch „freiheitlich-**demokratische** Grundordnung“ nennt.

In der Vergangenheit gab es ganz unterschiedliche Auffassungen von Freiheit. So waren zum Beispiel in der Antike (etwa 800 vor Christus bis 500 nach Christus) nur die städtischen Bürger und die Herrscher frei und nur sie hatten entsprechende Rechte. Die **Mehrheit** der Bevölkerung hatte wenige oder gar keine Rechte, viele Menschen lebten in Sklaverei. Auch später im Mittelalter gab es ganz verschiedene Stufen von Freiheit. Freiheit war nicht in einem **Gesetz** festgeschrieben. Sie war in der Regel davon abhängig, in welcher Stellung die Menschen lebten. Menschen, die Macht, Einfluss und Reichtum hatten, konnten mehr Freiheit genießen als arme Menschen. In der amerikanischen Verfassung von 1787 wurde die Freiheit aller Menschen zum ersten Mal als Verfassungsgrundsatz festgeschrieben. Zwei Jahre später lautete die Parole der Französischen **Revolution** „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“. Damals wurden die Grundlagen dafür gelegt, was wir heute unter Freiheit verstehen: Es ist die Freiheit zur freien Entfaltung der eigenen Persönlichkeit. Begrenzt wird die Freiheit des Einzelnen allerdings durch die Rechtsvorschriften, an die sich jeder halten muss. Die eigene Freiheit endet also spätestens dort, wo die Freiheit anderer geschützt werden muss.

## Frieden



© Stefan Eling

Du hast dich mit einem Freund furchtbar gestritten. Beinahe wäre es zu einer Prügelei gekommen. Doch dann seht ihr ein, dass der Grund für den Krach gar nicht

so wichtig, vielleicht sogar ganz dumm war. Ihr vertragt euch wieder, habt also Frieden geschlossen. Auch **Staaten** können sich streiten und wenn es ganz schlimm wird, führen

## F

sie **Krieg** gegeneinander. Der letzte und schlimmste war sicher der **Zweite Weltkrieg (-> Zweiter Weltkrieg)** (1939 bis 1945). Wenn der Krieg zu Ende ist, herrscht Waffenstillstand oder Frieden. Doch Frieden tritt nicht einfach ein. Man muss sich darum bemühen. Deswegen werden oft sehr lange Gespräche zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern geführt, weil sichergestellt werden soll, dass der Streit nicht gleich wieder ausbricht. Zumeist muss man den Frieden mit Verträgen absichern, das sind dann Friedensverträge. Es reicht aber nicht, nur Frieden zu schließen. Es muss auch dafür gesorgt sein, dass es keinen Grund mehr gibt, Krieg zu führen. Wie kann man das erreichen? Die Friedenspartner nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich dazu Folgendes überlegt: Die Menschen müssen sich besser kennen lernen, sie sollten mehr reisen können und Fremdsprachen beherrschen. Die Grenzen zwischen den Ländern **Europas** wurden geöffnet. Viele gemeinsame Projekte und Begegnungen von Menschen aus verschiedenen Ländern Europas, auch regelmäßige Treffen zwischen **Politikerinnen** und Politikern führten zu mehr Vertrauen. Heutzutage kann man sicher sein, dass es zwischen den Ländern der Europäischen Union keinen Krieg mehr gibt.

### Friedensnobelpreis

Alfred Nobel (1833-1896) war ein schwedischer Chemiker und Industrieller. Er erfand unter anderem das Dynamit, was ihn sehr reich machte. Er hinterließ sein Vermögen einer Stiftung, die seit 1901 jedes Jahr hoch angesehene und mit viel Geld verbundene Auszeichnungen vergibt, die Nobelpreise. Sie werden für besondere Leistungen auf den Gebieten Physik, Chemie, Medizin und Literatur verliehen.

Eine weitere Auszeichnung ist der Friedensnobelpreis. Er wird an Menschen vergeben, die sich ganz besonders für den **Frieden** in der Welt eingesetzt haben. Die Schriftstellerin Bertha von Suttner war die erste Frau, die den Friedensnobelpreis erhielt. Preisträger war auch der deutsche **Bundeskanzler** Willy Brandt, der 1971 für die Aussöhnung zwischen Ost und West ausgezeichnet wurde.

Eine andere Preisträgerin war Mutter Teresa, die mit ihrem Engagement für die Ärmsten dieser Welt Friedensarbeit geleistet hat.

Nelson Mandela wurde für seinen Kampf gegen die Unterdrückung der Schwarzen in Südafrika ausgezeichnet.

### Führungszeugnis

Dieses Zeugnis (früher hieß es „Polizeiliches Führungszeugnis“) hat mit Schule nichts zu tun. In einem Führungszeugnis wird zum Beispiel vermerkt, wenn jemand von einem **Gericht** zu einer Strafe verurteilt wurde. Jeder, der über 14 Jahre alt ist, kann ein Führungszeugnis beantragen. Der Antrag geht an das so genannte Bundeszentralregister in Bonn (das ist eine Einrichtung, die zum Bundesjustizministerium gehört). Ein Führungszeugnis wird manchmal verlangt, wenn man sich für einen bestimmten Beruf bewirbt. Mit dem Führungszeugnis kann man nachweisen, dass man noch nicht verurteilt wurde. Wenn aber jemand zum Beispiel eine Bewährungsstrafe bekommen hat, bei der er sich jede Woche bei der **Polizei** oder einem Bewährungshelfer melden muss, ist das im Führungszeugnis vermerkt. Allerdings werden bestimmte geringfügige Verurteilungen, die zum Beispiel im Rahmen des **Jugendstrafrechts** erfolgen, nicht in das Zentralregister aufgenommen.

Beim Bundeszentralregister wird auch ein so genanntes Erziehungsregister geführt. Darin stehen alle Entscheidungen der Jugend- und Vormundschaftsgerichte, die nichts mit Strafe zu tun haben. Wenn beispielsweise ein Jugendlicher in eine Pflegefamilie kommt, wird das dort vermerkt.

Für alle Eintragungen in das Zentralregister gilt: Sie werden nach einem gewissen Zeitraum (nach 5 bis 20 Jahren) wieder gelöscht. Das hängt von der Höhe und Art der Strafe ab.

# F

Beim Erziehungsregister werden alle Einträge gelöscht, sobald die Person 24 Jahre alt ist.

## Fünfprozentklausel



© Stefan Eling

Das Wort „Klausel“ ist vom Lateinischen abgeleitet und bedeutet so viel wie „Einzelbestimmung“. In Verträgen und Testamenten gibt es solche Klauseln. Im deutschen Wahlgesetz ist die Fünfprozentklausel eine solche Einzelbestimmung, die für **Landtags-** oder Bundestagswahlen und auch bei vielen Kommunalwahlen gilt. Sie besagt, dass eine **Partei**, die sich zur **Wahl** stellt, mindestens fünf Prozent der abgegebenen Wählerstimmen erreichen muss. Schafft sie es nicht, werden die Wählerstimmen, die für diese Partei abgegeben wurden, nicht berücksichtigt. Sie ist dann für diese Wahlperiode nicht im **Parlament (-> Parlament)** vertreten. Es gibt aber eine Ausnahme: Wenn in mindestens drei Wahlkreisen die **Kandidaten** einer Partei von den Wählern mit der **Erststimme (-> Wahlsystem)** direkt gewählt wurden, dann wird die Fünfprozentklausel nicht angewendet. Bleibt noch die Frage, warum man diese Fünfprozentklausel - in der Umgangssprache wird sie auch „Sperrklausel“ oder „Fünfprozenthürde

“ genannt - eingeführt hat. Die Antwort: Es soll auf diese Weise verhindert werden, dass zu viele kleine Parteien in die Volksvertretungen kommen. Dadurch würde die Arbeit in den Parlamenten sehr erschwert werden, weil es zu vielen **Konflikten** und Streitereien kommen kann und notwendige Entscheidungen möglicherweise nicht getroffen werden können.

## Fundamentalismus

Ein Mensch, der fundamentalistisch denkt, hängt starr an überlieferten Grundsätzen, lehnt Neuerungen ab und will sich der modernen Zeit nicht anpassen. Diese Grundsätze können **politische (-> Politik)** oder religiöse Überzeugungen sein. So gibt es zum Beispiel **christliche (-> Christentum)** Fundamentalisten, die sich ganz streng auf die Bibel als das Wort Gottes berufen. Ihrer Ansicht nach ist die Bibel in allen Einzelheiten sowohl in der **Familie** als auch im politischen Leben zu befolgen. Der islamische Fundamentalismus, der auch **Islamismus** genannt wird, fordert die genaue Befolgung der Vorschriften des Koran und der **islamischen Gesetze**. Fundamentalisten gibt es überall auf der Welt, oft sind sie **intolerant (-> Toleranz)** gegenüber Andersdenkenden. Wenn sie **fanatisch** sind, können sie gefährlich werden für andere Menschen. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn sie ihre Meinung mit Gewalt durchsetzen wollen.

# G

## G8 / Weltwirtschaftsgipfel

Diese rätselhafte Abkürzung, die man in den **Zeitungen** liest, bedeutet „Great Eight“, übersetzt die „Großen Acht“. Gemeint sind damit die acht führenden Wirtschaftsnationen der Erde. Dies sind in alphabetischer Reihenfolge **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)**, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland, USA. Vor 1997 hießen sie übrigens G7, da Russland bis dahin nur als Beobachter dabei war. Die „Großen Acht“ treffen sich seit 1976 regelmäßig mit dem Präsidenten der **EU-Kommission (-> Kommission der EU)** zu einem „Weltwirtschaftsgipfel“, auf dem die weltweite Wirtschafts-, Entwicklungs- und Währungspolitik besprochen wird. Auf diesen Treffen geht es aber auch um andere Fragen, die international besonders wichtig sind, wie zum Beispiel die Bekämpfung von **Terrorismus**, **Drogen-** und **Waffenhandel** oder Fragen des **Umweltschutzes** und Maßnahmen gegen die **Arbeitslosigkeit** in vielen Ländern der Welt.



Die G 8: Deutschland, Großbritannien, Russland, Kanada, USA, Italien, Japan  
© Stefan Eling

## GAU

Diese Abkürzung steht für "**größter anzunehmender Unfall**". In Kernkraftwerken zum Beispiel können Unfälle sehr gefährliche Folgen für Mensch und Natur haben. Um solchen Unfällen vorbeugen zu können, überlegen Spezialisten, was alles passieren könnte. Wenn sämtliche schlimmen Pannen eintreten, die man sich nur ausdenken kann, wäre das in so einem Kraftwerk ein GAU oder Super-GAU, wie es auch heißt. Es werden Sicherheitsvorkehrungen getroffen, um so gut wie möglich auf die Folgen vorbereitet zu sein. Hierzu gehört auch der Katastrophenplan (**Katastrophenschutz (-> Katastrophenschutz)**), wo genau geregelt ist, wer was zu tun hat, wenn dieser GAU tatsächlich eintritt. Solch ein verheerender Unfall, der nicht mehr zu kontrollieren war, geschah zum Beispiel 1986 in einem Kernkraftwerk in Tschernobyl in der Ukraine. Nach dem Bruch einer Kühlwasserleitung schmolz der Kern des Reaktors und es wurde eine riesige Menge von gefährlicher Radioaktivität freigesetzt, die das Land weithin verseuchte. Viele Menschen starben, bis heute kann ein großes abgesperrtes Gebiet nicht betreten werden. Dieser GAU von Tschernobyl hatte Auswirkungen bis nach **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** und andere europäische Länder, denn der Wind trug die Strahlung viele tausend Kilometer weit. Auch in den USA kam es 1979 in einem Atomkraftwerk bei Harrisburg zu einem schweren Störfall, der beinahe zu einem GAU geführt hätte.

# G

## Geburtenrate

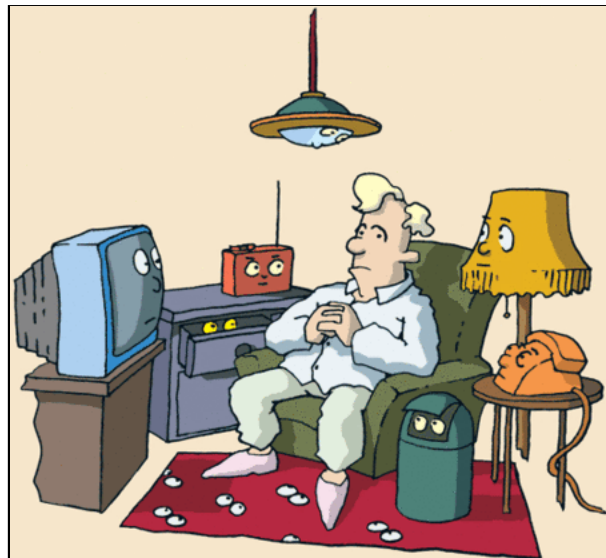
Experten klagen über eine niedrige Geburtenrate in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)**. Bei einer niedrigen Geburtenrate sinkt die Bevölkerungszahl und es gibt zunehmend mehr alte als junge Menschen. Mit dieser Rate ist gemeint, dass die Frauen im Alter zwischen 15 und 45 Jahren zurzeit in unserem Land im Durchschnitt 1,4 Kinder bekommen. Das ist natürlich nur eine statistische Zahl. Vielleicht kann man sich das besser vorstellen, wenn man es umrechnet: Auf 1000 Einwohner kamen im Jahr 2005 in Deutschland nur 8,3 Neugeborene. Damit liegt Deutschland auf einem der hintersten Plätze von den insgesamt 190 Ländern, die es auf der Welt gibt. Im Vergleich dazu: In Somalia und Niger werden pro 1000 Einwohner jedes Jahr etwa 55 Babys geboren. Das ist Platz eins in der Welt.

## Gefängnis

Jemand ist von einem **Gericht** zu einer Haftstrafe verurteilt worden, weil er an einem Einbruch oder einem Banküberfall beteiligt war, also gegen ein **Gesetz** verstoßen hat. Er kommt für eine bestimmte Zeit in ein Gefängnis, um dort seine Strafe zu verbüßen. Ein Gefängnis besteht oft aus mehreren Gebäuden, die von hohen Mauern umgeben sind. Die Fenster sind vergittert, die Ein- und Ausgänge werden besonders gesichert und bewacht. Es gibt Gefängnisse für Männer, Frauen und Jugendliche. Für die Häftlinge, die im Gefängnis eingesperrt sind, dort ihre Strafe "absitzen", wie es in der Umgangssprache heißt, ist der Tagesablauf genau eingeteilt in Freizeit und Arbeit. Manche können im Gefängnis auch einen Beruf erlernen. Wenn sich Häftlinge gut benehmen, kann ihnen ein Teil ihrer Strafe erlassen werden. Die Häftlinge sollen nach Verbüßung ihrer Strafe möglichst wieder ein normales Leben führen können. Die **amtliche** Bezeichnung für ein Gefängnis ist "Justizvollzugsanstalt" oder "Strafvollzugsanstalt".

## Geheimdienst / Nachrichtendienst

Alle kennen James Bond, Geheimagent mit der Kennnummer 007. Seine Abenteuer sind spannend verfilmt, doch mit der Wirklichkeit eines echten Geheimagenten haben sie nicht viel zu tun. Fast alle **Staaten** dieser Welt haben Geheimdienste, die man auch "Nachrichtendienste" nennt. Die Geheimdienste sollen über andere Staaten oder auch Personen Informationen beschaffen, die man nicht unbedingt in der **Zeitung** lesen oder im Fernsehen finden kann. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Dienste sollen zum Beispiel herausfinden, ob irgendwo Terroranschläge vorbereitet werden oder ob ein Staat vielleicht einen **Krieg** plant, von dem man nichts weiß. Vom Geheimdienst werden zum Beispiel auch die international tätigen **Terroristen** beobachtet oder der internationale Rauschgifthandel. Wenn solche Gefahren rechtzeitig erkannt werden, können die Geheimdienste ihre **Regierungen** warnen. Dann kann die Regierung etwas dagegen unternehmen. In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** ist es der Bundesnachrichtendienst (BND), der diese Informationen beschaffen und auswerten muss. Neben dem Bundesnachrichtendienst gibt es den so genannten "Verfassungsschutz". Er



© Stefan Eling

Rauschgifthandel. Wenn solche Gefahren rechtzeitig erkannt werden, können die Geheimdienste ihre **Regierungen** warnen. Dann kann die Regierung etwas dagegen unternehmen. In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** ist es der Bundesnachrichtendienst (BND), der diese Informationen beschaffen und auswerten muss. Neben dem Bundesnachrichtendienst gibt es den so genannten "Verfassungsschutz". Er



# G

achtet darauf, dass unser **Grundgesetz** überall beachtet wird und dass frühzeitig erkannt wird, wenn zum Beispiel Terroristen hier **Attentate** planen. Der Verfassungsschutz passt auch darauf auf, dass keine Zeitschriften verkauft werden, in denen dazu aufgerufen wird, Menschen Gewalt anzutun, weil sie Ausländer sind oder eine bestimmte Meinung vertreten. Der dritte Geheimdienst in unserem Land ist der "Militärische Abschirmdienst" (MAD). Er kümmert sich um den Schutz militärischer Anlagen gegen Sabotage und **Spionage**. Alle drei Dienste werden von einer **Kommission** des **Parlaments** kontrolliert.

## Gelöbnis

Menschen im Staatsdienst, zum Beispiel **ehrenamtliche Richterinnen** oder **Beamte**, die aus Glaubens- oder Gewissensgründen keinen **Eid (-> Vereidigung / Diensteid)** ablegen wollen, können dennoch ein Versprechen abgeben, das man mit einem Eid vergleichen kann. Das ist das so genannte Gelöbnis, bei dem sie sich verpflichten, dem **Staat** treu zu dienen. Bei wehrpflichtigen **Soldaten (-> Streitkräfte / Armee)** wird dieses Gelöbnis oft öffentlich in einer Feierstunde vorgenommen. Die Soldaten bekräftigen feierlich, dass sie das Recht und die **Freiheit** des deutschen **Volkes** tapfer verteidigen wollen. Berufssoldaten leisten den militärischen Diensteid, der auch Treue- und Gehorsamseid genannt wird.

## Gemeinde

Jeder von uns wohnt in einer Gemeinde (man sagt auch "Kommune"). Das kann ein Dorf sein oder, wenn es mehr als 10.000 Einwohner sind, eine Stadt. Im **Grundgesetz** steht in Artikel 28, dass die Gemeinden alle Angelegenheiten der Gemeinschaft, also der Menschen, die dort leben, selbst regeln dürfen. Das kann der Bau einer neuen Schule oder eines neuen Schwimmbades sein. Dabei muss sich die Gemeinde an das geltende Recht halten. Manchmal trifft die Gemeinde Entscheidungen, die die Einwohnerinnen und Einwohner ärgern. Das ist sehr oft so, wenn zum Beispiel die Abgaben für die Müllabfuhr oder für das Wasser erhöht werden.

Oft schließen sich mehrere einzelne Gemeinden zu Verbandsgemeinden zusammen, weil die Aufgaben, wie zum Beispiel der Straßenbau, gemeinsam besser zu bewältigen sind. Mit "Gemeinde" bezeichnet man auch die Anhängerschaft einer bestimmten Glaubensrichtung, eine Kirchengemeinde.

## Gemeinnützigkeit

„Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ schrieb sinngemäß der französische Schriftsteller und Denker Charles **Montesquieu (-> Gewaltenteilung)** bereits Mitte des 18. Jahrhunderts. Dieser Satz ist auch heute noch die Grundlage vieler **Gesetze**. Von Gemeinnutz abgeleitet ist der Begriff „gemeinnützig“. Gemeint ist damit eine Tätigkeit, die der Allgemeinheit und nicht nur dem Wohle eines Einzelnen dient. Ein Sportverein ist zum Beispiel gemeinnützig, denn er soll vielen Menschen nützlich sein. Es gibt viele Organisationen, die gemeinnützig sind: zum Beispiel soziale, wohltätige Einrichtungen der Kirchen oder **Institutionen**, die sich – wie beispielsweise das Deutsche Rote Kreuz, um Kranke kümmern oder Institutionen, die der Alten- oder **Jugendhilfe (-> Kinder- und Jugendhilfe)** dienen. Auch Vereine und Stiftungen, die sich um die Förderung von Kunst, **Kultur, Bildung** und Erziehung kümmern, können gemeinnützig sein.

Eine gemeinnützige Organisation kann von bestimmten **Steuern** befreit werden. Voraussetzung dafür ist aber, dass die Gemeinnützigkeit von den Behörden anerkannt ist. Die Gemeinnützigkeit wird aber nur bestätigt, wenn eine solche Organisation nicht das Ziel hat, finanzielle Gewinne zu machen, also Geld zu verdienen. Wer einer gemeinnützigen Organisation eine Geldspende gibt, kann eine solche Spende steuerlich „absetzen“, das heißt, er muss weniger Steuern zahlen.

Noch eine Ergänzung: Im deutschen Strafrecht und im **Jugendstrafrecht** können



# G

Freiheitsstrafen zur Bewährung ausgesetzt oder auch ein Verfahren ganz eingestellt werden mit der Auflage für Täter, gemeinnützige Arbeit zu verrichten.

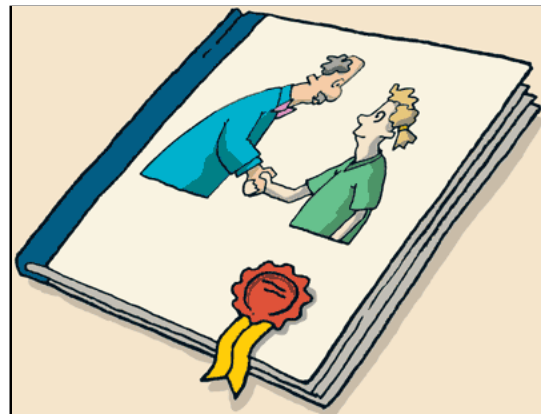
## Generationenkonflikt

„Wir wollen aber nicht so sein wie unsere Eltern oder unsere Großeltern“ – so oder ähnlich hört man es heute und hörte man es in früheren Zeiten von vielen Jugendlichen. Jugendliche wollen vieles anders machen als ihre Eltern. Sie wollen nicht, dass ihnen alles vorgeschrieben wird. Sie wollen sich von der älteren Generation abgrenzen und suchen eigene Wege im Leben. Das zeigt sich zum Beispiel in einer besonderen Jugendkultur mit eigener Musik, anderer Kleidung, anderen Vorstellungen von der Gestaltung des Lebens. Oft erkennen die Jüngeren nicht an, was für die Älteren selbstverständlich war und ist. Sie widersprechen den Eltern und Lehrern. Manchmal kommt es zum Streit und dann ist der **Konflikt** zwischen den Generationen da. In vielen **Gesellschaften** und **Kulturen** gab und gibt es solche Auseinandersetzungen zwischen den Generationen.

Heute spielen dabei auch noch der Kampf um Arbeitsplätze und die beruflichen Chancen eine Rolle. So kritisieren junge Menschen beispielsweise, dass in vielen Berufsfeldern das Lebensalter oder die Dauer der Berufstätigkeit (man nennt das „Dienstalter“) für den Aufstieg und die bessere Bezahlung oft wichtiger sind als die Leistung im Beruf. Dieses so genannte „Senioritätsprinzip“ kann ein Grund für einen Konflikt zwischen den Generationen sein.

## Generationenvertrag

Die Bezeichnung "Generation" kommt aus dem Lateinischen und meint alle innerhalb eines bestimmten Zeitabschnitts geborenen Menschen. Der Abstand zwischen den Generationen ist der durchschnittliche Abstand zwischen den Geburtsjahren von Großeltern, Eltern und Kindern. Nehmen wir an, das wären 25 Jahre. Die Großeltern sind dann die ältere Generation (50 Jahre älter als ihr), ihnen folgt die Generation eurer Eltern (25 Jahre älter als ihr). Ihr und alle mit euch Gleichaltrigen seid die nächste oder die jüngste Generation. Eure Kinder bilden dann 25 Jahre nach eurer Geburt wieder die nächste Generation und immer so weiter.



© Stefan Eling

Eine **Gesellschaft** setzt sich aus mehreren

Generationen (Urgroßeltern, Großeltern, Eltern, Kindern) zusammen.

Der Generationenvertrag ist kein echter Vertrag, den alle Menschen unterschrieben haben. Er ist vielmehr eine Idee, ein Grundprinzip, das auf folgende Weise funktioniert: Der Teil der Bevölkerung, der arbeitet, also die jüngere Generation, kommt für die ältere Generation auf, die nicht mehr arbeitet. Die arbeitende Generation zahlt nach diesem Vertrag Beiträge in die **Rentenversicherung (-> Sozialversicherung)** ein. Diese Beiträge werden aber nicht einfach zusammengezählt und an jeden Einzahler später, wenn er selber **Rentner (-> Rente / Pension)** ist, wieder ausgezahlt. Dieses Geld dient vielmehr dazu, dass damit die Rente der älteren Generation, die früher selbst auch in die Versicherung eingezahlt hat, bezahlt wird. Und wenn die jetzt Arbeitenden im Ruhestand sind, so werden sie nach diesem Generationenvertrag aus den Beiträgen ihre Rente erhalten, die ihre Kinder, wenn sie arbeiten, in die Rentenversicherung einzahlen.

# G

## Genfer Konvention

Viele **Staaten** haben sich darauf geeinigt, dass es ein ganz wichtiges Ziel in einem **Krieg** sein sollte, Menschen so gut wie möglich zu schützen. Deshalb haben sie die Genfer Verträge unterschrieben, in denen festgelegt ist, wie man die Zivilbevölkerung (also die Menschen, die keine **Soldaten** (-> **Streitkräfte / Armee**) sind), Flüchtlinge, Verwundete und Kriegsgefangene behandeln muss. So dürfen zum Beispiel Kriegsgefangene nicht **gefoltert** (-> **Folter**) oder getötet werden. Verstößen ein Staat oder seine Bürger gegen diese Vorschriften, so können diese Personen vor dem **Internationalen Gerichtshof** in Den Haag angeklagt werden.

Der erste Vertrag wurde bereits 1864 vom Internationalen Roten Kreuz ausgearbeitet und in Genf von zwölf **Regierungen** unterschrieben. Mittlerweile gibt es insgesamt vier Verträge, die fast jedes Land unserer Erde unterschrieben hat.

## Gentechnologie

Lebewesen und Pflanzen besitzen ein Erbgut, das sich normalerweise, wie der Begriff schon sagt, vererbt. Mit Hilfe der Gentechnologie können Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in dieses Erbgut eingreifen, um es nach eigenen Vorstellungen gezielt zu verändern. Körpereigene Stoffe, wie zum Beispiel Insulin, kann man mit Hilfe der Gentechnologie in großen Mengen herstellen. So können Medikamente einfach und preiswert hergestellt werden. Diese Gentechnologie nennt man auch "rote Gentechnologie" (nach der Farbe des Blutes). Ein anderes Ziel der Gentechnologie ist es, Saatgut zu verbessern. Dabei spricht man von "grüner Gentechnologie" (weil die Pflanzen grün sind).

Die Gentechnologie ist sehr umstritten, weil nicht immer klar ist, wie sich Veränderungen des Erbguts in der Natur oder beim Menschen auswirken. Wenn es schädliche Folgen gibt, können diese möglicherweise nur schwer oder gar nicht rückgängig gemacht werden.

## Gerechtigkeit

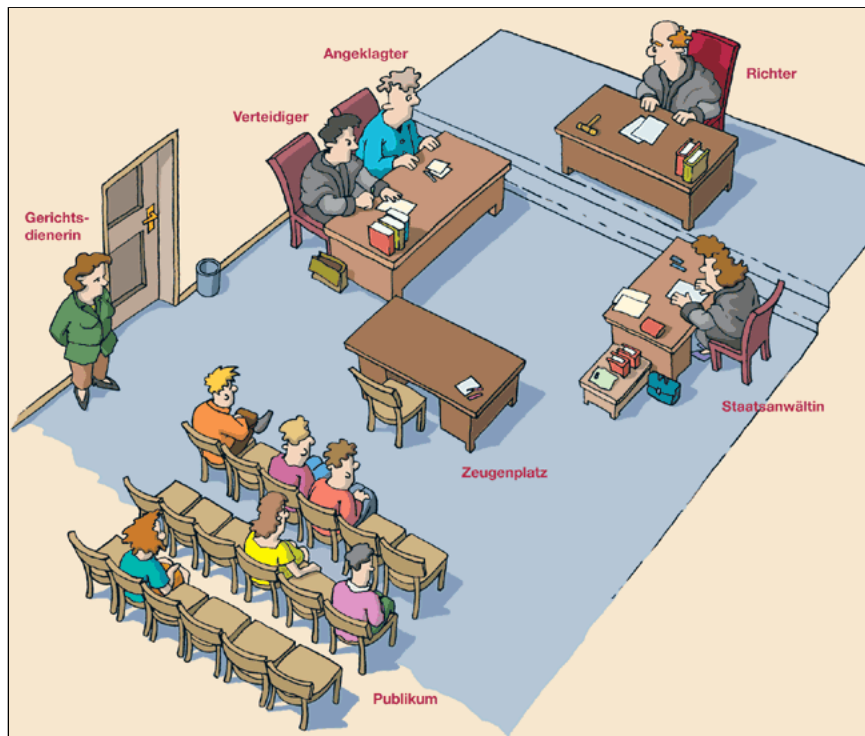
Dass es zwischen den Menschen gerecht zugehen soll, dass man selbst gerecht behandelt wird, wünschen sich die meisten Menschen. Gerechtigkeit bezeichnet also ein bestimmtes Verhalten, es ist eine Tugend.

Schon die alten griechischen Philosophen wie Aristoteles und Platon dachten über die Gerechtigkeit nach und darüber, dass ohne Gerechtigkeit ein Staat und ein Gemeinwesen nicht funktionieren kann. In einem **Rechtsstaat** wie der **Bundesrepublik Deutschland** ist die Gerechtigkeit das oberste Ziel. Es soll möglichst gerecht zugehen im Staat. Die **Verfassung** und die **Gesetze** schreiben die Regeln fest, die im Staat gelten und sie gelten für alle Menschen gleich. Damit soll der äußere Rahmen festgelegt werden, dass es für alle Bürgerinnen und Bürger möglichst gerecht zugeht.

Dass es allerdings nicht immer gerecht zugeht, dass über viele Einzelfragen unterschiedliche Ansichten bestehen, ist eine Tatsache. Ist es zum Beispiel gerecht, wenn alle Menschen, die falsch parken, das gleiche Bußgeld bezahlen müssen, egal wieviel sie verdienen? Die Frage nach der Gerechtigkeit spielt auch für die internationale **Politik** eine große Rolle. So geht es etwa in den Beziehungen zwischen den armen und reichen **Staaten** oft alles andere als gerecht zu.

# G

## Gericht



© Stefan Eling

Wenn mich jemand verletzt, betrügt, beleidigt oder mir sonst wie Schaden zugefügt hat, kann ich vor ein dafür zuständiges Gericht gehen und klagen. Ein **Richter** oder eine Richterin werden in einem Gerichtsverfahren feststellen, ob derjenige, den ich verklagt habe, gegen ein **Gesetz** verstoßen hat. Wenn die Klage begründet ist, verkündet die Richterin in einem Urteil, wie der Beklagte den Schaden wiedergutmachen muss. Wenn der Beschuldigte gegen ein Strafgesetz verstoßen hat, weil er mir zum Beispiel mein neues Fahrrad mit Gewalt weggenommen

und mich dabei auch noch schwer verletzt hat, muss ich zunächst eine Strafanzeige bei der **Polizei** machen. Dann übernimmt eine Staatsanwältin oder ein **Staatsanwalt** die Anklage vor dem Strafgericht. Der Beschuldigte heißt dann vor Gericht Angeklagter und wird, wenn er schuldig ist, zu einer Strafe verurteilt. Zu seiner Verteidigung bekommt er eine Rechtsanwältin oder einen **Rechtsanwalt**, die darauf achten müssen, dass das Gericht ihn nicht verurteilt, wenn seine Schuld nicht eindeutig bewiesen werden kann. Dann nämlich muss der Angeklagte freigesprochen werden.

Wenn dem Angeklagten ein Verbrechen, zum Beispiel ein schwerer Raub oder sogar die Tötung eines Menschen vorgeworfen wird, für das eine hohe Strafe ausgesprochen werden kann, dann besteht das Strafgericht aus Richtern und "Schöffen". Die Schöffen sind keine Berufsrichter, sondern kommen aus anderen Berufen. Gemeinsam mit den Richtern fällen die Schöffen das Urteil.

Für einen Gerichtsprozess (man sagt oft auch nur "Prozess") gelten genau festgelegte Regeln. Am Ende eines Prozesses wird das Urteil verkündet, das immer mit dem Satz beginnt: "Im Namen des **Volkes** ergeht folgendes Urteil ...". Mit diesem Satz wird ausgedrückt, dass die Richter nicht ihre eigene Meinung, sondern nur das verkünden dürfen, was die geltenden Gesetze vorgeben.

Das Wort "Gericht" hat noch eine zweite, völlig andere Bedeutung, die ihr natürlich alle kennt. Schließlich hat jeder ein Lieblingsgericht, oder?

# G

## Gesellschaft

In einem **Staat (-> Staat)** leben viele unterschiedliche Gruppen und Gemeinschaften. Eure Klasse ist eine solche Gemeinschaft, die für eine gewisse Zeit zusammen ist. Es gibt bestimmte Dinge, die diese Gruppen und Gemeinschaften verbinden. Das können gemeinsame Ziele sein – zum Beispiel wollen alle Schülerinnen und Schüler einen Schulabschluss erreichen – oder die gleiche Herkunft, eine gemeinsame **Religion**, ein besonderes Vertrauen zueinander oder auch andere Dinge. Alle Gruppen und Gemeinschaften gehören zur Gesellschaft eines Staates. Sie leben zusammen in der gleichen staatlichen Ordnung und im gleichen Wirtschaftssystem und für alle gelten dieselben **Gesetze**.

So, wie es unterschiedliche Regierungsformen gibt, so gibt es auch unterschiedliche Gesellschaften auf dieser Welt. Um zwei Beispiele zu nennen: Es gibt Dienstleistungsgesellschaften, wie in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** und den meisten westlichen Staaten, und Agrargesellschaften, in denen die Menschen hauptsächlich von der Landwirtschaft leben. Heute spricht man manchmal davon, dass wir in einer Informations- und Wissensgesellschaft leben. Damit will man ausdrücken, dass für die heutige Gesellschaft die schnelle Information über Fernsehen und Internet eine besonders wichtige Rolle spielt.

Das Wort "Gesellschaft" wird auch in anderen Bereichen benutzt. In der **Wirtschaft** gibt es zum Beispiel Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH). Es gibt Gesellschaften, die die Wissenschaft und **Kultur** fördern wollen, andere engagieren sich im Sport oder für wohltätige Zwecke, wieder andere zum Beispiel in der **Entwicklungshilfe**. Hier bedeutet "Gesellschaft" das Gleiche wie "Organisation".

## Gesetz

Für viele Bereiche in unserem Leben gelten Gesetze. Wenn ein Stein zu Boden fällt, wirkt das Gesetz der Schwerkraft. Das ist ein unveränderliches Naturgesetz. Ein Autodieb oder ein Einbrecher verstoßen nicht gegen ein Naturgesetz, sondern gegen ein vom **Staat** erlassenes Gesetz. An diese Gesetze oder Regeln muss man sich halten. Nur dann kann das friedliche Zusammenleben vieler Menschen funktionieren. Was Gesetz ist, wird bei uns von der **Bundesregierung (-> Regierung)**, dem **Bundestag (-> Deutscher Bundestag)** und dem **Bundesrat** bestimmt. In den Gesetzesbüchern werden diese Regeln und Vorschriften (**amtlich** heißt das Erlaubnis, Verbot oder Gebot) aufgeschrieben.

## Gesetzgebung

### 1. Schritt: Die Gesetzesinitiative

Wie entsteht ein **Gesetz**? Kann ich einfach als normaler Bürger an die Regierung schreiben und zum Beispiel ein Gesetz verlangen, damit ich nicht so viele Jahre zur Schule gehen muss? Und wird dieses Gesetz dann gemacht? So einfach ist es natürlich nicht. Es gibt genaue Vorschriften, wie es zu einem Gesetz kommt. Das kann manchmal ziemlich lange dauern und auch kompliziert sein.

In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** können nur die **Bundesregierung (-> Regierung)**, der **Bundesrat** oder mehrere Mitglieder des **Bundestages (-> Deutscher Bundestag)** eine so genannte „Gesetzesinitiative“ starten, also den ersten Schritt tun, damit ein Gesetz entsteht.

Wünscht die **Regierung** beispielsweise ein neues Gesetz zur Einführung von Mautgebühren auf Autobahnen, dann macht sie dafür einen Gesetzentwurf. Diesen Entwurf gibt sie an den Bundesrat. Der Bundesrat äußert sich dazu und gibt den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung in den Bundestag.

Möchte der **Bundesrat**, dass ein bestimmtes Gesetz gemacht wird, dann gibt er einen Gesetzentwurf zuerst an die Regierung. Danach kommt der Entwurf in den Bundestag.

# G

**Ein einzelner Bürger**, der ein neues Gesetz für notwendig hält, kann selbst keinen Gesetzentwurf in den Bundestag einbringen. Er müsste vielmehr einen Bundestagsabgeordneten davon überzeugen, dass dieses Gesetz notwendig ist. Dieser **Abgeordnete** muss dann noch weitere Mitglieder des Bundestages (derzeit mindestens 30) suchen, die mit ihm zusammen diesen Gesetzentwurf dem Bundestag zur weiteren Beratung vorlegen.

## 2. Schritt: Die Beratung

Liegt dem Bundestag ein Gesetzentwurf vor, dann finden drei Beratungen darüber statt. Diese Beratungen nennt man auch „Lesungen“. In der 1. Lesung, der so genannten Grundsatzdebatte, wird der Gesetzentwurf vorgestellt und die Abgeordneten sagen dazu allgemein ihre Meinung. Dann wird der Gesetzentwurf zur genaueren Überprüfung an einen speziellen Ausschuss des Bundestages geleitet. Dort werden Einzelheiten beraten und Sachverständige befragt. In der 2. Lesung im **Parlament** berichten die Mitglieder des Ausschusses über die Ergebnisse ihrer Sitzung und was die Experten zu dem neuen Gesetz gesagt haben. Meistens werden Änderungsvorschläge vorgetragen.

## 3. Schritt: Die Beschlussfassung

In der 3. Lesung kommt es noch einmal zur Aussprache über das Gesetz. Das Für und Wider wird erörtert, vielleicht gibt es weitere Änderungen. Dann kommt es zur Schlussabstimmung. Wenn die **Mehrheit** der anwesenden Abgeordneten dem Gesetz zugestimmt hat, ist das Gesetz „verabschiedet“. In besonderen Fällen braucht ein Gesetz aber die Zustimmung von mehr Abgeordneten. So müssen z. B. zwei Drittel der Mitglieder des Bundestages für ein Gesetz sein, das die **Verfassung** ändert.

Hat der Bundestag das Gesetz verabschiedet, geht es in den Bundesrat. Die Beteiligung des Bundesrates hängt davon ab, ob ein so genanntes Zustimmungsgesetz oder ein so genanntes Einspruchsgesetz vorliegt.

1. Zustimmungsgesetze werden – wie es die Bezeichnung nahelegt – erst gültig, wenn nach dem Bundestag auch der Bundesrat zustimmt. Dazu gehören alle Gesetze, die die Angelegenheiten der Bundesländer besonders betreffen. Aber auch Gesetze, die unser **Grundgesetz** ändern, oder Verträge mit anderen **Staaten** gehören dazu.

Was aber passiert, wenn der Bundesrat ein Gesetz ablehnt? Ist es damit endgültig gescheitert? Nein. Es beginnt dann eine erneute Beratung im so genannten **Vermittlungsausschuss**. Dort sitzen Mitglieder des Bundestages und des Bundesrates, die versuchen, doch noch eine Lösung zu finden. Dieser Ausschuss schlägt dem Bundestag wieder Änderungen vor, über die dann erneut abgestimmt werden muss. Wenn bei Zustimmungsgesetzen keine Einigung erzielt werden kann, tritt das Gesetz nicht in Kraft.

2. Bei allen anderen Gesetzen hat der Bundesrat nur ein Einspruchsrecht. Er kann gegen die Einspruchsgesetze nur Bedenken vortragen, kann sagen, dass er das Gesetz ablehnt. Wenn der Bundesrat tatsächlich einen **Einspruch (-> Veto)** erhebt, wird das Gesetz aber nur aufgeschoben. In einer erneuten Abstimmung kann es der Bundestag doch noch beschließen.

## 4. Schritt: Unterzeichnung und Veröffentlichung

Wenn ein Gesetz so beraten und beschlossen wurde, wie es unsere Verfassung vorschreibt, wird das Gesetz von der **Bundeskanzlerin** oder vom zuständigen **Minister** unterzeichnet. Dann muss noch der Bundespräsident den Gesetzestext unterschreiben (in der Fachsprache spricht man von „ausfertigen“). Veröffentlicht, also verkündet, wird das Gesetz anschließend im Bundesgesetzblatt. Erst danach tritt es in Kraft und zwar an dem Tag, der im Gesetz festgeschrieben wurde.

Einige Informationen zum Gesetzgebungsverfahren findet ihr hier im Lexikon unter den Stichwörtern Bundestag, Bundesrat, **Legislative (-> Gewaltenteilung)**, Gesetz und Vermittlungsausschuss.

# G

## Gewaltenteilung

Genauer müsste es "Teilung der **Staatsgewalt**" heißen. Gewalt kennt man: Wenn jemand zum Beispiel einem anderen Schaden zufügt, tut er das oft mit Gewalt. Mit "Staatsgewalt" bezeichnet man die Möglichkeiten, die ein **Staat** hat, um dafür zu sorgen, dass die **Gesetze** auch eingehalten werden. Wenn jemand gegen Gesetze verstößt, kann er eingesperrt werden. So will der Staat seine **Bürgerinnen und Bürger (-> Bürger/in / Bürgertum)** und damit sich selbst schützen (denn er besteht ja aus den Bürgerinnen und Bürgern). Aber der Staat darf keineswegs machen, was er will. Er muss sich selbst auch an die Gesetze halten. Damit der Staat seine Macht nicht unkontrolliert einsetzen kann, gibt es die Gewaltenteilung. Diese Teilung ist ein Grundprinzip unserer **demokratischen** Ordnung. Damit soll verhindert werden, dass diejenigen, die die **politische** Macht haben, ihre Macht missbrauchen. So sollen die Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger gesichert werden. Die Staatsgewalt wird bei uns in drei verschiedene Bereiche aufgeteilt:

Die **Legislative** ist die gesetzgebende Gewalt.

Bevor ein Gesetz entsteht, müssen bestimmte Spielregeln eingehalten werden. Die **Regierung**, der **Bundesrat** oder mehrere Mitglieder des **Deutschen Bundestages** starten eine so genannte "**Gesetzesinitiative**", tun also den ersten Schritt, damit ein Gesetz entsteht. Im demokratischen Staat entscheidet dann die so genannte "gesetzgebende Versammlung", also das **Parlament** darüber, ob dieser Vorschlag angenommen und zum Gesetz werden soll. In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** ist es der Bundestag in Verbindung mit dem Bundesrat, der darüber entscheidet. Doch bevor das Gesetz gültig wird, muss es der Bundespräsident erst noch unterschreiben.

Die **Exekutive** ist die ausführende Gewalt. Die kennt jeder, zum Beispiel in Gestalt eines **Polizisten** oder der Stadtverwaltung. Sie kümmern sich darum, dass alles seine Ordnung hat und richtig abläuft. Auf der Ebene des **Bundes (-> Bundesstaat / Bund)** ist das die Regierung, also der **Bundeskanzler** und die **Minister und Ministerinnen**; auf der Ebene der **Bundesländer (-> Bundesländer / Föderalismus)** sind das zum Beispiel die Ministerpräsidenten und die Minister eines Bundeslandes. In den Städten und **Gemeinden** ist das zum Beispiel die Bürgermeisterin. Die Exekutive hat also dafür zu sorgen, dass die Gesetze nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch im täglichen Leben umgesetzt werden.

Und wenn jemand gegen die Gesetze verstoßen hat und vor dem **Gericht** erscheinen muss, dann ist er bei der **Judikative (-> Rechtsprechung)** gelandet. Das ist die rechtsprechende Gewalt. Da sorgen die **Staatsanwälte (-> Staatsanwaltschaft / Staatsanwalt / Staatsanwältin)** und Staatsanwältinnen, die **Richterinnen (-> Richter/in)** und Richter dafür, dass Verstöße gegen die Gesetze nach bestimmten Regeln verhandelt werden, und das heißt in den meisten Fällen: Die Täter werden bestraft. Die Richter sind unabhängig. Sie müssen aber die Gesetze beachten. Weder die Regierung noch irgendeine andere Einrichtung oder Person kann sie dazu zwingen, ein Urteil zu fällen, das sie nicht richtig finden.

## Gewaltmonopol

Anderen Menschen Gewalt anzutun ist, wie ihr wisst, verboten. Man darf nicht einfach mit brutalen Mitteln seinen Willen durchsetzen und andere schädigen. Wenn man von Gewaltmonopol des **Staates** spricht, meint man damit, dass nur der Staat Gewalt anwenden darf. Das kann mit oder ohne Waffen geschehen. Der Staat darf Recht und **Gesetz (-> Gesetz)**, wenn sie bedroht sind, schützen. Allerdings muss er selbst dabei die Gesetze achten. Dieses Gewaltmonopol übt die **Polizei** aus, zum Beispiel um einen bewaffneten Bankräuber zu stoppen oder um **Terrorakte (-> Terrorismus)** zu verhindern. Im Kriegsfall gelten besondere Gesetze, auf deren Grundlage das Militär Gewalt ausüben darf. Die Bürger

# G

dürfen nur in Ausnahmefällen Gewalt anwenden: wenn sie bedroht werden und in Notwehr handeln. Notwehr bedeutet, dass man keine andere Möglichkeit hatte, sich zu verteidigen, und deshalb ist sie nicht strafbar. Ob aber tatsächlich eine Handlung als Notwehr zu beurteilen ist, oder ob es sich nur um eine Schutzbehauptung handelt, um eine Gewalttat zu vertuschen, wird von einem **Gericht** im Ernstfall sehr genau geprüft.

## Gewerbe

Jemand beschließt, seinen Posten in einem **Amt** aufzugeben und stattdessen ein Geschäft aufzumachen. Er wird selbstständig, arbeitet jetzt auf eigene Verantwortung, eigene Rechnung und damit auf eigenes Risiko. Er betreibt nun ein Gewerbe. Alle Handwerksbetriebe bezeichnete man früher als Gewerbebetriebe. Auch das so genannte Kleingewerbe (kleine Geschäfte und Handel treibende Unternehmen) zählten dazu. Heute werden mit dem Begriff Gewerbe auch industrielle Unternehmen und andere größere Betriebe bezeichnet. Man spricht auch von Gewerbegebieten, wo sich viele große und kleine Unternehmen vom Autohaus bis zu Heimwerkermärkten ansiedeln können. Nach der Gewerbeordnung in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** zählen landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Betriebe sowie alles, was mit Fischerei zu tun hat, nicht zum Gewerbe. Auch die so genannten „freien“ Berufe, zum Beispiel Ärzte, Anwälte, Architekten oder Künstler, betreiben kein Gewerbe.

In Deutschland hat übrigens jede Person das Recht, ein Gewerbe zu betreiben, sofern man dabei nicht gegen ein **Gesetz** verstößt. Dieses Recht nennt man Gewerbefreiheit.

## Gewerkschaft

Vor ungefähr 150 Jahren entstanden in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** die ersten Fabriken. Die Arbeiterinnen und Arbeiter arbeiteten dort oft unter sehr schlechten Bedingungen. Deshalb schlossen sich viele von ihnen zu Selbsthilfe- oder Schutzvereinen zusammen, um für menschenwürdige Arbeitsbedingungen, für mehr Lohn und gegen **Kinderarbeit** zu kämpfen. Denn sie waren davon überzeugt, dass sie gemeinsam in den Vereinen stärker waren als alleine. Aus diesen Vereinen entwickelten sich die Gewerkschaften. Diese wurden nach und nach als offizielle Vertreter der Arbeiter und Angestellten anerkannt. In Deutschland geschah dies 1918. Heute gibt es für viele verschiedene Berufe Gewerkschaften, so zum Beispiel eine für Lokführer, für Ingenieure, für Bauarbeiter, für Metallarbeiter, für Drucker, für **Journalisten**, für **Polizisten**, Briefträger, Bauern usw. Diese einzelnen Gewerkschaften haben sich im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) zusammengeschlossen. Er hat etwa 7,3 Millionen Mitglieder. Der DGB wiederum ist ein Mitglied des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). Wenn sich auch die Situation der arbeitenden Menschen seit der Gründung der Schutzvereine und später der Gewerkschaften zum Besseren verändert hat, so sind die Hauptziele aller freien Gewerkschaften in **demokratischen** Ländern doch fast noch die gleichen wie zu Beginn ihrer Entstehung: Arbeit für alle Menschen, genügend Lohn und Gehalt, um ohne Sorgen leben zu können, kürzere Arbeitszeiten und **Mitbestimmung** in den Betrieben. Für diese Ziele verhandeln die Gewerkschaften in bestimmten Abständen mit den Unternehmern und das Ergebnis steht in einem **Tarifvertrag**. Wenn sich die Gewerkschaften nicht mit den Unternehmern einigen können, kommt es manchmal zum **Arbeitskampf**.



© Stefan Eling

In Deutschland geschah dies 1918. Heute gibt es für viele verschiedene Berufe Gewerkschaften, so zum Beispiel eine für Lokführer, für Ingenieure, für Bauarbeiter, für Metallarbeiter, für Drucker, für **Journalisten**, für **Polizisten**, Briefträger, Bauern usw. Diese einzelnen Gewerkschaften haben sich im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) zusammengeschlossen. Er hat etwa 7,3 Millionen Mitglieder. Der DGB wiederum ist ein Mitglied des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). Wenn sich auch die Situation der arbeitenden Menschen seit der Gründung der Schutzvereine und später der Gewerkschaften zum Besseren verändert hat, so sind die Hauptziele aller freien Gewerkschaften in **demokratischen** Ländern doch fast noch die gleichen wie zu Beginn ihrer Entstehung: Arbeit für alle Menschen, genügend Lohn und Gehalt, um ohne Sorgen leben zu können, kürzere Arbeitszeiten und **Mitbestimmung** in den Betrieben. Für diese Ziele verhandeln die Gewerkschaften in bestimmten Abständen mit den Unternehmern und das Ergebnis steht in einem **Tarifvertrag**. Wenn sich die Gewerkschaften nicht mit den Unternehmern einigen können, kommt es manchmal zum **Arbeitskampf**.



# G

## Gleichberechtigung

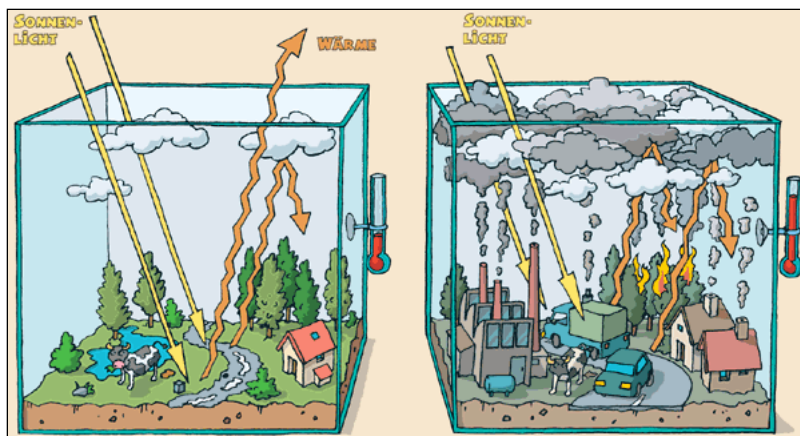
Die Menschen sind gleichberechtigt, wenn sie alle die gleichen Rechte haben. Das ist nicht selbstverständlich. In Deutschland begannen vor etwa 100 Jahren die Frauen um ihre Gleichberechtigung zu kämpfen. Sie wollten die gleichen Ausbildungschancen, sie wollten das **Wahlrecht** haben (das es in Deutschland erst seit 1918 für die Frauen gibt). Als die **Bundesrepublik Deutschland** im Jahre 1949 gegründet wurde, wurde die Gleichberechtigung von Frauen und Männern im **Grundgesetz** festgeschrieben. Tatsächlich aber gibt es immer noch viele Benachteiligungen von Frauen. Für die Durchsetzung gleicher Rechte von Frauen und Männern setzen sich bis heute vor allem viele **Frauenorganisationen** ein.



© Stefan Eling

Die Bezeichnung "Gleichberechtigung" kann auch in anderen Bereichen angewendet werden, zum Beispiel im Zusammenleben von schwarzen und weißen Menschen. So haben etwa in Südafrika die schwarzen Menschen die Gleichberechtigung und damit Gleichbehandlung erst vor wenigen Jahren erkämpft.

## Globale Erwärmung



links: natürlicher Energiekreislauf rechts: "Treibhauseffekt"  
© Stefan Eling

Misst man auf unserer Erde (unserem Globus) mit ganz vielen Thermometern an vielen Orten pausenlos die Temperatur, kommt man im Durchschnitt ungefähr auf 15 Grad. Diese Messungen finden seit vielen Jahren statt. Dabei haben die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler festgestellt, dass die Oberfläche der Erde sich langsam aber sicher erwärmt. Bis zum Jahre 2100 sagt man eine weitere

durchschnittliche Erwärmung von mindestens 1,4 bis maximal 5,8 Grad voraus. Diese unnatürliche Erwärmung wird nach Meinung der meisten Fachleute von Menschen verursacht: Von Autos, Heizungen und Kraftwerken werden immer mehr Schadstoffe in die Luft gepustet. Diese Schadstoffe (vor allem Kohlendioxid) entstehen durch die Verbrennung von Benzin, Öl, Gas und anderen Stoffen. So verschlimmert sich der so genannte Treibhauseffekt. Denn wie das Glas in einem Treibhaus verhindern Gase in hohen Luftschichten, dass zuviel Wärme von der Erde in den eiskalten Weltraum



## G

abgestrahlt wird. Eigentlich ist es für uns auf der Erde wichtig, dass nicht alle Wärme in den Weltraum entweicht, denn sonst wäre die Temperatur auf der Erde ständig minus 33 Grad. Aber: Etwas Wärme muss abstrahlen können, damit hier die Temperatur für die Menschen erträglich ist. Weil aber die Treibhausgase durch die Schadstoffe immer undurchlässiger geworden sind, kann nicht genug Wärme abstrahlen und deshalb wird es auf der Erde immer wärmer.

Computer haben die katastrophalen Folgen dieser Veränderung ausgerechnet. Die Gletscher werden schmelzen, auch die eisigen Polkappen der Erde. Das wird zu einem Anstieg des Meeresspiegels um einen Meter führen und weite Küstengebiete in der Welt werden überschwemmt. Es wird zu starken Klimaveränderungen kommen, die schwere Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen und die Landwirtschaft haben. Wissenschaftler und **Politiker** in vielen Ländern wollen, dass man ganz schnell etwas dagegen tut. Deshalb hat sich eine Reihe von **Staaten** dazu verpflichtet - und dies in Verträgen zum Klimaschutz niedergeschrieben - , durch **Gesetze** dafür zu sorgen, dass weniger Schadstoffe in die Luft gelangen.

Der Vollständigkeit halber muss gesagt werden, dass die Forschungen über die Ursachen der globalen Erwärmung noch am Anfang stehen. In der Wissenschaft gibt es dazu eine Reihe unterschiedlicher Meinungen.

## Globalisierung

Dieser Begriff kommt von "global" und das bedeutet "weltumspannend". Wahrscheinlich habt ihr schon bei unterschiedlichen Gegenständen ein Schildchen gesehen mit der Aufschrift "Made in Taiwan" oder "Made in China". Warum kommen diese Waren aus China und aus anderen fernen Ländern in unsere Geschäfte?

Die Unternehmen, die Spielzeug oder andere Dinge verkaufen, wollen ihre Waren so preiswert wie möglich herstellen. Sie lassen deshalb die Waren dort produzieren, wo es nicht so viel kostet. In vielen ärmeren Ländern dieser Welt gibt es Fabriken, in denen die Menschen viel weniger Geld für die Arbeit bekommen als in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)**. Und wenn zum Beispiel deutsche Unternehmen Fabriken im Ausland bauen, müssen sie dort oft auch weniger **Steuern** zahlen als hier. Dies führt dann dazu, dass die Herstellung der Waren in ärmeren Ländern billiger ist als in Deutschland. Folglich können die Waren in Deutschland dann auch billiger verkauft werden. Durch die moderne Computertechnologie und die Reisemöglichkeiten ist dies alles viel besser möglich als früher, die Welt ist „näher zusammengerückt“.

Wenn wir also weniger bezahlen für die Waren, ist die Globalisierung doch nur von Vorteil, oder? Das sehen nicht alle Menschen so. Viele kritisieren, dass bei uns die Preise nur deshalb so niedrig sind, weil die Arbeiterinnen und Arbeiter in den armen Ländern oft für einen Hungerlohn arbeiten müssen. Nicht selten sind es sogar Kinder, die viele Stunden am Tag in den Fabriken schuften.

Manche Menschen fragen, wo denn die Arbeiter und Arbeiterinnen aus Deutschland in der Zukunft Arbeit finden werden, wenn die Unternehmen ihre Fabriken im Ausland aufbauen. Andere Menschen betonen, dass die Globalisierung in armen Ländern Arbeitsplätze für Menschen schafft, denen es dort sehr schlecht geht.

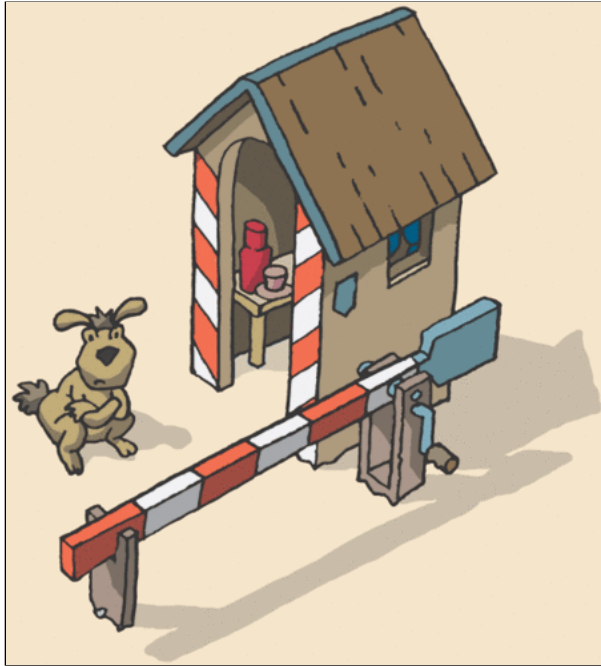
Viele Menschen bemühen sich darum, dass der Handel zwischen den Ländern gerecht und fair zugeht. Dabei ist es besonders wichtig, dass auch in den armen Ländern die Menschen unter menschenwürdigen Lebensbedingungen arbeiten können.

# G

## Gouverneur

Das ist in den USA der oberste **Beamte** eines Teilstaates. (Die USA besteht aus 51 **Staaten**, die alle von Gouverneuren verwaltet werden). Im Herbst 2003 wurde zum Beispiel der Filmschauspieler Arnold Schwarzenegger zum neuen Gouverneur von Kalifornien gewählt. Den Titel „Gouverneur“ kann auch der Verwalter einer Kolonie tragen. In **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**) gibt es heute keine Gouverneure mehr.

## Grenze



© Stefan Eling

Die Grenze ist eine gedachte Linie zwischen zwei Gebieten. Solche Gebiete können Grundstücke, Städte, Dörfer und **Staaten** sein. Bei Staaten handelt es sich bei dieser Linie um eine Staatsgrenze zwischen zwei benachbarten Ländern. Manchmal verläuft die Grenze entlang natürlicher Trennlinien wie Flüssen und Gebirgen. Zwischen **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**) und Frankreich ist es zum Beispiel ein Stück des Rheines. Grenzzeichen oder bestimmte Markierungen zeigen an, wo die Grenze verläuft. Man darf sie nicht heimlich überschreiten oder unerlaubte Waren von einem Land in ein anderes transportieren. Meistens muss man an den Grenzen seinen **Pass** vorzeigen oder **Zoll** bezahlen. Zwischen den Staaten der Europäischen Union ist das Überschreiten der Grenzen inzwischen ziemlich einfach. Man kann leicht von einem Land in ein anderes reisen, ohne an einem Schlagbaum aufgehalten zu werden. So heißen die farbigen Schranken,

die an Straßen für Reisende in ein anderes Land geöffnet oder geschlossen werden können und so den Weg freigeben oder versperren.

Schlagbäume seht ihr auch bei der Ein- und Ausfahrt von Tiefgaragen. Damit ist die "Bezahlgrenze" zwischen innen und außen angezeigt.

## Grundgesetz

Das Grundgesetz (es wird oft mit GG abgekürzt) ist die **Verfassung** der **Bundesrepublik Deutschland**, wie unser Land offiziell heißt. Das Grundgesetz gibt es seit der Staatsgründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1949. In ihm stehen die allerwichtigsten "Spielregeln" für das Zusammenleben der Menschen in Deutschland. Alle Behörden, **Gerichte**, alle Bürgerinnen und Bürger müssen sich daran halten. Kein **Gesetz**, das in unserem Land gilt, darf dem Grundgesetz widersprechen. Damit ihr eine Vorstellung bekommt, was in unserer Verfassung steht, hier ein kurzes Zitat aus dem ersten Abschnitt des Grundgesetzes:

"Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen sind **gleichberechtigt** [...] Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner **Rasse** (-> **Rassismus**), seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder **politischen** Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden."

# G

## Grundrechte / Menschenrechte

Alle Menschen sollten bestimmte Rechte haben, gleichgültig in welchem Land oder **Staat** (-> **Staat**) der Erde sie leben. Dies sind die Menschenrechte. Sie wurden von den **Vereinten Nationen** (-> **UNO / Vereinte Nationen**) im Jahr 1948 aufgeschrieben. So sollen die Staaten dieser Welt angespornt werden, sich daran zu halten. Viele Staaten, darunter auch **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**), haben diese Rechte in ihrer **Verfassung** als so genannte Grundrechte festgeschrieben. Dazu gehören zum Beispiel das Recht auf Leben und auf **Freiheit** und körperliche Unversehrtheit. Dies heißt zum Beispiel, dass niemand **gefoltert** (-> **Folter**) werden darf. Jeder hat auch das Recht, seine Meinung frei zu sagen, ohne dafür bestraft zu werden. Jeder Mensch soll außerdem sicher sein, dass er glauben kann, was er will, er darf keine Nachteile wegen seiner **Religion** erfahren. Das **Wahlrecht** bestimmt, dass die Menschen in **demokratischen Wahlen** regelmäßig wählen dürfen; das Recht auf **Bildung** besagt, dass alle Menschen etwas lernen dürfen und das Recht auf Eigentum stellt sicher, dass jeder etwas als sein Eigentum besitzen darf. Das sind nur einige der Grundrechte. In vielen Ländern der Welt werden diese Menschenrechte von der Staatsmacht missachtet. Das zeigt, dass es keineswegs selbstverständlich ist, dass die Menschenrechte anerkannt sind und dass jeder aufpassen muss, dass der Staat diese Rechte auch achtet.

# H

## Haager Abkommen

Das Haager **Abkommen (-> Konvention)** ist ein Vertrag zwischen vielen **Staaten**, in denen genau festgelegt ist, welche Regeln im Kriegsfall von den Staaten zu beachten sind. Es ist also ein Teil des **Kriegsrechts**. Das Abkommen besteht aus mehreren völkerrechtlichen Verträgen. Es ist nach der Stadt Den Haag, Niederlande, benannt, weil es dort abgeschlossen wurde. Die ersten Verträge, die „Haager Landkriegsordnung“ genannt wurden, stammen von 1899 und 1907. Später wurden sie durch weitere Vereinbarungen ergänzt. Vereinbart wurde zum Beispiel, dass Waffen, die nur den Zweck haben, so viele Menschen wie möglich zu töten (zum Beispiel mit Giftgas), im **Krieg** nicht eingesetzt werden dürfen. Weiterhin ist vorgeschrieben, dass **Kulturgüter (-> Kultur / Kulturkreis)** geschützt werden müssen. Man darf also nicht gezielt Denkmäler oder Kunstschatze zerstören. Es wird auch beschrieben, wie man Kriegsgefangene zu behandeln hat. Hierzu gibt es aber noch besondere Verträge, die in der so genannten **Genfer Konvention** zusammengefasst sind.

## Haftbefehl

Das Wort "Haft" bedeutete früher in der mittelhochdeutschen Sprache so viel wie „Fessel“, „Band“. Wenn die **Polizei** jemanden verhaftet, wird er, wenn man ihn für gefährlich hält, mit Handschellen gefesselt. Eine solche Verhaftung geht aber nicht so einfach. In den meisten Fällen braucht die Polizei einen Haftbefehl. Den beantragt der **Staatsanwalt** bei einem **Richter**. Dieser prüft, ob die Gründe, die der Staatsanwalt nennt, ausreichen, um die beschuldigte Person einzusperren, also in Untersuchungshaft zu nehmen. Dabei muss sich der Richter genau an die



© Stefan Eling

Vorschriften der deutschen Strafprozessordnung (STPO) halten. In den entsprechenden Paragraphen steht, was der Haftbefehl im Einzelnen enthalten muss, wie bei der Verhaftung und danach vorgegangen werden muss. Denn man kann jemanden nicht einfach festnehmen, wenn der „Tatverdacht“ nicht ausreichend ist. In jedem Fall muss der Richter bei einer Vorführung und Befragung des Verhafteten noch einmal alles genau prüfen (in der Fachsprache ist das ein „Haftprüfungstermin“). Es könnte ja sein, dass der Festgenommene inzwischen durch Zeugenaussagen entlastet worden ist. Dann muss der Richter den Haftbefehl zurücknehmen. Oder aber der Richter kann den Beschuldigten gegen die Zahlung einer bestimmten Summe („Kautions“) wieder freilassen. Das geht aber nur, wenn die Straftat kein Kapitalverbrechen wie Mord oder schwerer Raub war und das **Gericht** der Meinung ist, der Täter wird bis zu seinem Prozess nicht flüchten.

## Handelsabkommen

Mit Handel wird üblicherweise der Kauf und Verkauf von **wirtschaftlichen** Gütern und **Dienstleistungen** bezeichnet. Wenn zwei oder mehrere **Staaten** einen Handelsvertrag oder ein Handelsabkommen schließen, dann regeln sie damit den Handel untereinander oder, wie es auch heißt, die gegenseitigen Außenhandelsbeziehungen. In einem solchen **Abkommen (-> Konvention)** kann zum Beispiel stehen, dass die Ein- und Ausfuhr von Gütern zwischen den Ländern ungehindert ablaufen soll. Oder es können Vereinbarungen getroffen werden, die den Zugang zu Häfen oder Flughäfen, die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, die Lieferung von Rohstoffen oder den Schutz von ausländischen Unternehmen im eigenen Land regeln. Es gibt sehr viele Dinge, die man vereinbaren kann, um den Handel zu erleichtern. Im Zeitalter der **Globalisierung**, der immer stärker wachsenden internationalen Wirtschaftsbeziehungen, gewinnen die kurz-

# H

oder langfristig geschlossenen Abkommen über die Handelserleichterungen immer mehr an Bedeutung.

## Handwerksordnung

Die meisten Bürger haben ziemlich oft mit einem Handwerker zu tun. Das kann eine Friseurin oder ein Installateur sein, eine Optikerin oder ein Automechaniker, eine Bäckerin oder ein Florist oder jemand mit einem der anderen zahlreichen Handwerksberufe, die es in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** gibt. Das Handwerk ist nach der Industrie der zweitgrößte Wirtschaftszweig in Deutschland. Fast alle Handwerksberufe, die es gibt, sind in der Handwerksordnung festgelegt. Darin ist genau vorgeschrieben, wer einen anerkannten Betrieb führen darf und dass nur Handwerkerinnen und Handwerker mit einer Meisterprüfung Lehrlinge ausbilden dürfen.

Die Handwerker werden von den regionalen Handwerkskammern, das sind die örtliche Interessenvertretungen der Handwerker, in so genannten Handwerksrollen geführt. Die dort aufgeführten Betriebe werden in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union anerkannt. Das heißt, ein Handwerksmeister in Deutschland wird mit seiner Ausbildung in jedem anderen **EU (-> Europäische Union (EU))**-Land anerkannt und kann mit seinem Betrieb auch in den anderen EU-Staaten Aufträge ausführen. Auch umgekehrt können Handwerker aus anderen EU-Staaten hier in Deutschland arbeiten, auch wenn sie nicht die in Deutschland übliche Ausbildung haben.

## Hartz IV

In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** gibt es ungefähr 4,5 Millionen **Arbeitslose (-> Arbeitslosigkeit)**, die auf dem **Arbeitsmarkt** eine Arbeit suchen. Um die Situation auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, wurden im Sommer 2002 verschiedene **Gesetze** beschlossen. Diese Gesetze nennt man in der Umgangssprache „Hartz-Gesetze“. (Der Name kommt von dem VW-Manager Peter Hartz. Er hat eine **Kommission** geleitet, die viele Vorschläge gemacht hat, wie die neuen Arbeitsmarktgesetze aussehen sollten.) In den letzten Jahren sind bereits mehrere Gesetze in Kraft getreten, zum Beispiel das „Zweite Gesetz für moderne **Dienstleistungen** am Arbeitsmarkt“ (man nennt es auch "Hartz II"). Dieses Gesetz ermöglicht unter anderem die so genannte „Ich-AG“. Seit 1. Januar 2005 gilt das vierte Gesetz (man nennt es "Hartz IV"). Dieses Gesetz soll dazu beitragen, dass möglichst viele Menschen, die schon lange Zeit arbeitslos sind, eine Arbeit aufnehmen. Der Grundgedanke des Gesetzes lautet: Fordern und Fördern. *Gefordert* wird, dass die Arbeitslosen eine Arbeit auch dann aufnehmen, wenn sie nicht ihrer Ausbildung entspricht oder bei der sie weniger verdienen, als sie es eigentlich erwarten. *Gefördert* werden diese Bemühungen durch die Zahlung des so genannten Arbeitslosengeldes II (ALG II). Dies erhalten alle Arbeitslosen, die arbeiten können, und Anspruch auf Unterstützung haben.

Wie sieht diese finanzielle Unterstützung aus?

Das ALG II ist zwei Jahre lang höher als die Sozialhilfe. Wer bisher **Arbeitslosengeld** erhalten hat, bekommt zwei Jahre lang einen Zuschlag zum ALG II.

Sozialhilfeempfänger, die arbeiten können, bekommen ab Januar 2005 ALG II und damit mehr Geld als bisher. Sie werden wieder von der Agentur für Arbeit betreut und haben Anspruch auf die Leistungen der Agentur für Arbeit. (Sie können zum Beispiel an Bildungsmaßnahmen teilnehmen). Damit sollen Sozialhilfeempfänger, die lange Zeit arbeitslos sind, wieder bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten.

Die Unterstützung durch das ALG II erhalten nur Arbeitslose, die das Geld auch brauchen. Um festzustellen, wie viel Geld die Langzeitarbeitslosen genau bekommen, müssen sie in Fragebögen Auskunft über ihre Vermögensverhältnisse geben. Wer mehr besitzt als eine bestimmte festgelegte Summe (das ist der so genannte Freibetrag), muss erst dieses Vermögen verbrauchen, bevor er Anspruch auf **staatliche** Unterstützung hat.

Langzeitarbeitslose müssen in Zukunft nahezu jeden Beruf annehmen. Wenn sie das nicht

# H

tun, wird ihr ALG II gekürzt. Wenn Jugendliche unter 25 Jahren sich weigern, dies zu tun, wird die Unterstützung möglicherweise ganz gestrichen.

Die Hoffnung der **Politiker** ist, dass mit Hartz IV mehr Arbeitslose wieder eine Arbeit suchen und finden werden. Erwartet wird, dass es dann mit der **Wirtschaft** wieder vorangeht und die Arbeitslosigkeit wirklich abnimmt. Das wiederum kommt allen Menschen zugute. Kritiker des Gesetzes sagen, dass gar nicht genug Arbeitsplätze für alle Arbeitssuchenden zur Verfügung stehen und dass mit Hartz IV bei denjenigen gespart wird, die sowieso wenig Geld haben.

## Hauptstadt

Kannst du mir die Hauptstadt von diesem oder jenem Land nennen? Das ist eine beliebte Quizfrage. Von **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** ist es Berlin, von Frankreich Paris, von England London, das wisst ihr alle. Hauptstadt ist meistens die Stadt eines Landes, in der **Regierung** und **Parlament** ihren Sitz haben. Oft ist das die größte Stadt des Landes, das muss aber nicht immer so sein. Washington zum Beispiel ist die Hauptstadt, aber lange nicht die größte Stadt der USA.

## Hegemonie

Im Griechischen heißt das Wort „Führung“. In der **Politik** ist damit die Vorherrschaft eines **Staates (-> Staat)** gegenüber einem oder mehreren anderen Staaten gemeint. Diese Überlegenheit kann sowohl militärisch, als auch **wirtschaftlich** und **kulturell** begründet sein. Meistens erkennen die anderen Staaten den stärkeren Staat (man nennt ihn auch „Hegemonialmacht“) an, ohne dass es zu bewaffneten Auseinandersetzungen kommen muss.

## Hierarchie

Das Wort hat seinen Ursprung im Griechischen. Man bezeichnet damit eine strenge Rangordnung. In einer Hierarchie hat jede Person ihre genau festgelegten Rechte, Befugnisse und Kompetenzen. Nehmen wir das Militär: oben steht der General, dann kommen die Offiziere, Unteroffiziere und schließlich die einfachen **Soldaten (-> Streitkräfte / Armee)**. Man kann sich eine Hierarchie als eine Pyramide vorstellen: an der Spitze stehen die ranghöchsten Personen, unten die mit dem niedrigsten Rang. Hierarchien gibt es in vielen Bereichen: in der Kirche, in der Verwaltung des **Staates**, der Länder und der **Gemeinden**, in der **Rechtsprechung** und in großen Wirtschaftsunternehmen. In Organisationen, die hierarchisch aufgebaut sind, können meistens die höher stehenden Personen den unteren Rängen Anweisungen geben. Diese müssen dann ausgeführt werden.

## Hinduismus

Der Hinduismus ist die wichtigste **Religion** in Indien. Er entstand etwa im 2. Jahrtausend vor Christus. Heute leben etwa 800 Millionen Hindus in Indien. Jeder Mensch (Hindu heißt übersetzt „Mensch“) gehört, davon gehen die Hinduisten aus, einer bestimmten „Kaste“ an. Damit ist eine Gesellschaftsschicht gemeint, die von allen anderen Schichten der **Gesellschaft** streng getrennt ist. Die oberste Kaste sind Priester (Brahmanen), dann kommen Krieger, Bauern und **Handwerker** und schließlich Knechte. Außerhalb der Kasten befinden sich die „Parias“, die Rechtlosen und Geächteten. Ähnlich wie im **Buddhismus** müssen die Menschen nach der hinduistischen Lehre einen langen Kreislauf von Wiedergeburt und Tod durchlaufen, ehe sie erlöst werden. Man kann auch als Tier

# H

wiedergeboren werden, deshalb essen viele Hindus auch kein Fleisch. Die Hindus verehren zwar keinen Gott oder Gründer ihrer Religion, wie es bei den anderen Weltreligionen (**Christentum**, **Islam**, **Judentum** und Buddhismus) der Fall ist. Dennoch gibt es eine Vielzahl von hinduistischen Gottheiten, zu denen gebetet wird und denen Opfergaben dargebracht werden. Die wichtigsten Gottheiten sind der Gott Brahma, der die Welt erschaffen hat, der Gott Vishnu, der das Leben erhält, der Gott Shiva, der für Vergänglichkeit und Tod steht. Ganesha, der Gott der Weisheit, ist bei den Hindus sehr beliebt, weil er immer hilft.

## Hoheitsrechte

Jeder Bürger weiß, dass dem Staat bestimmte Rechte und Befugnisse zustehen. Er erhebt **Steuern**, erlässt **Gesetze** und passt mit Hilfe der **Polizei** darauf auf, dass die Gesetze eingehalten werden. Der Staat sorgt dafür, dass es **Gerichte** gibt, die Recht sprechen. Er stellt auch sicher, dass die Urteile, die gesprochen werden, durchgesetzt, also vollstreckt werden. Der Staat übt so seine Hoheitsrechte oder, wie es heißt, seine innere Souveränität aus. Dabei muss er sich immer nach der **Verfassung** richten. Auch gegenüber anderen **Staaten** hat jeder Staat Hoheitsrechte, die ihm aufgrund seiner Souveränität zustehen. Hoheitsrechte können auf Organisationen wie zum Beispiel die **EU (-> Europäische Union (EU))** oder die **NATO** übertragen werden.

## Holocaust

Das Wort "Holocaust" stammt aus dem Griechischen ("holókaustus") und bedeutet "völlig verbrannt". Es bezeichnet die systematische Vernichtung ganzer Bevölkerungsgruppen (Völkermord). Auf Hebräisch heißt Völkermord "Schoah" ("große Katastrophe"). Damit ist die Vernichtung der europäischen **Juden (-> Judentum)** gemeint. Als die **Nationalsozialisten** in Deutschland 1933 die Herrschaft übernahmen, begannen sie, einzelne Bevölkerungsgruppen auszugrenzen. Die Nationalsozialisten betrachteten sich als "Herrenrasse". Die Juden waren für sie eine minderwertige **Rasse (-> Rassismus)**. Sie wurden für viele Missstände im Land verantwortlich gemacht. Sie wurden angegriffen und viele durften ihre Berufe nicht mehr ausüben. Die Juden durften nichts mehr selbst entscheiden. Wehren konnten sie sich nicht, weil man ihnen auch ihre Bürgerrechte weggenommen hatte. Sie mussten ab 1941 sogar ein Kennzeichen tragen, den so genannten Judenstern. Dies war ein gelber, sechseckiger Stern in Form des Davidsterns. Man nahm den Juden ihr Eigentum, ihre Wohnungen und Häuser weg. Die Juden wurden aus Deutschland vertrieben (deportiert) und in besetzten Ländern in Osteuropa in abgesperrten Stadtteilen angesiedelt. Diese Stadtteile wurden "Ghettos" genannt. Eines der größten Ghettos entstand im eroberten Warschau, der **Hauptstadt** Polens. Als die Nationalsozialisten ihren Eroberungskrieg auf ganz **Europa** ausdehnten, wurden die Juden überall verfolgt. Es begann ein systematischer Völkermord. Die Nationalsozialisten schafften die Juden wie auch **Sinti und Roma (-> Nationale Minderheit)**, Obdachlose, **Behinderte**, **politisch** Verfolgte, so genannte "Asoziale" oder Kriegsgefangene in so genannte **Konzentrationslager**. Manche Lager waren vor allem dafür da, um die Juden in Gaskammern zu ermorden. Von diesen Vernichtungslagern war Auschwitz-Birkenau das größte. Über 6 Millionen jüdische Menschen sind von 1933 bis 1945 getötet worden. Nur ganz wenige verfolgte Menschen haben diesen unmenschlichen Terror überlebt.

# H

## Humanismus

Dieses Wort leitet sich vom lateinischen Begriff „humanitas“ ab. Es bedeutet „Menschlichkeit“. Allgemein bezeichnet man mit Humanismus eine Geisteshaltung oder Einstellung. Wer eine humanistische Geisteshaltung hat, achtet die Würde jedes einzelnen Menschen. Er strebt ein Leben ohne Gewalt an, in dem jeder seine Meinung frei äußern darf. Als Humanismus wird aber auch eine **kulturelle** Strömung des 14. und 15. Jahrhunderts bezeichnet. Sie hatte ihren Ursprung in Italien und verbreitete sich dann in vielen Ländern Westeuropas. Die Humanisten haben sich an den Werken der griechischen und lateinischen Philosophen orientiert und diese zur Grundlage ihrer Ideen gemacht. Der Mensch sollte, so forderten sie, allseitig gebildet sein und eine unabhängige Persönlichkeit werden.

Nachdem die humanistischen Ideen zeitweise an Bedeutung verloren hatten, gab es ab 1750 eine Erneuerungsbewegung, den so genannten Neuhumanismus. Zu seinen Vertretern zählen die Dichter Johann Wolfgang von Goethe und Friedrich Schiller und der Gelehrte Wilhelm von Humboldt. Besonders in Preußen und Bayern wurden im 19. Jahrhundert Schulen und Universitäten nach neuhumanistischen Ideen ausgerichtet. Bis heute beziehen sich gelehrte und gebildete Menschen immer wieder auf diese Ideen.



# I

## Ich-AG

Die **Bundesregierung (-> Regierung)** möchte, dass es in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** weniger Arbeitslose gibt. Dazu wurden Maßnahmen beschlossen, die die Lage auf dem **Arbeitsmarkt** verbessern sollen. Eine dieser Massnahmen ist die Gründung von so genannten Ich-AGs. Eine Ich-AG kann von Menschen, die keine Arbeit haben, gegründet werden. Diese Menschen machen sich selbstständig, das heißt sie eröffnen zum Beispiel ein Geschäft, gründen eine kleine Umzugsfirma oder machen ein Café auf. Ein solcher Schritt kostet nicht nur Mut, sondern auch Geld. Das Arbeitsamt gibt den **Arbeitslosen** für diese Ich-AG Geld, das man nicht zurückzahlen muss: im ersten Jahr 600 **Euro** monatlich, im zweiten 360, im dritten 240. Nur wenn die Ich-AG gute Gewinne macht, hören die Zuschüsse auf.

## Immunität

Das Wort kommt aus dem Lateinischen. Es bedeutet, dass **Abgeordnete (-> Abgeordnete)** eines **Parlaments** - in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** also zum Beispiel des **Deutschen Bundestages** - nicht von der **Polizei** und den **Gerichten (-> Gericht)** verfolgt werden können. Warum ist das bei den Volksvertretern so, wo doch alle anderen Bürgerinnen und Bürger von Polizei und **Staatsanwalt** verfolgt werden, wenn sie etwas angestellt haben? Das **Grundgesetz** gibt die Begründung: Das Parlament muss immer arbeiten und funktionieren können. Wenn seine Mitglieder aber verhaftet würden, wäre es in seiner Arbeit behindert. Das heißt aber nicht, dass die Abgeordneten machen können, was sie wollen. Wenn ein Abgeordneter auf frischer Tat bei einer Straftat ertappt und festgenommen wird, dann ist der Schutz durch die Immunität aufgehoben und der Täter kann wie jeder andere Bürger seine Strafe bekommen. Aber auch das Parlament kann die Immunität eines seiner Mitglieder aufheben, wenn ein dringender Tatverdacht besteht. Im Übrigen gilt diese **Freiheit** vor Strafverfolgung nur so lange für den Abgeordneten, wie er gewählt ist.

Auch **Diplomaten (-> Diplomatie / Diplomat/in)** im Ausland genießen im Gastland Immunität, also Schutz vor Strafverfolgung. Sie können nicht nach den **Gesetzen (-> Gesetz)** des Gastlandes verurteilt werden.

Zum Schluss sei noch erwähnt, dass es in der Medizin ebenfalls den Begriff "Immunität" gibt. Es ist die Fähigkeit des Organismus, sich gegen schädliche Stoffe – Krankheitserreger, Gifte – zur Wehr zu setzen.

## Imperialismus

Dieses aus dem Lateinischen stammende Wort bezeichnet das Streben von **Staaten**, ihre Macht weit über die eigenen Landesgrenzen hinaus auszudehnen. Das kann dadurch erfolgen, dass schwächere Länder gezielt **politisch, wirtschaftlich, kulturell** oder mit anderen Methoden beeinflusst und vom stärkeren Land abhängig gemacht werden. Manchmal führt auch ein stärkeres Land direkt einen **Krieg** gegen ein schwächeres Land, um die Kontrolle über dieses Land zu erreichen. Als Zeitalter des klassischen Imperialismus gilt der Zeitraum zwischen 1880 und 1918. Damals teilten die Kolonialmächte die Gebiete Afrikas und Asiens, die noch keine **Kolonien** waren, unter sich auf. Zu den alten europäischen Kolonialmächten kamen jetzt auch **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** und Italien sowie die USA und Japan hinzu. Die beherrschten Gebiete dienten den Kolonialmächten als Lieferanten für **Rohstoffe (-> Energiepolitik)**. Sie waren zugleich aber auch wichtig als Absatzmärkte für die Produkte, die in den Kolonialstaaten hergestellt wurden.

# I

## Indemnität

Dieses aus dem Lateinischen stammende Wort bedeutet, dass ein **Abgeordneter** weder dienstlich noch gerichtlich verfolgt und bestraft werden kann wegen Äußerungen, die er im **Parlament** oder in Ausschüssen macht. Er darf auch nicht für sein Verhalten bei Abstimmungen bestraft werden. Es soll auf diese Weise sichergestellt werden, dass ein Abgeordneter seine Meinung frei äußern kann, ohne Angst vor Nachteilen zu haben. Allerdings ist der Abgeordnete nicht geschützt, wenn er jemanden verleumdet oder beleidigt. Im Gegensatz zur Immunität kann die Indemnität nicht aufgehoben werden.

## Industrialisierung

Mit dem Wort "Industrie" meint man allgemein die Gewinnung von Rohstoffen, also zum Beispiel von Erdöl oder Eisen. Es bezeichnet damit aber auch die Verarbeitung dieser Stoffe zu Autos, Kunststoffen oder vielen anderen Dingen, die in Fabriken und Anlagen erfolgt. Wenn sich die Industrie in einem Land ausbreitet und im Verhältnis zum Handwerk und zur Landwirtschaft einen immer größeren Platz einnimmt, dann verändert sich die **Volkswirtschaft**. Das Land wird immer mehr industrialisiert. Es gibt dann auch andere Arbeitsplätze als zuvor: Wer zum Beispiel bisher in der Landwirtschaft arbeitete, findet jetzt Arbeit in der Fabrik. Auch die **Gesellschaft** verändert sich: Hatten die Menschen früher vor allem auf dem Lande gearbeitet, so ziehen sie nun in die Nähe der Fabriken, also in die Städte. Besonders stark zeigten sich diese Veränderung an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert zunächst in Großbritannien und dann in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)**. Immer mehr Maschinen wurden erfunden und Fabriken gegründet. Viele Millionen Menschen wurden zu Industriearbeitern. Diese einschneidenden Veränderungen, die in manchen Ländern zu schweren sozialen Krisen führten, bezeichnet man auch als "Industrielle **Revolution**".

## Industriestaat

Länder, in denen es viele Fabriken und Industrieanlagen gibt, nennt man Industrieländer oder Industriestaaten. Um **Rohstoffe (-> Energiepolitik)** wie Erdöl oder Eisenerz verarbeiten und daraus Waren (man nennt sie Industrieprodukte) herstellen zu können, braucht man eine hoch entwickelte Technik. Eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg der industriellen Produktion ist, dass es immer mehr und immer bessere Produkte gibt. Dafür benötigen die Industrieländer Wachstum. Das heißt, sie müssen immer mehr produzieren und immer mehr Geld durch den Verkauf ihrer Produkte verdienen, damit das nötige Geld für die Entwicklung neuer Techniken und die Herstellung neuer Waren vorhanden ist.

Viele Jahre lang hat das gut funktioniert. In den Industrieländern hat mit dem Fortschritt auch der Wohlstand zugenommen. Mit der wachsenden industriellen Produktion wurden auch viele Arbeitsplätze geschaffen. In den letzten Jahren hat sich allerdings gezeigt, dass durch den technischen Fortschritt auch Arbeitsplätze verloren gehen. In vielen Fabriken machen heute Roboter die Arbeit, die vor einigen Jahren noch von Menschen erledigt wurde. In fast allen Industrieländern ist **Arbeitslosigkeit** heute ein großes Problem.

Zu den größten Industrieländern gehören die USA, die Länder der **Europäischen Union (-> Europäische Union (EU))**, Australien und Japan.

Der Begriff "Industrie" kommt übrigens vom lateinischen Wort "industria", was auf Deutsch "Fleiß" bedeutet.

# I

## Infiltration

Dieser Begriff kommt aus dem Französischen und bedeutet „eindringen“, „einsickern“ oder „Unterwanderung“. Er wird in verschiedenen Bereichen angewandt. Man spricht vor allem bei Militäraktionen oder **Spionage**-Operationen von „Infiltration“. Wenn sich feindliche Agenten unerkannt in ein vom Gegner kontrolliertes Gebiet einschleichen, um dort das Gebiet zu erkunden, Spionageaufträge auszuführen oder Sabotageakte zu verüben, haben diese Agenten das Gebiet infiltriert (unterwandert), sie sind „Infiltranten“. Dieses Eindringen in Feindesland erfolgt nach Möglichkeit ohne Gewalt, damit die Tarnung nicht auffliegt. Auch können Menschengruppen von Agenten infiltriert und mit bestimmten Methoden **manipuliert** oder ausgeforscht und zur Preisgabe von Informationen gebracht werden, ohne dass diese Menschen das merken.

Der Begriff "Infiltration" spielt auch in der Medizin oder bei der Erforschung von Gestein und Grundwasser sowie bei der Klimatisierung von Gebäuden eine Rolle.

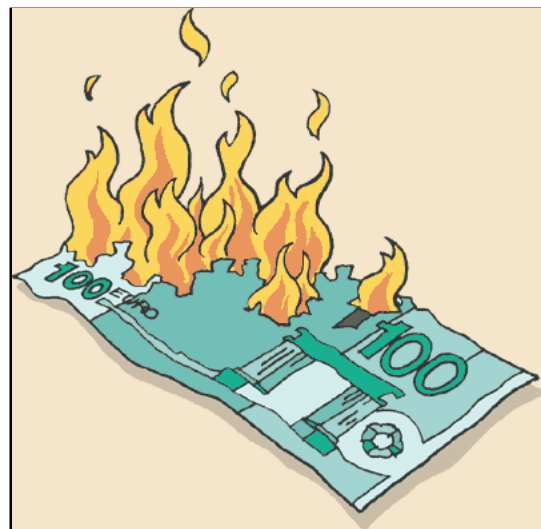
## Inflation

Eine Inflation gibt es dann, wenn in einem **Staat** insgesamt mehr Geld vorhanden ist, als es Waren und Güter gibt. Wie kann es dazu kommen? Wenn zum Beispiel die oberste Bank in einem Staat, die Zentralbank, zu viel Geld drucken lässt. Der Grund dafür kann sein, dass eine **Regierung (-> Regierung)** zu viele Schulden hat und deshalb von der Zentralbank verlangt, mehr Geld zu drucken, um die Schulden zu bezahlen. Das kommt heute aber nur noch selten vor, weil die meisten Regierungen und Zentralbanken wissen, dass das für die **Wirtschaft** eines Landes gefährlich ist.

Eine Inflation kann dadurch anfangen, dass bestimmte Waren mehr und schneller gekauft werden, als sie hergestellt werden können. Dann steigen zuerst die Preise und die Menschen kaufen die Waren noch schneller,

bevor sie noch teurer werden. Oft befürchten Menschen und Unternehmen, dass auch andere Waren jetzt teurer werden und kaufen diese dann auch. Das kann dazu führen, dass plötzlich alle ihr Geld nicht mehr behalten, sondern schnell ausgeben. Vielleicht machen die Menschen zusätzlich auch noch Schulden, um noch mehr Waren kaufen zu können. Die mittlerweile seltenen Waren werden teurer und teurer und das viele Geld, das man dafür bezahlen muss, verliert immer mehr an Wert.

Die Zentralbanken passen daher immer sehr gut auf, wenn die Preise steigen und beobachten genau, wie schnell die Menschen das Geld ausgeben. Damit die Menschen nicht noch mehr Schulden machen und so die Inflation antreiben, sorgt die Bank dafür, dass es teurer wird, Geld zu leihen. Die wichtigste Aufgabe der Zentralbanken ist es also, dafür zu sorgen, dass der Wert unseres Geldes stabil bleibt.



© Stefan Eling

## Informationsfreiheit

Die Bürgerin einer Stadt möchte wissen, wann die neue Schule gebaut wird; ein Bürger fragt im Rathaus nach, ob er durch den Bau einer Umgehungsstraße in der Nähe seines Grundstücks gestört wird. Eine Firma wäre sehr daran interessiert zu erfahren, ob ein neues **Gewerbegebiet** erschlossen wird. In allen Fällen haben die Bewohner oder das Wirtschaftsunternehmen das Recht auf Informationen durch die Stadt in Anspruch genommen. Sie wollen wissen, wie die Verwaltung in ihrer Stadt arbeitet, welche Entscheidungen getroffen wurden und was damit beabsichtigt wird. Wenn ein Verein, ein Unternehmen oder auch eine einzelne Person einen schriftlichen oder mündlichen Antrag stellt und um Informationen bittet, so muss Behörde Auskunft erteilen und die Informationen zur Verfügung stellen.

Diese Informationsfreiheit ist ein wichtiges Prinzip einer offenen **demokratischen Gesellschaft**, in der die Bürger sich informieren und mitgestalten können. Auch die Kontrollmöglichkeiten gegenüber der Verwaltung werden so gestärkt.

In vielen **Staaten** gibt es solche **Gesetze** zur Informationsfreiheit. In Schweden kennt man ein solches Recht aller Bürger seit 1766, in den USA wurde es 1966 festgeschrieben. In Deutschland gibt es bisher nur in einigen Bundesländer ein Informationsfreiheitsgesetz. Damit schneidet die Bundesrepublik im internationalen Vergleich schlecht ab. Allerdings hat die **Bundesregierung (-> Regierung)** geplant, ein Informationsfreiheitsgesetz zu schaffen, das für die ganze **Bundesrepublik Deutschland** gilt.

## Infrastruktur /Infrastrukturpolitik

Es leuchtet ein, dass eine Firma in der Nähe eines Bahnhofs oder eines Hafens ihre Produkte schneller verschicken kann als eine, die irgendwo weitab von allen Verkehrswegen liegt. Die Gegend, in der die erste Firma liegt, hat, wie es heißt, eine bessere Infrastruktur. Damit sind die Einrichtungen gemeint, die dafür sorgen, dass die **Wirtschaft** einer **Gesellschaft** gut funktionieren kann. Zu einer guten Infrastruktur gehören günstige Verkehrswege und auch die Gas-, Strom- und Wasserversorgung. Je besser das alles eingerichtet ist, umso besser ist nicht nur die Wirtschaft ausgestattet, sondern sind auch die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen, die in dieser Gegend wohnen. Zur Infrastruktur gehören zudem gute Telefonverbindungen, das Beförderungssystem oder Freizeit- und Bildungseinrichtungen, Sportanlagen, Krankenhäuser oder Altenheime.

Man spricht heute von „Infrastrukturpolitik“. Das sind alle Maßnahmen des Bundes, der Länder und der **Gemeinden**, die zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der Infrastruktur und demnach zu Verbesserung der Lebensbedingungen führen können.

Übrigens: Wenn eure Schule bestens ausgestattet ist mit Lehrkräften, Material, Turnhalle, Sportplatz, Bushaltestellen und was noch alles denkbar wäre, damit ihr gerne dort seid und lernt, dann hat sie eine gute Infrastruktur.

## Innere Sicherheit und öffentliche Ordnung

Alle Maßnahmen und Einrichtungen des Staates, die dem Schutz von Leben und Eigentum seiner Bürger und Bürgerinnen dienen und zur öffentlichen Ordnung beitragen, bezeichnet man als Einrichtungen der "Inneren Sicherheit". Für Sicherheit und Ordnung muss vor allem die **Polizei** sorgen, aber auch die Feuerwehr, die **Staatsanwaltschaft** und andere **staatliche** Einrichtungen sind hier gefordert. Gemeint ist damit, dass Polizei, Feuerwehr usw. ordnungsgemäß funktionieren und sich dabei an die **Verfassung** und die **Gesetze** halten. Auf diese Weise tragen sie dazu bei, dass es friedlich und sicher zugeht im Land. Für die innere Sicherheit und die öffentliche Ordnung ist aber auch jeder Bürger und jede Bürgerin verantwortlich. So sollte man nicht bei jedem kleinen Streit mit Nachbarn sofort die Polizei holen, sondern versuchen, miteinander zu sprechen und so eine Lösung zu finden.

# I

## Innovation

In diesem Begriff steckt das lateinische Wort "nova", was "neu" bedeutet. Wenn jemand etwas Neues erfindet und das auch umsetzt, so ist das eine Innovation. Stellt euch vor, ihr erfindet einen Roboter, der für euch euer Zimmer aufräumt. Diese Erfindung, die man Invention (Idee, Einfall) nennt, wird aber erst dann zur Innovation, wenn solche Roboter tatsächlich gebaut und auf dem Markt verkauft werden. Eine große Innovation im Bereich der **Kommunikation** war zum Beispiel das Internet, das inzwischen sehr viele Menschen nutzen.

## Institution

Dieser Begriff, der sich vom lateinischen Begriff "instituere" ableitet ("verwalten", "einrichten", "anordnen") hat mehrere Bedeutungen:

1. Damit werden öffentliche oder **staatliche** Einrichtungen oder Organisationen bezeichnet, die einen ganz bestimmten Zweck haben und auf Dauer eingerichtet wurden. Das sind zum Beispiel Schulen oder Universitäten, Forschungseinrichtungen des Staates, das öffentlich-rechtliche Fernsehen, das **Parlament** und die **Parteien**.
2. Die Ehe ist auch eine Institution, weil ihr feste Verhaltensregeln zu Grunde liegen. Schließen zwei Menschen eine Ehe, so haben sie von diesem Tag an bestimmte Rechte, aber auch Pflichten.
3. Das **Grundgesetz** bezeichnet man ebenso als Institution. Denn es regelt verbindlich unser Verhalten und ist die Grundlage unseres Rechtssystems.

## Integration

Übersetzt aus dem Lateinischen heißt dieses Wort "Wiederherstellung eines Ganzen". Im deutschen Sprachgebrauch kann es auch als "Eingliederung" verstanden werden. Wenn zum Beispiel ein neuer Schüler in eure Klasse kommt und sich mit eurer Hilfe in die Klassengemeinschaft gut einfügt, dann wird er integriert. Ausländer oder Menschen mit anderer **Religion**, die in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** bleiben möchten, bei uns vielleicht **Asyl** erhalten haben, werden ebenfalls in die deutsche **Gesellschaft** eingliedert. Auch das nennt man Integration. Auch Strafgefangene, die lange im Gefängnis waren, müssen nach ihrer Freilassung wieder in das normale Leben integriert werden. Das Gleiche gilt etwa für **Arbeitslose** oder Menschen, die wegen einer Krankheit lange nicht arbeiten konnten. Auch sie müssen wieder in die Arbeitswelt eingegliedert werden. Und die Wiederherstellung einer großen **politischen** oder **wirtschaftlichen** Einheit ist auch eine Integration. Die Eingliederung neuer **Staaten** in die Europäische Union, in der viele unterschiedliche Staaten gemeinsame Ziele verfolgen, ist eine (europäische) Integration.

# I

## Interessenverbände



© Stefan Eling

Personen oder Gruppen schließen sich freiwillig zu einem Verband zusammen, um bestimmte Ziele (Interessen) gegenüber einer Verwaltung oder **Regierung** durchzusetzen. Denn ein solcher Interessenverband kann stärker auftreten, wenn viele Mitglieder darin vertreten sind und mit einer Stimme gesprochen wird. Schüler- oder Lehrerverbände sind zum Beispiel solche Interessenverbände, die versuchen, ihre Ziele und Anliegen gegenüber den Schulbehörden durchzusetzen.

Auch **Gewerkschaften** oder die Vereinigungen der Arbeitgeber sind Interessenverbände. Sie vertreten besonders bei den Tarifverhandlungen die Interessen ihrer Mitglieder. Große Verbände haben oft eigene Vertretungen in der Stadt, wo auch die Regierung eines Landes ihren Sitz hat. So können sie schnell wichtige Leute im **Parlament**, in den **Parteien** und in der Regierung treffen und über ihre Angelegenheiten reden. Sie machen dann **Lobby-Arbeit**. Wenn Interessenverbände besonders stark sind und versuchen, auf **Politik** und **Gesetzgebung** Einfluss zu nehmen, werden sie auch als "pressure groups" bezeichnet. (Das Wort kommt aus dem Englischen und heißt wörtlich übersetzt „Druckgruppen“, also Leute, die Druck ausüben.)

## Internationaler Gerichtshof

Der Internationale Gerichtshof ist ein Teil der **Vereinten Nationen** (-> **UNO** / **Vereinte Nationen**) und hat seinen Sitz in Den Haag, Niederlande. Er wurde 1946 gegründet und besteht aus 15 Richtern und **Richterinnen**, die für neun Jahre gewählt werden. Die Richter und Richterinnen stammen aus 15 unterschiedlichen Ländern, die sich in ihren **Gesetzen**, ihrer **Religion** und **Kultur** unterscheiden. Somit sind am Gerichtshof die wichtigsten Kulturkreise vertreten.

Der Internationale Gerichtshof hat verschiedene Aufgaben. Er kann zum Beispiel Streitigkeiten zwischen **Staaten** schlichten. Allerdings geht das nur dann, wenn die beteiligten Staaten den Gerichtshof dazu auffordern. Eine andere wichtige Aufgabe besteht darin, für die Vereinten Nationen zu prüfen, ob in einem bestimmten **Krieg** (-> **Krieg**) ein **Kriegsverbrechen** begangen worden ist.

Im Jahre 1993 wurde in Den Haag von der UNO ein weiteres internationales Strafgericht eingerichtet, das so genannte Kriegsverbrechertribunal. Es ist für Kriegsverbrechen zuständig, die nach 1991 während des Krieges im ehemaligen Jugoslawien verübt wurden. Ein weiteres Haager Strafgericht, das so genannte Ruanda-Tribunal, untersucht die Massenmorde, die 1994 im afrikanischen Ruanda begangen wurden.

# I

## Internationaler Strafgerichtshof (IStGH)

1998 hat die **UNO** beschlossen, einen Internationalen Strafgerichtshof, abgekürzt IStGH, einzurichten. Seit 1. Juli 2002 hat der IStGH seinen Sitz - wie auch der Internationale Gerichtshof - im holländischen Den Haag. Der Strafgerichtshof arbeitet zwar mit der UNO zusammen, er ist aber eine unabhängige internationale Organisation und soll es auch bleiben. Seine Hauptaufgabe wird die **Verfolgung (-> Exil)** und Bestrafung schwerster Verbrechen von internationaler Bedeutung sein. Dazu gehören Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und **Kriegsverbrechen**. Befassen soll er sich auch, wenn ein Land ein anderes Land grundlos angreift, also einen **Angriffskrieg (-> Kriege)** führt. Im Unterschied zum **Internationalen Gerichtshof**, vor dem **Konflikte** zwischen verschiedenen **Staaten** verhandelt werden, wird vor dem Internationalen Strafgerichtshof gegen einzelne Verantwortliche dieser schweren Verbrechen verhandelt und geurteilt. Vorgesehen ist auch, dass der IStGH ständig tagt – nicht nur für eine bestimmte Zeit, wie zum Beispiel das Haager Kriegsverbrechertribunal, das nur für Verbrechen während des **Krieges** im ehemaligen Jugoslawien zuständig. Die ersten 18 **Richter** sind bereits vereidigt, aber tätig ist der IStGH noch nicht. Das liegt unter anderem auch daran, dass die USA nicht mit ihm zusammenarbeiten wollen. Auch China, Indien, Israel, Kuba, Russland, Pakistan und andere Staaten haben den IStGH noch nicht anerkannt. Die **EU (-> Europäische Union (EU))**-Länder, die sich sehr für die Einrichtung des IStGH eingesetzt haben, hoffen, dass er möglichst bald seine Arbeit aufnehmen kann.

## Internationaler Währungsfonds (IWF)

Der Internationale Währungsfonds (abgekürzt IWF) ist eine Sonderorganisation der **Vereinten Nationen (-> UNO / Vereinte Nationen)** (UNO). Er wurde 1944 zusammen mit der **Weltbank** gegründet. Der IWF hat seinen Sitz in Washington. Die Aufgabe des Währungsfonds ist es, Mitgliedsstaaten, die in einer **wirtschaftlichen Krise** stecken, Geld zu leihen, um ihnen aus den Zahlungsschwierigkeiten zu helfen. Woher kommt aber das Geld, das der IWF verleiht? Dem IWF gehören mittlerweile 184 Mitgliedsstaaten an, die alle einen bestimmten Beitrag an den Währungsfonds bezahlen. Aus diesem gemeinsamen Topf (**Fonds**) werden die **Kredite** vergeben, allerdings nur unter genau festgelegten Bedingungen. So müssen sich die Länder, die einen Kredit erhalten, vorschreiben lassen, was sie zu tun haben, um ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern. Zum Beispiel wird ihnen gesagt, wo bei den **Staatsausgaben** gespart werden muss. Ziel des Währungsfonds ist es, den Handel zwischen den Ländern weltweit zu fördern und Handelsbeschränkungen abzubauen.

## Intrige

Jemand will dir schaden und überlegt, wie er das am besten anstellen kann. Er erzählt schlechte Dinge über dich. Er stellt Dinge so hin, dass alle anderen Menschen meinen, du hättest einen Fehler gemacht. Wer so handelt, spinnt eine Intrige. Ein Intrigant (so nennt man jemanden, der Intrigen spinnt) spielt Menschen gegeneinander aus; er ist hinterhältig. In der **Politik** spricht man manchmal davon, dass jemand Opfer einer Intrige geworden ist. Damit ist gemeint, dass dieser Mensch von anderen auf gemeine Weise verleumdet wurde.

## Islam

Der Islam ist eine der großen Religionen unserer Welt. "Islam" ist arabisch und heißt "Ergebung in Gottes Willen". Ungefähr 1,3 Milliarden Menschen vor allem in Asien und Afrika bekennen sich zum Islam, sie werden Moslems oder Muslime genannt. Sie verehren einen Gott. Sie nennen ihn Allah. Dieser Gott wählte, so heißt es in der Überlieferung, den Kaufmannssohn Mohammed als seinen Propheten aus. Mohammed begründete zwischen den Jahren 610 und 632 im arabischen Mekka und Medina die islamische **Religion**. Mohammed schrieb die Lehre im heiligen Buch des Islam, dem Koran, auf. Fünf Gebote sollen die Muslime befolgen: Sie sollen nur an Allah glauben und an keinen anderen Gott. Sie sollen fünfmal am Tag beten, wo immer sie sich auf der Welt befinden (freitags nach Möglichkeit in der Moschee, dem Gotteshaus der Moslems). Sie sollen Almosen an die Armen geben. Jedes Jahr sollen sie einen Monat lang tagsüber fasten; dieser Monat heißt Ramadan. Sie dürfen kein Schweinefleisch essen und keinen Alkohol trinken. Wenn es ihnen möglich ist, sollen die Muslime einmal im Leben an die heiligen Orte Mekka und Medina pilgern, um dort zu beten.

## Islamismus

Die **Gesetze** des Islam, wie sie im Heiligen Buch dieser **Religion**, dem Koran, aufgeschrieben sind, sollen in den moslemischen Ländern wieder eingeführt und streng befolgt werden, weil nur dann alle **politischen** und **wirtschaftlichen** Probleme gelöst werden können: Diese Forderung, die notfalls auch mit Gewalt durchgesetzt werden muss, wird als Islamismus bezeichnet. Nach den Vorstellungen der Islamisten müssen alle Moslems (so heißen die Anhänger des Islam) zum „rechten Glauben“ zurück finden. Es soll ein islamischer Gottesstaat errichtet werden, in dem die alte **islamische Gesetzgebung**, die so genannte Scharia, wieder eingeführt wird. Die Scharia enthält sehr strenge Regeln für alle Lebensbereiche. So wird darin zum Beispiel verlangt, dass Dieben die Hand abgehackt wird, dass es in der **Gesellschaft** eine ganz strenge Trennung von Männern und Frauen gibt und schwere Strafen, wenn dagegen verstoßen wird. Eines der Hauptziele der **fanatischen** Islamisten ist, dass sich der so genannte islamische Gottesstaat nach und nach in der ganzen Welt ausbreitet. Ergänzend muss man sagen, dass solche extremen islamistischen Meinungen nicht von der **Mehrheit** der Moslems vertreten werden.



# J

## Journalist/in

In den **Zeitungen** (-> **Zeitung**) lesen wir Artikel über viele verschiedene Themen. Im Fernsehen verfolgen wir ein Fußballspiel und hören jemanden, der das Geschehen kommentiert. Journalisten, Reporter und Auslandskorrespondenten sind diejenigen, die für Fernsehen, Radio, Zeitungen oder Nachrichtenagenturen über wichtige Ereignisse aus fremden Ländern berichten. Das Wort "Journalist" kommt vom französischen Begriff „journal“, das bedeutet so viel wie Tageszeitung. Viele Journalisten haben sich auf bestimmte Bereiche spezialisiert. Ein Spezialgebiet ist zum Beispiel die **Politik**, einige berichten über Sportereignisse, andere über **Kultur** und Themen aus der Wissenschaft. Auch die Fotografinnen und Fotografen, deren Bilder in den Zeitungen erscheinen, sind Journalisten, nämlich Bildjournalisten.

## Judentum

Das Judentum ist eine der fünf großen Weltreligionen (neben **Christentum**, **Islam**, **Buddhismus** und **Hinduismus**). Es entstand etwa 2000 Jahre vor Christus. Weltweit gehören über 14 Millionen Menschen dem Judentum an. Unter den Weltreligionen, die nur einen Gott verehren (das sind die so genannten monotheistischen Religionen), ist das Judentum die älteste. Aus ihm haben sich das Christentum und der Islam entwickelt. Die wichtigsten Schriften sind der Tanach (das Alte Testament) sowie der Talmud (die Sammlung der **Gesetze** und religiösen Traditionen). Die Juden glauben an einen Gott, den sie Jahwe nennen. Er wird als Schöpfer der Welt verehrt. Das Gotteshaus der Juden heißt Synagoge. Mit "Judentum" ist zunächst die **Religion** des jüdischen **Volkes** gemeint. Mit diesem Begriff bezeichnet man aber auch alle Menschen, die dem jüdischen **Volk** angehören. Nach religiöser Tradition gilt als Jude, wer eine jüdische Mutter hat. Aber es ist auch möglich, das Judentum anzunehmen. Wichtig für die gläubigen Juden ist die Einhaltung der religiösen Gesetze. Dazu gehört besonders die Achtung des Sabbath, der am Freitagabend beginnt und bis zum Samstagabend dauert. Die Juden haben auch einen eigenen Kalender und eigene Feiertage.

In ihrer langen Geschichte sind die Juden immer wieder verfolgt und vertrieben worden. Seit der Zerstörung des Tempels in Jerusalem durch die Römer im Jahr 70 nach Christus lebten sie zerstreut über die ganze Welt in der **Diaspora**. In der Zeit des **Nationalsozialismus** wurden die Juden in Deutschland und in den von den Deutschen besetzten Ländern **Europas** verfolgt, 6 Millionen Juden wurden während des **Holocaust** ermordet. Nach dem **Zweiten Weltkrieg** wurde der **Staat** Israel als jüdischer Staat gegründet. Heute lebt dort etwa die Hälfte aller Juden. In **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**) leben heute wieder mehr als 100.000 Juden.

## Jugendkriminalität

Mit "Jugendkriminalität" bezeichnet man alle Straftaten, die von Jugendlichen (14-17 Jahre) und Heranwachsenden (18-20 Jahre) begangen werden. Jugendliche, die sich strafbar gemacht haben, können vor **Gericht** gestellt werden. Diese Fälle werden nach dem **Jugendstrafrecht** verhandelt. Wenn Kinder bis 14 Jahre Straftaten begehen, spricht man von "Kinderkriminalität". Kinder gelten zwar als strafunmündig, können also nicht vor Gericht gestellt werden. Allerdings können auch schon Kinder ab 7 Jahren zu Schadensersatz und Schmerzensgeld verpflichtet werden. Der Begriff "Kriminalität" kommt übrigens vom lateinischen Wort "crimen" und bedeutet "Vergehen", "Verbrechen".

Natürlich werden nicht alle Jugendlichen, die einmal eine Straftat begangen haben, später kriminell und nicht jede Straftat ist ein Verbrechen, für das man ein Leben lang büßen muss. Aber bei fast jeder Straftat gibt es Menschen, die dadurch Schaden erleiden, Angst haben oder sich bedroht fühlen.

Opfer von jugendlichen Kriminellen sind oft andere Jugendliche. Gegen Drogenkriminalität, Gewalttaten oder Erpressung auf dem Schulhof muss man versuchen, sich zur Wehr zu

# J

setzen. Wer Opfer geworden ist, sollte darüber auf jeden Fall mit seinen Eltern oder einem Vertrauenslehrer sprechen. Hilfe gibt es in der Regel auch beim **Jugendamt** (-> **Kinder- und Jugendhilfe**) oder der **Polizei**.

## Jugendschutzgesetz

Das Jugendschutzgesetz ist kein einzelnes **Gesetz** (-> **Gesetz**), sondern es bezeichnet mehrere besondere gesetzliche Vorschriften zum Schutze von Kindern und Jugendlichen. So gibt es, um ein Beispiel zu nennen, das „Jugendarbeitsschutzgesetz“. Es verbietet, dass Jugendliche unter 15 Jahren arbeiten. (Hier gibt es einige genau geregelte Ausnahmen, wenn Kinder zum Beispiel in Filmen oder auf dem Theater mitspielen dürfen.) Ein weiteres Jugendschutzgesetz, genauer das „Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit“, befasst sich mit den Gefahren, denen Kinder und Jugendliche ausgesetzt sind, wenn sie zum Beispiel Spielhallen besuchen. Der Zutritt für sie ist verboten. Auch darf an Kinder und Jugendliche kein Alkohol verkauft werden.



© Stefan Eling

Wenn diese Gesetze nicht eingehalten werden, kann der Besitzer des Geschäftes oder Lokales bestraft werden. Wer Bücher, **Zeitungen** oder Videos, die Gewalttaten beschönigen, an Kinder und Jugendliche verleiht oder verkauft, muss auch mit einer Strafe rechnen.

## Jugendstrafrecht

Wenn ein Jugendlicher ab 14 Jahre eine Straftat begeht und angezeigt wird, muss er damit rechnen, auch bestraft zu werden. Es wird angenommen, dass Jugendliche in diesem Alter reif genug sind, um einzusehen, dass zum Beispiel Stehlen oder Beschädigen von Sachen, dass Körperverletzung oder Einbrechen kein Spaß sind, sondern Unrecht. Allerdings werden die Täter in diesem jugendlichen Alter (von 14 bis 18 Jahren, in vielen Fällen auch bis 21 Jahren) nicht nach dem gleichen Strafrecht wie Erwachsene verurteilt. Bei ihnen gilt das Jugendstrafrecht. Das wurde in **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**) 1974 eingeführt. Es soll in erster Linie nicht bestrafen, sondern erziehen.

Wenn ein Jugendlicher gegen ein **Gesetz** verstoßen hat und straffällig geworden ist, sind die so genannten Jugendgerichte zuständig. Hier werden die jungen Täter oder Täterinnen nicht gleich ins Gefängnis gesperrt, sondern zuerst verwarnet. Es werden so genannte Auflagen erteilt: Zum Beispiel muss sich ein junger Dieb jede Woche beim **Gericht** melden oder bestimmte soziale Arbeiten übernehmen. Je nach Schwere des Falles kann er auch einige Wochen unter Jugendarrest gestellt werden. Das Gericht prüft immer, ob bei einem jungen Täter die Hoffnung besteht, dass er nicht wieder straffällig wird.

Bei ganz schweren Fällen, wenn jemand immer wieder eines Diebstahls überführt wurde oder sogar einen Mord begangen hat, kann eine Jugendstrafe im Gefängnis verhängt werden. Dies bedeutet dann Jugendhaftanstalt für mindestens sechs Monate, bei schweren Verbrechen bis zu zehn Jahren.

Die Verhandlungen vor dem Jugendgericht sind – anders als andere Gerichtsverfahren – nicht öffentlich. Dies heißt, dass bei Jugendlichen bis 18 Jahren keine Zuschauer bei dem Verfahren dabei sein dürfen, bei älteren Jugendlichen sind Zuschauer zugelassen. Die Strafen

## J

werden in einem so genannten **Erziehungsregister (-> Führungszeugnis)** gespeichert.

# K

## Kabinettt

Das Wort kommt aus dem Französischen und heißt eigentlich "kleines intimes Zimmer". In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** meint die Bezeichnung "Bundeskabinettt" den Kreis von Personen, die die **Bundesregierung (-> Regierung)** bilden. Dazu gehören die **Bundeskanzlerin** oder der Bundeskanzler sowie die Bundesminister und **Bundesministerinnen (-> Minister/in)**. Früher war das Kabinettt ein kleiner Kreis von Beratern, die der König um sich versammelte. Dieser Kreis kam wahrscheinlich in einem kleinen Zimmer zusammen. Daher der Name, der sich bis heute erhalten hat.

## Kalter Krieg

"Kalter **Krieg**" ist die Bezeichnung für eine Konfrontation zwischen verschiedenen **Staaten** oder: Einzelne oder mehrere Staaten stehen sich feindlich gegenüber, doch sie kämpfen nicht mit kriegerischen Mitteln gegeneinander. (Die Waffen sind kalt, es wird also nicht geschossen.) Der **Konflikt** wird mit **Propaganda** und Drohungen, mit gegenseitiger Aufrüstung ausgetragen. Beide Seiten häufen immer mehr Waffen an, um den Gegner zu bedrohen. So besteht immer die Gefahr, dass aus dem kalten Krieg ein „heißer“, ein echter Krieg wird. Wenn man vom Kalten Krieg spricht, so meint man in der Regel den so genannten Ost-West-Konflikt ab 1947. Nach dem **Zweiten Weltkrieg** war ein westliches Lager unter der Führung der USA und ein östliches unter Führung der Sowjetunion entstanden. Starke Gegensätze zwischen diesen beiden Siegermächten führten zu schweren Spannungen. Krisen, die zu einem dritten **Weltkrieg** zwischen den Supermächten hätten führen können, waren zum Beispiel die Blockade Berlins (1948/49), der Koreakrieg (1950-53), der Vietnamkrieg (1946-75), die Kubakrise (1963) oder der Einmarsch sowjetischer Truppen im Afghanistan (1979). Erst durch die Umbrüche in Osteuropa und die Auflösung der Sowjetunion (1991) wurde der Kalte Krieg endgültig beendet.

## Kandidat/in

Bei den Römern trug jemand, der sich um ein öffentliches **Amt** bewarb und auch schon erste Prüfungen bestanden hatte, eine Art Umhang, Toga genannt. Die war glänzend-weiß. Diese Farbe hieß im Lateinischen "candidus", und wer sie trug, war der "candidatus". Diese Bezeichnung hat sich bis heute erhalten: Wer sich zum Beispiel als **Abgeordneter** um einen Platz im **Deutschen Bundestag** bewirbt, wer Bürgermeisterin werden will oder Klassensprecher, muss zwar kein weißes Gewand mehr tragen, aber er oder sie ist bis zur **Wahl** der Kandidat oder die Kandidatin. In der Alltagssprache ist dieser Begriff im Laufe der letzten Jahrzehnte ausgedehnt worden. So kennt man etwa die Bezeichnung "Quizkandidat" für jemanden, der vielleicht 1 Million **Euro** gewinnen will, aber sich nicht um ein öffentliches Amt bewirbt.

## Kanzlerdemokratie

Der Bundeskanzler hat als Regierungschef in unserem Land einen großen Einfluss. Daher wurde - vermutlich von **Journalisten** - das Wort „Kanzlerdemokratie“ erfunden. Damit soll die besondere Stellung des Bundeskanzlers bzw. der **Bundeskanzlerin** als Regierungschef/in im deutschen **politischen** Regierungssystem herausgestellt werden.

Mit dem Begriff "Kanzlerdemokratie" könnte der Eindruck erweckt werden, dass der Bundeskanzler eine ähnliche Machtfülle hat wie der Präsident in einer Präsidialdemokratie. Allerdings ist beispielsweise in Frankreich, wo es eine Präsidialdemokratie gibt, die Stellung des Präsidenten sehr viel stärker als die des Bundeskanzlers in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)**, weil der französische Präsident direkt vom **Volk** gewählt wird.

# K

## Kapitalismus

Kapitalismus ist eine **Wirtschafts (-> Wirtschaft)-** und **Gesellschaftsordnung**. Das Kapital sind Maschinen, Anlagen, Fabrikhallen, Geld, Fahrzeuge etc.. Das Kapital ist in diesem System im Besitz von Unternehmern. Der Staat schützt das Privateigentum, die Unternehmer können ohne **staatliche** Eingriffe weitgehend frei arbeiten und arbeiten lassen. In der Vergangenheit, als es noch keine **Gesetze** zum Schutz der Arbeiter gab, führte dies oft dazu, dass die Arbeiter ausgebeutet wurden und für wenig Lohn arbeiten mussten. Die Unternehmer häuften immer mehr Kapital an, die Arbeiter verarmten. Dies führte besonders in der Zeit der so genannten Industriellen **Revolution** im 19. Jahrhundert, als das Leben der Menschen immer mehr durch die Arbeit in den Fabriken bestimmt wurde, zu Auseinandersetzungen und **politischen** Gegenbewegungen. **Karl Marx (-> Kommunismus)** (1818-1883) war der schärfste Gegner des kapitalistischen Systems. Er kritisierte, dass die Arbeiter ohne Besitz und wirtschaftlich abhängig von den Kapitalbesitzern waren, die sich um die Situation der Arbeiter nicht scherten.

Mit Beginn des 20. Jahrhunderts sind die kapitalistischen **Wirtschaftsordnungen** der westlichen **Industriestaaten** reformiert worden. Der Staat beeinflusste durch Gesetze und politische Maßnahmen das Wirtschaftsgeschehen und die stärker gewordenen **Gewerkschaften** vertraten die Interessen der Arbeiter. Auch heute arbeiten die Wirtschaftssysteme in vielen Industrieländern nach den kapitalistischen Prinzipien. **Angebot und Nachfrage (-> Freie Marktwirtschaft)** bestimmen Markt und Produktion, viele Fabriken sind in privater Hand oder gehören Aktiengesellschaften und großen Konzernen. Der Staat schützt das Privateigentum. Er versucht aber, durch Gesetze dafür zu sorgen, dass die Menschen nicht mehr ausgebeutet werden können. Es wird statt Kapitalismus heute meist von Marktwirtschaft gesprochen. In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** gibt es die **soziale Marktwirtschaft**.

## Kapitalmarkt

Auf einem Kapitalmarkt wie beispielsweise die Börse einer ist, wird nicht – wie auf Wochenmärkten – mit Obst oder Gemüse gehandelt, sondern mit **Aktien** und Wertpapieren. Ein solcher Markt ist ein ziemlich kompliziertes System. Es gibt den so genannten ersten Markt (Primärmarkt) für neue, auf den Markt kommende Papiere und den zweiten Markt (Sekundärmarkt), auf dem mit Wertpapieren gehandelt wird, die schon länger auf dem Markt sind. Wie auf jedem anderen Markt bestimmt auch hier das Angebot und die Nachfrage den Preis. Die Händler sind Fachleute, die sich mit den Spielregeln und den Risiken bei diesen Geschäften gut auskennen sollten.

Auf dem Geldmarkt wird mit Finanzmitteln, wie es in der Fachsprache heißt, gehandelt. Das sind beispielsweise **Euro** oder Dollar. Alles, was mit kurz- oder langfristigen Krediten und **Zinsen** zu tun hat, spielt sich auf dem Geldmarkt ab. Wenn eine Person, aber auch ein **Staat** oder eine Firma dringend eine große Summe Geld braucht, sucht er oder sie auf dem internationalen Geldmarkt eine Bank, die das Geld verleiht. Je nach **Angebot und Nachfrage (-> Freie Marktwirtschaft)** steigen oder fallen die Zinsen, die man für das geliehene Geld zahlen muss.

# K

## Katastrophenschutz

Eine Katastrophe ist ein großes Unglück. Das kann eine Epidemie sein (also die schnelle Ausbreitung einer hoch ansteckenden, gefährlichen Krankheit) oder ein Chemieunfall. Das kann eine große Zerstörung nach einem Sturm, einem **Erdbeben (-> Naturkatastrophe)** oder einer Überschwemmung sein oder nach einem Terrorangriff. Plötzlich herrscht ein gefährlicher Notstand und dann muss schnell geholfen werden. Dabei wollen die Helfer immer Leben retten, aber auch vor Gesundheitsschäden oder vor Angriffen schützen. Alle Maßnahmen, die getroffen werden, damit bei einem solchen Notfall die Hilfe rechtzeitig kommt und erfolgreich sein kann, nennt man "Katastrophenschutz". Die Feuerwehr, das **Technische Hilfswerk**, das Deutsche Rote Kreuz, die Deutsche Lebensrettungs-**Gesellschaft** und weitere Einrichtungen der Städte und **Gemeinden** sind für den Katastrophenschutz ausgerüstet. Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter üben regelmäßig für den Notfall. Sie üben im Voraus, was bei welcher Katastrophe getan werden muss, wer für welche Aufgaben zuständig ist und wie man alles schnellstens organisiert.

## Kinder- und Jugendhilfe

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene haben in unserem Land ein Recht auf Hilfe, auf Schutz und auf Förderung. Das ist unter anderem im Kinder- und Jugendhilfegesetz geregelt. Dort steht auch, wie diese Hilfe genauer aussehen kann. Dafür einige Beispiele: Wenn Eltern und Kinder Probleme miteinander haben, können sie zusammen mit den Beratern und Beraterinnen der Jugendämter in den Städten und **Gemeinden** überlegen, wie man die Probleme lösen könnte. Auch allein erziehende Elternteile können Beratung und Hilfe bei den Jugendämtern finden. Bei Trennung der Eltern, Entscheidungen über das Sorgerecht, Erziehung von Kindern im Heim oder bei Unterbringung in Pflegefamilien muss das Jugendamt mit Rat und Tat zur Seite stehen. Dies ist natürlich erst recht der Fall, wenn Kinder und Jugendliche vernachlässigt und misshandelt werden, Hunger leiden oder auf andere Weise in Not geraten. Zu den vielen Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe, wie sie in dem **Gesetz** stehen, gehört auch die Hilfe für den Fall, dass Jugendliche Straftaten begangen haben und vor **Gericht** müssen.

## Kinderarbeit

In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** ist es verboten, dass Kinder im Alter unter 15 Jahren arbeiten. Es gibt einige Ausnahmen, die im **Jugendschutzgesetz** festgelegt sind. Auch in allen anderen **EU-Staaten (-> Europäische Union (EU))** ist die Erwerbstätigkeit von Kindern und Jugendlichen grundsätzlich verboten. Schaut man in der Geschichte einige Jahrhunderte zurück, stellt man fest, dass das nicht immer so war. Im Mittelalter mussten Kinder zusammen mit ihren Eltern im Dienste der **Feudalherren (-> Feudalismus)** oft schwere Arbeit auf den Feldern leisten. Im 19. Jahrhundert, als immer mehr Industriebetriebe entstanden, nahm auch die Kinderarbeit stark zu. Kinder wurden als billige Arbeitskräfte vor allem in England und Deutschland im Bergbau und in Textilfabriken ausgenutzt. Teilweise mussten sie jeden Tag bis zu 16 Stunden arbeiten. Kinderarbeit ist heute noch ein sehr ernstes Problem. Nach Schätzungen der UNO verrichten über 250 Millionen Kinder in vielen armen Ländern in Asien, Südamerika, Afrika, aber auch in Ländern Osteuropas täglich schwere Arbeit. Sie werden in Plantagen, im Bergbau und in Textilfabriken oft wie Sklaven ausgebeutet. Aus vielen Großstädten Südostasiens weiß man, dass dort Tausende von Kindern in Bordellen an Kunden verkauft werden. Oft werden die Kinder und Jugendlichen von Unternehmern und verbrecherischen Banden gezwungen, ohne Lohn zu arbeiten, um so die Schulden ihrer Eltern abzuarbeiten. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), eine Organisation der **Vereinten Nationen (-> UNO / Vereinte Nationen)**, hat die Bekämpfung der Kinderarbeit in der Welt zu einem ihrer wichtigsten Ziele gemacht.

# K

## Kinderarmut

Eine Studie von UNICEF, dem **Kinderhilfswerks (-> UNICEF)** der **UNO**, zeigt: Auch in ganz vielen reichen Ländern leben immer mehr Kinder in **Armut**. In den letzten Jahren hat sich die Situation der Kinder in sehr vielen Ländern verschlechtert. Das ist auch in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** so. Mehr als 1,5 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren – das ist jedes 10. Kind – leben in unserem Land in relativer Armut.

Was bedeutet das? Damit ist gemeint, dass oft nicht genug Geld vorhanden ist, um die Dinge für die Kinder zu kaufen, die für das tägliche Leben erforderlich sind. Von Armut spricht man auch, wenn Kinder in ihren Familien vernachlässigt werden, wenn sie nicht genug Unterstützung bei ihrer Schulausbildung bekommen oder keine Freunde finden und ausgegrenzt werden. Kinder, die zuhause gequält werden, die Gewalt erfahren und ihre Gesundheit verlieren, sind arm. Es gibt viele Ursachen für die Kinderarmut in Deutschland. Der Grund kann darin liegen, dass die Eltern **arbeitslos** sind oder zu wenig verdienen, um ihre Kinder versorgen zu können. Dann gibt es Eltern, die sich allein gelassen fühlen, die nicht wissen, wie sie ihre Kinder unterstützen können. Kinder und Jugendliche, die in Armut leben, haben in Deutschland einen Anspruch darauf, Hilfe zu bekommen. Sie können sich – auch ohne ihre Eltern – beim Jugendamt ihrer Stadt beraten lassen. Die **Kinder- und Jugendhilfe (-> Kinder- und Jugendhilfe)** kümmert sich darum, dass die Kinder und Jugendlichen Hilfe und Unterstützung erhalten.

## Kindergeld

Kindergeld zahlt in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** der **Staat** an Eltern sowie allein erziehende Elternteile bis zum 18. Lebensjahr ihrer Kinder. Diese Unterstützung erhalten die Eltern unabhängig davon, ob die Kinder noch zur Schule gehen, eine Lehre machen oder selbst Geld verdienen. Wenn die Kinder nach dem 18. Lebensjahr noch in der Ausbildung sind, wird das Kindergeld derzeit höchstens bis zum 27. Lebensjahr, ab 2008 höchstens bis zum 25. Lebensjahr weitergezahlt. Es wird nicht mehr gezahlt, wenn Kinder mehr als eine bestimmte Summe im Jahr verdienen. Wenn Kinder wegen einer Behinderung nicht in der Lage sind, je ihren Lebensunterhalt selber zu verdienen, wird das Kindergeld ohne zeitliche Begrenzung gezahlt.

## Kinderhandel

Bereits im Jahre 1921 wurde ein internationales **Abkommen (-> Konvention)** geschlossen, das Kinderhandel unter Strafe stellt. In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** wird der Handel mit Kindern heute mit Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren bestraft. Wenn also zum Beispiel jemand sein Kind für andere arbeiten lässt, um damit Geld zu verdienen, macht er sich strafbar.

In manchen besonders armen Ländern ist Kinderhandel ein großes Problem. Kriminelle Menschenhändler bieten Eltern in afrikanischen oder südamerikanischen Ländern, die in bitterer **Armut** leben, Geld für ihre Kinder. Aus großer Geldnot und weil die Menschenhändler den Eltern erzählen, dass sie für eine bessere Zukunft der Kinder sorgen, verkaufen sie die Kinder. Die Menschenhändler schaffen sie in ein anderes Land, wo sie weit weg von ihrer Heimat auf Plantagen oder in Fabriken arbeiten müssen. Viele Kinder sehen ihre Familien niemals wieder. Andere Kinder werden an Paare, die selber keine Kinder bekommen können, zur Adoption verkauft.

Insgesamt, so sagt eine Statistik, werden pro Jahr über eine Million Kinder in aller Welt verkauft. Daher hat das **Kinderhilfswerk (-> UNICEF)** UNICEF im Jahre 2002 eine Aktion gestartet: „Kinder sind unverkäuflich“. Auch andere Hilfsorganisationen setzen sich dafür ein, dass der Kinderhandel in der Welt noch schärfer verfolgt und bestraft wird. Außerdem soll den Menschen in den armen Ländern geholfen werden, damit sie ihre Kinder besser versorgen können und nicht gezwungen sind, sie wegzugeben.

# K

## Kinderheim / Jugendheim (Heimerziehung)

Wenn heutzutage Kinder oder Jugendliche in einem Heim leben, dann wohnen sie zumeist in einer größeren Wohnung. Etwa acht Kinder und Jugendliche leben dort in einer Gruppe zusammen mit Erziehern oder Sozialpädagogen. Manche Heime bestehen auch aus mehreren Häusern mit zentraler Küche, Speisesaal und Wäscherei. Es wird versucht, für die Heimbewohner familienähnliche Gruppen zu schaffen. Eine andere Form der Heimerziehung ist das „betreute Jugendwohnen“. Da kümmern sich Erzieher um meist ältere Jugendliche, die Schwierigkeiten mit der Eingewöhnung in die **Gesellschaft** haben. Es gibt auch Mütter, die mit ihren Kindern zusammenwohnen und dabei betreut werden. Das nennt man dann "Mutter-Kind-Heim". In manchen Städten gibt es auch so genannte Kurzzeitunterbringung: Kinder und Eltern werden, wenn sie schwere Probleme miteinander haben, einige Tage oder auch Wochen getrennt und es wird versucht, gemeinsam eine Lösung zu finden, damit das gemeinsame Wohnen wieder erträglich wird. Die Heimerziehung wird durch das **Kinder- und Jugendhilfegesetz** geregelt. Die Jugendämter beraten Eltern und Kinder.

Früher verstand man unter „Heimerziehung“ so etwas ähnliches wie eine geschlossene Anstalt, in der Kinder und Jugendliche zum Schutze der Gesellschaft wie in einem Gefängnis untergebracht waren. Heute allerdings gibt es in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** nur noch rund 150 Plätze in einer solchen „geschlossenen Unterbringung“. Sie kann auch nur mit richterlicher Genehmigung und bei strafrechtlichen Schwierigkeiten der Jugendlichen erfolgen oder wenn die Jugendlichen sich oder andere gefährden.

## Kinderrechte / Kinderrechtskonvention

Am 20. November 1989 haben die **Staaten** der **UNO** eine wichtige **Konvention** (Übereinkommen) unterschrieben. Hierin sind die Rechte der Kinder zusammengefasst. Denn die Achtung der Kinderrechte ist eine wichtige Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben der Menschen. Da Kinder nicht so stark sind wie Erwachsene und sich oft nicht wehren können, wenn ihnen Unrecht geschieht, brauchen sie besonderen Schutz. Schon vor etwa 100 Jahren haben das viele Staaten erkannt und die so genannte "Genfer Erklärung über die Rechte der Kinder" niedergeschrieben. Jetzt hat die UNO diese "Genfer Erklärung" von 1924 erweitert und verbessert. Die Kinderrechtskonvention hat über 50 Artikel. Darin heißt es unter anderem, dass die Kinder vor Ausbeutung und Gewalt geschützt werden müssen und dass sich die Staaten darum kümmern sollen. Sie sollen dafür sorgen, dass Kinder nicht mehr verhungern, dass sie keine **Kinderarbeit** leisten müssen, dass sie nicht misshandelt werden. Dass es trotz der Konvention immer noch viel Gewalt gegen Kinder, Ungerechtigkeit und Ausbeutung gibt, ist leider eine traurige Tatsache.

## Kindersoldaten

Mit dieser Bezeichnung sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren gemeint, die in **Kriegen** und Aufständen kämpfen. Nach Schätzungen der **UNO** gibt es weltweit über 300.000 Kindersoldaten, darunter alleine in Afrika 200.000. Es ist zwar seit 2002 international verboten, dass Kinder und Jugendliche in Kriegen kämpfen, doch nicht alle Länder halten sich an das Verbot. Wie kommt es aber, dass Kinder als Kämpfer, als Kuriere, als **Spione** oder sogar zur Minenräumung eingesetzt werden? Oft werden sie gar nicht gefragt, sondern brutal aus ihren Dörfern entführt und unter Gewaltandrohung zum Kampf gezwungen. Oft werden die Kinder auch unter **Drogen** gesetzt und auf diese Weise willenlos gemacht. Viele Kindersoldaten werden mit falschen Versprechungen angeworben. Ihnen wird gesagt, sie könnten viel Geld verdienen und so ihre armen Familien unterstützen. Die erwachsenen **Soldaten (-> Streitkräfte / Armee)** zeigen ihnen, wie sie mit Waffen umgehen und andere Menschen töten. Was die Kindersoldaten im Krieg erleben, ist oft so grausam, dass sie ihr ganzes späteres Leben unter den Erinnerungen leiden.

Internationale Organisationen wie zum Beispiel das UNO-Kinderhilfswerk **UNICEF**



# K

versuchen, diesen Kindern zu helfen. Wenn sie aus den Armeen oder Truppen, für die sie gekämpft haben, befreit sind, werden die ehemaligen Kindersoldaten in besondere Kinderheime gebracht. Dort hilft man ihnen dabei, die schrecklichen Erlebnisse zu verarbeiten. Man versucht, ihnen eine Ausbildung zu ermöglichen, damit sie ein neues Leben beginnen können.

## Klausurtagung /-sitzung

Wenn ihr eine Klassenarbeit schreibt, seid ihr in einer Klausur. Das Wort kommt aus dem Lateinischen ("claudere" heißt "abschließen" oder "verschließen"). Ihr könnt keinen von draußen fragen, seid mit eurer Arbeit für eine bestimmte Zeit alleine im Klassenraum. In der Politik hört man, dass sich **Politikerinnen** und Politiker oder Arbeitsgruppen in einer Klausursitzung befinden, um schwierige Fragen zu beraten. Dann wollen sie nicht gestört werden, auch nicht vom Fernsehen, um so in Ruhe und konzentriert arbeiten zu können. In Klöstern gibt es bestimmte Bereiche, die man "Klausur" nennt. Dort halten sich nur die Nonnen oder Mönche zum Gebet und zur Meditation auf und von außen hat niemand Zutritt.

## Klonen

Der Begriff "Klon" kommt aus dem Griechischen und heißt "Sprössling". Mit "klonen" bezeichnet man die künstliche Entwicklung von genetisch identischen Nachkommen eines einzigen Lebewesens. Anders als bei der normalen Zeugung, bei der die Erbanlagen des Vaters und der Mutter unterschiedlich vererbt werden und jedes Kind genetisch anders und einzigartig ist, sind die Klone "kopiert". Mit dem Klonen werden verschiedene Ziele verfolgt. Zum Beispiel könnte man mit diesem Verfahren selten gewordene Tierarten vor dem Aussterben bewahren. Aber man könnte auch nur einzelne Organe züchten, um sie bei kranken Menschen zu ersetzen. Bisher gibt es nur sehr wenige erfolgreiche Klonversuche. Das Klonen eines Menschen ist bislang noch nicht durchgeführt worden. Weltweit gibt es sehr unterschiedliche Meinungen, ob man dies überhaupt tun darf. In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** ist das Klonen von Menschen verboten.

## Koalition

Das Wort kommt von dem lateinischen Begriff "coalescere", auf Deutsch "zusammenwachsen". Der Begriff bezeichnet ein Bündnis unabhängiger Partner oder **Parteien**, das sich für einen bestimmten Zweck zusammengefunden hat. Meist wird ein solches Koalitionsbündnis nur für eine bestimmte Zeit vereinbart, wenn zum Beispiel Parteien alleine nicht genügend Stimmen haben, um **regieren** zu können. Ein solches Regierungsbündnis, das eine breite **Mehrheit** im **Parlament** hat, schafft es leichter, **Gesetze** durchzusetzen. Es kommen auch Koalitionen zwischen ganz unterschiedlichen **Staaten** vor, die aber einen gemeinsamen Zweck verfolgen. Und jeder von euch kennt natürlich auch Koalitionen. Eigentlich ist jede Fußballmannschaft eine Koalition, denn unterschiedliche Leute haben sich verbündet, um das Spiel zu gewinnen.

# K

## Kodex

Ihr habt bestimmt schon einmal die Idee gehabt, mit einigen Freunden oder Freundinnen eine Bande oder einen Club zu gründen. Als erstes habt ihr euch wahrscheinlich überlegt, welchen Zweck und welches Ziel die ganze Sache haben soll. Anschließend habt ihr vielleicht eine Liste von Regeln aufgeschrieben, die ihr für den Club wichtig findet. Diese Liste wäre dann der Kodex eures Clubs. Die Regeln müssen übrigens nicht unbedingt aufgeschrieben werden, aber sie müssen allen Mitgliedern der Gruppe bekannt sein.

Vielleicht habt ihr auch schon einmal von dem Begriff "Ehrenkodex" gehört. Damit sind die Regeln gemeint, nach denen sich eine bestimmte Gruppe, ein Club oder ein Verein verhalten will. Pfadfinder zum Beispiel haben sich vorgenommen, jeden Tag eine gute Tat zu vollbringen. Der Begriff "Kodex", also eine Sammlung von Regeln oder Anweisungen, stammt aus dem Lateinischen und bedeutet übersetzt "Schreibtabel aus Holz".

## Kollateralschaden

Im **Kriegsrecht** ist festgelegt, dass im **Krieg** nur militärische Ziele angegriffen werden dürfen. Damit sind Militärlager, Flughäfen, Munitionsfabriken und ähnliche Einrichtungen gemeint. Angriffe auf die Zivilbevölkerung, auf Krankenhäuser, Schulen und Wohnhäuser sind strengstens verboten. Trotzdem kommt es immer wieder vor, dass Menschen zum Beispiel durch Bombenangriffe ihr Haus verlieren und verletzt oder getötet werden. Für ein solches Geschehen hat die **NATO** im Kosovokrieg 1999 das Wort „Kollateralschaden“ gebraucht. Solch ein „Kollateralschaden“ gilt nur dann nicht als **Kriegsverbrechen**, wenn er bei einem Angriff auf ein militärisches Ziel als „Nebenwirkung“ entstanden ist und nicht beabsichtigt war. Diese so genannten „Nebenwirkungen“ dürfen nicht zu groß sein. Ob sie groß sind, wird daran gemessen, welchen Erfolg man durch den Angriff auf das militärische Ziel erzielt hat.

Das Wort „Kollateralschaden“ klingt fast beschönigend und beschreibt dabei doch ein grausames Kriegsgeschehen. Daher wurde es 1999 von der **Gesellschaft für Deutsche Sprache e.V.** zum "Unwort des Jahres" gewählt, weil es den Eindruck erweckt, als wären auch Menschen eine Sache.

## Kolonialismus / Kolonien

Im Laufe der letzten 200 Jahre haben viele **europäische (-> Europa) Staaten (-> Staat)** Länder in anderen Erdteilen unterworfen. Diese Länder konnten sich gegen die Übermacht der Europäer nicht wehren und wurden zu so genannten Kolonien (aus dem Lateinischen "colonia", was "Ansiedlung außerhalb des römischen Bürgergebietes" bedeutet). Diese Eroberungspolitik bezeichnet man als Kolonialismus. Die fremden Länder wurden oft nur deshalb unterworfen, weil die Eroberer die Schätze der fremden Länder für sich haben wollten. Das konnten Goldschätze sein oder Diamanten. Auch kaufte man für wenig Geld in den fremden Ländern Gewürze, Tee, Kaffee, Tabak oder Südfrüchte und verkaufte diese dann für viel Geld in den Heimatländern. Die ersten Kolonien wurden von den großen Seefahrernationen Großbritannien, Spanien, Portugal, Frankreich und den Niederlanden erobert. **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)**, das kein klassisches Seefahrerland war, hatte nur für kurze Zeit (bis zum Ende des **Ersten Weltkrieges (-> Erster Weltkrieg)**) wenige Kolonien in Afrika. Spanien hatte Kolonien in Mittel- und Südamerika und England in Asien und im Nahen Osten. Diese Kolonien wurden von deutschen, französischen, englischen und spanischen **Beamten** verwaltet. Die Menschen, die in den Kolonien lebten, waren den fremden Herrschern untertan und hatten oft keine eigenen Rechte. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Jahre 1914 lebte mehr als die Hälfte aller Menschen dieser Welt in Kolonien. Erst nach dem Ende des **Zweiten Weltkrieges (-> Zweiter Weltkrieg)** im Jahre 1945 gaben die europäischen Staaten

# K

ihre Kolonien allmählich wieder auf, so dass diese Länder unabhängig wurden. Etliche von ihnen leiden bis heute darunter, dass sie so lange von fremden Staaten beherrscht wurden.

## Kommission

Dieser lateinische Ausdruck hat zwei Bedeutungen. Einmal heißt er "Ausschuss". In einen Ausschuss werden Frauen und Männer zum Beispiel vom **Bundestag (-> Deutscher Bundestag)** oder einer Regierungsstelle berufen, um eine bestimmte Sache zu untersuchen. Am Ende legt diese Untersuchungskommission einen Bericht vor. Oder ein **Minister/in (-> Minister/in)** oder eine Ministerin stellt eine Experten-Kommission zusammen, die helfen soll, Entscheidungen in schwierigen Fragen zu treffen. Jede **Regierung** beschäftigt solche Kommissionen, weil Fachleute sich in bestimmten Gebieten besonders gut auskennen und deshalb die Regierung beraten können. In einem Abschlussbericht geben die Kommissionen der Regierung bestimmte Empfehlungen. Es gibt Kommissionen, die aufgelöst werden, nachdem ihre Arbeit erledigt ist. Andere Kommissionen, wie zum Beispiel die **Kommission der EU (-> Kommission der EU)**, bestehen dauernd.

Eine zweite Bedeutung des Wortes "Kommission" ist „Auftrag“. Ich kann mein Auto einem Händler in Kommission geben. Das bedeutet, dass er das Auto in meinem Auftrag verkauft. Aus Krimis kennt ihr den „Kommissar“ oder die „Kommissarin“. Sie haben vom **Staat** den Auftrag Verbrechen aufzuklären.

## Kommission der EU

Diese **Kommission** soll darauf aufpassen, dass in den Ländern der Europäischen Union alle Beschlüsse auch wirklich durchgeführt werden. Die Kommission besteht aus den **EU (-> Europäische Union (EU))**-Kommissaren und EU-Kommissarinnen, die von den **Regierungen** der **EU-Staaten** vorgeschlagen und für fünf Jahre ernannt werden. Jeder EU-Staat stellt einen EU-Kommissar oder eine EU-Kommissarin, der oder die ein bestimmtes Aufgabengebiet hat.

Nehmen wir an, ein Staat macht mehr Schulden, als es nach den EU-Verträgen erlaubt ist. Dann wird der Kommissar für Währungsfragen diesen Staat ermahnen. Der Staat muss dann gegenüber der Kommission erklären, wie er seine Schulden wieder abtragen will. Schafft der Staat das nicht, wird der EU-Kommissar ein Bußgeld verhängen. Die EU-Kommission ist also eine Art europäische **Exekutive (-> Gewaltenteilung)**.

## Kommunalwahl

In Artikel 28 des **Grundgesetzes** ist festgelegt, dass die Landkreise und **Gemeinden** (ein anderer Begriff ist „Kommunen“) eine Volksvertretung haben müssen. Das ist der **Gemeinderat (-> Stadtrat / Gemeinderat)**, Stadtrat oder **Kreistag (-> Landrat / Landrätin / Landkreis)**. Diese kommunalen **Parlamente** regeln und entscheiden zusammen mit den Verwaltungen die örtlichen Aufgaben. Sie entscheiden, wo es Wohngebiete geben soll, wie die Wasserversorgung sichergestellt wird, ob die Feuerwehr ein neues Feuerwehrhaus braucht. Sie beschließen, wo Schulen und Kindergärten gebaut werden, wie der Nahverkehr organisiert werden kann und vieles andere. Die **Wahl** der Kommunalvertretungen erfolgt nach den **demokratischen** Wahlgrundsätzen - sie sind also frei, geheim, allgemein, unmittelbar und gleich. Einzelheiten der Kommunalwahlen werden allerdings durch die unterschiedlichen **Gesetze** der einzelnen Bundesländer geregelt. So dürfen in einigen Bundesländern schon Wähler und Wählerinnen ab 16 Jahre wählen gehen. Die Fünfprozentklausel muss nicht in allen Bundesländern bei der Kommunalwahl angewandt werden. Außerdem sind auch freie Wählergruppen zugelassen, die nicht als **Parteien** gelten. (Dies ist bei Bundestags- und Landtagswahlen nicht möglich.) Seit

# K

Ende 1992 können bei Kommunalwahlen auch Bürgerinnen und Bürger aus anderen **EU** (-> **Europäische Union (EU)**)-Ländern mitwählen und können auch selbst als **Kandidaten** antreten.

## Kommunikation

Im Lateinischen heißt das Wort „Unterredung“, „Mitteilung“. Das heißt, wenn ihr mit euren Freunden Informationen über die Hausaufgaben austauscht, dann kommuniziert ihr. Wenn **Politiker** verhandeln und ihre unterschiedlichen Meinungen zu einer Sache austauschen, tun sie das auch. Zur Kommunikation gehört die Sprache, also das gesprochene und das geschriebene Wort. Aber auch Gesten wie beispielsweise Handbewegungen oder Lachen und Weinen, kurz alles, was zu einer Mitteilung gehört und eine Information weiterträgt, gehört zur Kommunikation. Das Fernsehen ist ein Massenkommunikationsmittel, weil sich **Journalisten** oder Moderatoren an ein Millionenpublikum wenden und mit ihm kommunizieren. Natürlich sind auch **Zeitungen**, Briefe, das Internet, Telefone und vieles andere Kommunikationsmittel. Auch Tiere kommunizieren miteinander, geben sich Zeichen. Hunde wedeln mit dem Schwanz und das heißt, ich bin dir freundlich gesonnen, ich tu dir nichts.

## Kommunismus

Dieser Begriff geht auf das lateinische Wort „communis“ zurück, was „gemeinsam“ bedeutet. Der Kommunismus hat eine bestimmte Vorstellung von einer idealen menschlichen **Gesellschaft**: Allen Menschen sollen gemeinsam die Produktionsmittel gehören, die für den Lebensunterhalt notwendig sind. Das sind zum Beispiel Geräte und Maschinen, das Land, auf dem angepflanzt wird, die Tiere, von denen die Menschen leben, die Häuser, in denen sie wohnen. Nach dieser Vorstellung, die es schon im Altertum gab, sollen alle Dinge, die gemeinsam hergestellt werden, auch gerecht verteilt werden.

Als **politische** (-> **Politik**) Lehrmeinung entstand der Kommunismus im 19. Jahrhundert, als die **Industrialisierung** begann. Immer mehr Menschen mussten damals in den Fabriken für wenig Lohn arbeiten. Diejenigen, denen die Maschinen und Fabriken gehörten (die so genannten „**Kapitalisten**“), wurden immer reicher, ohne aber die Arbeiter an diesem Wohlstand teilhaben zu lassen. Karl Marx (1818-1883) machte sich Gedanken darüber, wie man die **Wirtschaft** und den technischen Fortschritt gerecht gestalten könnte. In seinem Buch „Das kommunistische **Manifest**“, das Karl Marx gemeinsam mit Friedrich Engels geschrieben hat, forderte er das Ende der „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“. Das Privateigentum sollte abgeschafft werden. Der technische Fortschritt sollte allen und nicht nur einigen wenigen zugutekommen. Auf diese Weise würde über kurz oder lang eine klassenlose Gesellschaft entstehen, in der alle Menschen **gleichberechtigt** wären. Keine bestimmte Gruppe in der Gesellschaft würde bevorzugt. Die Lehre von Marx wurde „Marxismus“ genannt.

Dieser Grundgedanke wurde von anderen Denkern (zum Beispiel Wladimir Iljitsch Lenin) weiterentwickelt und im 20. Jahrhundert Grundlage verschiedener politischer Herrschaftsformen. Nach der so genannten russischen Oktoberrevolution im Jahr 1917, in der Lenin eine führende Rolle spielte, entstand in der Sowjetunion eine Staats- und Gesellschaftsordnung, die als Endziel eine kommunistische Gesellschaft anstrebte. Auf dem Weg zu einer solchen Gesellschaft sollte als Vorstufe der **Sozialismus** verwirklicht werden. Neben der Sowjetunion gab es noch viele andere Länder, die auf unterschiedliche Weise versucht haben, den Kommunismus zu verwirklichen.

Mit dem Ende der Sowjetunion (1991) als der größten Macht des Kommunismus ist diese Bewegung weitgehend zum Stillstand gekommen oder ganz verschwunden. Als Lehre wird der Kommunismus heute kaum noch verbreitet.

# K

## Kompetenz

Dieser Begriff stammt von dem lateinischen Wort "competere" ("zusammentreffen") ab und bedeutet "Fähigkeit", "Eignung", "Zuständigkeit". Wie ihr wisst, dürft ihr eure Zeugnisse nicht selbst unterschreiben. Dazu fehlt euch die Kompetenz. In diesem Fall ist nicht nur eure fehlende Eignung, sondern auch die fehlende Zuständigkeit gemeint. Aber vielleicht besitzt ihr die Fachkompetenz, also die Fähigkeit, einen Computer einzurichten oder ein Fahrrad zu reparieren. Fachkompetenz benötigt man, um einen Beruf ausüben zu können. Zum Beispiel darf nicht jeder Arzt operieren. Er muss die Fähigkeit und die Zuständigkeit hierfür nachweisen. Doch selbst wenn jemand beides besitzt, kann er trotzdem noch unfähig sein, wenn er sein Fach nicht beherrscht und schwerwiegende Fehler macht. Das nennt man "Inkompetenz".

## Kompromiss

Das Wort kommt aus dem Lateinischen. Es bedeutet so viel wie "Übereinkunft". Es gibt einen Kompromiss, wenn sich Menschen gegenseitig Zugeständnisse machen. Das wäre zum Beispiel der Fall, wenn zwei Freunde sich nicht über ein Reiseziel einigen können. Der eine will ans Meer, der andere in die Berge. Sie fahren dann vielleicht nach einigem Suchen und weiteren Gesprächen an eine Küste oder einen See, wo auch Berge in der Nähe sind. In der **politischen** Arbeit müssen ständig Kompromisse eingegangen werden, wenn Ziele erreicht werden sollen. Das ist vor allen Dingen dann der Fall, wenn zwei oder mehrere **Parteien** ein Bündnis, eine **Koalition** bilden wollen, um zu **regieren**. Jede Partei muss ein Stück ihrer eigenen Interessen und Vorstellungen aufgeben, damit eine Einigung mit den anderen zustande kommt. Nicht umsonst gebraucht man für ein solches Bündnis auch das Wort "Koalitionskompromiss".

## Konflikt

Jeder von uns hat schon einmal mit Freunden oder in der **Familie** Streit gehabt. Meistens beginnt es so, dass man unterschiedliche Meinungen hat und sich nicht einigen kann. Der Begriff „Konflikt“ kommt vom lateinischen Wort "confligere", das "zusammenschlagen" oder "zusammenprallen" bedeutet. Bei einem Konflikt gibt es zwischen Menschen, einzelnen Gruppen oder **Staaten** ein Problem, das für alle Beteiligten wichtig ist und geklärt werden muss. Aber auch ein einzelner Mensch kann mit sich selber im Konflikt liegen. Wenn ein guter Freund beispielsweise von mehreren Personen angegriffen wird, haben wir sicher den Wunsch, ihm zu helfen. Gleichzeitig haben wir aber auch Angst, selbst angegriffen zu werden. Diesen Konflikt müssen wir mit uns selber lösen, indem wir uns entscheiden, was wir tun.



© Stefan Eling

Diesen Konflikt müssen wir mit uns selber lösen, indem wir uns entscheiden, was wir tun.

Es gibt Konflikte, die sich über Jahre immer mehr verstärken und ganze Regionen oder Staaten in einen Dauerstreit (Dauerkonflikt) bis hin zum **Krieg** bringen. Die bisher nicht zu lösenden Probleme zwischen den Nahost-Staaten Israel, den Palästinensischen **Autonomen** Gebieten und den arabischen Nachbarstaaten zum Beispiel nennt man "**Nahostkonflikt**". Da diese Auseinandersetzungen aber meist mit militärischen und **terroristischen** Taten ausgetragen werden, ist das Wort "Konflikt" in diesem Falle eigentlich zu schwach.

# K

## Konjunktur

Mit diesem Begriff bezeichnet man die wirtschaftliche Gesamtlage eines **Staates**, den Zustand seiner **Volkswirtschaft**. Es gibt Anzeichen und Merkmale (Indikatoren), an denen man erkennen kann, wie es um die Konjunktur bestellt ist. Das sind zum Beispiel die Zahl der **Arbeitslosen** (Arbeitslosenquote), ein hohes oder niedriges Zinsniveau, steigende oder fallende Aktienkurse, hohe oder niedrige Preise an den Börsen, die Auftragslage für die Industrie und viele andere Anzeichen. Befindet sich ein Land in einer schlechten **wirtschaftlichen** Situation, wird darüber nachgedacht, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, welche Konjunkturpolitik gemacht werden muss, um die wirtschaftliche Lage zu verbessern. Wenn die Wirtschaft in einem Land voll ausgelastet ist, Vollbeschäftigung herrscht, dann spricht man von "Hochkonjunktur".

Der Verlauf der Konjunktur, also die wirtschaftliche Gesamtentwicklung eines Landes über einen längeren Zeitraum, lässt sich in einer so genannten Konjunkturkurve aufzeichnen. Meistens sieht diese Konjunkturkurve wie eine Wellenbewegung aus.

## Konsens

Wenn eure Klasse auf einem Schulfest ein Theaterstück aufführen möchte, müsst ihr euch erst einmal einigen, welches Stück ihr wählt. Die einen wünschen sich vielleicht ein lustiges Stück, also eine Komödie, die anderen möchten lieber einen Krimi. Ihr werdet wahrscheinlich im gemeinsamen Gespräch abwägen, welche Vor- und Nachteile die Komödie bietet und diese mit den Vor- und Nachteilen eines Krimis vergleichen. Wenn ihr anschließend zu einer Entscheidung kommt, die allen oder zumindest den meisten gefällt, habt ihr einen Konsens geschaffen. Wörtlich bedeutet Konsens "gemeinsame Meinung". Auch im **politischen** Leben muss oft nach einem Konsens gesucht werden. Das ist zum Beispiel immer dann der Fall, wenn sich **Parteien** mit unterschiedlichen Meinungen bemühen, zu einer gemeinsamen Entscheidung zu kommen.

## Konservatismus

Dieser Begriff kommt von dem lateinischen Wort "conservare" und heißt "bewahren". Konservatismus bezieht sich auf Denkweisen und Bewegungen in Politik, **Religion** oder **Gesellschaft**. Gemeint ist damit, dass man an überlieferten Werten und Vorstellungen festhält, sie verteidigt und neue Entwicklungen eher kritisch betrachtet. In der Vergangenheit versuchten seine Anhänger, alte **politische** Strukturen zu bewahren. Dabei war ihnen wichtig, dass die überlieferte Verteilung von Macht und Reichtum bestehen blieb und nicht durch Neuerungen verändert wurde. Entstanden ist der Konservatismus im 18. Jahrhundert als Gegenbewegung zu den Umwälzungen der Französischen **Revolution**. Die Anhänger des Konservatismus versuchten im 19. Jahrhundert, an den Ordnungen der **Monarchie** festzuhalten. Erst im 20. Jahrhundert, insbesondere nach dem **Zweiten Weltkrieg**, als immer mehr **Staaten demokratische** Ordnungen einführten, öffnete sich auch der Konservatismus gegenüber modernen Entwicklungen.

# K

## Konsum

Mit diesem aus dem Lateinischen kommenden Wort ist allgemein der private Verbrauch von alltäglichen Gütern gemeint wie zum Beispiel Lebensmittel, Kleidung oder eine CD. Auch ein Kino- oder ein Restaurantbesuch gehören zu diesen Konsumgütern. Wenn Menschen konsumieren, geben sie Geld aus. Daher hört man von Politikern manchmal den Satz: „Die Steigerung des privaten Konsums kurbelt die **Wirtschaft** an.“ Denn wenn viel konsumiert wird, muss von der Wirtschaft auch mehr produziert werden. Da das Einkaufen und Verbrauchen heute eine große Rolle spielen, spricht man auch von einer „Konsumgesellschaft“, in der wir leben. Manche Menschen kritisieren, dass in der Konsumgesellschaft auch viel Unnötiges produziert und verbraucht wird.

## Konvention

Eine Konvention ist eine "Übereinkunft" (so die Übersetzung aus dem Lateinischen), einfacher gesagt, ein Abkommen oder ein Vertrag zwischen mehreren **Staaten**. In den internationalen Beziehungen gibt es viele Konventionen. Zum Beispiel die Konvention über das Verbot zur Entwicklung, Herstellung und Lagerung **biologischer Waffen (-> Massenvernichtungswaffen)**, die im März 1975 geschlossen wurde und die inzwischen 140 Staaten unterschrieben haben. Oder die Konvention über das Verbot zur Herstellung und zum Einsatz chemischer Waffen, die 1997 in Kraft trat. 130 Staaten haben sich dazu verpflichtet, sich an diese Übereinkunft zu halten.

Mit dem Begriff "Konvention" bezeichnet man auch Umgangs- oder Verhaltensregeln, die von den meisten Menschen erwartet und eingehalten werden. So grüßt man freundlich, wenn man einen Nachbarn trifft, jüngere Leute überlassen älteren Menschen in der U-Bahn oder im Bus ihren Sitzplatz oder lassen ihnen den Vortritt am Fahrstuhl. Man zieht zu bestimmten Gelegenheiten einen Schlips an, im Restaurant verhält man sich leise. Wenn man gegen diese Regeln verstößt, ist das natürlich nicht strafbar. Es wird höchstens geschimpft, wenn sich ein anderer in der Schlange vordrängelt und damit eine Konvention nicht beachtet.

## Konzentrationslager (KZ)

Konzentrationslager gab es in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** in der Zeit des Nationalsozialismus. Das waren Lager, in denen Menschen eingesperrt wurden, weil die **Nationalsozialisten** sie aus dem Weg räumen wollten. Wer in einem KZ war, hatte keine Möglichkeit, sich dagegen zu wehren, er war den Aufsehern hilflos ausgeliefert. In die Konzentrationslager der Nationalsozialisten wurden **Juden, Sinti und Roma (-> Nationale Minderheit)** und andere Menschen verschleppt. Sie haben dort unter schlimmsten Bedingungen versucht zu überleben. Sie litten unter Hunger und **Folter** und mussten zudem schwerste Zwangsarbeit leisten. Viele Menschen, auch viele Kinder, wurden in den Lagern getötet. Ab 1941 gab es in Deutschland KZs, in denen Menschen systematisch ermordet wurden. Mehr als 6 Millionen Juden sind Opfer des **Holocaust (-> Holocaust)** geworden. Das größte Vernichtungslager war in Auschwitz, dem heutigen Oswiecim (Polen). Man kann es heute noch besuchen. Der unvorstellbare Menschenhass der Nazis wurde bereits am Eingangstor des Lagers sichtbar. Die Aufschrift "Arbeit macht frei" war menschenverachtend, denn die Arbeit, die die Häftlinge in den Lagern leisten mussten, machte nicht frei, sondern bedeutete für viele Millionen den Tod. Es hat sowohl vor dem Nationalsozialismus als auch danach in vielen Ländern der Welt immer wieder Konzentrationslager gegeben, in denen **diktatorische (-> Diktatur) Regierungen** ihre Gegner gefangen hielten, quälten und töteten. Aber Vernichtungslager, in denen viele Millionen Menschen systematisch ausgerottet wurden, gab es nur unter den Nationalsozialisten.

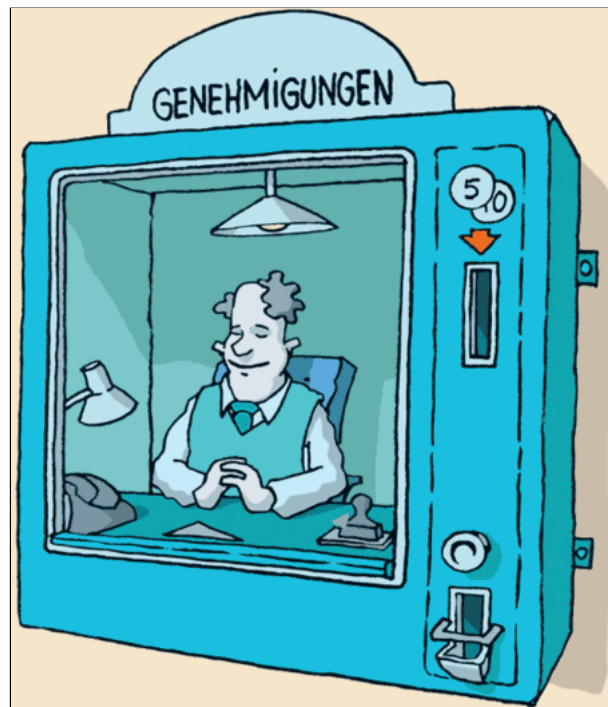
# K

## Konzern

Ein Konzern (das Wort kommt aus dem Englischen) besteht aus mehreren miteinander verbundenen Unternehmen. Ein Konzern hat eine Leitung, den so genannten Vorstand, der darüber entscheidet, welche Ziele der Konzern erreichen will. Die einzelnen Unternehmen, die nicht unbedingt alle aus derselben Branche stammen, müssen nach den Vorgaben des Vorstandes arbeiten. Für einen Konzern ist es wichtig, dass er **wirtschaftlich** gut arbeitet, das heißt Gewinne macht. Der Konzernvorstand überlegt sich deshalb, welche Unternehmen voneinander profitieren können. Beispielsweise fällt bei der Margarineherstellung ein Rohstoff an, der zur Produktion von Seife genutzt werden kann. Die Konzernleitung wird überlegen, ob sie eine eigene Firma gründen soll, die Seife herstellt und dafür das Produkt nutzt, das bei der Margarineherstellung entsteht. Oder sie kauft vielleicht ein fremdes Seifen-Unternehmen hinzu und wird auf diese Weise das Produkt aus der Margarineherstellung nutzen.

## Korruption

Aus dem Lateinischen übersetzt heißt das Wort „Bestechlichkeit“, „Verderbtheit“, „Verfall“. Spricht man von Korruption, bedeutet es, dass jemand seine berufliche Stellung oder sein öffentliches **Amt** dazu missbraucht, um sich einen Vorteil zu verschaffen und dabei andere zu schädigen. Das ist verboten. Ein einfaches Beispiel: Nehmen wir einen **Beamten** in einer Stadtverwaltung, der darüber zu entscheiden hat, welche Firma eine von der Stadt geplante Straße bauen darf. Die Firma kann mit einem solchen Auftrag viel Geld verdienen und versucht deshalb, den Beamten heimlich mit Geld zu bestechen. Wenn dieser das Geld nimmt und den Straßenbau-Auftrag an die Firma vergibt, ist er korrupt. Jeder, dem man Korruption nachweisen kann, wird bestraft.



© Stefan Eling

## Kredit

Unter "Kredit" versteht man das Geld, das sich jemand für eine bestimmte Zeit bei einem anderen Menschen oder bei einer Bank ausleiht. Derjenige, der das Geld gibt (der Kreditgeber oder auch Gläubiger), vertraut darauf, dass der Kreditnehmer (Schuldner) das Geld irgendwann zurückzahlt. Normalerweise kostet ein Kredit Geld. Diesen Preis, den man für einen Kredit bezahlen muss, nennt man "**Zinsen**". Alle, die ein Sparbuch haben, sind Gläubiger. Wer Geld auf ein Sparbuch einzahlt, gibt der Bank einen Kredit. Die Bank bezahlt dafür Zinsen, die sie im Sparbuch einträgt.



# K

## Krieg

Krieg entsteht, wenn **Regierungen** und **Politiker** verschiedener Länder nicht mehr miteinander reden, um ihre **Konflikte** auf friedliche Weise zu lösen. Dann versuchen diese **Staaten**, den Streit gewaltsam mit Waffen und Militär zu lösen. Kommt es zum Krieg, gibt es immer viele Verletzte und Tote. Die Menschen leiden unter den Folgen eines Krieges oft auch dann noch, wenn der Krieg schon lange vorbei ist. Weil Kriege so grausam sind, sollten die Staaten immer versuchen, Konflikte auf friedlichem Wege zu lösen. Dass das möglich sein kann, zeigt das Beispiel von **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** und Frankreich. Sie waren sehr lange verfeindet und haben viele Kriege gegeneinander geführt. Inzwischen sind aus den früheren Feinden befreundete Staaten geworden.

Trotz vieler solcher Beispiele gibt es auf der Welt immer wieder Kriege. Es gibt Angriffs- oder Verteidigungskriege, Eroberungs-, Befreiungs- und Glaubenskriege oder Kriege, mit denen man einem anderen Krieg zuvorkommen will. Kriege werden zu Land, zur See oder in der Luft ausgetragen oder überall zugleich. Wenn es sich um einen Krieg zwischen Volksgruppen innerhalb eines Staates handelt, nennt man das "Bürgerkrieg".

In früheren Jahrhunderten wurde der Krieg mit Feuerwaffen, Gewehren und Kanonen geführt. Mit den **Massenvernichtungswaffen**, die heute viele Staaten besitzen - Atomwaffen, biologische und chemische Waffen - kann man nicht nur Menschen töten, sondern die Welt lange unbewohnbar machen. Zwar hoffen alle Politikerinnen und Politiker, dass diese Waffen in den Kriegen nicht eingesetzt werden, aber niemand kann das sicher sagen. Aufgrund dieser Gefahren schließen sich auf der ganzen Welt immer wieder Millionen von Menschen zu Protestaktionen gegen den Krieg zusammen.

## Kriegsrecht

Das Kriegsrecht ist ein Teil des Völkerrechts. Es sind Verträge, in denen genau steht, wie sich alle Beteiligten im Krieg zu verhalten haben. Früher hat zum Beispiel der König eines Landes selbst bestimmt, ob er gegen ein anderes Land Krieg führt, um seine Ziele durchzusetzen. Das nannte man Kriegsfreiheit. Doch 1928 haben mehrere **Staaten** in Paris einen Vertrag geschlossen (den Kriegsächtungspakt) und festgelegt, dass ab diesem Zeitpunkt nicht mehr Kriegsfreiheit, sondern Kriegsverbot gelten solle. Im Laufe der Zeit haben immer mehr Staaten diesen Vertrag unterschrieben. Ein Angriffskrieg ist also nach dem Kriegsrecht verboten.

Trotzdem entwickeln sich aus Streitigkeiten zwischen Staaten immer wieder Kriege. Damit der angegriffene Staat sich wehren kann, hat er das Recht, sich selbst zu verteidigen. Wenn ihm ein anderer Staat mit Krieg droht, darf der bedrohte Staat selbst einen Krieg beginnen (das nennt man dann "Präventivkrieg").

Die Regeln und Grundsätze, die während eines **Krieges** gelten sollen, sind unter anderem im **Haager Abkommen** und in der **Genfer Konvention** aufgeschrieben. Diese Regeln bestimmen zum Beispiel, dass Kriegsgefangene menschenwürdig behandelt werden müssen oder dass **Zivilisten**, also Menschen, die keine **Soldaten (-> Streitkräfte / Armee)** sind, nicht gefangen genommen werden dürfen.

Auch wenn viele Staaten diese Regeln offiziell anerkennen, heißt das leider nicht, dass sie sich im Kriegsfall auch immer daran halten.

# K

## Kriegsverbrechen

Im **Kriegsrecht** ist vorgeschrieben, wie sich die **Krieg** führenden **Staaten** zu verhalten haben. Es ist zum Beispiel verboten, die Zivilbevölkerung grausam zu behandeln und **Soldaten (-> Streitkräfte / Armee)** oder Truppen, die sich ergeben, zu töten. Wer das tut, begeht ein Kriegsverbrechen. Auch Plünderungen sind nicht erlaubt. Plündern bedeutet, dass fremde Geschäfte und Wohnungen einfach leer geräumt werden oder Kunstschatze, die dem besetzten Staat gehören, gestohlen werden. Weiterhin ist es auch verboten, besetzte Gebiete **wirtschaftlich (-> Wirtschaft)** auszubeuten. Wenn man Fabriken, in denen keine Waffen, sondern Lebensmittel hergestellt werden, zerstört oder abbaut, wäre das eine wirtschaftliche Ausbeutung. Es dürfen auch keine Menschen, die nicht dem eigenen Staat angehören, gezwungen werden, für die Besetzer zu arbeiten (als Zwangsarbeiter). Eines der schlimmsten Verbrechen, die in einem Krieg geschehen können, ist der Völkermord. Das ist die Vernichtung eines ganzen **Volkes** oder einer Volksgruppe durch die Sieger.

Wer im Krieg gegen diese Vorschriften verstößt, also ein Kriegsverbrechen begeht, kann vor dem **Internationalen Gerichtshof** angeklagt werden.

## Krise / Krisenstab

Das Wort "Krise" kommt aus dem Griechischen und heißt "schwierige Lage". Eine Krise des **Staates** kann eintreten, wenn der Staat kein Geld mehr hat, wenn er bedroht wird, wenn die **Regierung** zurücktritt. Oder er wird von Verbrechern oder **Terroristen** erpresst, zum Beispiel durch die Entführung eines **Politikers**. Und immer wieder gibt es große Krisen für ganze Regionen durch Naturkatastrophen wie schwere Stürme und Überschwemmungen. Dabei muss oft rasch gehandelt werden, um den Schaden nicht allzu groß werden zu lassen. Ein Krisenstab aus Fachmännern und Fachfrauen wird gebildet. Sie beraten sich Tag und Nacht, um die richtigen Maßnahmen gegen die Naturgewalten zu treffen oder Staatsfeinde, zum Beispiel Terroristen, zu bekämpfen und Entführte schnell zu befreien.

Krisen, also schwierige Lagen, kann es natürlich auch in vielen anderen Bereichen geben: Eine Grippe ist eine Gesundheitskrise. Wenn ich sehr traurig bin, weil ich einen nahen Angehörigen verloren habe, kann ich in eine seelische Krise kommen. Schlechte Schulnoten – und das kennen sicher einige von euch – führen manchmal zu einer Krise des Selbstbewusstseins, und man denkt, man sei nicht mehr viel wert (hoffentlich gibt es dann Lehrerinnen, Lehrer und Eltern, die euch wieder aufrichten, also auch so eine Art Krisenhilfe anbieten). Frauen und Männer in Ehen verstehen sich manchmal nicht mehr, dann kommt es zu einer Ehekrise. Gut ist es, wenn man einen Weg aus der Krise findet.

## Kultur / Kulturkreis

Kultur umfasst alles, was der Mensch geschaffen hat. Unter "Kultur" verstehen wir auch die Art und Weise, wie das Zusammenleben der Menschen gestaltet ist.

Stellt euch vor, ihr landet zusammen mit einigen Leuten auf einer einsamen Insel, die noch kein Mensch zuvor betreten hat. Als Erstes werdet ihr sicher die Insel erkunden und dann besprechen, was ihr tun müsst, um zu überleben - zum Beispiel Früchte sammeln, Fische fangen, Trinkwasserquellen suchen, Werkzeuge und Hütten bauen. Aber wie fängt man Fische? Wer holt das Wasser? Wie verbringt ihr eure Freizeit? Was tut ihr, wenn es Streit gibt? Mit der Zeit werdet ihr gemeinsam Regeln aufstellen, um euer Zusammenleben auf eine friedliche Weise zu ordnen. Zur Kultur gehört also auch eine **Gesellschaftsordnung**. Doch auch Sprache, **Religion**, **Wirtschaft**, der Umgang mit der Natur, Kunstgegenstände, Musik, Literatur, Traditionen und Bräuche sind Bestandteile der menschlichen Kultur - also alles, was die Menschen mit ihren Händen, mit ihrer Intelligenz und ihrer Phantasie selber gemacht haben.

Da die Lebensweise der Menschen nicht überall auf der Welt gleich ist, spricht man von

# K

"Kulturkreisen", denen die einzelnen Volksgruppen wie Araber, Inuit (Eskimos) oder Europäer angehören.

Von "Kultur" wird auch in der Biologie gesprochen, wenn etwa auf bestimmten Böden Pflanzen gezüchtet oder mit geeigneten Methoden Bakterien oder andere Zellenarten herangezogen werden, um sie – als Beispiel – zur Schädlingsbekämpfung oder in der Arzneimittelforschung einzusetzen.

## Kultusministerkonferenz

Deutschland ist ein so genannter föderaler **Staat** mit verschiedenen Einzelstaaten. Jedes **Bundesland** hat seine eigene Regierung. In jeder Regierung gibt es auch einen Minister oder eine **Ministerin** für **Bildung**, für Wissenschaft und Kultur. Dazu gehören auch die Schulen. Damit die Bundesländer in diesen Bereichen nicht alle eine ganz unterschiedliche **Politik** machen, also zum Beispiel die Schülerinnen und Schüler in Bayern ganz andere Dinge lernen als in Schleswig-Holstein, werden die Themen Bildung, Kultur und Wissenschaft in einer „Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der **Bundesrepublik Deutschland**“ besprochen und aufeinander abgestimmt. Das nennt man auch „koordinieren“.

Außerdem arbeitet diese Konferenz auch mit der **Bundesregierung (-> Regierung)** zusammen, wenn es darum geht, wie die internationalen **kulturellen** Beziehungen gestaltet werden sollen.

## Kumulieren

Dieser Begriff spielt bei manchen Wahlsystemen eine Rolle. Das Wort stammt aus dem Lateinischen und bedeutet „anhäufen“. Damit ist auch schon angedeutet, was mit dem Begriff gemeint ist. Bei manchen **Wahlen** haben die Wähler mehrere Stimmen, mit denen sie verschiedene **Kandidatinnen** und Kandidaten wählen können. Beim Kumulieren kann man einzelnen Kandidaten mehrere seiner Stimmen geben. Ein Beispiel: Es gibt zehn Kandidaten und jeder Wähler hat fünf Stimmen. Nun kann der Wähler fünf verschiedenen Kandidaten jeweils eine Stimme geben oder aber einem Kandidaten, den er besonders schätzt, drei Stimmen (kumulieren) und die restlichen zwei dann auf andere verteilen. Der Begriff „kumulieren“ wird auch verwendet, wenn jemand mehrere Ämter auf sich vereinigt, zum Beispiel Bürgermeister ist, dazu noch Vorsitzender einer **Partei**, im Bauausschuss seiner Stadt sitzt und daneben noch den Aufsichtsrat der Wasserwerke leitet.

## Kuratorium

Ein Kurator (das lateinische Wort heißt auf Deutsch "Verwalter") ist ein von einer **staatlichen (-> Staat)** Behörde eingesetzter hoher Aufsichtsbeamter. Das kann zum Beispiel jemand sein, der zuständig ist für die Schätze eines oder mehrerer staatlicher oder städtischer Museen. Ein Kuratorium ist eine Versammlung von Frauen und Männern, die in staatlichem Auftrag über eine öffentliche Anstalt oder Stiftung die Aufsicht führt, eine Art staatlicher Aufsichtsrat könnte man sagen. Das "Kuratorium junger deutscher Film" ist beispielsweise eine Stiftung, die Kinderfilme im Kino fördert. Ein "Internationales Kuratorium für das Jugendbuch" vergibt alle zwei Jahre den internationalen Kinder- und Literaturpreis (Hans-Christian-Andersen-Preis). Ein „Kuratorium für Verkehrssicherheit“ kümmert sich um Fragen des Verkehrs, dem „Kuratorium Deutsche Altershilfe“ geht es um die Lebenssituation älterer Menschen. Das sind nur wenige Beispiele aus der Vielzahl von Kuratorien, die es in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** gibt.

# L

## Landesliste / Reserveliste

Eine Landesliste ist wichtig, wenn es ein **Verhältnismahlrecht (-> Wahlsystem)** gibt. Beim Verhältnismahlrecht ist es entscheidend, wieviele Stimmen für eine **Partei** bei der **Wahl** abgegeben werden. Diese Stimmen werden zusammengezählt und dann wird ausgerechnet, mit wievielen Abgeordneten die Partei im **Parlament** vertreten ist (man sagt auch: wieviele Sitze dieser Partei im Parlament zustehen).

Jede Partei legt vor der Wahl in einer so genannten Landesliste fest, wer für diese Partei nach der Wahl im Parlament als **Abgeordneter** arbeiten wird. Diese Liste nennt in einer festgelegten Reihenfolge die **Kandidatinnen** und Kandidaten, die sich um einen Sitz im Parlament bewerben. Je weiter oben auf der Liste ein Kandidat steht, desto besser sind seine Chancen, über die Landesliste ins Parlament zu kommen.

Das deutsche Wahlsystem ist ein Mischsystem aus Verhältnismahlrecht und **Mehrheitswahlrecht**. Es gibt (nach dem Mehrheitswahlrecht) Abgeordnete, die in ihrem Wahlkreis direkt ins Parlament gewählt werden. Aber es gibt bei Landtagswahlen und Bundestagswahlen (nach dem Verhältnismahlrecht) auch Abgeordnete, die über die Landeslisten ins Parlament kommen.

Nachdem die direkt gewählten Abgeordneten und die über die Landeslisten bestimmten Abgeordneten das neue Parlament gebildet haben, verliert die Landesliste keineswegs an Bedeutung. Sie wird dann wieder wichtig, wenn ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete vorzeitig aus dem Parlament ausscheidet. Dann dient die Landesliste als "Reserveliste". Derjenige, der ausscheidet, wird bis zur nächsten Wahl durch einen Nachrücker oder eine Nachrückerin aus der Reserveliste ersetzt. Das ist zumeist derjenige, der ganz oben auf der Reserveliste steht.

## Landesverweis / Ausweisung / Abschiebung

Beim Stichwort "**Exil**" habt ihr schon gelesen, dass Menschen, deren **politische** Einstellungen einer herrschenden Macht nicht passen, manchmal aus ihrem eigenen Land verbannt, ausgewiesen werden. Oft geschieht das mit Gewalt. Allerdings geht das in **demokratischen Staaten** nicht, denn ein Grundprinzip von Demokratien ist ja gerade, dass Menschen viele verschiedene Meinungen haben dürfen.

Trotzdem kann es vorkommen, dass Menschen aus **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** ausgewiesen und "abgeschoben" werden. Dabei kann es sich um Ausländer und Ausländer handeln, deren Antrag auf **Asyl** abgelehnt wurde. Sie erhalten dann einen so genannten Ausweisungs-Bescheid. Er verbietet es, sich weiterhin in dem Land, in dem sie den Asylantrag gestellt haben, aufzuhalten. Wenn sie nicht freiwillig gehen, kann die Ausweisung zurück ins Heimatland auch mit Hilfe der **Polizei** erfolgen. Dann nennt man es "Abschiebung". Des Landes verwiesen werden können auch Ausländer, die Straftaten begehen oder eine Gefahr für die Sicherheit des Landes darstellen. Darüber muss ein **Gericht** entscheiden. Eine Ausweisung von deutschen Staatsbürgern aus Deutschland ist nach dem **Grundgesetz** nicht erlaubt.

## Landfriedensbruch

Diese Straftat begehen Menschen, die bei einer **Demonstration** Steine auf **Polizisten** werfen, Schaufenster einschlagen, parkende Autos beschädigen oder sonstige Gewalttaten begehen. Von "Landfriedensbruch" spricht man auch, wenn jemand versucht, durch Reden, Parolen, Gesten oder auch Lieder eine Menschenmenge zur Gewalt gegen Personen oder Sachen zu verleiten. Landfriedensbruch kann, wenn es zu Gewalttätigkeiten kommt, mit bis zu zehn Jahren Gefängnis bestraft werden. Übrigens: Wenn ich mich in einer Demonstration befinde, deren Teilnehmer gewalttätig werden, ich selber aber friedlich bleibe und mich von den Krawallen fernhalte, kann ich nicht wegen Landfriedensbruch bestraft werden.

# L

## Landrat / Landrätin / Landkreis

Auf Ortsschildern liest man unter dem Namen der Stadt oft auch den Kreis, zu dem ein Ort gehört. Kreise, auch Landkreise genannt, gibt es in allen Bundesländern Deutschlands (außer in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen). Mehrere Städte oder **Gemeinden** bilden einen Landkreis. Diese Kreise verwalten sich selbst. Sie haben die Verantwortung für eine Reihe von öffentlichen Aufgaben, zum Beispiel im Bau- und Wohnungswesen, in der Abfallbeseitigung, bei der Förderung der **Wirtschaft** und im sozialen Bereich. Auch **Polizei**- und Verkehrsangelegenheiten gehören teilweise zu den Aufgaben eines Kreises. Jugend- und Kultureinrichtungen wie Jugendzentren, Begegnungsstätten, Büchereien und Theater werden ebenfalls in manchen Gegenden von Kreisen unterhalten. Der Leiter oder die Leiterin des Kreises ist der Landrat oder die Landrätin. Er repräsentiert den Kreis nach außen und leitet die Kreisverwaltung. Er wird vom Kreistag, dem **Parlament** eines Landkreises, für vier bis sechs Jahre gewählt (in Bayern auch direkt von den Einwohnern eines Landkreises). In manchen Bundesländern gibt es neben dem Landrat einen Oberkreisdirektor. Dieser ist für die Leitung der Verwaltung des Kreises zuständig. Der Landrat ist Vorsitzender des Kreistages und hat die Aufgabe, den Kreis zu repräsentieren.

## Landtag

"Landtag" nennt man die Volksvertretung, also das **Parlament** in einem **Bundesland**. Seine Aufgaben ähneln denen des **Deutschen Bundestages**. Sie beschränken sich aber auf das jeweilige Bundesland, also zum Beispiel auf Nordrhein-Westfalen oder Bayern. Landtage kontrollieren die Arbeit der **Landesregierung** (-> **Regierung**) und beschließen **Gesetze**. In Bremen und Hamburg heißen die Landesparlamente "Bürgerschaft", in Berlin nennt sich das Landesparlament "Abgeordnetenhaus".

## Lebenshaltungskosten / Warenkorb

Das meiste, was wir zum Leben brauchen, also zum Beispiel Essen, Wohnung oder Kleidung, hat einen bestimmten Preis. Rechnet man alle Preise zusammen, ergibt das die Lebenshaltungskosten. Viele Menschen wollen wissen, wie hoch die Lebenshaltungskosten im Durchschnitt sind oder auch, ob sie im letzten Jahr gestiegen sind. Deswegen wird in einer **amtlichen** Statistik der sogenannte Preisindex (durchschnittlicher Messwert) dieser Kosten errechnet.

Um die Lebenshaltungskosten möglichst genau zu ermitteln, stellen die Statistiker in bestimmten Zeitabständen in Supermärkten und anderen Geschäften immer die gleichen Sachen zusammen. Weil sie diese Waren wie in einem Einkaufskorb sammeln, spricht man dabei auch von einem „Warenkorb“. Das sind zum Beispiel immer ein Pfund Butter, ein Liter Milch, fünf Kilo Kartoffeln, Kleidung und eine Menge anderer Dinge, die man zum Leben braucht. Am Schluss wird alles zusammen gerechnet. Dazu kommen die Kosten für



© Stefan Eling

# L

Miete, Strom, Wasser, Benzin, Schulgeld, Fahrgeld, Autosteuer und noch vieles mehr. Angenommen, die Gesamtsumme beträgt heute zweitausend **Euro**. Wenn vor fünf Jahren genau die gleichen Sachen tausendfünfhundert Euro gekostet haben, ist das Leben inzwischen um fünfhundert Euro oder um 25 Prozent (das ist der Preisindex) teurer geworden.

## Legislaturperiode

In **demokratischen Staaten** wird ein **Parlament** nur für einen bestimmten Zeitraum gewählt, der **Deutsche Bundestag** zum Beispiel nur für vier Jahre. Danach wird wieder neu gewählt. Diesen Zeitraum nennt man eine Legislaturperiode. In dem Wort steckt der Begriff "Legislative" (auf Deutsch: „gesetzgebende Gewalt“), den ihr schon unter dem Stichwort „**Gewaltenteilung**“ kennen gelernt habt. Eine Legislaturperiode ist also die Zeitspanne, in der ein gewähltes Parlament **Gesetze** macht (und auch seine sonstige Arbeit erledigt). Wenn das Parlament nach Ende der vom Gesetz festgelegten Zeit wieder aufgelöst wird, ist das Ende der Legislaturperiode erreicht. Damit endet dann auch die Amtszeit der jeweiligen **Regierung**.

## Leitkultur

Dieses Wort spielte in der Debatte um eine neue Zuwanderungspolitik in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** eine Rolle. Wie haben sich Ausländer zu verhalten, die in Deutschland auf Dauer leben wollen, war die Frage. Es gab **Politiker**, die forderten, dass sich Ausländer der deutschen Kultur anpassen sollten. Dazu sollten sie die deutsche Sprache lernen, die deutschen sozialen und **kulturellen** Lebensverhältnisse akzeptieren und sich ihnen anpassen und sie sollten sich für die deutsche **Verfassung** entscheiden. Die deutsche Kultur sollte also „Leitkultur“ für die Ausländer sein. Nach ihr sollten sich die Ausländer richten. Diese Forderung, die vor allem von Politikern der CDU erhoben wurde, löste Widerspruch aus und es gab unterschiedliche Meinungsäußerungen dazu. Dabei wurde vor allem die folgende Frage diskutiert: Wie weit müssen sich die Menschen aus anderen Kulturen in Deutschland anpassen und wieviel können sie von ihrer eigenen Kultur behalten, damit das Zusammenleben gut funktionieren kann?

## Liberalismus

Liberalismus (vom lateinischen "liber", das heißt "frei") ist eine Weltanschauung, die die **Freiheit** und damit die freie Entfaltung des einzelnen Menschen in den Mittelpunkt rückt. Über viele Jahrhunderte wurden die Menschen geistig, **wirtschaftlich (-> Wirtschaft)** und **politisch (-> Politik)** durch den Staat, in dem sie lebten, bevormundet. Das änderte sich nur sehr langsam. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstand eine politische Bewegung, welche die Beschränkung der **staatlichen** Macht gegenüber den Bürgern forderte. Dies war der Liberalismus. Er forderte zudem die Durchsetzung der **Menschenrechte (-> Grundrechte / Menschenrechte)**, die Meinungs- und Gewissensfreiheit, die **Pressefreiheit** und betonte die Gleichheit aller Menschen vor dem **Gesetz**.

Man unterschied von Anfang an zwischen politischem und wirtschaftlichem Liberalismus. In der Politik ging es darum, die Macht des Staates zu beschränken. Den Menschen sollte nicht vorgeschrieben werden, was sie zu denken und zu glauben hatten. Tun können, was man will, so lange dadurch nicht die Rechte eines anderen Menschen verletzt werden, dies sollte als Grundsatz gelten. Auch das Prinzip der **Gewaltenteilung** in den Staatsverfassungen hat im Liberalismus seinen Ursprung.

Im Hinblick auf das wirtschaftliche Handeln bedeutete Liberalismus, dass der Markt sich selber regulieren sollte, ohne Bevormundung durch den Staat. Jeder Mensch sollte, so hieß es, die Möglichkeit haben, Privateigentum zu erwerben und damit zu wirtschaften. Dass aber in einem solchen Wirtschaftssystem, in dem allein der Markt entscheidet, die Armen

# L

zumeist immer ärmer und die Reichen immer reicher wurden, war unverkennbar. Nach dem **Zweiten Weltkrieg** hat man sich in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** für eine **soziale Marktwirtschaft** entschieden und dabei bewusst Grenzen für die **freie Marktwirtschaft** gesetzt.

Heutzutage sind Überlegungen des Liberalismus in viele politische, wirtschaftliche und soziale Denkweisen eingeflossen.

## Linksextremismus

Die Grundeinstellung von Linksextremisten gegenüber dem **Staat** ist - wie bei den **Rechtsextremisten (-> Rechtsextremismus)** - von starker Ablehnung bestimmt. Es soll eine andere politische Ordnung errichtet werden, die nicht **demokratisch** ist. Anders als beim Rechtsextremismus ist der Linksextremismus nicht gegen Ausländer gerichtet und hat auch nicht den **Faschismus** und **Nationalsozialismus** zum Vorbild. Gemeinsam ist beiden Einstellungen, dass sie nichts dagegen haben, wenn in der **politischen** Auseinandersetzung Gewalt gegen Personen und Sachen angewendet wird. Das aber ist in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** verboten.

## Liquidität

In der Umgangssprache sagt jemand: Ich bin im Moment nicht „flüssig“ (im Lateinischen heißt das „liquide“). Das bedeutet, er oder sie hat nicht genug Bargeld, um sich etwas kaufen oder um Schulden zurückzahlen zu können. Wenn man Geld hat, dann ist man „liquide“. Übertragen auf das **Wirtschaftsleben** heißt das: Ein liquider Betrieb ist zahlungsfähig. Der Betrieb kann seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen, entweder, weil genug Geld auf dem Bankkonto des Unternehmens ist oder weil der Betrieb schnell die nötigen Geldmittel besorgen kann. „Liquidität“ bezeichnet also einen Zustand, in dem man das Geld, das man braucht, zur Verfügung hat. Das Gegenteil von Liquidität heißt in der Fachsprache „Illiquidität“, also „Zahlungsunfähigkeit“.

## Lobby / Lobbyismus

Das englische Wort „Lobby“ bezeichnete ursprünglich den Vorraum oder die Eingangshalle des englischen Parlamentsgebäudes. Dort unterhielten sich die **Abgeordneten** mit Personen, die keine gewählten Abgeordneten waren und daher nicht in den Sitzungssaal durften. Heute bezeichnet der Begriff „Lobby“ eine Interessenvertretung in der Politik. Die Lobby kann zum Beispiel einen Wirtschaftszweig vertreten, einen Sportverband oder eine Umweltschutzorganisation. Es können zum Beispiel auch Mitglieder von Schülervvertretungen oder Lehrerverbänden sein, die wollen, dass mehr Lehrer eingestellt und die Klassen kleiner werden. Die Personen, die für die Lobby arbeiten, nennt man „Lobbyisten“. Sie versuchen, zum Beispiel durch Gespräche Einfluss auf Entscheidungen von Politikern zu nehmen. Für die Politiker ist es wichtig, mit den Lobbyisten zu sprechen, weil sie von ihnen viele Informationen bekommen, die ihnen helfen, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Der Lobbyismus spielt deshalb in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** eine große Rolle bei **politischen** Entscheidungen.

# L

## Lohnnebenkosten

Ein Unternehmer stellt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein, die für ihn arbeiten und dafür bezahlt werden. Für den Unternehmer entstehen dadurch Arbeitskosten, die auch "Personalkosten" genannt werden. Sie setzen sich aus verschiedenen Teilen zusammen: Es sind die Löhne und Gehälter, die direkt an die Arbeitnehmer ausgezahlt werden. Dazu kommen die Lohnnebenkosten. Das sind die **Steuern** und die Beiträge für die **Sozialversicherungen** (Kranken-, **Renten-** und **Arbeitslosenversicherung (-> Arbeitslosengeld)**). Der Unternehmer ist verpflichtet, einen Teil dieser Beiträge – meist die Hälfte – zu übernehmen. Dann gibt es auch noch Sonderzahlungen, die zu diesen Nebenkosten gerechnet werden. Sie sind von Betrieb zu Betrieb unterschiedlich. Dazu gehören zum Beispiel das Urlaubs- oder Weihnachtsgeld oder auch besondere Geldzahlungen, wenn jemand ein Arbeitsjubiläum hat.



# M

## Magisches Viereck

1967 wurde in **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**) ein **Gesetz** zur Förderung der **wirtschaftlichen** Stabilität und des Wachstums beschlossen. Wie in einem Viereck waren in diesem so genannten Stabilitätsgesetz vier wichtige Ziele für die Wirtschaft festgeschrieben: 1) Preisniveaustabilität – das heißt, die Preise sollten im Durchschnitt nicht zu sehr fallen oder steigen; 2) hoher Beschäftigungsstand – das heißt, alle Menschen sollten nach Möglichkeit Arbeit haben; 3.) außenwirtschaftliches Gleichgewicht – das heißt, es sollte ein ausgewogenes Verhältnis geben zwischen den Produkten, die in andere Länder verkauft werden (Exporte) und den Produkten, die aus anderen Ländern nach Deutschland kommen (Importe); 4.) ein angemessenes und stetiges Wirtschaftswachstum – das heißt, die Wirtschaft solle jedes Jahr so wachsen, wie es die Bedingungen in der Welt ermöglichen, auf keinen Fall aber solle es einen Rückschritt geben. Eine weitere Rolle spielte die Verteilungsgerechtigkeit – damit war gemeint, dass der **Staat** für eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen sorgen soll. Manche sprachen daher auch von einem magischen Fünfeck.

Warum wird dieses Gesetz als „magisches“ Viereck (oder auch Fünfeck) bezeichnet? Das hat nichts mit Zauberei, Astrologie oder Aberglauben zu tun ("magia" ist lateinisch und heißt "Zauberei"). Vielmehr soll damit zum Ausdruck gebracht werden, dass es eine hohe Kunst ist, alle Ziele gleichzeitig zu erreichen. Alle Ziele sind aber voneinander abhängig und beeinflussen sich gegenseitig. Wenn eines der Ziele nicht erreicht ist, wird es auch schwierig sein, ein anderes Ziel sicherzustellen – oder umgekehrt: Wenn die **Arbeitslosigkeit** gering ist, wird vermutlich auch die Wirtschaft wachsen.

## Magistrat

Den Gemeindevorstand, also die **Regierung** einer Stadt, bezeichnet man in manchen Teilen Deutschlands als "Magistrat". Der Magistrat ist für die Verwaltung der **Gemeinde** zuständig und muss die Beschlüsse des Gemeinderates, also des Stadtparlamentes ausführen. Das Wort „Magistrat“ kommt aus dem Lateinischen und heißt „**Amt**“ oder „Behörde“. Der Magistrat besteht aus einem hauptamtlichen Bürgermeister (in größeren Städten heißt er "Oberbürgermeister") und den so genannten Beigeordneten, die für bestimmte Sachgebiete wie die Schulen, den Straßenbau oder die **Finanzen** zuständig sind. Die Beigeordneten werden vom **Gemeinderat** (-> **Stadtrat / Gemeinderat**) gewählt. Eigentlich sollen die Beigeordneten alle **ehrenamtlich** tätig sein, also kein Geld für ihre Arbeit bekommen. Weil aber einige Aufgaben in einer Stadt besonders viel Arbeit machen, kann die Gemeinde festlegen, welche Beigeordneten hauptamtlich tätig sein sollen, also für ihre Arbeit bezahlt werden.

## Majestät

Schon im alten Rom gab es diesen Titel für Kaiser und Kaiserinnen. „Majestät“ kommt aus dem Lateinischen und bedeutet so viel wie "Größe", "Würde", "Erhabenheit". Im alten Rom galt dieses als göttliche Eigenschaft. Deshalb wurden manche römischen Kaiser auch wie Götter verehrt. Im Mittelalter wurde der Titel „Majestät“ für die deutschen Kaiser gebraucht und ab Mitte des 16. Jahrhunderts auch für mächtige Könige und Königinnen. Aber damit wurden diesen Herrschern keine göttlichen Eigenschaften mehr zugeschrieben. Bis heute hat sich der Titel "Majestät" in **Monarchien** erhalten. Übrigens wurde zu allen Zeiten Majestätsbeleidigung schwer bestraft.

# M

## Mandat

Wie so viele fachliche Bezeichnungen stammt auch dieses Wort aus dem Lateinischen und bedeutet "Auftrag", "Weisung". Ein gewählter **Abgeordneter** im **Deutschen Bundestag**, in einem Stadt- oder **Landesparlament (-> Landtag)** oder zum Beispiel auch eine Schulsprecherin hat einen bestimmten Auftrag ihrer Wählerinnen und Wähler erhalten. Sie hat das Mandat, sie zu vertreten. Auch eine Rechtsanwältin kann das Mandat (den Auftrag) erhalten, jemanden rechtlich zu beraten, dessen Interessen zu vertreten und einen **Angeklagten (-> Rechtsanwalt / Rechtsanwältin)** beispielsweise vor **Gericht** zu verteidigen. Dieser ist dann ihr Mandant.

## Manifest

Das Wort kommt aus dem Lateinischen und bedeutet „Grundsatzerklärung“. Vor wichtigen **Wahlen** verfasst eine **Partei** manchmal ein Wahlmanifest. Darin schreibt sie ihr Programm auf. Die Bürger sollen schließlich genau wissen, was sie erwartet, wenn diese Partei an die **Regierung** kommt.

Im Jahre 1848 wurde in London ein später sehr berühmt gewordenes Manifest veröffentlicht: das "**Kommunistische** Manifest". Es war das **politische** Programm des kurz zuvor gegründeten „Bundes der Kommunisten“. Geschrieben haben es die Deutschen Karl Marx und Friedrich Engels.

## Manipulation

Wenn ich will, dass andere Menschen etwas ganz Bestimmtes tun, versuche ich, sie so zu beeinflussen, dass sie nach meinem Willen handeln. Wenn die anderen Menschen das nicht merken oder es vielleicht eigentlich auch gar nicht wollen, dann manipulierte ich sie. In der **Werbung** wird zum Beispiel oft Manipulation betrieben. Da heißt es dann zum Beispiel, dass das Waschmittel W weißer wäscht oder das Auto A schneller fährt. Und wenn der Fernsehzuschauer diese Reklame oft genug sieht, glaubt er es vielleicht und kauft dann das Waschmittel oder das Auto, ohne die angepriesenen Eigenschaften wirklich überprüft zu haben. Die Menschen können auf ganz unterschiedliche Weise manipuliert werden: Es können zum Beispiel falsche Dinge erzählt werden. Wenn also jemand sagt, dass eine bestimmte Eisdiele nur schlechtes Eis verkauft, dann kaufen die Leute dort nicht mehr. Oder man erzählt nicht die ganze Wahrheit: So werden manchmal in der **Presse** einige **Politiker oder Politikerinnen (-> Politik)** immer nur sehr gut dargestellt, andere kommen ganz schlecht weg. Dahinter steckt meistens der Wunsch, die Leser in eine ganz bestimmte Richtung zu beeinflussen.

## Massenvernichtungswaffen

Als "Massenvernichtungswaffen" bezeichnet man bestimmte militärische Waffen oder Kampfstoffe. Wenn diese Waffen eingesetzt werden, können Hunderte, Tausende oder sogar Hunderttausende von Menschen sterben. Als die USA 1945 im **Krieg** gegen Japan über Hiroshima zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit eine Atombombe abwarfen, starben innerhalb von wenigen Stunden fast 200.000 Menschen. Massenvernichtungswaffen werden auch ABC-Waffen genannt. Das "A" steht für Atomwaffen. Das "B" steht für bakteriologische Waffen. Schlimme Krankheitserreger (Bakterien) können von Flugzeugen oder Raketen aus versprüht werden. Die Menschen, die damit in Berührung kommen, erkrankten an Pest, Cholera, Typhus, Milzbrand und anderen schrecklichen Seuchen. Das "C" steht für chemische Waffen. Granaten, Raketen oder Flugzeuge werden mit chemischen Mitteln, zum Beispiel mit Nervengasen, ausgerüstet, die dann versprüht werden. Viele Menschen werden dadurch getötet oder lebensgefährlich verletzt. Die **UNO** ist seit Jahren bemüht, die Länder, die im Besitz dieser Massenvernichtungswaffen sind, durch

# M

Verhandlungen, Verträge und **Konventionen** dazu zu bringen, diese nicht einzusetzen oder sie wieder zu vernichten.

## Materialismus

Dieser Begriff ist vom lateinischen Begriff "materia" abgeleitet, was auf Deutsch "Stoff" und "Material" heißt. Oft bezeichnet man mit "Materialismus" eine Lebenseinstellung, in der Geld, Wertgegenstände, hohes Einkommen, Statussymbole wie Autos und teure Kleidung wichtiger sind als alles andere. Materialistisch eingestellte Menschen unternehmen fast alles, um ihren Besitz zu vermehren.

Die philosophische Lehre des Materialismus geht davon aus, dass alles, was wir sehen und anfassen können, Materie ist oder mit Materie zu tun hat. Dazu gehören auch alle geistigen Vorgänge wie Denken und Fühlen.

## Mausoleum

Der persische König Mausolos starb im Jahre 353 vor Christi Geburt. Man errichtete ihm ein 50 Meter hohes, weithin sichtbares Grabmal in der Stadt Halikarnassos. Es galt im Altertum als eines der sieben Weltwunder. Später wurde es durch ein **Erdbeben (-> Naturkatastrophe)** zerstört. Der Name Mausoleum aber blieb bestehen. Darunter versteht man einen mächtigen Grabbau, der meist für bedeutende Herrscher oder Persönlichkeiten errichtet wurde.

## Maut

Habt ihr schon einmal in den Ferien erlebt, dass eure Eltern zum Beispiel in Italien, Spanien oder Frankreich Gebühren für die Benutzung von Schnellstraßen und Autobahnen bezahlt haben? In Österreich kauft man ein kleines Schildchen (eine "Vignette"), das auf die Windschutzscheibe des Autos geklebt wird. Damit darf man dann die Autobahnen für die Zeit benutzen, für die man die Gebühr entrichtet hat. In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** müssen LKW eine Mautgebühr zahlen, wenn sie Autobahnen benutzen. Viele Länder lassen sich die Benutzung bestimmter Straßen, manchmal auch Brücken und Tunnel bezahlen. Das Wort "Maut" stammt aus dem Gotischen ("mota") und bedeutet **Zoll**, "Abgabe" oder "Wegegeld".

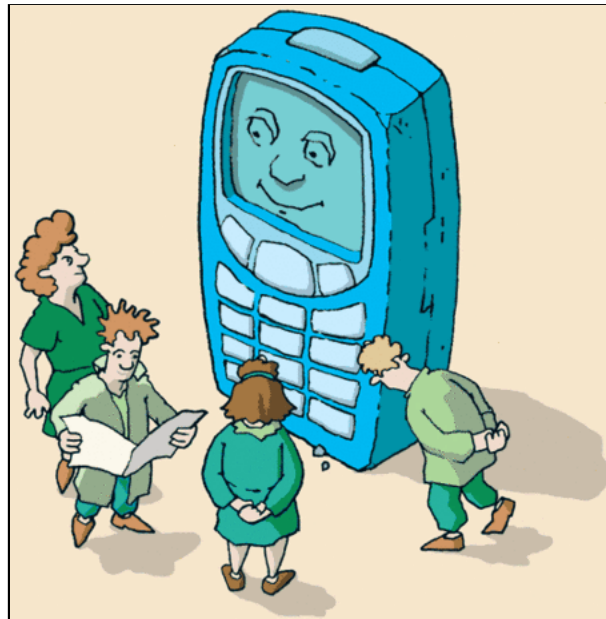
## Mediation

Das lateinische Wort "Mediation" heißt auf Deutsch "Vermittlung". Normalerweise versuchen wir, unsere **Konflikte** selber zu lösen. Aber manchmal haben sich Menschen derart zerstritten, dass ein ruhiges und sinnvolles Gespräch nicht mehr möglich ist. In diesem Fall kann man einen so genannten Mediator bitten, in dem Streit zu vermitteln. Mediator kann zum Beispiel eine Lehrerin oder ein Psychologe sein oder auch ein Schüler, dessen Aufgabe es ist, Streit zu schlichten. Wichtig ist, dass der Mediator oder die Mediatorin unparteiisch ist und beide Konfliktparteien dieser Person vertrauen. Denn nur so kann eine Lösung gefunden werden, die beide Seiten zufriedenstellt. Das Ziel solcher Vermittlungsgespräche ist nicht nur, den Streit zu schlichten. Es soll auch Verständnis dafür geweckt werden, warum jemand etwas getan oder gesagt hat, was zu dem Streit geführt hat. Im besten Fall führt Mediation auch dazu, dass in Zukunft weniger Konflikte auftreten.

# M

## Medien

Wenn wir fernsehen, Radio hören, uns in der Bibliothek ein Buch ausleihen oder **Zeitung** lesen, nutzen wir Medien. Wenn wir durchs Internet surfen, sind wir mit anderen Computern in der Welt verbunden und nutzen die elektronischen Medien. Medien (das Wort kommt vom lateinischen "medium" und bedeutet so viel wie "Vermittler") sind also Mittel oder bestimmte Verfahren, mit denen **Nachrichten** und Informationen verbreitet werden, auch Bilder und Filme. Man kann sich durch Medien weiterbilden, sich informieren, Ideen austauschen oder sich einfach unterhalten. Und weil sehr viele Menschen das beim Fernsehen oder Zeitungslesen tun, nennt man solche Medien auch "Massenmedien". Diejenigen, denen solche Medien gehören, etwa eine Fernsehstation oder ein Verlagshaus, erreichen sehr viele Menschen und haben also viele Möglichkeiten, die Meinung dieser Menschen zu beeinflussen. Deshalb ist es sinnvoll, sich in möglichst verschiedenen Medien zu informieren.



© Stefan Eling

## Mehrheitsprinzip

Bei einer Abstimmung – ob in der Schule bei der **Wahl** der Klassensprecherin oder bei der Wahl für ein **Bürgermeisteramt** (-> **Bürgermeister/in**) – wird nach dem **Mehrheitswahlrecht** entschieden. Es gibt unterschiedliche Mehrheiten. Man unterscheidet zwischen absoluter und relativer (auch einfacher) Mehrheit. Außerdem gibt es den Begriff der "qualifizierten Mehrheit".

Die absolute Mehrheit ist dann erreicht, wenn eine Person oder eine **Partei** mehr als die Hälfte aller Stimmen bekommt.

Beispiel: Es gibt 100 abgegebene Stimmen. Auf Hannah entfallen 60, auf Udo 25, auf Max 15 Stimmen. Hannah hat die absolute Mehrheit.

Die relative Mehrheit ist dann erreicht, wenn eine Person oder Partei die meisten Stimmen bei einer Wahl erreicht, aber nicht mehr als die Hälfte aller Stimmen.

Beispiel: Es gibt 100 abgegebene Stimmen. Auf Udo fallen 45, auf Hannah 35, auf Max 20 Stimmen. Udo hat die relative Mehrheit.

Bei manchen Abstimmungen im **Parlament** muss eine so genannte qualifizierte Mehrheit erreicht werden. Das heißt, es muss entweder mehr als die Hälfte der Stimmen erreicht werden, manchmal auch eine Zweidrittel-Mehrheit oder eine Drei-Viertel-Mehrheit aller Stimmen.

Diese unterschiedlichen Mehrheiten sind in einer **Demokratie** sehr wichtig. Es ist das Mehrheitsprinzip, nach dem oftmals Entscheidungen getroffen werden: Bei Abstimmungen und Wahlen setzt sich der Wille der Mehrheit gegenüber der **Minderheit** durch. Und die Entscheidung ist dann für alle gültig. Der Klassensprecher spricht eben auch für diejenigen, die ihn nicht gewählt haben. Und ein **Gesetz** hält man ein, auch wenn man nicht unbedingt dafür war.

# M

## Mehrheitswahlrecht

Beim Mehrheitswahlrecht wird derjenige gewählt, der die erforderliche **Mehrheit (-> Mehrheitsprinzip)** der Stimmen erhalten hat. Beim Mehrheitswahlrecht kann immer nur einer gewinnen. Alle Stimmen, die nicht für den Sieger abgegeben wurden, werden nicht gezählt, fallen sozusagen unter den Tisch.

Dieses Mehrheitswahlrecht wird in manchen Ländern auch bei **Wahlen** zum **Parlament** angewandt. Dann gilt, wie im Klassensprecher-Beispiel: Derjenige Kandidat oder diejenige **Kandidatin**, welche die meisten Stimmen in ihrem Wahlkreis bekommen hat, ist gewählt. Sie erhält auf diese Weise ein so genanntes Direktmandat. Sie ist dann für eine gewisse Zeit Vertreterin ihres Wahlkreises im Parlament. Das **relative Mehrheitswahlrecht (-> Mehrheitsprinzip)** wird zum Beispiel bei den Parlamentswahlen in den USA und in Großbritannien, das absolute Mehrheitswahlrecht in Frankreich und in Australien angewandt. In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** gibt es bei den Wahlen zum **Deutschen Bundestag** eine Mischung aus Mehrheitswahlrecht und **Landesliste / Reserveliste (-> Landesliste / Reserveliste)**.

## Mehrwertsteuer / Umsatzsteuer

Die Mehrwertsteuer, sie wird auch als "Umsatzsteuer" bezeichnet, ist eine so genannte Verbrauchssteuer. Die Regelungen zur Mehrwertsteuer sind ziemlich kompliziert. Daher erklären wir das Prinzip mit Hilfe eines einfachen Beispiels: Der Unternehmer Schulze stellt in seiner Firma Hemden her. Für die Stoffe, die er dafür einkauft, muss er dem **Staat (-> Staat) Steuern** zahlen. Dies ist die so genannte Umsatzsteuer. Der Großhändler, der die Hemden an die einzelnen Geschäfte liefert, zahlt auch die Umsatzsteuer. Das tut auch der kleine Laden oder das Kaufhaus, in dem wir die Schulze-Hemden kaufen. Auch wir, die Käufer, müssen diese Steuern zahlen, dadurch wird das Schulze-Hemd teurer. Anders als der Unternehmer, der Großhändler oder der Ladenbesitzer, die die Umsatzsteuer vom Finanzamt zurückerhalten (dies hat steuerrechtliche Gründe), müssen die Käufer und Käuferinnen die Mehrwertsteuer zusätzlich zum eigentlichen Preis zahlen. Sie erhalten sie nicht vom Finanzamt zurück. Nicht nur dieses Hemd, sondern alle Güter, die wir täglich kaufen und verbrauchen, werden um den Prozentsatz der Mehrwertsteuer teurer. Wir sehen es übrigens auf den Quittungen an der Kasse, wie hoch die Steuer ist. Da sieht man die Abkürzung "Mwst". In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** beträgt sie auf die meisten Güter 19 Prozent vom Nettopreis. Bei bestimmten Produkten, zum Beispiel bei Büchern oder Lebensmitteln, beträgt die Mehrwertsteuer 7 Prozent.

Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer stehen nach einem bestimmten Verteilerschlüssel dem **Bund**, den Bundesländern oder den **Gemeinden** zu. Nach der Lohn- und Einkommenssteuer, die jeder arbeitende Bürger bezahlen muss, ist die Mehrwertsteuer eine der wichtigsten Einkommensquellen des Staates. In den Ländern der Europäischen Union ist die Mehrwertsteuer unterschiedlich hoch. Sie reicht von 15 bis 25 Prozent.

## Meinungsforschung / Marktforschung (Demoskopie)

In diesem Namen steckt schon die Bedeutung: Es wird Meinung erforscht. Für Meinungsforschung wird auch das griechische Wort „Demoskopie“ gebraucht. Diejenigen, die das machen, sind Meinungsforschungsinstitute oder Institute für Demoskopie. Sie bekommen zum Beispiel von einer Waschmittelfirma den Auftrag zu testen, ob die Kunden ein neues Produkt gut finden. Das Institut stellt dann einen Katalog von Fragen zusammen und legt ihn bestimmten Personen vor. In diesem Falle vielleicht Hausfrauen, weil man annimmt, dass es die Hausfrauen sind, die die Waschmittel einkaufen. So will ein Meinungsforscher herausbekommen, ob es sich lohnt, ein neues Waschmittel auf den Markt zu bringen. In einem solchen Falle wird die Meinungsforschung „Marktforschung“ genannt.

# M

Vor **Wahlen** werden Menschen besonders häufig nach ihrer Meinung befragt. Im Auftrag von **Zeitungen**, Fernsehstationen oder **Parteien** werden Personen entweder nach dem Zufallsprinzip ausgesucht oder nach Alter, Beruf, Geschlecht, Wohnort usw. Sie werden gefragt, welche Partei sie wählen wollen oder was ihnen an der Politik nicht gefällt. Eine beliebte Frage ist auch, welcher **Politiker** nach ihrer Einschätzung seine Sache am besten und welcher sie am schlechtesten macht. Nach Auswertung der Antworten ergibt sich ein Bild, wie die Wahl insgesamt ausgehen könnte. Für die Parteien und Politiker sind die Ergebnisse wichtig, denn sie können ihren **Wahlkampf** vielleicht noch entsprechend ändern, um die Wahl zu gewinnen.

## Merkantilismus

Im Zeitalter des **Absolutismus**, also zwischen dem 16. und dem 18. Jahrhundert, änderten sich die Bedürfnisse der Herrscher: es mussten jetzt Wege gefunden werden, um das neu gegründete stehende **Heer (-> Bundeswehr)**, die anwachsende Zahl an **Beamten** und die repräsentativen Paläste zu bezahlen. Deshalb versuchten die Herrscher, mit immer neuen **Gesetzen** stärker auf die **Wirtschaft** Einfluss zu nehmen. Diese Art **Wirtschaftspolitik** wurde Merkantilismus genannt (abgeleitet vom lateinischen Wort "mercari", das heißt "Handel treiben"). Die Herrscher wollten die Wirtschaftskraft ihrer Länder stärken. Dafür sollten viele Waren an das Ausland verkauft und möglichst wenige Waren im Ausland eingekauft werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, wurden besonders hohe Zölle auf Importwaren, also Güter, die ins Land hinein kamen, erhoben. Damit die Wirtschaft besser funktionierte, wurden einheitliche Maße bei Münzen und Gewichten eingeführt.

Einer der berühmtesten Vertreter des Merkantilismus war der französische Finanzminister Jean Baptist Colbert. Er führte zum ersten Mal in der Geschichte den **Staatshaushalt** ein, der über die Einnahmen und Ausgaben Frankreichs Buch führte.

In manchen Ländern wurde zwar, wie etwa in Frankreich, der Handel und das **Gewerbe** sehr gefördert, gleichzeitig wurde aber die Landwirtschaft stark vernachlässigt. Jedes Land entwickelte eine besondere Form dieses Merkantilismus. So wurde in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** besonderer Wert auf eine starke Finanzkraft und die Erhöhung der Bevölkerungszahl gelegt.

Für Experten: In der Fachsprache heißt der deutsche Merkantilismus „Kameralismus“.

## Migration

In den vergangenen Jahrhunderten haben sich immer wieder kleinere oder größere Gruppen von Menschen oder ganze Völker auf eine Wanderung begeben. Die Gründe waren und sind vielfältig. Manche Menschen wurden oder werden aus religiösen oder **politischen** Motiven verfolgt, manche sehen für sich und ihre Kinder keine Zukunft mehr dort, wo sie leben. Heute etwa ziehen bei uns in einigen Teilen Deutschlands Menschen vom Land in die Stadt, weil sie dort eher eine Arbeit finden können. Auch kommen Menschen aus anderen Ländern zu uns, weil es ihnen in ihrer Heimat schlecht ergangen ist. In der Zeit des **Nationalsozialismus** haben viele Menschen **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** verlassen, sind ins **Exil** gegangen, weil sie um ihr Leben fürchten mussten. Der Oberbegriff für alle diese Wanderungen ist Migration. "Migrare" heißt auf Lateinisch "wandern", "sich bewegen". Man kann noch genauere Unterscheidungen treffen: "Immigration" bedeutet "Einwanderung", mit "**Emigration**" ist "Auswanderung" gemeint.

Naturforscher benutzen den Begriff "Migration" ebenfalls. So spricht man beim Vogelzug im Frühjahr und Herbst von "periodischer Migration", also zeitweiliger Wanderung.

# M

## Minderheit

Wenn ihr euch in eurer Klasse oder in eurer Straße umseht, werdet ihr vermutlich auf jemanden treffen, der einer Minderheit angehört. Das kann ein Mitschüler mit dunkler Hautfarbe sein oder eine **Familie** im Nachbarhaus, die aus einem fremden Land stammt und einer anderen **Religion** angehört. In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** wie auch in vielen anderen **Staaten** der Welt leben zahlreiche Menschen anderer Herkunft, Hautfarbe, **Kultur** und Religion. Sie alle bilden eine Minderheit im Vergleich zur **Mehrheit** der Bevölkerung ihrer Gastländer. Als Minderheiten können aber auch deutsche Mitbürger und Mitbürgerinnen gelten, die sich zum Beispiel durch ihr Verhalten von der Mehrzahl der Menschen unterscheiden.

Im **nationalsozialistischen** Deutschland wurden **Juden, Sinti und Roma (-> Nationale Minderheit)** und andere Minderheiten systematisch verfolgt und im **Holocaust** vernichtet. Im Laufe der Geschichte wurden oftmals auch die ursprünglichen Bewohner eines Landes als Minderheiten verfolgt. So haben beispielsweise die weißen Einwanderer die so genannten Indianer Nordamerikas oder die australischen Aborigines unterdrückt. In Südafrika wurde jahrzehntelang die farbige Bevölkerung von der Minderheit der Weißen unterdrückt und ihrer Rechte beraubt. (Dieses Unterdrückungssystem nannte man Apartheid).

Die Unterdrückung einer Minderheit durch die Mehrheit widerspricht den Grundsätzen der Demokratie. In modernen **demokratischen** Staaten haben alle Menschen die gleichen Rechte. Alle Menschen sollen die Möglichkeit haben so zu leben, wie sie es gerne möchten, unabhängig davon, ob sie die Mehrheit in einem Land bilden oder nicht. Dabei gilt für die Mehrheit wie für die Minderheit, dass sie sich an die **Gesetze** des Landes halten müssen.

Auch in der **Politik** gibt es den Begriff "Minderheit", den haben wir beim Stichwort "**Minderheitsregierung**" erklärt.

## Minderheitsregierung

Normalerweise wird eine **Regierung** aus den Mitgliedern einer oder mehrerer **Parteien** gebildet. Diese Regierung wird von der **Mehrheit (-> Mehrheitsprinzip)** der **Abgeordneten** im **Parlament** unterstützt. Diese Mehrheit ist wichtig, damit die Regierung ohne größere Probleme **Gesetze** beschließen und auch andere Vorhaben durchsetzen kann.

Es kann aber auch sein, dass die Partei oder die Parteien, welche die Regierung bilden, keine Mehrheit im Parlament haben. Dies kommt beispielsweise in skandinavischen Ländern öfters vor. Dann gibt es eine so genannte Minderheitsregierung. Eine solche Regierung braucht bei Abstimmungen die Unterstützung von anderen Parteien im Parlament. Denn Gesetze können nur beschlossen werden, wenn es dafür eine Mehrheit gibt. Eine Minderheitsregierung muss also von anderen Parteien im Parlament geduldet werden, sonst würde sie rasch scheitern. Daher hat eine Minderheitsregierung meist nur wenig Spielraum, wenn sie ihre Vorhaben im Parlament durchbringen will. Sie ist immer auf **Kompromisse** mit den anderen Parteien angewiesen. Eine Minderheitsregierung kann sehr schnell durch ein **Misstrauensvotum** gestürzt werden.

# M

## Mindestlohn

Der Mindestlohn ist die Untergrenze eines Lohns, der nicht unterschritten werden darf, damit die Lebensgrundlage der Arbeiter und Arbeiterinnen gesichert ist. Die Höhe des Mindestlohns wird entweder durch den **Staat** oder durch einen Gesamtarbeitsvertrag (zum Beispiel für die gesamte Metallindustrie) festgelegt. In vielen Ländern der Europäischen Union (beispielsweise in Frankreich, Spanien und Belgien) gibt es einen **gesetzlich** festgelegten Mindestlohn, der aber von Land zu Land unterschiedlich ist, weil in den einzelnen Ländern die Kosten für die Lebenshaltung nicht gleich sind. In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** gibt es keine gesetzlich festgelegten Mindestlöhne. Allerdings hat der **Bundesminister (-> Minister/in)** für **Wirtschaft** und Arbeit 2003 einen tariflichen Mindestlohn für die Bauindustrie eingeführt, damit keine Arbeitsplätze durch so genanntes Lohndumping (besonders niedrige Löhne) verloren gehen. Das "Arbeitnehmer-Entsendegesetz" besagt, dass diese tariflich festgesetzten Mindestlöhne auch für **ausländische (-> Ausländer/in)** Bauarbeiter gelten, die zeitweise auf deutschen Baustellen arbeiten.

## Minister/in

Diese Männer und Frauen gehören zu einer **Regierung**. Sie werden vom Bundeskanzler oder der **Bundeskanzlerin** vorgeschlagen und vom Bundespräsidenten zu Ministern oder Ministerinnen ernannt. Danach leiten sie ein **Ressort (-> Ressort)**, ein Ministerium, das für bestimmte Aufgaben zuständig ist. So kümmert sich zum Beispiel das Familienministerium um vieles, was mit den **Familien (-> Familie / Familienpolitik)** zu tun hat, und das Außenministerium kümmert sich um die Beziehungen zu anderen **Staaten**. Manchmal tritt ein Minister oder eine Ministerin zurück, weil er oder sie etwas falsch gemacht hat oder mit der **Politik** des Bundeskanzlers oder der Bundeskanzlerin nicht einverstanden ist.

## Ministerpräsident/in

Das ist in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** die Bezeichnung für die Regierungschefs der Bundesländer. Ausnahmen sind Hamburg und Bremen. Dort heißen die Chefs der Regierung „Erster Bürgermeister“. In Berlin heißt der Regierungschef „Regierender Bürgermeister“. In einigen **Staaten** ist „Ministerpräsident“ die Bezeichnung für den Regierungschef, so zum Beispiel in Italien, Irland oder Polen. Bei uns, wie übrigens auch in unserem Nachbarland Österreich, heißt der Chef der **Bundesregierung (-> Regierung)** „Bundeskanzler“ oder "**Bundeskanzlerin**".

## Mission

Eine Person oder eine Personengruppe, die mit einer Sendung, einem Auftrag oder einer besonderen Vollmacht ausgestattet ist, hat eine Mission (der Begriff kommt vom lateinischen Wort „missio“) zu erledigen. Das kann die Arbeit der **Botschaft** eines Landes im Ausland sein. Man spricht auch von "Missionen", die zur Erledigung besonderer Aufgaben in ein anderes Land geschickt werden. So gibt es zum Beispiel Handels- oder Militärmissionen, die im Ausland tätig sind. Manchmal sind Menschen auch in „geheimer Mission“ unterwegs, zum Beispiel wenn es um **Spionage** und Agententätigkeit geht. Im Christentum bedeutet „Mission“ die Verkündung der **christlichen** Botschaft unter Nichtchristen, um die **Religion** zu verkünden und neue Anhänger zu gewinnen. Die Verbreiter der christlichen Lehre sind Missionare. Der Apostel Paulus, so heißt es, war in der Geschichte der christlichen Religion der erste Missionar, als er den neuen Glauben vor



# M

etwa 2000 Jahren im Römischen Reich verbreitete.

Neben dem Christentum sind der **Islam** und der **Buddhismus** die wichtigsten missionarischen Weltreligionen.

## Misstrauensvotum

Wenn das **Parlament (-> Parlament)** der Meinung ist, dass die **Regierung (-> Regierung)**, ihr Chef oder einzelne **Ministerinnen (-> Minister/in)** oder Minister ihre Arbeit nicht mehr gut oder nicht richtig machen, kann die Volksvertretung dem Regierungschef oder einem Regierungsmitglied das Vertrauen entziehen. Dies kann die **Mehrheit (-> Mehrheitsprinzip)** der **Abgeordneten** durch eine Abstimmung entscheiden. Das Parlament spricht dann in einem Votum (das Wort kommt aus dem Lateinischen und bedeutet „**Urteil (-> Gericht)**“, „Gutachten“, „Stimme“) das Misstrauen aus. Die ganze Regierung oder einzelne Mitglieder müssen in einem solchen Fall zurücktreten. Ein solches Misstrauensvotum gibt es nicht in allen **Staaten**, sondern nur in solchen mit einem parlamentarischen Regierungssystem.

In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** ist im **Grundgesetz** in Artikel 67 nur das so genannte konstruktive Misstrauensvotum vorgesehen. Das Misstrauen kann in Deutschland auch nur dem **Bundeskanzler**, nicht einzelnen Ministern ausgesprochen werden. Wenn das Misstrauensvotum im **Bundestag (-> Deutscher Bundestag)** eine Mehrheit erhält, muss der Bundespräsident den Bundeskanzler entlassen und damit auch die gesamte Regierung.

Warum aber heißt das Misstrauensvotum „konstruktiv“, also „aufbauend“? In Deutschland ist es nicht möglich, den Regierungschef einfach abzuwählen. Es muss **gleichzeitig** auch ein neuer Bundeskanzler gewählt werden, der dann eine neue Regierung bildet. Die Abwahl und die Neuwahl erfolgen übrigens in ein- und derselben Abstimmung. Damit soll verhindert werden, dass zwischen zwei Abstimmungen eine Zeit liegt, in der es keine Regierung gibt.

## Mitbestimmung

Ihr wählt einen Klassensprecher, der in der Schülermitverwaltung eurer Schule eure Interessen vertritt. Eure Eltern wählen ebenfalls Vertreter, die in der Elternversammlung und Schulkonferenz dabei sind. So kann man dann bei bestimmten Entscheidungen der Schulleitung mitreden und mitbestimmen: Ob es zum Beispiel in einigen Fächern häufiger Projektarbeit geben wird oder die Sporthalle nachmittags geöffnet bleibt. Auch Arbeiter und Angestellte wählen ihre Vertreter und Vertreterinnen in so genannte Betriebs- oder Personalräte. Diese vertreten die Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gegenüber der Leitung einer Firma oder einer Behörde. Da geht es dann um Entlassung oder Einstellung von Mitarbeitern, um Arbeitsbedingungen, Urlaubspläne und vieles mehr. Die Leitung hat die Pflicht, die Vertreter der Arbeiter und Angestellten anzuhören und ihnen bei wichtigen Entscheidungen ein Mitspracherecht zu geben. Schon vor über 150 Jahren, als die ersten Industriebetriebe eingerichtet wurden, tauchte der Begriff "Mitbestimmung" der Arbeiter zum ersten Mal auf. Inzwischen gibt es ein so genanntes **Betriebsverfassungsgesetz**. Dieses regelt genau, wie viele Vertreter der Arbeiter und Angestellten in die Betriebs- und Personalräte gewählt werden dürfen (dies hängt von der Größe der Firma ab) und bei welchen Entscheidungen diese Vertreter gefragt werden müssen.

# M

## Mobilmachung

Von „Mobilmachung“ wird gesprochen, wenn ein **Krieg** kurz bevorsteht. Nicht nur die **Soldaten (-> Streitkräfte / Armee)** werden in Bereitschaft oder in Bewegung gesetzt, um jeden Augenblick angreifen oder sich verteidigen zu können. Auch diejenigen, die früher einmal Soldaten waren, inzwischen aber andere Berufe haben, werden wieder Soldaten. „Mobil“ kommt übrigens aus dem Lateinischen und bedeutet so viel wie „beweglich“. In unserer Alltagssprache kennt ihr zum Beispiel den Ausdruck „alle Kräfte mobilisieren“, um etwas zu erreichen. Und was ein Mobile ist, dessen einzelne Teile vom leichten Luftstrom ständig hin- und herbewegt werden, wisst ihr sicher auch.

## Monarchie

„Monarchie“ bezeichnet eine bestimmte Staatsform. Das Wort kommt aus dem Griechischen und bedeutet „Alleinherrschaft“. Im Gegensatz zur **Republik** übt in einer Monarchie eine einzelne Person, der Monarch oder die Monarchin, die Herrschaft aus. Das Recht zu **regieren** wird oft innerhalb der **Familie** weitervererbt (dies heißt dann „Erbmonarchie“). Zum Beispiel ist Queen Elizabeth von England eine Monarchin oder König Juan Carlos von Spanien ein Monarch. In diesen beiden Ländern (wie auch in vielen anderen, in denen es heute noch Königinnen, Könige oder Fürsten gibt) kann die Königin oder der König aber keineswegs alles alleine entscheiden. Vom **Volk** gewählte **Parlamente (-> Parlament)** und **demokratische** Regierungen machen in der heutigen Zeit die **Gesetze** und bestimmen die Richtung der **Politik**. Die Monarchen, also zum Beispiel die Queen, stimmen sich zwar mit ihnen ab, haben aber vorwiegend nur noch die Aufgabe, Gesetze zu unterzeichnen, **Minister und Ministerinnen** zu ernennen und den **Staat** bei offiziellen Anlässen zu repräsentieren. Dies nennt man „parlamentarische Monarchie“ oder auch „konstitutionelle Monarchie“. Das besagt, dass die Stellung und die Aufgaben des Königs in einer **Verfassung** festgelegt werden (der lateinische Begriff „constitutio“ heißt „Verfassung“). In früheren Jahrhunderten waren Pharaonen, Kaiser, Könige und Fürsten oder auch Priester wirklich die Alleinherrschenden über ihr Volk, ohne dass ihnen jemand reinreden durfte. Ihre Machtbefugnis war total, man nannte das eine „absolute Monarchie“.

## Monopol

Aus dem Griechischen übersetzt heißt das Wort „Vorrecht“, „alleiniger Anspruch“ und „Alleinverkauf“. Von einem „Monopol“ spricht man also, wenn eine Person, ein Händler, ein Unternehmen oder Hersteller als alleiniger Verkäufer einer Ware oder einer Dienstleistung auftritt. Der Verkäufer hat dann ein Monopol. Damit verfügt der Alleinverkäufer über eine große Macht. Warum?

Nehmen wir an, es gäbe im ganzen Land nur eine Firma, die Fahrräder verkauft oder nur ein einziges Taxiunternehmen. Beide könnten, ohne die **Konkurrenz (-> Wettbewerb / Konkurrenz)** zu fürchten, die Preise bestimmen. Weil die Gefahr besteht, dass eine solche Monopolstellung ausgenutzt wird, gibt es in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** **gesetzliche** Bestimmungen dagegen.

Man unterscheidet verschiedene Arten von Monopolen. Beim „Staatsmonopol“ hat nur der Staat das Recht, bestimmte Waren herzustellen oder bestimmte **Dienstleistungen** zu verkaufen. Bis vor wenigen Jahren waren in Deutschland zum Beispiel die Post und die Eisenbahn **staatliche** Monopol-Unternehmen. Von einem „natürlichen Monopol“ spricht man, wenn **Rohstoffe (-> Energiepolitik)** wie beispielsweise Gold oder Uran nur in bestimmten Ländern zu finden sind. Ein „rechtliches Monopol“ hat jemand, wenn er ein **Patent** auf eine Erfindung hat, so dass niemand sonst die Sache herstellen und verkaufen darf.

Und dann gibt es noch das „**Gewaltmonopol**“ des Staates. Damit ist gemeint, dass nur der Staat, beispielsweise durch die **Polizei**, Gewalt ausüben darf.

# N

## Nachhaltigkeit

Der Begriff "Nachhaltigkeit" stammt ursprünglich aus der Forstwirtschaft des 17. Jahrhunderts. Er bedeutet, dass man nicht mehr ernten soll, als in der Natur nachwachsen kann. Am Mittelmeer zum Beispiel sind ganze Regionen ohne Wald, weil man in den letzten 2000 Jahren das Holz zum Schiffsbau und zum Heizen völlig verbraucht hat. Der Regen hat dann den ungeschützten Waldboden weggeschwemmt und nur noch Felsen hinterlassen, auf denen man nichts mehr anpflanzen kann. Heutzutage versteht man unter Nachhaltigkeit, dass auf die nachfolgenden Generationen, also auf unsere Nachkommen, mehr Rücksicht genommen wird. Auch sie brauchen **Rohstoffe (-> Energiepolitik)** und Bodenschätze wie zum Beispiel Holz, Wasser, Erdöl, Kohle. Es gilt also immer noch der Leitsatz, dass wir nicht mehr ernten dürfen, als nachwachsen kann. Aber wir müssen auch dafür sorgen, dass unsere **Umwelt** nicht durch Fabrikabgase, Schmutzwasser oder Gifte geschädigt wird. Denn kranke Bäume zum Beispiel wachsen nicht so gut wie gesunde oder sterben ganz ab. Mittlerweile treffen sich **Politiker** aus der ganzen Welt, um zu beraten, wie man die Natur am besten schützen kann, damit die Lebensgrundlage für uns und unsere Nachkommen erhalten bleibt. Auch jeder von uns ist zum Mittun aufgerufen. Die **UNO** hat die Jahre 2005-2014 deshalb zum Jahrzehnt der "**Bildung für nachhaltige Entwicklung**" ausgerufen.

## Nachrichten

Fast alle Sender im Hörfunk und Fernsehen bieten eine regelmäßige Sendung an: Zu bestimmten **Zeitungen**, im Hörfunk meist zur vollen Stunde, werden Informationen aus **Politik, Wirtschaft, Kultur**, Sport, Forschung und aus dem **gesellschaftlichen** Leben ausgestrahlt. Am Ende jeder Nachrichtensendung steht meist ein Wetterbericht und in den Hörfunknachrichten kommt für die Autofahrer der Verkehrshinweis. Auch in allen Zeitungen gibt es Nachrichten-Spalten. Im Gegensatz zu Berichten, Analysen oder Kommentaren sollten die Nachrichten nach Möglichkeit neutral, objektiv und kurz sein und sich dabei auf die wesentliche Information beschränken. Der Leser, Zuhörer oder Zuschauer soll bereits im ersten Satz wissen, worum es bei dieser Nachricht geht und wie sie einzuordnen ist. Die Redaktionen der Zeitungen und Medienanstalten suchen aus den vielen Nachrichten, die es in der Welt gibt, diejenigen aus, die sie für besonders wichtig halten.

## Nahostkonflikt

Den **politischen** und teilweise militärischen **Konflikt** im Nahen Osten zwischen Israel und den arabischen **Staaten (-> Staat)**, besonders zwischen Israel und den Palästinensern bezeichnet man als "Nahostkonflikt". Um die Ursachen dieses Konfliktes verstehen zu können, ist es notwendig, die geschichtlichen Hintergründe zu kennen:

Im Jahre 70 unserer Zeitrechnung, also vor bald 2000 Jahren, wurde der Staat der **Juden** in Palästina von den Römern zerstört. Seine Bewohner wurden in viele Teile der Welt zerstreut (**Diaspora**). Jahrhunderte lang wurden die Juden in sehr vielen Ländern, in denen sie lebten, als Außenseiter angesehen und häufig auch verfolgt. Daher wuchs in ihnen der Wunsch, wieder einen eigenen Staat in ihrem ursprünglichen Heimatland zu errichten. Die Bewohner Palästinas waren inzwischen jedoch nur noch wenige Juden, sondern in der Mehrzahl **Moslems (-> Islam)**, ein Teil von ihnen auch **Christen**. Sie sprachen arabisch, fühlten sich zur arabischen Welt gehörig. Als zu Beginn des 20. Jahrhunderts immer mehr jüdische Einwanderer nach Palästina kamen, wurde der Keim für den heutigen Nahostkonflikt gelegt. Großbritannien hatte nach dem **Ersten Weltkrieg** vom damaligen Völkerbund das **Mandat**, also den Auftrag erhalten, Palästina zu verwalten. Es genehmigte die Einwanderungen. Vor allem während des **Holocaust flohen (-> Flüchtling)** viele Juden vor dem **nationalsozialistischen Terror** nach Palästina. Als 1948 die britische Mandatszeit endete, wurde gegen den Willen der Palästinenser und der anderen arabischen Staaten der Staat Israel ausgerufen.

# N

Es kam zu fünf israelisch-arabischen **Kriegen**. Der Nahe Osten wurde zu einem internationalen Krisenherd. Viele Araber flohen aus Palästina, viele leben bis heute in Flüchtlingslagern. 1964 wurde die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) gegründet. Sie fordert seitdem die Errichtung eines eigenen Staates für die Palästinenser, den es aber bis heute nicht gibt. Mit einer Vielzahl von Verhandlungen und Verträgen zwischen Israel und den angrenzenden arabischen Staaten wurde versucht, die Spannungen im Nahen Osten zu mindern. 1994 und 1995 schlossen Israel und die PLO **Abkommen (-> Konvention)** über eine Teilselbstständigkeit der Palästinenser im Westjordanland und im Gazastreifen. Diese Abkommen stießen allerdings sowohl in Israel als auch in der palästinensischen Bevölkerung auf großen **Widerstand**. Er äußert sich nicht selten in gewaltsamen Anschlägen (Terror) auf Seiten der Palästinenser und militärischen Reaktionen der israelischen Streitkräfte. Immer wieder ist davon auch die Zivilbevölkerung betroffen. Bis heute wird – auch mit internationaler Beteiligung – um eine Lösung des Nahostkonflikts gerungen. Im Kern geht es um folgendes Problem: die Palästinenser fordern einen eigenen Staat, die Israelis fordern die Anerkennung des Staates Israel. Gibt es eine Lösung, so dass alle Menschen in dieser Region in **Frieden** leben können? Und wie könnte diese Lösung aussehen?

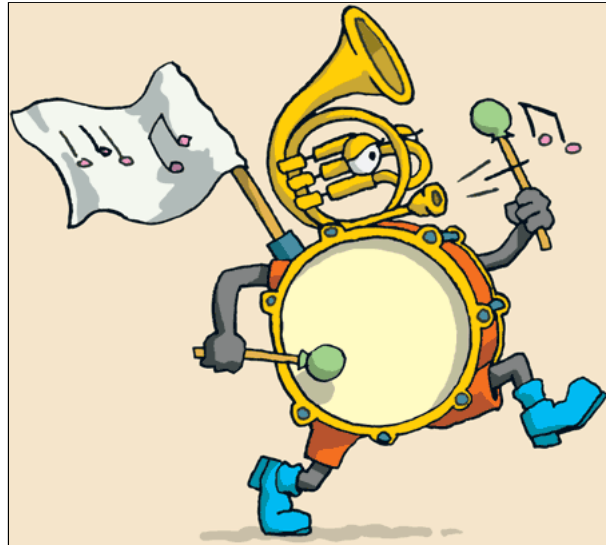
## Nationale Minderheit

In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** gibt es vier Volksgruppen, die als nationale **Minderheiten** anerkannt sind. Das sind die Sorben in Brandenburg und Sachsen, die Friesen in Schleswig-Holstein, die Dänen in Schleswig-Holstein und die Sinti und Roma. Dabei spielt es keine Rolle, ob eine Gruppe zum **Volk** eines Nachbarlandes gehört (wie die Dänen), in mehreren **Staaten** lebt (wie die Friesen in Deutschland und Holland oder die Sinti in Roma in verschiedenen Ländern) oder eine geschlossene Gruppe wie die Sorben in Deutschland bildet. Insgesamt gehören ungefähr 190 000 Menschen diesen nationalen Minderheiten an. Sie besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit, sprechen eine eigene Sprache und leben seit vielen Generationen in bestimmten Gebieten Deutschlands. Für die nationalen Minderheiten gilt – wie für alle deutschen Staatsbürger – das **Grundgesetz**. Zusätzlich haben sie aber auch noch besondere eigene Rechte. So ist zum Beispiel die Förderung der eigenen traditionellen Sprache zugesichert. Das Übereinkommen des Europarates über den Schutz und die Rechte der Nationalen Minderheiten hat Deutschland im Jahre 1997 unterzeichnet. Die **Bundesregierung (-> Regierung)** hat einen Beauftragten für die nationalen Minderheiten ernannt, der Ansprechpartner für diese Gruppen ist.

# N

## Nationalhymne

Fast alle **Staaten** dieser Welt haben eine Nationalhymne. Es handelt sich dabei meist um eine einfache Melodie, die als Ausdruck des National- oder Staatsbewusstseins empfunden wird. Die Nationalhymne wird bei feierlichen **politischen** oder sportlichen Anlässen gespielt und gesungen. Wenn ein deutscher Olympiasieger oder eine -siegerin auf dem Siebertreppchen steht, wird die **deutsche Nationalhymne** gespielt und der Text mitgesungen. Es handelt sich dabei um das "Lied der Deutschen", das 1841 von dem Dichter August Heinrich Hoffmann von Fallersleben gedichtet wurde.



© Stefan Eling

## Nationalismus

Der Begriff „**Nation (-> Volk / Nation)**“ heißt „**politische** Gemeinschaft“, das Wort „natio“ kommt aus dem Lateinischen und bedeutet „Geburt“, „Geschlecht“. Manchmal sagen Menschen, der Staat und die Nation, in der wir leben, sind viel besser als alle anderen; wir sind etwas Besonderes, wir haben eine bessere **Kultur** und Sprache als die anderen **Staaten** und auch die Geschichte unserer Nation ist einzigartig.

Man erhebt sich mit solchen übersteigerten Einschätzungen über alle anderen und setzt sich damit an die oberste Stelle. Eine solche Weltanschauung, die die eigene Nation überhöht, wird mit „**Nationalismus (-> Patriotismus)**“ bezeichnet. Dabei wird oft auf andere Völker herabgesehen, die Menschen anderer Nationen und ihre Kultur werden verachtet. Die Nationalisten sind blind und taub gegenüber den Interessen anderer Menschen. Oft treten sie aggressiv und drohend auf, denn sie haben nur die eigenen Interessen im Sinn und diese dürfen nicht in Frage gestellt werden. Ein stark überersteigter Nationalismus kann zu einer Gefahr für andere Staaten und Völker werden, wie es der **Nationalsozialismus** gezeigt hat.

## Nationalsozialismus

So bezeichnete sich eine **politische** Bewegung, die in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** nach dem **Ersten Weltkrieg**, der 1918 zu Ende war, entstand. Die Nationalsozialisten machten sich die Not der Menschen zunutze und verfolgten ihre undemokratischen Ziele mit großem **Fanatismus**. Die Bewegung errichtete 1933 eine **Diktatur** in Deutschland, das so genannte Dritte Reich. Es gab nur noch eine einzige **Partei**, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) mit ihrem "Führer" Adolf Hitler. Der Nationalsozialismus verfolgte noch stärker als der **Faschismus** in Italien extreme nationalistische, **antisemitische** (anti-jüdische), fremdenfeindliche Ziele. Fremde Länder sollten durch einen **Krieg** erobert werden, damit die Deutschen mehr "Lebensraum" bekommen würden. So wurde der **Zweite Weltkrieg** geführt. Er dauerte von 1939 bis 1945. Der Nationalsozialismus bezeichnete viele andere Völker gegenüber der "deutschen **Rasse (-> Rassismus)**" als minderwertig. Ihre Menschenverachtung zeigte die Diktatur vor allem in der fabrikmäßigen Tötung von Millionen wehrloser Opfer. Verfolgt

# N

und ermordet wurden politisch Andersdenkende, Homosexuelle, **Sinti und Roma (-> Nationale Minderheit)** und vor allem **Juden**, die Hitler und den Nationalsozialisten als Hauptfeind galten. Die Ausrottung der Juden wird als "**Holocaust**" bezeichnet; in Israel spricht man von der "Schoah". In so genannten **Konzentrationslagern (-> Konzentrationslager (KZ))**, riesigen Gefängnissen, wurden viele Menschen, die eine andere politische Meinung hatten oder einem anderen **Volk** angehörten, wie zum Beispiel die Sinti und Roma, eingesperrt. Oft hat man sie dort auch ermordet. Die Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten war 1945 zu Ende. Nie zuvor hatte es in der Geschichte der Menschen Verbrechen von einem solchen Ausmaß gegeben.

## NATO

NATO ist die Abkürzung für den englischen Begriff "North Atlantic Treaty Organization" und heißt auf Deutsch "Nordatlantikpakt". Es ist der Name eines **politisch**-militärischen Bündnisses, das wenige Jahre nach dem **Zweiten Weltkrieg** im April 1949 von den USA, Kanada und zehn europäischen **Staaten** gegründet wurde. Bei der Gründung des Paktes gab es ein wichtiges Ziel: Die **kommunistischen** Staaten sollten davon abgehalten werden, gegen die westlichen Staaten **Krieg** zu führen. Sie hatten sich 1955 unter der Führung der damaligen Sowjetunion im so genannten "Warschauer Pakt" zusammengeschlossen. Nach dem Ende des Warschauer Paktes 1991 änderten sich die Ziele der NATO. Der Einsatz für **Frieden** und **Freiheit** ist nun das wichtigste Ziel. Außerdem haben sich die NATO-Mitglieder verpflichtet, sich im Falle einer militärischen Bedrohung gegenseitig zu helfen. Mit den ehemaligen Mitgliedern des Warschauer Paktes wurde 1994 ein Vertrag "Partnerschaft für den Frieden" geschlossen. Immer mehr europäische Staaten, die früher dem Warschauer Pakt angehörten, sind inzwischen Mitglied der NATO geworden. Seit 1999 gehören auch Polen, Ungarn und die Tschechische Republik, seit März 2004 Estland, Lettland, Litauen, die Slowakei, Slowenien, Rumänien und Bulgarien zur NATO.

## Naturkatastrophe

Naturkatastrophen sind sehr heftige und ungewöhnliche Naturereignisse, die zu vielen Todesopfern, Verletzten und Obdachlosen führen. Auch werden häufig große Schäden in der Natur und an Gebäuden, Straßen, Schienen und anderen Bauwerken angerichtet. Oft können sich die Menschen nach einer solchen Katastrophe in den betroffenen Gebieten nicht mehr selbst helfen. Sie sind dann auf internationale Hilfe angewiesen.

Es gibt sehr unterschiedliche Arten von Naturkatastrophen: Überschwemmungen, Hochwasser, Erdbeben oder Vulkanausbrüche. Aber auch schwere Stürme, starker Regen, Schnee, Hagel und Lawinen sowie Dürre, Busch- und Steppenbrände können katastrophale Folgen haben.

Sehr gefährlich sind zumeist Erdbeben und Vulkanausbrüche. Sie können zu riesigen Wellen führen, den so genannten Tsunamis (das Wort kommt aus dem Japanischen und bedeutet „große Welle“). Der Tsunami am 26. Dezember 2004 in Südasiens und Afrika hat über 300.000 Menschen das Leben gekostet und in den Ländern furchtbare Schäden angerichtet. Die Riesenwelle wurde durch ein Seebeben, also ein Erdbeben unterhalb des Meeres, hervorgerufen.

Wie kommt es zu einer Naturkatastrophe? Wissenschaftler nennen dafür unterschiedliche Gründe: Es gibt Ursachen, die in der Natur selbst liegen und die man nicht beeinflussen kann. So ist das Seebeben in Südostasien dadurch ausgelöst worden, dass zwei riesige Platten im Erdinneren aneinander gestoßen sind und dabei unvorstellbare Energien freigesetzt haben. Aber auch das Verhalten der Menschen trägt dazu bei, dass Naturkatastrophen in den letzten Jahrzehnten häufiger auftreten - mit schlimmen Folgen für Mensch und Natur. Treibhausgase wie Kohlendioxid, die ein Nebenprodukt der industriellen Entwicklung sind, erwärmen das Erdklima, was vermutlich auch ein Grund für die Zunahme von Naturkatastrophen ist. Um die schlimmsten Auswirkungen für die Menschen zu mindern, ist es wichtig, Frühwarnsysteme einzurichten. Denn auch wenn

# N

wir Naturkatastrophen selbst nicht verhindern können, so kann doch vieles getan werden, damit die Folgen nicht zu schlimm sind.

## Negativwachstum

Was Wachstum ist, ist klar: Etwas dehnt sich aus, wird größer. Das kann ein Lebewesen sein, ein Mensch oder Tier, oder eine Pflanze, zum Beispiel ein Baum. Es kann auch das Konto sein, das wächst, oder die **Wirtschaft** des **Staates**, die jährlich um so und soviel Prozent wächst, weil mehr verdient und mehr verkauft wurde. Es ist aber auch möglich, dass die Einnahmen des Staates nicht wachsen, dass die Gewinne der Unternehmen weniger werden als im Jahr davor. Dann ist die Wirtschaft nicht gewachsen, sondern geschrumpft. Sie nimmt ab. Das ist das Gegenteil von Wachstum. Und wenn man das nicht so genau zugeben oder benennen will, erfindet man das Kunstwort „Negativwachstum“, das ja eigentlich ein Widerspruch in sich selbst ist.

## Neuwahlen / vorzeitige Neuwahlen

Von „Neuwahlen“ spricht man, wenn ein **Parlament**, also zum Beispiel der **Deutsche Bundestag**, neu gewählt wird. Normalerweise finden **Wahlen** zum Bundestag nach dem Ende der **Legislaturperiode** alle vier Jahre statt. Nur in Ausnahmefällen, wenn nämlich der Bundestag vorzeitig durch den Bundespräsidenten aufgelöst wird, können Neuwahlen auch zu einem früheren Zeitpunkt stattfinden. Man spricht dann oft von "vorgezogenen Neuwahlen".

Nach dem deutschen **Grundgesetz** kann der Bundestag selbst keine Neuwahlen beschließen. Auch der deutsche Regierungschef kann – im Gegensatz etwa zum englischen Premierminister – nicht einfach Neuwahlen ansetzen. Dieses Recht steht nur dem Bundespräsidenten zu. Es muss allerdings besondere Gründe dafür geben. So könnte der Bundespräsident bei einem Rücktritt des Bundeskanzlers oder der **Bundeskanzlerin** vorzeitige Neuwahlen anordnen. Ein anderer Grund wäre gegeben, wenn der Bundeskanzler nicht mehr das Vertrauen des Bundestages hat. Dies kann der Kanzler feststellen, indem er die **Vertrauensfrage** stellt. Falls die **Mehrheit** der **Abgeordneten** dem Kanzler das Vertrauen nicht ausspricht und auch niemand anderes zum Bundeskanzler gewählt wird, kann der Kanzler oder die Kanzlerin den Bundespräsidenten darum bitten, den Bundestag innerhalb von 21 Tagen aufzulösen. Wenn der Bundespräsident den Bundestag aufgelöst hat, muss die Neuwahl innerhalb von 60 Tagen stattfinden.

Seit der Gründung der **Bundesrepublik Deutschland** im Jahre 1949 ist es dreimal zu Neuwahlen nach einer gescheiterten Vertrauensfrage gekommen. 1972 hatte der damalige Bundeskanzler Willy Brandt, 1982 der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl und 2005 der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder die Vertrauensfrage gestellt. Alle drei wollten, dass es Neuwahlen gibt. Deshalb haben sie dafür gesorgt, dass sie mit ihrer Vertrauensfrage im Bundestag scheiterten. Der Bundespräsident hat dann den Bundestag aufgelöst und Neuwahlen fanden statt.

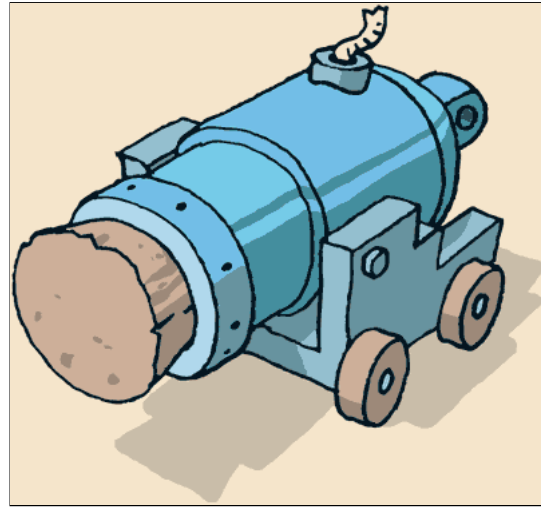
# N

## Nichtangriffspakt

Wenn man weiß, dass der Begriff "Pakt" aus dem Lateinischen kommt und "Vertrag" oder "völkerrechtliches Bündnis" bedeutet, ist klar: In einem Nichtangriffspakt verpflichten sich zwei oder mehrere **Staaten**, ihre Streitfragen ohne die Anwendung von Waffengewalt auszutragen. Außerdem wird festgelegt: Wenn ein Vertragspartner Streit mit einem anderen Staat hat, der nicht dem Nichtangriffspakt angeschlossen ist, müssen sich alle die Staaten, die zum Nichtangriffsbündnis gehören, neutral verhalten. Sie dürfen sich also nicht in den **Konflikt** einmischen.

Ein Blick in die Geschichte: Vor dem **Zweiten Weltkrieg** wurde eine Reihe von Nichtangriffspakten abgeschlossen. Der bekannteste war der so genannte **Hitler (-> Nationalsozialismus)-Stalin-Pakt**, der 1939 zwischen der Sowjetunion und **Deutschland (-> Bundesrepublik**

**Deutschland)** geschlossen wurde. Als Hitler aber kurz darauf den Zweiten **Weltkrieg** begann, wurde klar, dass dieser Nichtangriffspakt, wie auch die meisten anderen, nur ein Täuschungsmanöver war.



© Stefan Eling

## Nichtregierungsorganisation (NRO/NGO)

Wie der Name schon sagt, sind **Nichtregierungsorganisationen** (NRO) keine Regierungsorganisationen und keine staatlichen Einrichtungen. Es sind Zusammenschlüsse von Menschen, denen es wichtig ist, dass sie möglichst unabhängig von **staatlicher** Förderung ihre Arbeit tun können. Sehr oft wird auch von "NGO" gesprochen, das ist die Abkürzung des englischen Begriffes "**Non Governmental Organization**" (NGO). In NROs schließen sich Menschen zusammen, die ein gemeinsames Interesse verfolgen. Sie engagieren sich zum Beispiel in Sportvereinen, Tierschutzvereinen oder Bürgerinitiativen. Das Ziel dieser so genannten NROs oder NGOs ist es, ihre Anliegen bekannt zu machen und darauf hinzuwirken, dass sich bestimmte Dinge in der **Gesellschaft** oder in der **Politik** verändern. Und weil viele Menschen eher gehört werden als einzelne, schließen sich die Menschen zusammen. Ein Beispiel hierfür sind kirchliche Organisationen wie Misereor oder der evangelische Entwicklungsdienst, die vor allem in der **Entwicklungshilfe** eine wichtige Rolle spielen. Auch die **Gewerkschaften** oder die Arbeitgeberverbände kann man als NROs bezeichnen.

Zu den bekanntesten international tätigen NROs in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** zählen **amnesty international** und Greenpeace. Die Umweltschutzorganisation Greenpeace wurde 1971 in Kanada gegründet. Sie hat mittlerweile weltweit fast drei Millionen Mitglieder, davon alleine in Deutschland über 500.000. Die Organisation Attac, 1998 in Frankreich gegründet und inzwischen in 41 Ländern tätig, ist mit ihrem weltweiten Kampf gegen die **Globalisierung** als NRO bekannt geworden. Aber auch die vielen kleinen NROs, die oft nur wenige Mitglieder haben, leisten wichtige Arbeit, weil hier Menschen arbeiten, die ihre Verantwortung für die Gesellschaft und unsere Welt ernst nehmen.



# N

## Nord-Süd-Konflikt

Die meisten reichen **Industriestaaten** liegen auf der nördlichen Halbkugel, die ärmeren Entwicklungsländer Afrikas, Asiens und Lateinamerikas befinden sich überwiegend im südlichen Teil unserer Erde. Mit "Nord-Süd-Konflikt" sind die Probleme gemeint, die sich aus den Unterschieden zwischen den reichen und den armen **Staaten** ergeben. Man spricht dabei häufig von „Nord-Süd-Gefälle“. Dieses Gefälle ist vor allem mit dem Ende des **Kolonialismus** entstanden: Nach dem **Zweiten Weltkrieg** haben sich die einstigen Kolonialmächte aus den von ihnen verwalteten und teilweise ausgebeuteten Ländern zurückgezogen. Zurück blieb meist große **Armut**, denn es gab kaum Industrie, **Wirtschaft** und Handel. Die Probleme wurden noch vermehrt durch stark wachsende Bevölkerungszahlen (man spricht auch von „Bevölkerungsexplosion“). Hinzu kam, dass die Bodenschätze und andere Naturreichtümer der armen Länder wie Erdöl, Eisenerze oder Kupfer, aber auch das Holz der Regenwälder von internationalen Konzernen ausgebeutet wurden, ohne dass dafür faire Preise gezahlt wurden. Diese Probleme sind bis heute nicht gelöst.

Seit vielen Jahren versuchen die Entwicklungsländer, auf internationalen Konferenzen zu einer Einigung mit den reichen Industriestaaten zu kommen. Man spricht dabei von „Nord-Süd-Dialog“. Um den Nord-Süd-**Konflikt** zu entschärfen, streben die armen Länder gerechte Handelsbeziehungen und eine Weltwirtschaftsordnung an, in der die Gegensätze ausgeglichen werden.

## Notstandsgesetz

Eine schwere Überschwemmung oder ein **Erdbeben** (-> **Naturkatastrophe**) haben Teile des Landes verwüstet. Ein feindlicher **Staat** droht damit anzugreifen. Unruhen im Inneren sind ausgebrochen, die **innere Sicherheit** ist in Gefahr. Es gibt viele Notsituationen, die man sich ausmalen kann und die hoffentlich nicht eintreten werden. Sollte es aber doch passieren, muss der Staat reagieren. In unserer **Verfassung** gibt es ganz bestimmte Regeln dafür, wie die Staatsorgane (zum Beispiel die **Regierung, Polizei, Bundeswehr, Bundespolizei**) in diesen Notlagen handeln können, um die Situation zu meistern. In dieser so genannten Notstandsverfassung steht, dass in einem solchen Fall die normalen **Grundrechte** der Bürger zeitweilig eingeschränkt oder außer Kraft gesetzt werden können. Das kann zum Beispiel das **Post- und Fernmeldegeheimnis** (-> **Überwachung** ("Lauschangriff")) betreffen. Polizei und Zivilschutz können schnell verstärkt werden, neue **Gesetze** können ohne ein langwieriges Verfahren rasch beschlossen werden, um einer drohenden Gefahr rechtzeitig zu begegnen. Als die Notstandsgesetze 1968 gemacht wurden, gab es besonders von Studenten heftige Proteste. Man befürchtete, diese Gesetze könnten dazu missbraucht werden, die Bürger mehr zu kontrollieren.

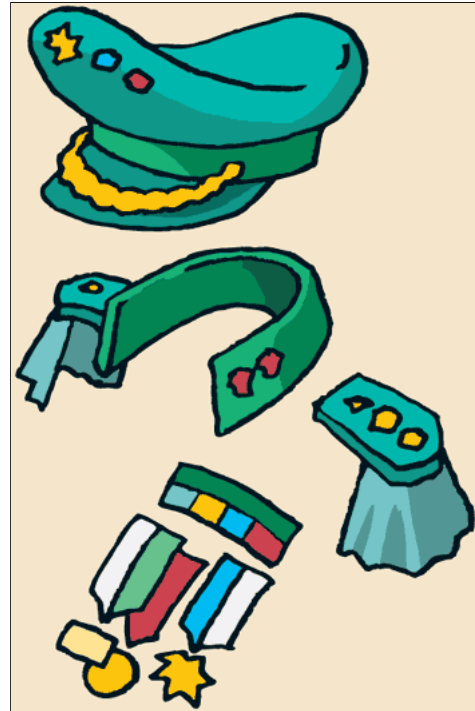


© Stefan Eling

# O

## Oberbefehlshaber

Die meisten Länder besitzen Streitkräfte (Heer, Marine, Luftwaffe), um sich im Fall eines Angriffs verteidigen zu können. Früher hatte in **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**) der Kaiser (von 1871 bis 1918) oder der Reichspräsident (von 1919 bis 1934, dann bis 1945 der **Diktator Adolf Hitler** (-> **Nationalsozialismus**)) die oberste Kommandogewalt und war damit der Oberbefehlshaber der Streitkräfte. In unserer **Demokratie** teilen sich der Bundeskanzler oder die **Bundeskanzlerin** und der Verteidigungsminister die Befehlsgewalt über die Streitkräfte, also über die **Bundeswehr**. Im **Grundgesetz** ist genau geregelt, wer wann die Befehls- und Kommandogewalt besitzt: In Friedenszeiten ist es der Bundesverteidigungsminister (Artikel 65a GG). Aber sobald der Verteidigungsfall ausgerufen wird, also das Land in wirklicher Gefahr ist, übernimmt der Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin den Oberbefehl über die Bundeswehr (Artikel 115b GG).



© Stefan Eling

## OECD

Die englische Abkürzung "Organization for Economic Cooperation and Development" bedeutet "Organisation für **wirtschaftliche** Zusammenarbeit und Entwicklung". Diese Organisation wurde 1961 gegründet und hat ihren Sitz in Paris. Ihre Hauptaufgabe ist es, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den **Industriestaaten** zu fördern, die Stabilität der Währung zu sichern und Entwicklungsländer zu unterstützen. Die OECD hat derzeit 30 Mitgliedsländer.

## Öffentliche Hand

Manchmal hört man den Satz: „Dafür ist aber die Öffentliche Hand zuständig, sie muss das bezahlen“. Damit kann der Bau eines Bürgersteigs, einer Straße, eines neuen Kindergartens, eines Bürgerzentrums, eines Stadions gemeint sein. Nicht eine einzelne Person oder eine Firma ist dafür zuständig, sondern entweder der **Staat** (man spricht hier auch vom **Bund**), ein **Bundesland** oder eine Gemeinde oder auch alle zusammen. Bund, Länder und **Gemeinden** bilden also gemeinsam die Öffentliche Hand. Aus ihrer Kasse kommt das Geld für viele Dinge, die für das Leben der Bürgerinnen und Bürger notwendig sind und es erleichtern. Natürlich kann die Öffentliche Hand nur



© Stefan Eling

# O

Geld ausgeben, wenn sie auch etwas einnimmt. Das sind zum Beispiel die **Steuern**, die die Bürger bezahlen.

## Ökologie

Die Ökologie ist eine Wissenschaft, die erforscht, wie sich Lebewesen und **Umwelt (-> Umwelt / Umweltschutz)** gegenseitig beeinflussen. Es ist sehr wichtig, so viel wie möglich über diese Wechselwirkungen zu erfahren, damit wir unsere Umwelt besser schützen können. Heutzutage wird der Begriff "Ökologie" oft gleichbedeutend mit den Begriffen Umweltschutz und Naturschutz verwendet.

Wir alle brauchen die Natur zum Leben. Deshalb ist es wichtig, ihr Respekt entgegenzubringen und sie gut zu behandeln.

## Ökosteuer

Dieses ist eine Bezeichnung für Abgaben, die im **Gesetz** zur „Fortführung der Ökologischen **Steuerreform (-> Reform)**“ festgelegt sind. Mit diesem Reformgesetz wurden die **Steuern** für Benzin und Diesel zwischen 1999 und 2003 jährlich um sechs Pfennig (bzw. um 3,07 Cent) erhöht, außerdem wurde die Stromsteuer jedes Jahr um 0,5 Pfennig (0,26 Cent) erhöht. Es ist klar, dass mit dieser Steuer zum Beispiel das Autofahren teurer wurde, und das war vom Gesetzgeber auch so beabsichtigt. Denn man soll dazu angehalten werden, weniger zu fahren, die **Umwelt** zu schonen und **Energie** zu sparen. Auch die Autoindustrie muss sich bemühen, Fahrzeuge herzustellen, die weniger Benzin als bisher üblich verbrauchen. Erdöl und Erdgas sind in der Welt nur noch eine bestimmte Zeit lang vorhanden (man spricht von dreißig Jahren), und umso sparsamer muss man mit diesen natürlichen **Ressourcen** umgehen. Die Milliardeneinnahmen aus der Ökosteuer verwendet der **Staat** zur Senkung der Beiträge zur **Rentenversicherung (-> Sozialversicherung)**.

## Ökosystem

Pflanzen und Tiere leben in einem bestimmten Lebensraum, beispielsweise in einem Ozean, einem Wassertümpel oder auch einem Laubwald. Ein solcher Lebensraum ist ein Ökosystem. Darin leben verschiedene Arten von Lebewesen, die gegenseitig voneinander abhängig sind. Bei unserem Waldbeispiel sieht das so aus: Die Bäume und die anderen Pflanzen produzieren den Sauerstoff, regeln den Wasserkreislauf. Wenn Pflanzen absterben, werden sie durch Bakterien und Mikroben zu fruchtbarem Boden zersetzt und neue Bäume, Büsche und andere Pflanzen können wachsen. Dann gibt es die kleinen und die großen Tiere, die zu diesem Ökosystem des Waldes gehören. Sie fressen, verdauen, verteilen Samen und sind selber Teil einer Nahrungskette. Auch die Menschen sind Teil des Ökosystems. Sie nutzen den Wald als Erholungsgebiet oder auch, weil hier das Holz wächst, das sie brauchen.

Ein Ökosystem ist empfindlich. Zu große Eingriffe von außen gefährden es. Das kann passieren, wenn die Menschen zu viele Bäume fällen, eine Straße an der falschen Stelle durch den Wald bauen oder auch wenn die Felder zu stark gedüngt werden. Auch im Meer kann eine solche Störung auftreten, wenn zu viele Fische gefangen werden. Die Menschen bewegen sich in mehreren Ökosystemen, sie sind – anders als die meisten Tiere und Pflanzen - nicht auf ein bestimmtes Gebiet, zum Beispiel einen Wald oder ein Meer eingegrenzt. Aber letztlich lebt auch der Mensch in einem großen Lebensraum, denn unsere ganze Erde ist ein riesiges Ökosystem. In ihm sind alle anderen kleinen und großen Lebensräume enthalten.

# O

## Oligarchie

Wir haben in diesem Lexikon schon verschiedene Staatsformen kennengelernt: **Demokratie**, **Diktatur**, **Monarchie**. Auch die Oligarchie ist eine Staatsform. Der Begriff kommt aus dem Griechischen und heißt übersetzt "Herrschaft von wenigen". Damit ist diese Staatsform bereits erklärt: Eine kleine Gruppe von Personen oder eine **Familie** herrschen im **Staat**. Das **Parlament** (wenn es überhaupt eines gibt), die **Gesetze**, die **Polizei** und das Militär werden meist von dieser Gruppe kontrolliert und die Macht wird an Familienmitglieder weiter vererbt. Von **Freiheit** kann in einem solchen Staat nicht die Rede sein. Eine Oligarchie ähnelt einer Diktatur, denn die Führungsgruppe tut alles, um an der Macht zu bleiben und kümmert sich kaum darum, was die Menschen im Land wirklich wollen und brauchen.

## OPEC

Diese Abkürzung steht für "**O**rganization of the **P**etroleum **E**xporting **C**ountries", auf Deutsch: "Organisation Erdöl exportierender Länder". Die OPEC, die ihren Sitz in Wien hat, wurde 1960 von den Ländern Iran, Irak (der jetzt aber nicht mehr dazu gehört), Saudi-Arabien, Kuwait und Venezuela gegründet. Später sind weitere Länder der OPEC beigetreten (zum Beispiel Indonesien, Nigeria, Katar, Algerien und Libyen). Ziel dieser Organisation ist es, die gemeinsamen Interessen aller OPEC-Mitglieder zu vertreten. Die OPEC legt Fördermengen für Rohöl fest. Damit soll sichergestellt werden, dass die OPEC-**Staaten** dauerhaft auf dem Weltmarkt gute Einnahmen durch den Verkauf von Rohöl erzielen. Bevor es die OPEC gab, haben einzelne Staaten versucht, durch hohe Fördermengen schnell mehr Geld zu verdienen. Dadurch sanken dann aber die Preise für Rohöl auf dem Weltmarkt und die anderen Ölstaaten hatten das Nachsehen. Weil die **Wirtschaft** der **Industriestaaten** stark vom Erdöl abhängig ist, kann die OPEC den Ölpreis gegenüber Ländern der westlichen Welt auch als politisches Druckmittel einsetzen. Um diese Abhängigkeit vom Erdöl zu lockern, versuchen die Industrieländer derzeit verstärkt, **erneuerbare Energien** wie zum Beispiel Solar- oder Windenergie einzusetzen. Wie abhängig in **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**) jeder einzelne von der Preispolitik der OPEC ist, merkt man an den Benzin- und Heizölpreisen, die direkt mit den Rohölpreisen in Verbindung stehen.

## Opposition

Wenn es euch nicht passt, was Eltern, Lehrerinnen und Lehrer oder die meisten eurer Mitschülerinnen und Mitschüler sagen und wollen, dann seid ihr in der Opposition. Das Wort kommt aus dem Lateinischen und bedeutet, "im Widerspruch zur **Mehrheit** zu stehen". In der **Politik** (-> **Politik**) heißt das, dass **Parteien** im **Deutschen Bundestag** (-> **Deutscher Bundestag**), die nicht zu den Regierungsparteien gehören, sich in der so genannten **parlamentarischen Opposition** befinden. Sie sind ein wichtiger Teil in der **Demokratie**, weil sie als Opposition mit aufpassen, dass **Gesetze** eingehalten werden. Das ist also eine Art Kontrolle. Es gibt natürlich auch viele Gruppen und Parteien außerhalb des Bundestages, die gegen die herrschende Regierungspolitik sind. Diese nennt man dann die "außerparlamentarische Opposition".



© Stefan Eling

# O

## Orthodoxie

Das griechische Wort "orthodox" heißt übersetzt "rechtgläubig", "strenggläubig". Im Christentum, im **Judentum** sowie im **Islam** bedeutet Orthodoxie eine strenge, wortwörtliche Auslegung der heiligen Schriften. Der persönliche Glaube richtet sich vollständig nach der Lehre der Kirche oder der religiösen Führer. Besonders in den **christlichen** Ostkirchen, die sich im Jahr 1054 von der römisch-katholischen Kirche getrennt haben, spielt der Begriff "Orthodoxie" eine große Rolle. Es gibt unter anderem die griechische, die russische, die serbische, die rumänische und die bulgarische orthodoxe Kirche mit insgesamt weltweit ungefähr 150 Millionen Mitgliedern.

## OSZE

Dies ist die Abkürzung für "Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa". Bis 1995 hieß diese Organisation KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa). Diese ist 1975 gegründet worden. Zur OSZE, die ihren Hauptsitz in Wien hat, gehören alle **Staaten Europas**, außerdem die USA, Kanada und sämtliche Staaten, die früher die Sowjetunion bildeten. Insgesamt sind es zur Zeit 55 Mitgliedsstaaten. Die Aufgabe der OSZE besteht in erster Linie darin, den **Frieden** in der Welt zu sichern. Hierzu treffen sich Vertreter in so genannten Gremien (Ausschüssen), um sich über verschiedene Themen auszutauschen. Sie diskutieren zum Beispiel über **Wirtschaft**, Technik oder **Umweltschutz**. Ziel dieser Treffen ist es, sich dauerhaft gut zu verstehen und wenn es Streit gibt, diesen auf friedlichem Wege beizulegen. Und weil es immer gut ist, persönlich miteinander zu sprechen, vielleicht sogar Freunde zu werden, treffen sich in größeren Abständen auch die Staats- und Regierungschefs, um miteinander zu sprechen.

# P

## Panaschieren

**Kandidaten**, die zu einer Wahl stehen, sind auf Listen mit Wahlvorschlägen aufgeführt. Wähler haben beim Panaschieren (aus dem französischen Wort „panacher“ = „bunt machen“, „mischen“) die Möglichkeit, ihre Stimmen bei der Wahl auf mehrere Kandidaten unterschiedlicher Listen zu verteilen. Diese Möglichkeit gibt es bei den Kommunalwahlen in verschiedenen Bundesländern oder bei den **Wahlen** zum **Parlament** der Schweiz.

## Parlament

Das Wort "Parlament" kommt von dem französischen Wort "parler" (auf Deutsch: "sprechen") und bedeutet "Volksvertretung". Im Parlament sitzen die Abgeordneten (**Volksvertreter (-> Abgeordnete)**). Im Parlament werden neue **Gesetze** diskutiert und beschlossen. Deshalb wird das Parlament auch **Legislative (-> Gewaltenteilung)**, gesetzgebende Versammlung genannt. Das kommt vom lateinischen "legislatio", das bedeutet "**Gesetzgebung**". Die Volksvertretung kontrolliert die **Regierung**. Wenn zum Beispiel die Regierung vorschlägt, **Soldaten (-> Streitkräfte / Armee)** in ein Kriegsgebiet zu schicken oder die **Steuern** zu erhöhen, aber die Volksvertreterinnen und -vertreter dagegen stimmen, kann der Vorschlag nicht durchgeführt werden. In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** gibt es Parlamente in den **Gemeinden**, in den Städten, in den Bundesländern und eines für das ganze Land, das ist der **Deutsche Bundestag**. Es gibt auch Studenten- und Schülerparlamente. In allen diesen Vertretungen sitzen die Gewählten und beraten, was das Beste für ihre Wählerinnen und Wähler ist. Auch die Europäische Union hat ein Parlament. Die Abgeordneten werden in den verschiedenen Mitgliedsländern der **EU (-> Europäische Union (EU))** gewählt. Das Parlament arbeitet in Straßburg, Brüssel und Luxemburg.

## Parlamentarismus

Ein **Parlament** ist eine Volksvertretung. Mit „Parlamentarismus“ bezeichnet man die Regierungs- oder Herrschaftsform, in deren Mittelpunkt eine vom **Volk** gewählte Vertretung steht. In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** ist das der **Deutsche Bundestag**. Diese Vertretung soll, da sie aus freien **Wahlen** hervorgegangen ist, den Willen der Bürgerinnen und Bürger repräsentieren. Sie spielt bei allen wichtigen Entscheidungen, zum Beispiel bei der **Gesetzgebung** oder bei der Kontrolle der **Regierung** eine wichtige Rolle. Man könnte sagen, im Parlamentarismus bestimmt – im Gegensatz zu totalitären Systemen - das Volk seine Geschicke weitgehend selbst.

## Parteien

Menschen schließen sich zu einer Partei zusammen oder treten einer Partei bei, weil sie ähnliche **politische** Meinungen oder Ziele vertreten. Diese Vorstellungen werden in Parteiprogrammen festgeschrieben. Die Mitglieder einer Partei sind überzeugt, dass sie zusammen mehr erreichen, als wenn jeder für sich alleine arbeitet. Deswegen versucht jede Partei, auch andere Menschen, die in keiner oder einer anderen Partei sind, von ihrem Programm zu überzeugen. Zum Beispiel bei **Wahlveranstaltungen (-> Wahlkampf)**, wo Reden gehalten werden, Flugblätter, Luftballons und Kugelschreiber mit dem Schriftzug der Partei verteilt werden. Alle Parteien wollen gewählt werden, denn die Partei, die die meisten Stimmen bekommt, kann **regieren**.

Man liest oder hört es so oder ähnlich öfter in Zeiten vor einer **Wahl**: "Dieser gehört einer linken Partei an, jene ist in einer rechten oder gehört der Mitte an." Wie sind diese Bezeichnungen für eine bestimmte Partei entstanden? Sie beziehen sich ursprünglich auf eine Sitzordnung im **Parlament**. Schon in der ersten deutschen Nationalversammlung 1849 in der Frankfurter Paulskirche (die sich bei ihrer Sitzordnung an der französischen

## P

Nationalversammlung von 1789 anlehnte) wurde zwischen linken und rechten Gruppierungen unterschieden. Aus der Sicht des Parlamentspräsidenten saßen links die Fortschrittlichen, die die **Gesellschaft** damals zum Teil **radikal** verändern wollten. In der Mitte saßen die **freiheitlich**-liberalen und auf der rechten Seite im Parlament die konservativen Gruppierungen. Der **Deutsche Bundestag**, den es seit 1949 gibt, hat diese Tradition der Sitzordnung fortgesetzt, zuerst im alten Bonner Bundestagsgebäude und seit einigen Jahren, nach der Wiedervereinigung, im umgebauten Berliner Reichstagsgebäude. Aus der Sicht des heutigen Bundestagspräsidenten sitzen links bis zur Mitte hin die so genannten linken Parteien, nämlich die Linkspartei, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, und ungefähr ab der Mitte nach rechts die bürgerlich-konservativen Parteien CDU/CSU und die liberale Partei FDP.

## Pass

In einem Pass sind genaue Angaben zur Person eingetragen wie Geburtsdatum, Geburts- und Wohnort, Größe oder Augenfarbe. Im Personalausweis ist das alles auf einer Karte, die ein bestimmtes Format hat, vermerkt. In einem Pass, man nennt ihn auch Reisepass, gibt es einige Seiten mehr. Diese zusätzlichen Seiten sind für Stempel, Einreisegenehmigungen (das nennt man auch "**Visum**" oder in der Mehrzahl "Visa"), so genannte Sichtvermerke vorgesehen, die man für Reisen in einige Länder außerhalb von **Europa (-> Europa)** braucht.

Der neue Reisepass enthält einen Chip. Darauf sind persönliche Daten und das Passbild zusätzlich elektronisch gespeichert. Die elektronische Vermessung von persönlichen Daten (zum Beispiel der Gesichtskonturen) nennt man auch Biometrie. Damit soll ein Missbrauch von Pässen verhindert werden. Ob und wieviele Daten so gespeichert werden sollen, ist bei Bürgern und auch **Parteien** umstritten.

Um durch europäische Länder zu reisen, genügt meist der Personalausweis. Wenn ihr unter 16 Jahre alt seid, sind eure Daten in den Pässen eurer Eltern vermerkt. Oder ihr habt einen eigenen Kinderausweis. Wer 16 Jahre wird, muss einen Pass oder Personalausweis beantragen. In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** ist es für deutsche Staatsbürger Pflicht, sich ab 16 Jahre mit dieser **amtlichen** Urkunde, denn das ist ein Pass, auszuweisen. Der Pass ist zehn Jahre gültig.

Das Wort "Pass" hat übrigens noch andere Bedeutungen. Zum Beispiel kann es ein Übergang über einen Gebirgszug (Passstraße) sein. Bei Kamelen, Giraffen oder auch Pferden nennt man einen bestimmten Gang "Passgang". Der Begriff „Pass“ kommt vom lateinischen "passus", das heißt "Schritt".

## Patentrecht

Angenommen, jemand hat eine geniale Idee, wie man eine Maschine konstruieren kann, die es bisher noch nicht gab. Damit ihm keiner die Idee raubt, dann möglicherweise selbst diese Maschine baut und damit viel Geld verdient, lässt der Erfinder seine Idee schnell schützen. Wie geht das? Er legt dem so genannten Patentamt seine Pläne vor, vielleicht hat er auch schon ein Modell seiner Maschine mitgebracht. Auf diesem **Amt** werden die Pläne von Ingenieuren genau geprüft. Wenn diese Fachleute der Meinung sind, dass die Idee wirklich gut und vor allem neu ist, wird die Erfindung in die „Patentrolle“ eingetragen. Das bedeutet, ab jetzt ist die Idee zu der neuen Maschine nach dem Patentrecht geschützt. Sein Erfinder hat alleine das Recht, sie zu bauen, zu nutzen und zu verkaufen. Er darf sein Patentrecht auch auf eine Firma übertragen. Der Schutz des Patents gilt für höchstens 20 Jahre und ist auch vererbbar. Wer das Patentrecht verletzt - in unserem Fall würde das bedeuten, dass ein anderer die Maschine ohne Erlaubnis nachbaut - wird bestraft. Das Deutsche Patentamt befindet sich in München. Weil viele **Staaten** auf vielen **wirtschaftlichen** und wissenschaftlichen Gebieten zusammenarbeiten, gibt es inzwischen auch ein Europäisches Patentübereinkommen und zahlreiche internationale

# P

Patentabkommen.

## Patriotismus

Aus dem Französischen übersetzt heißt das Wort „Vaterlandsliebe“. (Ursprünglich ist es abgeleitet vom griechischen Wort „patriótes“ und das bedeutet „jemand, der aus demselben Geschlecht stammt“.) Statt Vaterlandsliebe könnte man auch sagen "Verehrung und gefühlsmäßige Bindung an die **kulturellen** und geschichtlichen **Werte** und Leistungen des **Volkes**, in dem man lebt". Ein Patriot hat oft eine besonders enge Beziehung zu den Symbolen seines Landes wie **Hymne (-> Nationalhymne)**, Fahnen, Orden, bestimmte Feste, die an geschichtliche Ereignisse erinnern.

Patrioten gibt es in allen Ländern der Erde. Oft wird ein Satz des früheren amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy zitiert, der an den Patriotismus seiner Landsleute mit dem Satz appellierte: „Frage nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern was du für dein Land tun kannst.“ Damit sollte die Leistungsbereitschaft und die Opferbereitschaft der Bürger gestärkt werden.

Falsch verstandenen Patriotismus, der nur die eigene Nation gelten lässt und andere Nationen abwertet, nennt man Nationalismus. Er ist oft verbunden mit Überheblichkeit und Arroganz gegenüber Menschen anderer Nationalität. Eine solche Haltung kann zu schweren Störungen im Zusammenleben innerhalb eines **Staates**, aber auch innerhalb der Staatengemeinschaft führen.

## Pazifismus

Dieser Begriff kommt von dem lateinischen Wort "pacificus", das heißt "friedliebend". Es bezeichnet eine Grundhaltung, die jede Anwendung von Gewalt ablehnt und mit aller Kraft für den **Frieden** eintritt. Ein Pazifist lehnt aus Gewissensgründen jede Form von **Krieg** grundsätzlich ab. Selbst wenn ein Staat angegriffen wird, soll dieser sich nicht mit militärischen Mitteln verteidigen. Pazifisten dulden nur friedliche und gewaltfreie Aktivitäten. Jede Form von Kriegs- oder **Wehrdienst** ist gegen ihre Überzeugung. In manchen **Staaten** dieser Welt werden Pazifisten wegen dieser Haltung verfolgt oder sogar mit Gefängnis bestraft.

Pazifismus hat in verschiedenen Religionen und **Kulturen** seine Ursprünge. Mahatma Gandhi, der mit gewaltlosem **Widerstand** für die Unabhängigkeit Indiens stritt, ist einer der bekanntesten Vertreter dieser Haltung. Er war eher bereit, Misshandlungen zu erdulden als mit gewalttätigen Aktionen auf die Gewalt der britischen Kolonialmacht zu antworten. Seit dem 19. Jahrhundert wird der Pazifismus von Friedensgesellschaften vertreten und gefördert. Durch die Friedensbewegung vor allem in den 1970er und 1980er Jahren wurden die Gedanken des Pazifismus einer größeren Öffentlichkeit bekannt.

## Petition

Jeder Bürger, jede Bürgerin hat das Recht, sich mit einer schriftlichen Bitte (das lateinische Wort dafür ist „petition“) oder auch einer Beschwerde an das **Parlament (-> Parlament)**, an den Bundespräsidenten oder eine Behörde zu wenden. Dies steht in Artikel 17 des **Grundgesetzes**. Der Empfänger einer solchen Petition ist verpflichtet, den Brief anzunehmen und zu beantworten. Damit ist allerdings nicht die Verpflichtung verbunden, die Bitten der Bürger zu erfüllen oder den Beschwerden immer Recht zu geben. Im **Deutschen Bundestag** und in den Parlamenten der Länder gibt es so genannte Petitionsausschüsse, die diese Bitten an die Volksvertretung im Einzelnen genau prüfen und darauf antworten.



# P

## Pflegeversicherung

Die Menschen leben heutzutage im Vergleich zu früher immer länger. Deshalb gibt es auch immer mehr alte Menschen, die zu gebrechlich sind, um ohne fremde Hilfe zurecht zu kommen. Um die Pflege, die alte Menschen oft brauchen, besser finanzieren zu können, hat der **Staat** die Pflegeversicherung eingeführt. Danach sind die meisten Menschen verpflichtet, regelmäßig einen Beitrag zur Pflegeversicherung zu bezahlen. Bevor jemand Geld aus der Pflegeversicherung erhält, stellt die Krankenkasse fest, wie pflegebedürftig der Versicherte ist. Dabei wird geprüft, wieviel fremde Pflege jemand braucht. Wichtig ist zudem, ob jemand zu Hause von Verwandten oder Bekannten gepflegt wird oder durch einen professionellen Pflegedienst oder in einem Alters- und Pflegeheim. Die Pflegeversicherung wird neben der Kranken-, **Renten-**, **Arbeitslosen-** und **Unfallversicherung (-> Sozialversicherung)** als "fünfte Säule" des Sozialversicherungssystems bezeichnet.

## Pilotabschluss

In einem Tarifvertrag einigen sich die **Gewerkschaften** und Vertreter der Arbeitgeber (beide nennt man die „**Tarifvertragsparteien**“) darüber, wie hoch demnächst Lohn und Gehalt sein werden oder wie viele Urlaubstage es geben wird. Angenommen, ein solcher Tarifvertrag wird zwischen Vertretern der Gewerkschaft und den Arbeitgebern für die Metall- und Elektroindustrie abgeschlossen und alle sind mit den ausgehandelten Vereinbarungen zufrieden. Dann könnten die Vertreter der Arbeitgeber und der Gewerkschaften in anderen Bezirken sagen: „Das ist gut, was dort beschlossen wurde. Wir ersparen uns langwierige Verhandlungen über neue Tarifverträge. Wenn alle damit einverstanden sind, werden wir das übernehmen, was die Kollegen in Nordrhein-Westfalen ausgehandelt haben.“ Das, was übernommen wird, bezeichnet man als „Pilotabschluss“. In anderen Bezirken werden dann in den neuen Tarifverträgen höchstens noch einige wenige Einzelheiten geändert.

# P

## PISA-Studie

Der Begriff "PISA-Studie" steht für "**P**rogramme for **I**nternational **S**tudent **A**ssessment" und bezeichnet eine internationale Studie, die die OECD im Jahre 2000 durchgeführt hat. Die Organisation hat 180.000 15-jährige Schüler und Schülerinnen in 32 Ländern in den Fächern Landessprache, Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften getestet und die erbrachten Leistungen miteinander verglichen. In **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**) haben circa 5000 Schüler und Schülerinnen aus 219 Schulen teilgenommen. Am besten hat Finnland in diesem Test abgeschnitten. Deutschland landete auf der Bewertungsliste nur im hinteren Mittelfeld. Daraufhin wurden innerhalb Deutschlands im Jahr 2003 noch weitere Tests an Schulen durchgeführt, um die Schulleistungen in den verschiedenen Bundesländern miteinander zu vergleichen. Diese Ergebnisse waren auch nicht befriedigend. Gelernt hat man aus diesen Untersuchungen, dass das gesamte deutsche Bildungssystem verbessert werden muss.



© Stefan Eling

## Plenum

Das Wort stammt aus dem Lateinischen und bedeutet "voll". Das hat aber, so wie es heute im Deutschen gebraucht wird, nichts mit einem vollen Glas zu tun. "Plenum" bezeichnet vielmehr eine Sitzung in einem **Parlament**, Kongress oder einer sonstigen Versammlung, in der alle Gruppen und Menschen, die dazu gehören, vertreten sind. Angenommen, ihr berätet in eurer Klasse in kleinen Gruppen über Vorschläge für ein Klassenfest. Wenn ihr euch anschließend wieder mit der gesamten Klasse zusammensetzt, um alles gemeinsam zu besprechen, dann trifft ihr euch im Plenum.

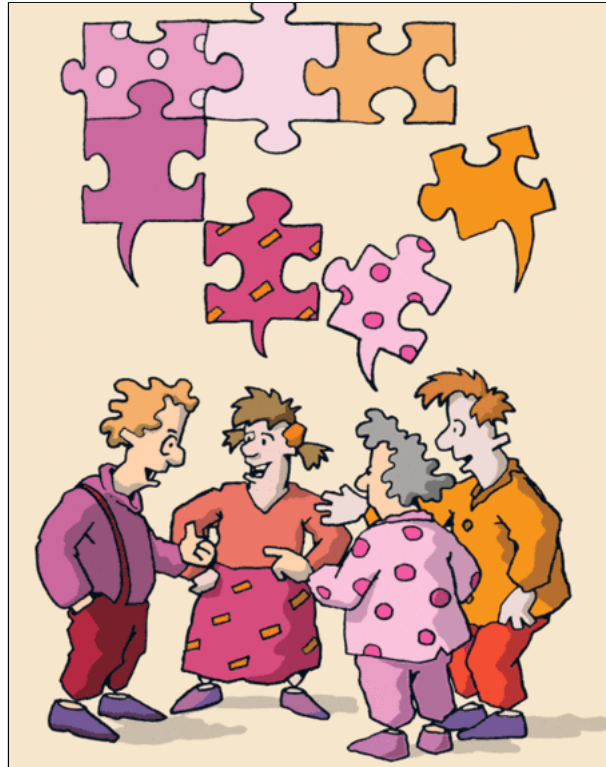
Im **Deutschen Bundestag** heißt es ebenfalls "Plenum" oder "Plenarsitzung", wenn sich alle Mitglieder der Volksvertretung versammeln, um über die Vorschläge, die in den Ausschüssen des Bundestages erarbeitet wurden, zu entscheiden.

# P

## Pluralismus

"Singular", "Plural" (beides lateinisch), das bedeutet "Einzahl", also "ich", und "Mehrzahl", also "wir". Ihr kennt diese Begriffe sicher aus dem Deutschunterricht. Wir können uns also vorstellen, was man mit Pluralismus meint: etwas, das mit vielen Menschen und Dingen zu tun hat. Der Pluralismus spielt in der deutschen Demokratie und allen **demokratischen Staaten** eine wichtige Rolle. Er bedeutet, dass man Achtung und Respekt vor allen Menschen hat, die in einem Staat leben, dass man ihre verschiedenen Meinungen, Interessen, Ziele und Hoffnungen anerkennt. Und der Staat akzeptiert, dass sich die Menschen in ganz unterschiedlichen Einrichtungen zusammenschließen. Das können **Parteien**, Verbände und Vereine sein, Kirchen oder **Gewerkschaften** oder auch Bürgerinitiativen. Niemand darf anderen seine **politische** oder religiöse Überzeugung aufzwingen.

Grundsätzlich ist eine pluralistische Demokratie offen für viele Ideen und Vorstellungen, auch wenn sie noch so abseitig sind oder nur von wenigen Menschen vertreten werden. Aber: Sie dürfen den demokratischen Staat nicht gefährden.



© Stefan Eling

## Pogrom / Reichspogromnacht

Seit dem Mittelalter wurden in Russland und anderen osteuropäischen Staaten immer wieder **Juden** verfolgt. Sie wurden beraubt, vertrieben, oft auch ermordet. Solche gewalttätigen Verfolgungen, die sich gegen **Minderheiten** in einem Staat richten, bezeichnet man als "Pogrome". Das Wort kommt aus dem Russischen und bedeutet „Verwüstung“, „Unwetter“. Die Gewalttaten gegen Juden wurden meist von **staatlichen** oder kirchlichen Stellen unterstützt. Als Grund für die Pogrome dienten bis weit ins 20. Jahrhundert falsche Anschuldigungen. Man machte die Juden zu Sündenböcken für vieles, was im Staat falsch lief. Weil die Juden immer in der Minderheit waren, waren sie den Gewalttätern ausgeliefert.

Die so genannte Reichspogromnacht fand in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 statt. In dieser Nacht begannen im **nationalsozialistischen Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** direkte und gezielte Gewaltaktionen gegen die jüdische Bevölkerung. Sie waren der Anfang der systematischen Vernichtung der Juden, der Beginn des **Holocaust**. In dieser Reichspogromnacht wurden jüdische Geschäfte geplündert und zerstört, Synagogen wurden niedergebrannt. Die **Polizei** griff nicht ein, nur wenige Menschen trauten sich, ihren jüdischen Mitbürgern zu helfen. In dieser Nacht starben nach offiziellen Angaben 91 Juden, heute weiß man, dass es mehr als tausend waren. 30 000 Menschen wurden verhaftet und verschleppt.

# P

## Politik

Im alten Griechenland hießen die Stadtstaaten "polis". Das waren Städte, die sich selber verwalteten. Daher leitet sich das Wort "Politik" ab. Es ist die Staatskunst, also alles, was das geordnete Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger regelt. Politik umfasst alle Dinge, die von **Regierungen, Ministerinnen** und Ministern, aber auch zum Beispiel von Verwaltungen (**Ämtern (-> Amt)**) und **Bürgermeistern (-> Bürgermeister/in)** in den **Gemeinden** bestimmt und **gesetzlich** festgelegt werden. Wenn in deiner Stadt ein neues Schwimmbad gebaut oder eine neue Straße geplant wird, dann ist das eine kommunalpolitische Entscheidung. ("Kommune" ist ein anderer Begriff für "Gemeinde".) Oder wenn auf der höchsten Staatsebene der Bundeskanzler oder die **Bundeskanzlerin** und das **Kabinett** Beschlüsse fassen über die Beziehungen zu anderen **Staaten**, dann ist das Außenpolitik. Es gibt fast keinen Bereich im Zusammenleben der Menschen, der nicht mit Politik zu tun hat. Das zeigt sich schon in den Bezeichnungen: Kinder- und Jugendpolitik, Schulpolitik, **Arbeitsmarktpolitik**, Gesundheitspolitik, Rentenpolitik. Aber Politik hat nicht nur etwas mit Regierung und Ministern zu tun. "Politik" hat oft eine viel weitere Bedeutung. Darunter versteht man alles, was mit der Durchsetzung von Forderungen und Zielen zu tun hat, mit Einflussnahme und Gestaltung, sowohl im persönlichen als auch im öffentlichen Bereich.

## Politikverdrossenheit

Was bedeutet es, wenn man sagt, jemand ist verdrossen? Er (oder sie) mag dann eine bestimmte Sache nicht, zum Beispiel die Schule. Er ist misstrauisch, wenn er hingehen muss und hat keine Lust dazu. Zu diesem Gefühl könnte man auch „Schulverdrossenheit“ sagen.

Immer wieder hört und liest man, dass es in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** eine große „Politikverdrossenheit“ gebe. Die Menschen, so wird gesagt, verspürten ein allgemeines Unbehagen an der Politik und den Politikern. Die Politik sei viel zu kompliziert und oft auch unverständlich. Viele Menschen beklagen, dass die Politik sich nicht wirklich um sie kümmern würde, dass ihre Sorgen von den Politikern und **Politikerinnen** nicht ernst genug genommen würden.

Tatsächlich haben viele Menschen schlechte Gefühle, wenn sie über Politik sprechen. Allerdings darf man daraus nicht den Schluss ziehen, dass sie sich nicht für Politik interessieren. Im Gegenteil. Viele Millionen Menschen engagieren sich in ihren Städten und **Gemeinden**, viele übernehmen **ehrenamtliche** Aufgaben und zeigen so, dass sie bereit sind, in der **Gesellschaft** Verantwortung zu tragen. Allerdings fordern die Menschen, dass sich in der Politik wichtige Dinge ändern: Die oft schwierige Sprache soll verständlicher werden. Außerdem sollen die Politiker nicht mehr so viel streiten, sondern gemeinsam die Probleme, die es gibt, lösen.

## Politische Bildung

Wenn ihr wissen wollt, was zum Beispiel **Demokratie** ist, wie eine **Wahl** funktioniert oder was Föderalismus ist, so könnt ihr euch darüber nicht nur in diesem Lexikon informieren. Es gibt verschiedene Einrichtungen, die Informationen, Bücher und Broschüren zu vielen Fragen der **Politik** zur Verfügung stellen und auch Tagungen veranstalten. Manche dieser Einrichtungen werden vom **Staat** finanziert, zum Beispiel die [Bundeszentrale für](#) und die Landeszentralen für politische **Bildung**. Aber auch Stiftungen, die von den **Parteien** eingerichtet wurden, erhalten vom Staat Geld, um ihre Arbeit zu tun. Es gibt auch viele nicht staatliche Einrichtungen, die diese Arbeit in unserer **Gesellschaft** machen, zum Beispiel die Kirchen, die **Gewerkschaften**, Vereine.

Warum ist diese Arbeit für den Staat wichtig? Die Antwort ist: Je besser die **Bürger (-> Bürger/in / Bürgertum)** Bescheid darüber wissen, wie ein demokratischer Staat funktioniert, umso eher werden die Menschen auch bereit sein, Verantwortung im Staat zu

# P

übernehmen. Denn die Demokratie ist darauf angewiesen, dass jeder etwas für den Staat tut. Der Staat hat also ein großes Interesse daran, die Fähigkeiten und Kenntnisse der Bürgerinnen und Bürger zu erweitern, ihre politische Bildung zu stärken. Denn mit Menschen, denen es egal ist, wer sie regiert, und die nie bereit sind, auch mal etwas für andere zu tun (zum Beispiel für ihre Schule, für ihre Stadt oder auch für den Nachbarn), kann der demokratische Staat nicht funktionieren.

## Politische Willensbildung

In einer **Demokratie** gibt es verschiedene **Parteien**, unterschiedliche **Interessengruppen**, Bürgerinitiativen und viele sonstige Organisationen, die Politik machen. Menschen, die in einer Demokratie leben, haben die Möglichkeit, sich zum Beispiel bei **Wahlen** zwischen mehreren (oder vielen) Kandidaten und **Kandidatinnen**, Parteien oder sonstigen Gruppen zu entscheiden. Sie werden sich überlegen, wer ihre Interessen am besten vertritt. Wenn jemand dann der Meinung ist, dass ein Bürgermeister oder eine Partei im **Bundestag (-> Deutscher Bundestag)** ihn schlecht vertreten hat, wird er die Ziele und Programme anderer Parteien studieren. Vielleicht trifft er dann bei der nächsten Wahl eine andere Entscheidung und wird jemand anderen wählen. Dieser Bürger macht also nicht einfach das nach, was er immer getan hat oder was andere machen, sondern er hat sich genau überlegt, was jetzt für ihn richtig ist. Er hat einen eigenen Willen entwickelt, eine selbstständige Entscheidung getroffen. Und er hat diese Entscheidung mit seinem Wahlzettel anderen mitgeteilt. Man nennt diesen Vorgang „politische Willensbildung“.

Die Parteien haben die Verpflichtung, den **politischen** Willen ihrer Wähler ernst zu nehmen und nach Möglichkeit in den **Parlamenten** (das kann in der **Gemeinde** sein, im **Landesparlament (-> Landtag)** oder im Bundestag) in politische Entscheidungen umzusetzen.

## Polizei

Den Spruch "Die Polizei, dein Freund und Helfer" kennt ihr sicher. Manchmal schimpfen die Leute auch über die Polizeibeamten, zum Beispiel wenn sie Falschparker aufschreiben oder einem Mofafahrer wegen abgeahrener Reifen einen Strafzettel verpassen. Aber viel öfter noch ist man froh, dass es die Polizei gibt. Spätestens wenn man einen Unfall hat oder Opfer eines Einbruchs oder Überfalls wurde, braucht man die Polizei. Der Ursprung des Wortes "Polizei" kommt vom griechischen Wort "politeia", das heißt "**Staatsgewalt**". Das zeigt schon, wofür die Polizei zuständig ist: für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Ihre Aufgabe ist es, Gefahren für den Einzelnen und die Allgemeinheit abzuwehren, die Bürger zu schützen und strafbare Handlungen zu verfolgen. In unserem Alltag haben wir es am häufigsten mit der Schutz- und Verkehrspolizei zu tun. Aber die Polizei kümmert sich um noch viel mehr. Die Kriminalpolizei zum Beispiel ist zuständig, wenn schwere Verbrechen wie Raub oder Mord aufgeklärt werden müssen. Für die Sicherheit auf dem Wasser sorgt die Schifffahrts- und Wasserpolizei.

Wenn die Polizei aktiv wird und zum Beispiel Verbrecherinnen oder Verbrecher festnimmt, muss sie dabei bestimmte Regeln beachten. Es gibt nämlich **Gesetze (-> Gesetz)**, die festlegen, was die Polizei tun darf und was nicht. Sie ist, wie man sagt, an Recht und Gesetz gebunden.

# P

## Präsident/in

Das Wort kommt aus dem Lateinischen und bedeutet so viel wie „Vorsitzender“. Wir kennen es als Bezeichnung für unser Staatsoberhaupt, den Bundespräsidenten. Den Titel gibt es auch in vielen anderen Bereichen, zum Beispiel gibt es den Bundestagspräsidenten, die Gerichtspräsidentin oder den Polizeipräsidenten. Auch vielen Verbänden und Vereinen sitzt ein Präsident oder eine Präsidentin vor (als Beispiel: der Präsident des Deutschen Sportbundes). Es gibt den Titel manchmal nur für eine kurze Zeit: So kann ein Mann oder eine Frau etwa zum Tagungs- oder Kongresspräsidenten ernannt werden.

## Praktikum

Möglicherweise habt ihr oder einige eurer Klassenkameraden schon ein Praktikum in einem Betrieb und so erste Erfahrungen mit dem Berufsleben gemacht. Vielleicht haben euch die drei Wochen in einer Gärtnerei oder bei einem Tierarzt so gut gefallen, dass ihr jetzt schon wisst, welchen Beruf ihr ergreifen wollt. Ihr habt praktische Informationen bekommen und wisst besser Bescheid. Das ist schließlich auch der Sinn dieses Teils eurer Schulausbildung. Praktika (das ist die Mehrzahl von „Praktikum“) gibt es nicht nur für Schülerinnen und Schüler. In anderen Ausbildungen hat ein Praktikum ebenfalls den Sinn, theoretische Kenntnisse durch die Praxis zu ergänzen und zu vertiefen.. Heute hört man mitunter die Bezeichnung „Generation Praktikum“. Was ist damit gemeint? Es kommt immer öfter vor, dass Praktikanten, die entweder gar nicht oder nur gering bezahlt werden, von Betrieben aus Kostengründen als Ersatz für regulär bezahlte Arbeitnehmer beschäftigt werden. Manchmal geschieht das gleich mehrmals hintereinander, ohne dass daraus eine richtige Anstellung wird.

## Presse

Alle Erzeugnisse, die in Druckerpressen hergestellt werden, wurden bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts als „Presse“ bezeichnet. Das waren alle Druckschriften wie **Zeitungen**, Flugblätter, Plakate und Bücher. Später wurde der Ausdruck "Presse" nur noch für die regelmäßig erscheinenden gedruckten **Medien** (so genannte Printmedien) wie Zeitungen und Zeitschriften gebraucht. Je besser die Drucktechnik wurde, desto mehr Zeitungen konnten jeden Tag gedruckt und verkauft werden.

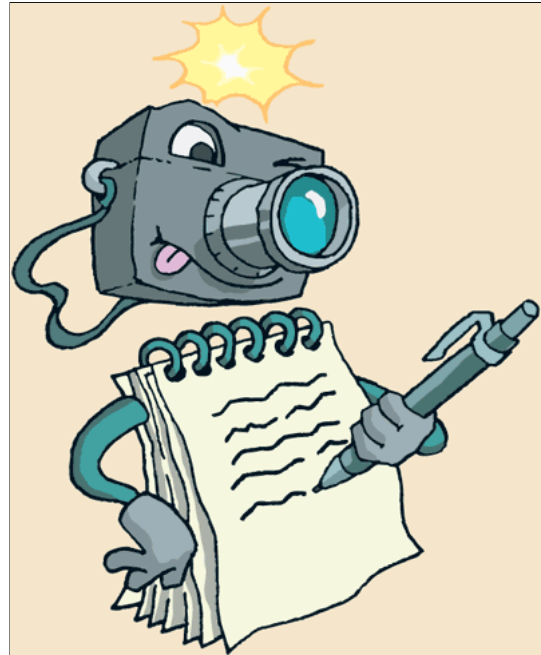
Unternehmen, die Zeitungen herstellen und vertreiben, nennt man "Zeitungs-" oder "Zeitschriftenverlage". Wenn sie mehrere verschiedene Zeitungen und Zeitschriften herstellen und verbreiten, bezeichnet man sie als "Pressekonzerne".

In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** kann man heute viele hundert Zeitungen und Zeitschriften kaufen oder auch im Internet lesen. Darin werden ganz unterschiedliche Informationen gegeben und vielfältige Meinungen und Argumente geäußert. Das Recht auf freie Meinungsäußerung wird durch die **Pressefreiheit** garantiert, die im **Grundgesetz** festgeschrieben ist.

# P

## Pressefreiheit

Das Recht der freien Meinungsäußerung, und dazu gehört die Pressefreiheit, gehört in unserer **Demokratie** zu den **Grundrechten**. Es soll damit sichergestellt werden, dass alle Bürgerinnen und Bürger frei ihre Meinung sagen und schreiben können und sich ihre Informationen beschaffen können, wo sie wollen. Niemand darf den Journalisten und **Journalistinnen** im Prinzip vorschreiben, was sie zu schreiben oder zu berichten haben. Durch bestimmte Vorschriften und **Gesetze** wird die Pressefreiheit allerdings eingeschränkt. Es darf niemand beschädigt oder beleidigt werden, die persönliche Ehre der Menschen muss geachtet werden. Es darf auch nichts in **Zeitungen** geschrieben oder im Fernsehen gezeigt werden, was dem **Jugendschutz** widerspricht. Manche warnen davor, dass die Pressefreiheit in Gefahr sei, wenn einzelne Unternehmen zu viele Zeitungen oder Fernsehstationen kaufen. Damit könnte die Meinung im Lande zu sehr beeinflusst werden und vielleicht auch Druck auf die Journalisten ausgeübt werden. Solche "Pressekonzentration", wie das heißt, kann man in manchen Ländern, auch in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** beobachten. Hier gibt es das **Bundeskartellamt**, das solche Vorgänge kontrolliert.



© Stefan Eling

## Presserecht

Dieses Recht ist in den so genannten Landespressegesetzen festgeschrieben. Es regelt die Rechte und Pflichten der **Presse**. So haben die **Journalisten (-> Journalist/in)**, die für **Zeitungen** schreiben oder für das Fernsehen berichten, das Recht, von den Behörden informiert zu werden. Sie berichten dann den Bürgerinnen und Bürgern darüber, was sie erfahren haben. Ein Ort, wo die Journalisten wichtige Informationen aus der **Politik** erhalten, ist zum Beispiel die Bundespressekonferenz. Diese Veranstaltung findet einmal pro Woche statt. Dort stellt sich der **Bundeskanzler** oder ein **Pressesprecher** oder eine **Ministerin** der **Regierung** den Fragen der Journalisten und berichtet über bestimmte **Gesetze** und Vorhaben der Regierung. Aber die Presse hat nicht nur Rechte, sie hat auch Pflichten. Die Journalistinnen und Journalisten sind verpflichtet, nichts Falsches zu veröffentlichen und genau zu prüfen, ob alles, was sie berichten, seine Richtigkeit hat. Verstöße gegen das Presserecht können bestraft werden.

## Pressesprecher

Ihr habt bei den Stichworten **Pressefreiheit** und **Presserecht (-> Presserecht)** gelesen, dass **Journalisten (-> Journalist/in)** korrekt berichten müssen. Dazu müssen sie selber auch gut informiert werden über Pläne und Vorhaben, von denen die Bürgerinnen und Bürger wissen sollten. Es sind die Pressesprecher, die diese Informationen geben. So gibt es zum Beispiel einen Pressesprecher der **Bundesregierung (-> Regierung)**. Er muss in der so genannten Bundespressekonferenz auf alle Fragen der Journalisten und Journalistinnen antworten. Auch jedes **Ministerium (-> Ressort)** sowie Stadtverwaltungen, viele andere Behörden oder große Firmen haben Presseabteilungen. Deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter informieren die **Presse**, den Rundfunk sowie das

# P

Fernsehen und damit die Öffentlichkeit, also uns alle.

## Privatisierung

Das Wort "privat" kommt aus dem Lateinischen und heißt übersetzt "der Herrschaft beraubt", "nicht öffentlich", "persönlich" oder "vertraulich". Privates Vermögen ist also ein persönliches Vermögen (zum Beispiel Geld, Wertgegenstände, Haus, Auto). Auch der **Staat** besitzt Vermögen, das so genannte öffentliche Vermögen. Das können Grundstücke sein, Industrieanlagen, Verkehrswege wie Straßen und Eisenbahnen, aber auch Goldbarren und **Aktien**. Entschließt sich der Staat aus bestimmten Gründen, Teile seines Vermögens an Privatpersonen, private **Gesellschaften** oder private Firmen zu verkaufen, so geht dieses Staatseigentum in Privatbesitz, also in nicht-öffentlichen Besitz über. Es wird privatisiert. So wurde beispielsweise aus der Deutschen Bundesbahn die Deutsche Bahn AG und die Deutsche Bundespost wurde in drei Aktiengesellschaften umgewandelt: in die Deutsche Post AG, die Deutsche Telekom AG und die Deutsche Postbank AG. Die Gründe für solche Umwandlungen von Staatseigentum in Privateigentum sind vielfältig: Die **Wirtschaft**, der **Wettbewerb** sollen angekurbelt werden. Der Staat hat weniger Verantwortung für diese großen Unternehmen und vor allem können mit dem Geld aus dem Verkauf Staatsschulden bezahlt werden. Ob es sich allerdings lohnt, Staatseigentum zu verkaufen, um Schulden zu begleichen, ist bei den Wirtschaftsexpertinnen und -experten umstritten.

## Prognose

Das Wort kommt aus dem Griechischen und bedeutet so viel wie "Vorhersage". Damit ist allerdings nicht das gemeint, was zum Beispiel ein Wahrsager vorhersagt oder das, was in deinem Horoskop steht. Mit "Prognose" meint man eine Voraussage über die Zukunft, die sehr gut begründet ist, weil sie Forschungsergebnisse mit berücksichtigt. Das kann der tägliche Wetterbericht sein, den wir in den **Nachrichten** sehen oder im Radio hören. Er wird mit Hilfe von Satelliten und anderen wissenschaftlichen Methoden erstellt. Es kann eine **wirtschaftliche** Prognose sein oder eine, die vorhersagt, wie viele Bürgerinnen und Bürger in fünfzig Jahren in diesem Land leben werden. Das wäre dann eine Prognose zur Bevölkerungsentwicklung. Vor **Wahlen** interessiert besonders die Wahlprognose. Diese wird mit Hilfe der **Meinungsforschung** erstellt.

## Proletariat

Der lateinische Begriff „proletarius“ bedeutet „der untersten Volksschicht angehörend.“ Im alten Rom war das die Schicht der Land- und Besitzlosen, die für Lohn arbeiten mussten. In der Industriegesellschaft des 19. Jahrhunderts wurden die Menschen, die nichts als ihre Arbeitskraft besaßen und in den Fabriken für wenig Lohn hart arbeiten mussten, als „Proletarier“ bezeichnet. In dieser Zeit entstand die **politische** Lehre des Kommunismus von Karl Marx und Friedrich Engels. Karl Marx forderte das „Ende der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“. Für Marx sollte das Proletariat das **kapitalistische** System überwinden und eine **klassenlose Gesellschaft (-> Kommunismus)** schaffen.

In unserem heutigen Sprachgebrauch kommt der Begriff „Proletariat“ nur noch selten vor. Wohl aber hört man immer wieder die eher als Schimpfwort gemeinte Bezeichnung „Prolet“ oder in der umgangssprachlichen Jugendsprache die Wörter „Proll“ oder „prollig“.



# P

## Propaganda

Das ist die schriftliche oder mündliche Verbreitung ("propagare" heißt im Lateinischen "ausbreiten") von Ideen und Informationen mit dem Ziel, andere Menschen von diesen Ideen zu überzeugen. Eigentlich ist es also eine spezielle Art von **Werbung**. Durch den Einsatz der **Massenmedien** (-> **Medien**) kann Propaganda besonders wirksam werden. Dadurch, dass Propaganda von **politischen** Machthabern in autoritären **diktatorischen Staaten** oft eingesetzt wurde, um das **Volk** in ihrem Sinne zu beeinflussen, hat das Wort einen negativen Beigeschmack bekommen. So gab es zum Beispiel im **nationalsozialistischen Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**) den „Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda“ Joseph Goebbels.



© Stefan Eling

## Punk

Das Wort kommt aus dem Englischen und bedeutet so viel wie „Dreck“, „Mist“. Punkmäßige schrille Kleidung, an der Metallketten hängen, dazu auffallende bunte Frisuren oder einen Irokesenschnitt kennt ihr bestimmt. Manche Leute sind schockiert, wenn sie solche Jugendliche sehen, die Sicherheitsnadeln als Piercing tragen. Und das sollen sie auch, hätten die Erfinder der Punk-Bewegung gesagt. Das waren Ende der 1970er Jahre vor allem Jugendliche in englischen Städten. Sie waren meist **arbeitslos**, hatten wenig Zukunftsaussichten. Mit ihrer Aufmachung verstanden und verstehen sie sich noch heute als Aussteiger aus der bürgerlichen Gesellschaft. Auch ihre Musik, der Punkrock, der den gängigen Pop und die Rockmusik ablehnt, bringt ihren Ablehnung der Gesellschaft zum Ausdruck. Diese Musik ist durch Übersteuerung und Rückkoppelung noch lauter als die Rockmusik, die Texte sind abfällig und bissig. Ab 1990 entstand neben der zurückgehenden Punk-Bewegung die Bewegung der Neo-Punks. Diese Jugendkultur verstand sich weniger als Protestbewegung. Die aufmüpfige Punk-Mode war mittlerweile von der Modeindustrie entdeckt worden und es wurde schick, ein bisschen "punky" zu sein. Mit dem **politischen** Anspruch, die Gesellschaft aufzurütteln und durch unangepasstes Verhalten die **gesellschaftlichen** Missstände anzuprangern, hatte der Neopunk nichts mehr zu tun. Dennoch gibt es noch die ursprünglichen Punkgruppen. Für die **Rechtsextremisten** gehören sie zum Hauptfeindbild.

# R

## Rabatt

Habt ihr schon einmal auf dem Flohmarkt gehandelt? Häufig lohnt sich das Feilschen, und man bekommt das, was man gerne kaufen möchte, etwas billiger. Ein Rabatt ist ein Preisnachlass. Ihr zahlt also nicht den Normalpreis, sondern weniger. Wenn ihr euch zum Beispiel ein Fahrrad kauft und der Händler euch eine Luftpumpe oder eine Fahrradklingel gratis dazu gibt, so ist dies auch eine Art Rabatt. Weitere Preisnachlässe bekommt man zum Beispiel über Rabattmarken oder Punkte, die man sammelt und später gegen eine Prämie oder Geld eintauschen kann. Bis 2001 gab es genaue Vorschriften, wieviel Rabatt ein Händler geben durfte, das waren drei Prozent vom Kaufpreis. Seit 2001 können die Kunden mit den Verkäufern die Rabatte direkt aushandeln und wenn sie das geschickt machen, gibt ihnen der Verkäufer vielleicht zehn Prozent Rabatt statt drei.

## Radikalismus

Dieses Wort kann man auf das lateinische "radix", das bedeutet "Wurzel", zurückführen. Mit „Radikalismus“ bezeichnet man eine **politische** Einstellung, die von Grund auf, von der Wurzel her die Dinge ändern und nicht nur an der Oberfläche kratzen will. Rechtsradikale und Linksradikele wollen die bestehende **gesellschaftliche** Ordnung total verändern und die **demokratischen** Regeln abschaffen. Dabei sind die Zielsetzungen der Rechtsradikalen und Linksradikele zwar unterschiedlich, aber beide Gruppen sind bereit, gewalttätige Mittel einzusetzen, um ihre Ziele zu erreichen. Menschen mit radikalen Einstellungen sind oft **fanatisch**, lassen die Vorstellungen anderer nicht gelten. Sie sind **intolerant (-> Toleranz)** und beharren kompromisslos auf ihren eigenen Vorstellungen.

## RAF

Diesen Namen gab sich eine **terroristische linksextremistische** Vereinigung, die 1968 von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof gegründet und daher auch „Baader-Meinhof-Gruppe“ genannt wurde. Die RAF hatte etwa 80 aktive Mitglieder. Bis in die 1990er Jahre verübte die Gruppe in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** zahlreiche **Attentate**, bei denen 35 Menschen ermordet wurden. Es gab zudem viele Verletzte und Sachbeschädigungen, insbesondere an Einrichtungen der US-Truppen in Deutschland. Begründet wurden die Anschläge damit, dass die **kapitalistische Gesellschaftsordnung** zerstört werden müsse. Zu den bekanntesten Opfern der RAF gehörten Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer, Generalbundesanwalt Siegfried Buback und der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen. Die RAF versuchte 1977, durch die Entführung einer Lufthansamaschine nach Mogadischu, inhaftierte Gesinnungsgenossen freizubekommen. Doch der **Staat** ließ sich nicht erpressen. Baader, Ensslin und andere nahmen sich daraufhin das Leben. Mehrere Mitglieder der RAF tauchten in den 1980er Jahren in der **DDR** unter. Nach dem Zusammenbruch der DDR wurden sie festgenommen und verurteilt. 1998 gab die Rote **Armee (-> Streitkräfte / Armee) Fraktion** ihre Selbstauflösung bekannt.

# R

## Rassismus

Sicher kennt ihr das Wort "Rasse" zum Beispiel aus der Tierwelt. Die Tierarten sind in sich noch einmal in Tierrassen unterteilt. Wenn Hunde eine Art sind, dann sind die Bernhardiner eine Rasse der Hunde. Die Bernhardiner haben ganz bestimmte äußere Merkmale, die sich vererben und die sie von anderen Hunden unterscheiden.

Der Begriff "Rassismus" ist von „Rasse“ abgeleitet. Der Rassismus behauptet, dass eine bestimmte Art von Menschen, zum Beispiel die Menschen mit weißer Hautfarbe, besser und zu größeren Leistungen fähig seien als andere Menschen. Meist versuchen Menschen mit solchen unsinnigen Aussagen, den eigenen Stellenwert zu erhöhen und andere, ihnen fremde Menschen und Völker abzuwerten, auf eine niedrigere Stufe zu stellen. Im Laufe der Geschichte sind solche dummen Behauptungen sogar als angebliche wissenschaftliche Lehre verkündet worden. Während der Zeit des **Nationalsozialismus** dienten solche Behauptungen dazu, die Ausrottung ganzer Bevölkerungsgruppen zu rechtfertigen. Rassismus ist eine schlimme Form der **Diskriminierung**.

## Ratifizierung

Ein internationaler Vertrag wurde zwischen den bevollmächtigten Vertretern verschiedener **Staaten** ausgehandelt. Nehmen wir an, es handelt sich um einen Abrüstungsvertrag, in dem zwei oder mehrere Staaten sich verpflichten, im Falle einer bewaffneten Auseinandersetzung keine Chemiewaffen einzusetzen. Damit dieser Vertrag auch wirksam werden kann, muss das **Parlament**, bei uns also der **Deutsche Bundestag**, dem Vertrag zustimmen und das Staatsoberhaupt, der Bundespräsident, muss den Vertrag unterzeichnen. Dieses Verfahren, das dazu führt, dass der Vertrag auch gültig wird, nennt man „Ratifizierung“. Bevor der Vertrag nicht ratifiziert ist, ist er nicht wirksam und nicht völkerrechtlich verbindlich.

## Rationalismus

Manchmal hört man den Satz, eine Person habe „rational“ gehandelt. Damit meint man normalerweise, dass die Person weniger gefühlsmäßig, sondern mehr mit dem Verstand eine Entscheidung getroffen hat.

Von dem lateinischen Wort „ratio“ (auf Deutsch: „Vernunft“) abgeleitet meint „Rationalismus“ eine philosophische Lehre, wonach der Aufbau der Welt so wie die Mathematik und Physik nach logischen und berechenbaren Gesetzmäßigen erfolgt. Um die Wahrheit zu erkennen, bedürfe es nur des Verstandes. Im Rationalismus spielen unsere Sinne, also das Sehen, Hören, Fühlen, Schmecken, Tasten, eine untergeordnete Rolle bei der Erfahrung unserer Welt. Wenn der Mensch seine Vernunft richtig gebraucht, dann kann er auch besser und mündiger werden, so lautet ein wichtiger Satz dieser Lehre. „Ich denke, also bin ich“, sagte einer der Hauptvertreter des Rationalismus, René Descartes, und unterstrich damit die einzigartige Rolle des Verstandes. Besonders bei der Entwicklung der modernen westlichen **Gesellschaften** spielte das Rationale, also das Vernunftmäßige, in allen Lebensbereichen (im Privaten, in der **Wirtschaft** und **Politik**) eine wichtige Rolle.

# R

## Rebell / Rebellion

Das Wort „Rebell“ kommt aus dem Lateinischen und bedeutet so viel wie „Aufrührer“, „Aufständischer“. In Filmen, Romanen und Theaterstücken sieht und liest man von Rebellen wie Robin Hood, Wilhelm Tell oder den Räubern. Diese Figuren, die von Schriftstellern nach wirklichen Vorbildern in der Geschichte erdacht wurden, haben eine Rebellion ausgelöst. Sie haben, wie es allgemein gesprochen heißt, einen bewaffneten Aufstand gegen einen Herrscher, gegen eine **Regierung** oder eine **staatliche** Gewalt angeführt. Sie hatten gute Gründe für ihren **Widerstand**, denn es herrschte große Ungerechtigkeit in ihren Ländern und das **Volk** wurde unterdrückt. Wenn eine Rebellion erfolgreich war und die bestehende Ordnung durch den Aufstand gestürzt wurde, spricht man von einer "**Revolution**".

In der Vergangenheit gab es viele Aufstände, die meistens von **politischen Minderheiten** ausgingen. Beispiele dafür sind die zahlreichen Sklavenaufstände im 18. und 19. Jahrhundert in Nordamerika, der Aufstand im Warschauer Ghetto von 1943 oder der Volksaufstand 1953 in der ehemaligen **DDR**.

## Rechtsanwalt / Rechtsanwältin

Wenn jemand eine Straftat begangen hat, angeklagt wird und sich vor **Gericht (-> Gericht)** verantworten muss, hat er nach deutschem **Gesetz (-> Gesetz)** das Recht, sich zu verteidigen oder verteidigen zu lassen. Dazu braucht er in den meisten Fällen jemanden, der sich gut mit den Gesetzen auskennt. Das ist eine Rechtsanwältin oder ein Rechtsanwalt. Diese Rechtsgelehrten, wie sie in früheren Zeiten hießen, haben Rechtswissenschaft (Jura) studiert und dürfen Angeklagte vor Gerichten vertreten. Der Anwalt studiert sehr gründlich den Fall seines **Mandanten (-> Mandat)**, also desjenigen, den er vertritt. Wenn der Anwalt davon überzeugt ist, dass sein Mandant unschuldig ist, versucht er, dies vor Gericht zu beweisen und einen Freispruch zu erwirken. Oder der Anwalt versucht - oft mit Hilfe von Sachverständigen - die Handlungsweise des Angeklagten zu erklären. Vielleicht ist der Angeklagte schwer beleidigt worden oder er war krank und kann deswegen für seine Tat nicht voll verantwortlich gemacht werden. Auf jeden Fall tun Anwälte alles, damit die Angeklagten möglichst keine oder eine geringe Strafe bekommen.

Natürlich kostet die Arbeit eines Rechtsanwaltes Geld. Aber wenn ein Angeklagter seinen Rechtsanwalt nicht bezahlen kann, hat er trotzdem Anspruch darauf, vor Gericht verteidigt zu werden. Dann sorgt der **Staat** dafür, dass der Angeklagte einen Anwalt bekommt, das ist ein so genannter Pflichtverteidiger.

Anwälte arbeiten aber nicht nur vor Gericht. Sie sind auch auf vielen anderen Gebieten tätig, in denen es um Rechtsfragen geht. So gibt es zum Beispiel Fachanwältinnen und -anwälte für Familienrecht, Steuerrecht, für Verkehrs- oder Mietrecht.

# R

## Rechtsextremismus

In dem Begriff steckt das lateinische Wort "extrem". Menschen, die Extremisten sind, lehnen die Regeln ab, nach denen unser **demokratischer Staat** funktioniert. Sie wollen sie sogar abschaffen. Wer extremistisch ist, will keine **Toleranz** und Offenheit gegenüber Menschen, die anderer Meinung sind. Rechtsextremisten wollen den Staat mit Gewalt verändern. Sie treten meistens in kleinen Gruppen auf, sind sehr oft gewalttätig, tragen Kleidung und Frisuren, die nach Stärke und Macht aussehen sollen (Glatzen, Springerstiefel) und schreien ausländerfeindliche Parolen. Manchmal verstellen sich diese Menschen auch. Sie sprechen zwar davon, dass sie Recht und Ordnung achten, aber in Wirklichkeit unterdrücken sie andere Menschen, die nicht ihrer Meinung sind. Vorbilder für diese menschenverachtende Einstellung sind häufig der Nationalsozialismus und der **Faschismus**. Daher spricht man bei rechtsextremistischen Gruppen heute oft von Neonazis (neuen **Nationalsozialisten**).



© Stefan Eling

## Rechtsprechung

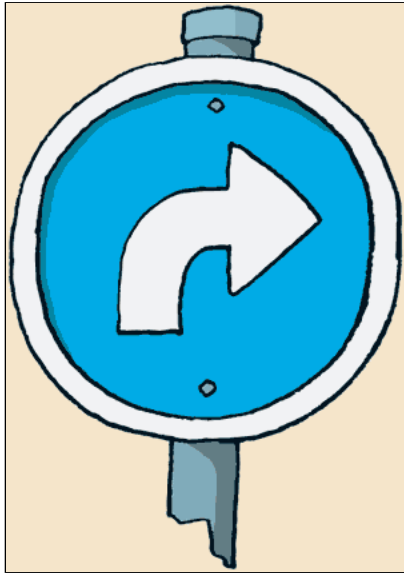
In einem **demokratischen Rechtsstaat** müssen sich die Menschen darauf verlassen können, dass die **Gesetze** für alle gelten und dass der Staat dafür sorgt, dass die Gesetze auch eingehalten werden. Darum kümmern sich unabhängige **Richterinnen** und Richter, die in Streitfällen entscheiden. So wird sichergestellt, dass die Menschen nicht nach eigenem Gefühl und ohne Rücksicht auf die geltenden Gesetze ihre Streitfälle entscheiden. Dies wäre Selbstjustiz. Und weil Selbstjustiz zu einem großen Chaos führen würde, in dem jeder gegen jeden vorgeht, ist sie in modernen **Staaten** wie unserem strikt verboten. Die Rechtsprechung (man nennt sie auch "Justiz" oder "rechtsprechende Gewalt" oder "Judikative") bezeichnet man in einem demokratischen Staat, in dem die **Gewaltenteilung** herrscht, auch als "Dritte Gewalt" neben der "Legislative" und der "Exekutive".

## Rechtsstaat

Das ist die Bezeichnung für einen **Staat**, in dem alles, was der Staat tut, nach den Regeln der **Verfassung** und den geltenden **Gesetzen (-> Gesetz)** erfolgen muss. In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** gibt das **Grundgesetz** diese Regeln vor. Der Gegensatz zum Rechtsstaat ist zum Beispiel ein Polizeistaat oder eine **Diktatur**. Dort hält sich der Staat an keinerlei Verfassung oder Grundgesetz. In einem Rechtsstaat sollen sich die Bürgerinnen und Bürger darauf verlassen können, dass ihre Rechte vom Staat geschützt werden. In Deutschland überprüfen die unabhängigen **Gerichte (-> Gericht)**, ob der Staat die Gesetze einhält und die Rechte seiner Bürgerinnen und Bürger schützt.

# R

## Rechtsweg



© Stefan Eling

Wenn ich zum **Gericht** gehe, um dort mein Recht zu suchen zum Beispiel weil mich jemand beleidigt, verletzt oder sonst wie geschädigt hat, dann schlage ich denn Rechtsweg ein. Das heißt, ich versuche nicht, mein Recht selbst zu finden, indem ich einen Beleidiger verprügele oder mich auf andere Weise räche (das wäre „**Selbstjustiz (-> Rechtsprechung)**“). Vielmehr suche ich auf dem vom **Gesetz** vorgesehenen Weg mein Recht. Der Rechtsweg, so sagt es unsere **Verfassung**, steht jedem offen, der sich in seinen Rechten verletzt sieht oder der seine Rechte durchsetzen will.

Im **Grundgesetz** übrigens ist eine so genannte Rechtswegsgarantie enthalten. Das bedeutet, wenn ein Vertreter der öffentlichen Gewalt, also etwa ein **Polizist** oder ein anderer **Beamter**, mich in meinem Rechten verletzt, kann ich vor einem Gericht um Rechtsschutz bitten.

## Redaktion

Das lateinische Wort "redigere" heißt "zurückführen", "in Ordnung bringen". In einer Redaktion sitzen Redakteure und Redakteurinnen, die redigieren, also etwas in Ordnung bringen. Das können zum Beispiel Zeitungs- oder Zeitschriftenartikel sein, die von **Journalisten** geschrieben wurden. Diese Texte müssen vielleicht verbessert, verlängert, umgestellt oder gekürzt werden. Sie müssen eine gute Überschrift bekommen, damit die Leser sofort neugierig werden, und eventuell muss auch noch ein Bild für einen Artikel ausgesucht werden. In der Redaktion trägt man also die Verantwortung dafür, wie ein Artikel oder ein Bildbericht zum Schluss aussieht. Das Gleiche gilt für die Filme im Fernsehen, die von Redakteuren der Fernsehanstalten bestellt, bearbeitet ("geschnitten") und für die Sendung fertig gemacht werden. Auch bei der Arbeit an Büchern arbeiten Redaktionen, zum Beispiel wenn sie ein Lexikon zusammenstellen wie das, in dem ihr gerade lest.

## Reform

In **Zeitungen** und im Fernsehen schreiben und reden **Journalisten** und **Politikerinnen** oft von Reformpolitik. Damit ist gemeint, dass man Dinge neu ordnen oder verbessern will. Sollen zum Beispiel die Regeln, nach denen die **Steuern** gezahlt werden, geändert werden, so spricht man von einer Steuerreform. Oder wenn das Gesundheitswesen geändert werden soll, handelt es sich um eine "Gesundheitsreform". Bei diesen Reformen sollen Steuersystem und Gesundheitswesen einfacher und überschaubarer werden und bei der Gesundheitsreform sollen vor allem die Kosten gesenkt werden.

Das Wort Reform leitet sich übrigens vom lateinischen „reformare“ ab, was „umgestalten“ bedeutet.

# R

## Regierung

Die Regierung leitet den **Staat (-> Staat)**. Sie besteht aus einer Gruppe von Personen, die man auch Regierungsmannschaft oder **Kabinett** nennt. Chef der Regierung ist in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** der Bundeskanzler oder die **Bundeskanzlerin**. Die Regierung trifft sich regelmäßig in Sitzungen. Dort werden die nötigen Entscheidungen über die Innen- und Außenpolitik eines Staates getroffen. Das können zum Beispiel neue Regelungen zu **Kindergeld** und **Steuern** oder Maßnahmen im Straßenverkehr sein. Die **Gesetze**, die diese Dinge dann später regeln, werden vom **Parlament** beschlossen. Oder es wird beraten und festgelegt, wie die Beziehungen Deutschlands zu anderen Ländern am besten geregelt werden können. In Deutschland gehört der Regierungschef oder die Regierungschefin normalerweise der stärksten **Partei** im **Deutschen Bundestag** an.

## Regierungsbezirk / Regierungspräsidium

"Regierungsbezirk" heißt der Bezirk, in der in einigen Bundesländern eine bestimmte Behörde, das Regierungspräsidium, zuständig ist. Ein Regierungspräsidium ist eine Art mittlere Verwaltungsebene. Sie soll auf der einen Seite die **Landesregierungen (-> Regierung)** entlasten und daneben bestimmte Aufgaben übernehmen, für die die Kommunen, also die Städte und **Gemeinden**, zuständig sind. Zu den Aufgaben eines Regierungspräsidiums gehören zum Beispiel bestimmte Umweltangelegenheiten und die Aufsicht über die Kommunen bei rechtlichen Fragen. Insgesamt gibt es in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** 18 Regierungsbezirke und zwar in den Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen. Da in Deutschland Bürokratie abgebaut werden soll, wird in den Bundesländern zurzeit darüber diskutiert, die Regierungspräsidien abzuschaffen und die Regierungsbezirke aufzulösen.

## Religion

Das Wort stammt vom lateinischen „religio“ ab, das unter anderem auch mit „Gottesfurcht“, „Gottesverehrung“ oder „Heiligkeit“ übersetzt werden kann. „Religion“ bedeutet demnach, dass religiöse Menschen an eine über ihnen stehende Macht glauben und sich daran ausrichten. Diese Macht stellen sich die Menschen entweder als Person (als Gott) oder als etwas Abstraktes (als das Göttliche) vor. Gott oder das Göttliche unterscheiden sich ganz wesentlich von der menschlichen Welt. Für religiöse Menschen bietet die Religion eine Möglichkeit, die Welt zu verstehen und sich im Leben zu orientieren. Dies trifft auf alle Religionen zu – auf die **christliche** und auch die anderen Weltreligionen sowie die vielen sonstigen, die im Laufe der Zeit entstanden sind. Im Gottesdienst und Gebet, durch Meditation, Gesang, Tanz und durch viele andere Zeremonien drücken die Menschen ihr religiöses Erleben aus. In vielen Religionen gibt es festgelegte Regeln, **Gebote (-> Gesetz)** und religiöse Verhaltensweisen, nach denen sich die Menschen richten sollen.

# R

## Rente / Pension

Wenn ihr die Schule beendet habt, werdet ihr nach einer Lehre oder nach einem Studium ins Arbeitsleben eintreten. Ihr bekommt einen Lohn oder ein Gehalt, von dem monatlich ein bestimmter Anteil in die **Rentenversicherung (-> Sozialversicherung)** unseres Landes eingezahlt wird. Wenn ihr das Rentenalter erreicht habt (das liegt heute in der Regel bei 65 Jahren), könnt ihr euer Arbeitsleben beenden und in den Ruhestand gehen. Um euren Lebensunterhalt zu sichern, beantragt ihr dann eure Rente. Dies ist ein Betrag, der euch monatlich ausgezahlt wird. Die Höhe ist davon abhängig, wie viel ihr eingezahlt habt. Sie hängt aber auch davon ab, wie viele Leute zu diesem Zeitpunkt arbeiten und in die Rentenversicherung einbezahlen. Denn mit dem Geld, das die Menschen, die im Moment arbeiten, in die Rentenversicherung einzahlen, wird die Rente derjenigen finanziert, die bereits im Ruhestand sind. (Das ist übrigens ein so genannter **Generationenvertrag**, weil nämlich die jüngere, arbeitende Generation für die ältere Generation einzahlt. Wenn dann die Jüngeren alt sind, zahlen für sie wiederum diejenigen, die dann arbeiten.) Man kann während des Arbeitslebens zusätzlich auch in eine private Versicherung einbezahlen, um sicherzugehen, dass die Rente später auch ausreicht.

"Pension" heißt das Ruhegehalt, also die Rente einer Beamtin oder eines **Beamten**. (Eine Pension ist ja auch, wie ihr wisst, ein Haus, das Unterkunft und Verpflegung bietet, und in dem ihr vielleicht schon mal Ferien gemacht habt.)

Und für die, die es genau wissen wollen: Das Wort "Rente" kommt aus dem Altfranzösischen "rente" und stammt vom lateinischen "reddere" ab, das heißt "zurückgeben".

## Republik

Bei den alten Römern stand der lateinische Begriff "res publica" für "Gemeinwesen", und das ist das **Volk** eines **Staates**. Wenn nur vom Staatsvolk alle Entscheidungsgewalt ausgeht, wenn seine gewählten Vertreterinnen und Vertreter die **Regierung** bilden und die **Gesetze** machen, dann nennt man das eine "Republik" (der Gegensatz wäre eine **absolute Monarchie (-> Monarchie)** oder eine **Diktatur (-> Diktatur)**). Deutschland ist eine **parlamentarisch-demokratische** Republik. Dies kommt auch im Namen unseres Staates zum Ausdruck: **Bundesrepublik Deutschland**. Manchmal bezeichnen sich allerdings auch Diktaturen als "Republik", zum Beispiel die **Deutsche Demokratische Republik (-> DDR)** (DDR), die von 1949 bis 1990 existierte.

## Resolution

Das Wort kommt aus dem Lateinischen und bedeutet "Beschluss" oder "Entschießung". Zum Beispiel werden von der **UNO (-> UNO / Vereinte Nationen)** Resolutionen verabschiedet. So kann es sein, dass die **Mehrheit** im Sicherheitsrat der UNO feststellt, dass von einem bestimmten Land eine große Gefahr ausgeht, weil es zu viele gefährliche Waffen besitzt. Das Land wird dann mit einer Resolution aufgefordert, diese Waffen zu vernichten. Oder es gibt eine andere Resolution, in der zwei Länder aufgefordert werden, schleunigst ihren Streit friedlich beizulegen. Auf jeden Fall soll mit einer Resolution Druck ausgeübt und die Öffentlichkeit auf ein Problem aufmerksam gemacht werden.



# R

## Ressort

"Ressort" ist ein französisches, ins Deutsche übernommene Wort, das "Arbeits-", "Geschäfts-" oder "Amtsbereich" bedeutet. In der **Politik** spricht man dann von Ressorts, wenn es um die Arbeit von Ministern oder **Ministerinnen** geht. Der Minister des Inneren zum Beispiel ist dafür zuständig, dass es im Inneren des Staates nach Recht und **Gesetz** zugeht, dass die **innere Sicherheit** und Ordnung gewährleistet wird. In allen diesen Fragen muss er den Kollegen und Kolleginnen im **Kabinett** Auskunft geben und den Volksvertretern im **Deutschen Bundestag** Rede und Antwort stehen. So ist zum Beispiel das Ressort des Ministers des Auswärtigen für alle Fragen der Außenpolitik zuständig, für die Beziehungen zu den anderen **Staaten**. Manchmal gibt es in einer **Regierung** auch Minister oder Ministerinnen ohne ein Ressort. Dann sind sie für Sonderaufgaben zuständig.

## Ressourcen

Dieser Begriff stammt aus dem Französischen. Man bezeichnet damit bestimmte Mittel, die nötig sind, um ein Ziel zu erreichen. Diese Mittel können Geld sein, aber auch gute Ideen. So braucht ein Architekt beispielsweise eine pfiffige Idee, um ein modernes Stadion zu planen und zu bauen. Ressourcen können auch landwirtschaftliche Flächen und Arbeitskräfte sein, die für die Produktion von Nahrungsmitteln oder für die **Wirtschaft** in der Zukunft gebraucht werden. Oft spricht man von "natürlichen Ressourcen". Dazu zählen unsere Flüsse, Seen und Wälder, die alle wichtig sind für das Klima und das Produzieren von Sauerstoff. Ressourcen sind auch **Rohstoffe (-> Energiepolitik)** wie etwa Öl und Erdgas, Eisenerz und andere Bodenschätze.

## Revolution

Wenn Menschen sich durch eine bestehende Ordnung, durch ihre **Regierung** oder ihre Herrscher unterdrückt oder ungerecht behandelt fühlen, sehen sie manchmal keine Möglichkeit mehr auf ein besseres Leben. Sie schließen sich zusammen, werden gemeinsam stark und verändern schnell (und oft mit Gewalt) die bestehende Ordnung. Ein solches Handeln nennt man Revolution. Dieses französische Wort bedeutet auch "Umwälzung" (ursprünglich kommt es vom lateinischen Begriff „revolvere“, das heißt "zurückdrehen", "zurückrollen"). Die bekannteste Umwälzung in der Geschichte ist die Französische Revolution von 1789. Damals wurde durch einen großen Volksaufstand der **König (-> Monarchie)** gestürzt. Unter schweren Opfern entstand eine neue **politische** Ordnung, in der nicht mehr der König, sondern das **Volk** die Macht hatte. Eine weitere Revolution mit großen und lang anhaltenden Auswirkungen war die russische **Oktoberrevolution (-> Kommunismus)** von 1917. Die Aufständischen töteten den damaligen Herrscher von Russland (man nannte ihn „Zar“) und seine **Familie** und begründeten für lange Zeit die Herrschaft des Kommunismus in Russland und anderen Ländern. Manchmal werden Regierungen, Könige oder andere Herrscher nicht vom Volk, sondern vom Militär gestürzt. Dann nennt man das eine Revolte des Militärs.

Im Gegensatz zu den oben beschriebenen, meist gewaltsamen Umstürzen, gibt es auch den Begriff „friedliche Revolution“. Als Beispiel dafür gilt das Ende der **DDR** und die deutsche Wiedervereinigung im Jahre 1990. Dies geschah, ohne dass ein einziger Schuss fiel - alleine durch den friedlichen Protest der Bevölkerung der damaligen DDR, die in großen Massen auf die Straße gegangen war.

Auch eine schnelle Entwicklung in Wissenschaft und Technik nennt man Revolution. So war zum Beispiel die Erfindung der Dampfmaschine durch James Watt im 18. Jahrhundert der Auslöser der Industriellen Revolution. Die Erfindung der Eisenbahn läutete eine Verkehrsrevolution ein. Als "revolutionär" bezeichnet man auch die Veränderungen in der **Wirtschaft** und der **Gesellschaft**, die durch die Erfindung der Computersysteme und Informationsmedien eingetreten sind.

# R

## Richter/in

Richter und Richterinnen sind unabhängige unparteiische Männer und Frauen, die, wenn es zu einem Streit kommt, bei **Gericht (-> Gericht)** Entscheidungen treffen. Es kann dabei zum Beispiel um Streitereien zwischen Nachbarn gehen, um Verkehrsunfälle oder Ehescheidungen. Aber auch schwere Straftaten wie Einbrüche und Mord werden vor Gericht verhandelt. Am Ende einer Gerichtsverhandlung spricht die Richterin oder der Richter das Urteil (so nennt man die Entscheidung). Die Urteile können sehr verschieden sein – manchmal müssen Übeltäter Geld bezahlen, manchmal müssen sie ins Gefängnis. Oder aber der Richter spricht den **Angeklagten (-> Rechtsanwalt / Rechtsanwältin)** frei, wenn dieser unschuldig ist oder seine Schuld nicht bewiesen werden kann.

Auf jeden Fall sind Richter nur dem **Gesetz (-> Gesetz)** verpflichtet. Das heißt, sie müssen sich an die Gesetze halten, aber niemand sonst darf ihnen sagen, wie sie urteilen müssen. Dies ist deshalb so wichtig, weil die Gerichte unabhängig sein sollen. Es soll nicht möglich sein, dass jemand einen Richter dazu zwingt, eine bestimmte Entscheidung zu treffen.

Es gibt Berufsrichter, die auf Lebenszeit ernannt sind. Sie haben Rechtswissenschaft (Jura) studiert und eine lange Ausbildung hinter sich, bis sie Richter oder Richterin werden. Dann gibt es die Schöffen (in Amerika heißen sie "Geschworene"). Das sind **ehrenamtliche** Richter und Richterinnen, die aus der Bevölkerung für eine bestimmte Zeit ausgewählt werden. Sie sind bei Verhandlungen genauso unabhängig und haben das gleiche Stimmrecht wie die Berufsrichter.

## Richtlinienkompetenz

Dieses Wort kann man in Artikel 65 unseres **Grundgesetzes** lesen. Dort ist festgelegt, dass der Bundeskanzler oder die **Bundeskanzlerin** die Richtlinien der Politik bestimmt und dafür die Verantwortung trägt. Man könnte auch sagen, der Regierungschef hat die letzte Entscheidung, wenn sich seine Ministerinnen und Minister im **Kabinett** über eine wichtige **politische** Frage nicht einigen können. Damit hat die Kanzlerin eine herausgehobene Stellung innerhalb der **Regierung**. Die **Bundesminister (-> Minister/in)**, so ist es festgelegt, leiten ihre Fachministerien, also zum Beispiel das **Innenministerium (-> Ressort)** oder das Familienministerium innerhalb dieser vorgegebenen Richtlinien des Bundeskanzlers.

## Rune

Runa – das ist ein ganz frühes Wort für "Geheimnis", "Geflüster". Man bezeichnete damit germanische Schriftzeichen, die vom 2. Jahrhundert nach Christus bis etwa ins 11. Jahrhundert gebräuchlich waren. Viele dieser Schriftzeichen bestanden nur aus einem oder zwei Strichen, sahen so aus wie unser heutiges "X" oder das "Y". Inschriften mit diesen Zeichen hat man auf Holz oder Steinen gefunden. Auch auf Knochen oder Metall konnten die Zeichen eingeritzt sein. Die Menschen glaubten, dass von Sachen, zum Beispiel Gebrauchsgegenständen oder auch Gedenksteinen, die mit diesen kurzen Runen-Inschriften versehen waren, magische Kräfte ausgingen. Die Verbreitung der Runen erstreckte sich besonders über Skandinavien und Island bis nach England. Das weiß die Forschung heute, allerdings weiß man noch nicht genau, was viele dieser Zeichen im Einzelnen bedeuten und wo die Runen-Schrift ursprünglich herkam.

# S

## Sachverständigenrat

Sachverständige sind Fachleute oder Experten auf einem bestimmten Gebiet. Eine Gruppe von Sachverständigen bildet einen Sachverständigenrat. Spricht man von „dem“ Sachverständigenrat, ist fast immer eine ganz besondere Expertengruppe gemeint: der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“. Dieser Rat wurde erstmals 1963 durch ein **Gesetz** einberufen und tritt seitdem jedes Jahr zusammen. Er soll die **Bundesregierung (-> Regierung)** in wirtschaftspolitischen Fragen beraten. Die Fachleute in diesem Gremium nennt man auch die „fünf Weisen“. Sie werden jeweils für fünf Jahre in den Rat berufen. Die Aufgabe des Sachverständigenrates ist es, jedes Jahr bis Mitte November ein Gutachten zu erstellen. Darin beschreiben die Gutachter die **wirtschaftliche Lage in Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** und geben einen Ausblick auf die kommende Entwicklung. Der Sachverständigenrat kann darauf hinweisen, wenn in der **Wirtschaftspolitik** etwas verbessert werden müsste. Die Bundesregierung ist verpflichtet, zu dem Jahresgutachten des Rates Stellung zu nehmen. Daneben gibt es noch weitere Sachverständigenräte. So befasst sich zum Beispiel der „Sachverständigenrat für Umweltfragen“ mit der Situation der **Umwelt**.

## Schattenkabinett

Zum Bundeskabinett gehören die Personen, die die **Regierung** bilden: der Bundeskanzler oder die **Bundeskanzlerin** und seine **Ministerinnen** und Minister. Ein Schattenkabinett ist kein echtes **Kabinett**. Es sind vielmehr die Männer und Frauen, mit denen die **Opposition** die Regierung bilden will, wenn sie die **Wahl** gewinnt. Meistens wird das Schattenkabinett in einem **Wahlkampf** der Öffentlichkeit vorgestellt

## Schattenwirtschaft

Es gibt eine Reihe von **wirtschaftlichen** Aktivitäten, die man in keiner **amtlichen** Statistik finden wird. Diese wirtschaftlichen Tätigkeiten fehlen bei der Berechnung des **Bruttosozialproduktes (-> Bruttoinlandsprodukt (BIP))** eines Landes, es werden für sie keine **Steuern** und keine Abgaben an die **Sozialversicherungen** bezahlt. Worum handelt es sich dabei? Wenn wir zum Beispiel dem Nachbarn helfen, sein Haus zu bauen, sein Auto reparieren oder ihm auf andere Weise Nachbarschaftshilfe leisten, dann gehört das zur Schattenwirtschaft. Dazu zählt auch die Hausarbeit oder die Versorgung von Familienangehörigen. Ebenso rechnet man zum Beispiel den Verkauf von alten Sachen auf Flohmärkten dazu und viele **ehrenamtliche** Leistungen, bei denen man anderen Menschen hilft. All das wird von der Statistik nicht erfasst, erfolgt "im Schatten", wird von den offiziellen Stellen nicht wahrgenommen. Vieles ist nicht direkt verboten im Gegensatz zur **Schwarzarbeit** oder zu kriminellen Handlungen, bei denen viel Geld verdient wird. Insgesamt hat der Umfang der Schattenwirtschaft in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** in den letzten Jahren zugenommen. Die Hauptgründe dafür sind die **Arbeitslosigkeit** und die gestiegenen Kosten für den Lebensunterhalt.

# S

## Schengener Abkommen

1985 entschieden sich die fünf europäischen **Staaten** Belgien, Frankreich, Niederlande, **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**) und Luxemburg, die Kontrollen an ihren gemeinsamen Grenzen schrittweise abzuschaffen und eine gemeinsame Sicherheits- und Asylpolitik zu machen. Dazu unterschrieben sie in Schengen, einer kleinen Stadt in Luxemburg, ein **Abkommen** (-> **Konvention**), das so genannte Schengener Abkommen. Im Laufe der Jahre sind viele weitere Länder dem Schengener Abkommen beigetreten, auch solche, die nicht der **EU** (-> **Europäische Union (EU)**) angehören, wie zum Beispiel Island. Das Schengener Abkommen regelt neben dem Verzicht auf Grenzkontrollen auch, wie eine Verbrecherfahndung international ablaufen soll. Denn dabei sind die Länder auf eine gute Zusammenarbeit angewiesen. Hierzu gibt es ein spezielles Schengener Informationssystem, das SIS, in dem alle Daten, die für die Verbrecherjagd wichtig sind, gespeichert werden.

## Schulpflicht

Jedes Kind im Alter von sechs Jahren hat die Pflicht (und das Recht), in die Schule zu gehen. Genauer gesagt, die Eltern müssen dafür sorgen, dass ihr Kind in die Schule geht. Das war nicht immer so, denn diese allgemeine Schulpflicht, wie sie genannt wird, gibt es in **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**) erst seit ungefähr 200 Jahren. Vorher hatten meist nur die Kinder reicher Eltern die Möglichkeit, entweder von Privatlehrern oder in Kloster- oder Fürstenschulen das Rechnen und Schreiben zu lernen. Heute gehen die Kinder zuerst in die Grundschule, danach in die Hauptschule oder wahlweise, je nach Interesse und Begabung, in die Realschule, die Gesamtschule oder auf das Gymnasium. Es gibt auch Sonderschulen (zum Beispiel für lernbehinderte Kinder). In Berufsschulen wird man ganz speziell auf einen bestimmten Beruf vorbereitet.

Kinder sind verpflichtet, eine Schule zu besuchen. Die **gesetzliche** Schulpflicht besteht in Deutschland vom 6. bis zum 18. Lebensjahr. Die Pflicht, Vollzeit die Schule zu besuchen, dauert bis zur 9. oder 10. Klasse. Danach besteht eine Pflicht zur Berufsausbildung, falls nicht eine allgemeine Schule (zum Beispiel das Gymnasium) besucht wird.

Schulen gibt es übrigens schon seit über 5000 Jahren. Im alten Griechenland oder in Ägypten wurden dort Schreiber für die Handelsleute und für die Verwaltung ausgebildet.



Früh übt sich, wer eine Meisterin oder ein Meister werden will - das wusste man schon im alten Griechenland.

© Stefan Eling

# S

## Schwarzarbeit

Wer in **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**) arbeitet, muss **Steuern** und Abgaben an die **Sozialversicherung** bezahlen. Dies gilt, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, für alle. Auch wer Arbeiter beschäftigt, muss für sie Abgaben bezahlen. Wieviel das im Einzelnen ist, hängt vom Lohn oder Gehalt ab und von der jeweiligen Steuerklasse. Wenn jemand Geld verdient, ohne es zu versteuern, dann ist das in den meisten Fällen illegal. Illegal ist in der Regel auch, wenn jemand andere für sich arbeiten lässt und keine Abgaben an die Sozialversicherung zahlt. All das nennt man "Schwarzarbeit". Auf diese Weise entgehen dem **Staat** jedes Jahr Einnahmen in



© Stefan Eling

Milliardenhöhe. Weil der Staat aber das Steuergeld braucht, um seine Aufgaben zu erfüllen, müssen dann diejenigen, die regulär ihre Abgaben leisten, noch mehr bezahlen. Sie zahlen sozusagen für die Schwarzarbeiter mit. Hinzu kommt, dass Schwarzarbeiter durch ihre illegale Tätigkeit **Arbeitslosen** die Chance auf einen Arbeitsplatz wegnehmen. Schwarzarbeit ist in hohem Maße schädlich für die gesamte **Volkswirtschaft**, also für uns alle. Schwarzarbeiter und Leute, die andere für sich schwarzarbeiten lassen, handeln gegen das **Gesetz** und müssen mit Bußgeldstrafen rechnen.

## Schwarzmarkt

In Krisenzeiten, zum Beispiel nach **Kriegen** (-> **Krieg**), leben die Menschen oft in sehr schwierigen Verhältnissen. Da vieles zerstört ist, gibt es wenig zu kaufen und kaum etwas zu essen. Daher muss der **Staat** dieses Wenige, zum Beispiel Lebensmittel und Heizmaterial, genau einteilen („rationieren“), damit jede **Familie** etwas bekommt. Es werden so genannte Lebensmittelkarten ausgegeben, aber es reicht trotzdem nicht für alle. So war das in **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**) nach den **Weltkriegen** des letzten Jahrhunderts. Durch verbotenen Tauschhandel, zum Beispiel von Wertgegenständen gegen Lebensmittel, versuchten die Menschen zu überleben. Händler, welche die Notlage anderer ausnutzten, verlangten viel zu hohe Preise für die seltenen Güter, die sie sich teilweise auf ungesetzlichem Wege beschafft hatten. Solche Geschäfte wurden bestraft. Sie konnten nur geheim, sozusagen im Dunkeln gemacht werden. Nach dem **Ersten Weltkrieg** entstand für diese Art des illegalen Tauschens und Handels der Begriff "Schwarzmarkt". Heute, da fast alles in Geschäften zu bekommen ist, gibt es kaum noch einen Schwarzmarkt. Wenn aber zum Beispiel Pop-Konzerte oder Fußballspiele ausverkauft sind, werden Eintrittskarten häufig auf dem Schwarzmarkt zu überhöhten Preisen angeboten.

## Schwellenland

Die Länder, die nicht mehr zu den armen Entwicklungsländern zählen, aber auch noch nicht zu den reichen Industrienationen, nennt man "Schwellenländer". Das heißt, sie stehen an der Schwelle dazu, ein **Industriestaat** zu werden. Zu den Schwellenländern zählen derzeit beispielsweise Thailand, Südkorea, Taiwan, China, Brasilien und Mexiko.

# S

## Sekte

Das Wort kommt vom lateinischen „secta“ und bedeutet „Richtung“ oder „befolgter Grundsatz“. Mit „Sekte“ wird meist eine Glaubensgemeinschaft bezeichnet, die sich von einer größeren Gemeinschaft (man sagt auch „Mutterreligion“) abgespalten hat. Die Gründe für diese Trennung sind unterschiedlich. Oft glauben die Mitglieder einer Sekte, den besseren oder einzig richtigen Weg zum Heil oder zur Erlösung gefunden zu haben. Sekten gibt es in allen großen Religionen.

Der Begriff „Sekte“ hat heute einen abwertenden Beiklang, da es Sekten gibt, in denen die Mitglieder **manipuliert** und so beeinflusst werden, dass sie fast willenlos ihren Führern folgen. Auch gelten die Mitglieder vieler Sekten als **fanatisch** und für kritische Fragen unzugänglich.

Will man den schlechten Eindruck vermeiden, den viele Menschen mit dem Wort „Sekte“ verbinden, gebraucht man für kleinere Gruppen auch die Bezeichnungen „religiöse Sondergemeinschaft“ oder „neureligiöse Gemeinschaft“. Besonders seit der Mitte des 19. Jahrhunderts haben sich solche Gemeinschaften gebildet. Zum **Christentum** gehören beispielsweise die Adventisten, die Mormonen, die Zeugen Jehovas oder die Vereinigungskirche. Auch im **Islam** gibt es Sekten, bei uns ist zum Beispiel die Ahmadiyya-Sekte bekannt. Im **Hinduismus** entwickelte sich neben der Baghwan-Sekte die Hare-Krishna-Bewegung, und im **Buddhismus** gibt es über 300 verschiedene kleine Religionen, die heute insbesondere in Japan beheimatet sind.

## Senat / Senator/in

Der Begriff kommt vom lateinischen „senatus“ und heißt übersetzt „Der Rat der Alten“. Im Römischen Reich war das eine Versammlung von Beratern, die großen Einfluss auf die Leitung und **Politik** des **Staates** hatte. Die Senatoren waren meistens Adelige und wurden auf Lebenszeit von den Herrschern ernannt. Auch heute gibt es Senate. In **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**) bezeichnet man beispielsweise die **Regierungen** der Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen als „Senat“, ihre Mitglieder heißen „Senatoren“. Auch bei den Oberlandesgerichten oder dem **Bundesverfassungsgericht** gibt es Senate. Diesen Senaten gehören Richter und **Richterinnen** an, die bestimmte Zuständigkeiten haben. Als „Akademischer Senat“ wird oft die Leitung einer Universität bezeichnet.

Auch in manchen **Parlamenten** gibt es einen Senat. In den USA beispielsweise ist der Senat neben dem Repräsentantenhaus ein Teil des Kongresses (so heißt das amerikanische Parlament). Der Senat ist dort die Vertretung der amerikanischen **Bundesstaaten**, die jeweils mit zwei Senatoren (**Abgeordneten**) im Kongress vertreten sind.

## Sicherheitskonferenz

Sicherheitskonferenzen sind Zusammenkünfte, auf denen Fachleute über Fragen der Sicherheitspolitik diskutieren. Auf der jährlichen Münchner Sicherheitskonferenz treffen sich die Verteidigungsminister der **NATO-Staaten** mit Militärexperten und Gästen, oft Staatsmännern und Staatsfrauen aus vielen Ländern. Sie diskutieren über Fragen, die die Sicherheit aller Staaten, die zur NATO gehören, betreffen. Oft werden diese Konferenzen von **Demonstrationen** verschiedener Gruppen begleitet, die fordern, dass man sich anders als mit militärischen Mitteln für den **Frieden** in der Welt einsetzen sollte. 1962 wurde übrigens die erste Sicherheitskonferenz abgehalten.

Auch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in **Europa** (**OSZE**) beschäftigt sich auf Versammlungen und Konferenzen, die mehrmals im Jahr stattfinden, mit Fragen der Sicherheit und guten Nachbarschaft zwischen den Staaten. An diesen Konferenzen nehmen dann die 55 Staats- und Regierungschefs, die der Organisation angehören, teil.

# S

## Skinheads

Jugendliche, vor allem junge Männer mit kurz geschorenen Haaren oder Glatze, habt ihr bestimmt schon auf der Straße gesehen. Wenn sie auch noch "Rangers", also schwere Arbeiterstiefel mit Stahlkappen, Bomberjacken oder Tarnanzüge tragen, gehören sie sehr wahrscheinlich zu einer Gruppe von Skinheads (das ist ein englisches Wort, das genau übersetzt „Hautköpfe“, also "Glatzen" bedeutet). Solche Gruppen sah man in England erstmals 1970, oft in den Stadtvierteln der Arbeiter, wo die Menschen kaum Arbeit fanden, kein Geld und wenig Chancen auf eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse hatten. Durch ihr besonderes Aussehen wollten und wollen sich diese jungen Leute von anderen unterscheiden und auf diese Weise gegen die **Gesellschaft**, die ihnen ihrer Ansicht nach keine Chance gibt, protestieren. Sie betrachten sich als besonders „männlich“, fühlen sich nur in der Gruppe stark. Sie haben sich mittlerweile in ganz verschiedene Gruppen geteilt. Da gibt es diejenigen, die sich wie früher als Vertreter der Arbeiter und ihrer schlechten Lebenssituation fühlen. Da gibt es auch solche, die es „cool“ finden, "Skin" zu sein, die das wie eine Mode sehen. Und es gibt schließlich – in durchaus großer Zahl – **rechtsradikale (-> Radikalismus)** und **rechtsextreme** Skinheads. Diese rechten Skins sind gegen Ausländer und bereit, mit Gewalt gegen Fremde vorzugehen. Viele von ihnen sind Neonazis und **faschistisch** eingestellt und rufen entsprechende Parolen bei Aufmärschen und Versammlungen. Man kann sie meistens von den anderen Skingruppen an ihren Symbolen und Tattoos (Hakenkreuz, SS-Zeichen, germanische **Runen**, Adler und Ähnlichem) unterscheiden.

## Söldner / Landsknechte

Söldner sind Männer, die in den **Krieg (-> Krieg)** ziehen und für diejenigen kämpfen, die sie bezahlen. Anders als ein normaler **Soldat (-> Streitkräfte / Armee)** legt ein Söldner aber keinen **Eid (-> Vereidigung / Diensteid)** gegenüber seinem Dienstherrn ab. Bezahlte Söldnerheere, die für fremde Herrscher oft weit weg von ihrer Heimat kämpfen, gab es schon im Altertum. Während des Mittelalters bis zur Zeit der Französischen **Revolution** hatten auch viele europäische Herrscher Söldnerheere. Erst als die allgemeine **Wehrpflicht (-> Wehrdienst / Wehrpflicht)** und fest stationierte Heere eingeführt wurden, verschwanden die meisten Söldnerheere. Heute gibt es nur noch Reste davon. So dienen zum Beispiel in der französischen Fremdenlegion Männer aus vielen Ländern, die im Auftrag Frankreichs in Afrika und Asien an Kriegen teilnehmen. In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** ist das Anwerben von Söldnern **gesetzlich** verboten.

Eine besondere Söldnertruppe waren die Landsknechte. Sie gab es bis ins 16. Jahrhundert hinein. Es waren bezahlte Fußsoldaten. Sie wurden von den Kriegsherren meistens auf dem Land, wo große Not herrschte, angeworben. Um nicht hungern zu müssen, kämpften diese Männer gegen Bezahlung. Sie sorgten selber für ihre Ausrüstung. Das waren Schwerter und Spieße. Mit ihren Schuhen und mit ihrer bunten Kleidung unterschieden sie sich von den anderen Soldaten und Söldnern. Oft waren die Landsknechtstruppen nicht daran interessiert, nach dem Krieg wieder in ihre armen Dörfer zurückzukehren. Stattdessen zogen sie mit ihren Familien und ihren Kampfgenossen weiter durch das Land und waren als „wilde Gesellen“ bei der Bevölkerung gefürchtet.

# S

## Solidarität

Du empfindest, dass dein Freund zum Beispiel von einem Lehrer ungerecht behandelt wird. Du stehst auf und sagst es laut. Du stellst dich also auf seine Seite, zeigst so dein Zusammengehörigkeitsgefühl. "Solidarität" kommt aus dem Lateinisch-Französischen und heißt genau das: "Zusammengehörigkeit". Es können auch mehrere Personen oder auch Gruppen sein, die sich gegenseitig helfen und unterstützen, zum Beispiel Nachbarschaftshilfe leisten und so zeigen, dass sie "solidarisch" sind. In der **christlichen (-> Christentum) Religion** heißt die Solidarität mit den Armen "Nächstenliebe". **Politisch (-> Politik)** hat sich dieses solidarische Handeln im 19. Jahrhundert entwickelt, als sich die Menschen in der so genannten Arbeiterbewegung für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen einsetzten. Solidarität kann also auch ausgeübt werden, wenn man sich persönlich gar nicht kennt. Man fühlt sich dann solidarisch, weil jemand anderes die gleiche politische Überzeugung wie man selbst hat oder weil es ihm schlecht geht und er Not leidet. Heute, da viele Menschen **arbeitslos** sind, ist es zum Beispiel wichtig, dass die Menschen, die einen Arbeitsplatz haben, solidarisch sind. Solidarität in einer **Gesellschaft** brauchen auch **Minderheiten** und Randgruppen, die benachteiligt werden, oder Menschen, die hungern, was in vielen **Staaten** dieser Welt noch immer der Fall ist.

## Sonnenenergie

Viele **Politiker**, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zerbrechen sich seit Jahren die Köpfe darüber, wie man die **Energie (-> Energiepolitik)** der Sonne in Zukunft besser nutzen könnte.

Die Sonne ist ein Gasball, der auf seiner Oberfläche ungefähr 5700 Grad heiß ist. Ohne die Sonne gäbe es kein Leben auf der Erde, es wäre bei uns kalt und leer. In jeder Sekunde strahlt dieser Stern - denn die Sonne ist ein Stern - eine unvorstellbar große Menge an Licht und Wärme in den Weltraum. Dies ist möglich, weil im Inneren der Sonne bei einer Temperatur von 15 Millionen Grad dauernd Wasserstoff zu Helium verbrannt wird. Allein die Erde bekommt jedes Jahr von der Sonne so viel Energie, dass damit jeder Mensch auf dieser Erde ununterbrochen über 2000 Glühbirnen mit 60 Watt brennen lassen könnte. (Und es leben derzeit etwa 7 Milliarden Menschen auf der Erde!)

Das Erdöl, aus dem Benzin gemacht wird, die Kohle, die Stromkraftwerke antreibt, und auch das Erdgas, das die Häuser heizt - alle diese Stoffe, die in absehbarer Zeit verbraucht sein werden, sind vor vielen Millionen Jahren aus Pflanzen und Tieren entstanden. Sie konnten nur im Sonnenlicht und in der Sonnenwärme wachsen. Ohne Sonnenenergie gäbe es auch keine Wasserkraftwerke. Die Sonne lässt Wasser verdunsten, das sich in Wolken sammelt. Die regnen sich in Bergen und Flüssen ab. Das talwärts fließende Wasser treibt dann Turbinen in den Kraftwerken an und erzeugt Strom. Ohne Sonne gäbe es auch keinen Wind. Der entsteht, wenn durch Sonnenenergie erwärmte Luftschichten aufsteigen und kalte Luft nachströmt. Damit können dann die großen Windräder angetrieben werden, die ebenfalls Strom erzeugen.

Bisher wird die Sonnenenergie also hauptsächlich über Umwege, Wasser und Wind, genutzt. Nur in geringem Maße wird sie ganz direkt genutzt, so zum Beispiel über die so genannten Sonnenkollektoren (Sonnensammler) auf Hausdächern. Darin wird mit einem bestimmten Verfahren die Sonnenwärme aufgefangen und gespeichert. Bei Bedarf wird dann das Haus damit geheizt. Ebenso gibt es die Möglichkeit, mit einer anderen Technik Sonnenenergie direkt in Strom umzuwandeln (Photovoltaik). Auch gibt es große Spiegel, mit denen man das Sonnenlicht in einem Punkt bündelt. In diesen Solaröfen können hohe Temperaturen erzielt werden. Das Problem ist nur: In vielen Teilen der Welt scheint nicht ständig die Sonne, und man kann die Sonnenkollektoren oder Sonnenöfen nicht immer dahin tragen, wo die Sonne gerade scheint. Vielleicht gelingt es eines Tages - und daran arbeiten Forscherinnen und Forscher auf der ganzen Welt -, dass die Vorgänge im Inneren der Sonne ("Kernfusion") auf der Erde nachgebildet werden können. Dann könnte man sich ein kleines Sonnenkraftwerk vielleicht einmal vor der Haustüre bauen.



# S

## SOS-Kinderdorf

Es gab und gibt in der Welt viele Kinder, deren Eltern nicht mehr leben oder die ihre Heimat verloren haben. Der Österreicher Hermann Gmeiner (1919 – 1986) überlegte nach dem **Zweiten Weltkrieg**, wie man den vielen Kindern, die im Krieg zu Waisen geworden waren, helfen konnte. Er kam auf die Idee, den Kindern ein neues Zuhause zu geben. Sie sollten, ähnlich wie in einer **Familie**, in kleinen Gruppen zusammenleben können. So entstand im Jahre 1949 das erste SOS-Kinderdorf. Jede Familie in einem solchen Dorf hat ein eigenes Haus. Dort wohnen fünf bis sechs Kinder vom Säuglingsalter bis zu etwa zehn Jahren und werden von einer „Kinderdorfmutter“ betreut. Auch ältere Kinder können aufgenommen werden, wenn eine jüngere Schwester oder ein jüngerer Bruder von ihnen in der Kinderdorffamilie lebt. Denn es gilt der Grundsatz, dass Geschwister immer in derselben Familie aufwachsen sollen. Zehn bis zwölf Häuser gibt es in einem typischen Kinderdorf. Zurzeit leben ungefähr tausend Kinder in 14 deutschen Kinderdörfern.

Die Idee von Hermann Gmeiner ist inzwischen in der ganzen Welt verbreitet. In 132 Ländern gibt es SOS-Kinderdörfer, in denen mehr als 55.000 Kinder und Jugendliche betreut werden. Sie können in SOS-Hermann-Gmeiner-Schulen und SOS-Kindergärten gehen oder in SOS-Berufsausbildungszentren einen Beruf erlernen. Das alles ist nur möglich, weil ungefähr 6,5 Millionen Menschen in aller Welt die Kinderdörfer mit Spenden und Patenschaften unterstützen.

## Souveränität

Das Wort kommt aus dem Französischen und bedeutet so viel wie „Unabhängigkeit“, „Überlegenheit“. Die Souveränität eines **Staates (-> Staat)** besteht darin, dass er selbst entscheiden kann, was im Staat nach innen sowie in den Beziehungen zu anderen Staaten geschehen soll. Der souveräne Staat hat die Macht, seine **Gesetze** und seine Regierungsform selbst zu bestimmen und fremde Staaten dürfen sich nicht einmischen. Diese Unabhängigkeit kann allerdings eingeschränkt werden. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn ein Staat der **EU (-> Europäische Union (EU))** beitrifft. Dann werden freiwillig bestimmte Rechte etwa im Bereich der Wirtschafts-, Währungs- oder Landwirtschaftspolitik an die Gemeinschaft abgetreten.

Mit „Souverän“ bezeichnet man den unumschränkten Herrscher eines Landes. Früher waren das Kaiser und Könige. In den modernen Demokratien ist es das **Volk**, von dem alle Macht im Staat ausgeht. Deshalb heißt es bei uns nach **Wahlen**, wenn eine neue **Regierung** gewählt wurde: Der Souverän hat entschieden.

## Soziale Marktwirtschaft

Deutschlands **Wirtschaftsordnung** ist die Soziale Marktwirtschaft. Sie wurde aus der **Freien Marktwirtschaft (-> Freie Marktwirtschaft)** entwickelt. Damit keine zu großen sozialen Ungerechtigkeiten entstehen, greift der **Staat** durch bestimmte Regeln in die Freie Marktwirtschaft ein. Zum Beispiel gibt es **Gesetze** zum Kündigungsschutz, die verbieten, dass ein Arbeitnehmer von einem Tag auf den anderen entlassen wird. Dies ist wichtig, denn eine solche sofortige Kündigung würde dem Arbeitnehmer in der Regel sehr große Probleme bereiten. Andere Gesetze sollen verhindern, dass sich große Firmen zu so genannten Kartellen zusammenschließen, denn dann könnten diese **Kartelle (-> Bundeskartellamt)** die Preise ihrer Produkte so absprechen, dass kleinere Betriebe nicht mehr mithalten können und pleitegehen. Auch sorgt der Staat dafür, dass bei gefährlichen Arbeiten die Arbeitnehmer vor zu großen Gesundheits- oder Sicherheitsrisiken geschützt werden. Kurz, die **Freiheit** der Marktwirtschaft wird da eingeschränkt, wo sie unsozial ist, wo sie nur den Starken dient und den weniger Starken schadet. Das Privateigentum wird

# S

geschützt, aber wer Eigentum hat, hat auch Verantwortung dafür, wie er damit umgeht. Die Soziale Marktwirtschaft wurde nach dem **Zweiten Weltkrieg** von dem Wirtschaftsprofessor Alfred Müller-Armack und von Ludwig Erhard, dem ersten deutschen Bundeswirtschaftsminister, entwickelt. Ihre Ideen gelten im Wesentlichen bis heute.

## Einige Unterschiede zwischen Freier und Sozialer Marktwirtschaft

### Freie Marktwirtschaft

### Soziale Marktwirtschaft

Der Staat sorgt für die innere und äußere Sicherheit, greift aber nicht in das **wirtschaftliche** Geschehen ein.

Der Staat greift in das wirtschaftliche Geschehen ein, um auch soziale Ziele zu erreichen (zum Beispiel Kündigungsschutz, Mutterschutz)

Privateigentum ist nicht eingeschränkt.

Privateigentum ist grundsätzlich geschützt. Aber es gilt der Grundsatz: "Eigentum verpflichtet". Es besteht also die Möglichkeit, dass - gegen Entschädigung - jemand enteignet werden kann, zum Beispiel wenn die Sicherheit des Staates betroffen ist.

Die Unternehmen können produzieren, was sie wollen, es herrscht so genannte **Gewerbefreiheit**.

Der Staat greift in die Gewerbefreiheit ein, zum Beispiel wenn die Gefahr besteht, dass von bestimmten Produkten besondere Gefahren ausgehen.

Jeder kann Verträge schließen, so wie er es möchte. Es herrscht also völlige Vertragsfreiheit.

# S

Die Vertragsfreiheit ist eingeschränkt: die Rechte von Menschen, die wirtschaftlich schwächer sind, müssen besonders geschützt werden (so gibt es zum Beispiel Gesetze gegen Wucher oder zum Kündigungsschutz).

## Sozialhilfe

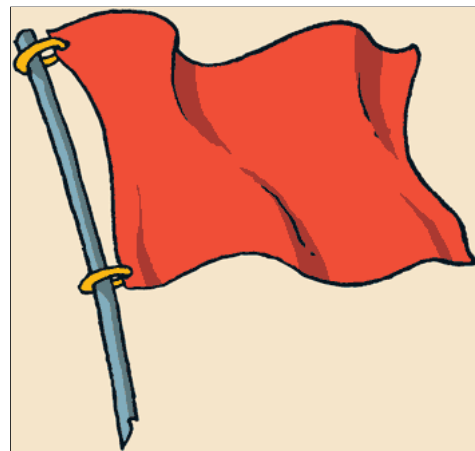
Wer seinen Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft verdienen kann und bedürftig ist, erhält in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** vom **Staat** Sozialhilfe. Das können zum Beispiel Kinder sein oder auch alte Menschen oder Mütter und Väter, die als Alleinerziehende mit kleinen Kindern leben. Bedürftige Menschen, die erwerbsfähig sind, also arbeiten könnten, können **Arbeitslosengeld** beantragen. Sozialhilfe bekommt man nur im Notfall. Bevor jemand Sozialhilfe bekommt, wird geprüft, ob er oder sie tatsächlich bedürftig ist und ob zum Beispiel die eigenen Eltern oder der Ehepartner helfen könnten. Die Sozialhilfe ist unterteilt: Ein Teil soll den Lebensunterhalt sichern, mit dem anderen Teil werden die Mietkosten bis zu einer angemessenen Höhe übernommen. Die Höhe der Sozialhilfe ist von **Bundesland** zu Bundesland unterschiedlich. Überall aber soll die Sozialhilfe das Existenzminimum sichern. Der Gedanke, dass alle Menschen wenigstens das Nötigste zum Leben haben, ist ein Kernstück unseres **Sozialstaats (-> Sozialstaat)**.

## Sozialismus

Der Sozialismus ist eine **politische (-> Politik)** Lehre mit zwei Hauptströmungen. Es gibt einen **revolutionären** Sozialismus und einen **demokratischen** Sozialismus. Einige Grundideen des Sozialismus sind schon im 18. Jahrhundert, in der Zeit der Aufklärung, beschrieben worden. In der Französischen Revolution von 1789 wurde dann der Ruf laut: **Freiheit**, Gleichheit, Brüderlichkeit (heute würden wir statt Brüderlichkeit Solidarität sagen). Der Sozialismus betont die Gleichheit und Brüderlichkeit, während der **Liberalismus** die Freiheit in den Vordergrund stellt. Aber erst als es im 19. Jahrhundert mit der **Industrialisierung** immer mehr **Armut** und Elend unter den Arbeitern gab, entwickelte sich der Sozialismus zu einer Massenbewegung. Seine verschiedenen Ideen wurden nun zu einer politischen Lehre zusammengefasst.

Am Ende des 19. Jahrhunderts vertraten die Arbeiterschaft und die **Gewerkschaften** den demokratischen Sozialismus, der "gemäßigter **Reform-Sozialismus**" genannt wurde. Durch eine schrittweise Veränderung sollten die **wirtschaftlichen** und sozialen Verhältnisse und damit die Lebensbedingungen der Menschen verbessert werden. Keiner darf mehr über andere Menschen Macht ausüben, wenn er dafür nicht von allen demokratisch gewählt wird. Aus dieser Bewegung ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die SPD, hervorgegangen.

Der revolutionäre Sozialismus, der sich als zweite Hauptströmung entwickelte, strebte dagegen einen gewaltsamen Umsturz und einen **radikalen** Neuanfang in Wirtschaft und **Gesellschaft** an. Er verstand sich als Übergangsstadium zum Kommunismus. Nach der russischen **Oktoberrevolution (-> Kommunismus)** im Jahre 1917 entstand so in der Sowjetunion der „real existierende Sozialismus“. Und auch in anderen **Staaten** wurde



Rot ist die Farbe der Sozialisten  
© Stefan Eling

# S

das sozialistische System eingeführt. Um 1990 kam es zum Zusammenbruch der meisten sozialistischen Staaten.

In den demokratischen Staaten Westeuropas gibt es nach wie vor sozialistische und sozialdemokratische **Parteien**. Sie wollen Vorstellungen des Sozialismus auf der Grundlage der Demokratie verwirklichen.

## Sozialleistung

Wie ihr unter den Stichworten **Sozialstaat** und Sozialhilfe nachlesen könnt, hat sich unser Staat dazu verpflichtet, Menschen, die in Not geraten sind, zu helfen. Eine finanzielle Unterstützung für Bedürftige durch den Staat nennt man eine "**staatliche Sozialleistung**". Dazu zählt man zum Beispiel die Sozialhilfe, aber auch die Beiträge des Staates zu den **Sozialversicherungen** (das sind Kranken-, **Renten-** und **Arbeitslosenversicherung (-> Arbeitslosengeld)**). Auch **Kindergeld**, **Wohngeld**, Ausbildungsförderungen oder Hilfen für **Behinderte** gehören zu den sozialen Leistungen. Im Sozialbericht der **Bundesregierung (-> Regierung)** werden die Sozialleistungen des Staates in jedem Jahr genau aufgeführt.

## Sozialstaat

In der deutschen **Verfassung**, dem **Grundgesetz**, sind nicht nur die **politischen** Rechte und Freiheiten für **jede Bürgerin und jeden Bürger (-> Bürger/in / Bürgertum)** garantiert. Der Sozialstaat verpflichtet sich auch, allen Bürgern soziale **Gerechtigkeit** zu gewährleisten. Der Begriff "sozial" kommt aus dem Lateinischen und heißt "allgemein". Es soll niemand allein gelassen werden, wenn er durch schwierige Umstände wie zum Beispiel Krankheit oder **Arbeitslosigkeit** in Not geraten ist. Der **Staat (-> Staat)** unterstützt durch die Sozialhilfe mit dem Nötigsten. Der Staat sorgt auch für alte und kranke Menschen, wenn sie selbst oder ihre Angehörigen dazu nicht in der Lage sind. **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** wird nicht nur als "**Rechtsstaat**" bezeichnet, sondern - noch genauer - als "sozialer Rechtsstaat". Alle Aktivitäten und **Gesetze** des Staates, die dazu da sind, um die Menschen abzusichern und das Leben von schwachen, kranken und schutzbedürftigen Menschen zu verbessern, nennt man "Sozialpolitik". In einem Sozialstaat spielen sie eine wichtige Rolle. Die Sozialpolitik soll auch dazu beitragen, dass sich die Menschen in ihrem Staat wohlfühlen und dass es möglichst wenig Streit und Ärger in der **Gesellschaft** gibt.

## Sozialversicherung

Sozialversicherungen sind **Versicherungen**, die vom Gesetz vorgeschrieben sind. Die Sozialversicherung soll die Arbeitnehmer vor den Folgen von Krankheit, Alter, aber auch vor Einkommensverlusten bei **Arbeitslosigkeit** schützen. Die Sozialversicherung umfasst in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** verschiedene Versicherungen, die man auch "Pflichtversicherungen" nennt. Dies sind die gesetzliche Krankenversicherung, **Pflegeversicherung**, Unfallversicherung, **Renten-** sowie **Arbeitslosenversicherung (-> Arbeitslosengeld)**. Jeder, der arbeitet, muss monatlich einen bestimmten Betrag, der von seinem Einkommen abhängig ist, in diese Versicherungen einzahlen. Einen weiteren Anteil zahlen die Arbeitgeber. Deren Beitrag ist in den meisten Fällen genauso hoch wie der der Arbeitnehmer. Ein Sonderfall ist die Unfallversicherung. Die muss der Arbeitgeber für seine Beschäftigten alleine zahlen.

Hinter der Sozialversicherung steht der Gedanke, dass die Gemeinschaft der versicherten Arbeitnehmer dem Einzelnen hilft, wenn er in Not gerät, krank oder arbeitslos wird, einen Unfall erleidet oder im Alter pflegebedürftig ist.

**Beamte** und Beamtinnen sind nicht in der **gesetzlichen** Sozialversicherung. Sie sind nach einem besonderen Versorgungsrecht abgesichert.

# S

In Deutschland gab es übrigens früher als in anderen Ländern die ersten Sozialversicherungen: 1883 die Krankenversicherung, 1884 die Unfallversicherung und 1889 die Invaliden- und Altersversicherung.

## Spionage / Landesverrat

Stellt euch vor, ihr macht im Team mit einigen Klassenkameraden eine tolle Erfindung für einen Schülerwettbewerb. Ihr habt hart dafür gearbeitet und habt große Chancen auf den ersten Preis. Dann erfahrt ihr, dass ein anderes Team euer streng gehütetes Geheimnis ausgekundschaftet und eure Erfindung einfach übernommen hat, ohne dafür gearbeitet zu haben. Das nennt man "Spionage", die Täter sind Spione. Dieses Beispiel kann man auf andere und größere Bereiche übertragen, denn das Stehlen von Geheimnissen und fremdem Wissen gibt es auch in der Industrie und **Wirtschaft** und in den Beziehungen von **Staaten** untereinander. Firmen und wichtige Personen werden von Agenten und Agentinnen ausgekundschaftet. So will man an geheime Informationen gelangen und sich dadurch Vorteile verschaffen. Wenn jemand militärische oder andere wichtige Geheimnisse von **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** an ein fremdes Land weitergibt, kann er wegen Landesverrats bestraft werden. Es kann nämlich sein, dass durch diesen Verrat die Sicherheit und der **Frieden** unseres Landes bedroht werden.



© Stefan Eling

## Staat

Im **Pass** wird in einer Zeile nach der "Staatsangehörigkeit" gefragt. Bei den meisten von uns steht da: Deutsch. Bei unseren Nachbarn würde da vermerkt sein, dass sie zum Beispiel die polnische oder die niederländische Staatsangehörigkeit haben. Kinder haben meist automatisch die gleiche Staatsangehörigkeit wie ihre Eltern.

Was bedeutet Staat? Das Wort kommt vom lateinischen "status" und vom italienischen "stato" und heißt so viel wie "Zustand" oder "**Verfassung**". Der Begriff wurde übrigens zum ersten Mal im 15. Jahrhundert von dem italienischen Schriftsteller Niccolò Machiavelli gebraucht und hat sich Ende des 18. Jahrhunderts auch im deutschen Sprachraum durchgesetzt.

Staat meint eine Vereinigung vieler Menschen, die (freiwillig) in einem bestimmten, abgegrenzten Gebiet leben. Meistens ist ein Staat über einen längeren Zeitraum gewachsen, seine Bürger sind durch die gleiche Staatsangehörigkeit verbunden. Man nennt diese Gemeinschaft das Staatsvolk; das Gebiet, auf dem das Staatsvolk lebt, ist das Staatsgebiet. Dazu gehört auch der Luftraum darüber und ein bestimmter Streifen am Küstenmeer, meistens drei Seemeilen. Ein Staat ist normalerweise von keiner anderen Macht abhängig, er gibt sich seine eigenen **Gesetze**. Die **Polizei**, das Militär und andere Staatsorgane üben die **Staatsgewalt** aus. Sie sorgen dafür, dass die Gesetze eingehalten werden und dass die Unabhängigkeit des Staates von keiner anderen Macht bedroht wird.

Ein Staat hat eine bestimmte Herrschafts- und Regierungsform. Bei uns und in vielen anderen Ländern ist das die **Demokratie**, in der das **Volk** seine Vertreterinnen und Vertreter in das **Parlament** wählt. Andere Staaten haben als Herrschaftsform zum Beispiel

# S

eine **Monarchie** oder eine **Diktatur**.

## Staatenbund

So wird der Zusammenschluss mehrerer selbstständiger **Staaten** genannt. In einem solchen Bund behält jeder Staat seine eigene Souveränität. Jeder Staat hat also sein eigenes Staatsoberhaupt, seine eigene **Regierung**, seine eigene Verwaltung und **Polizei**. Er kann seine eigenen **Gesetze** machen und andere Staaten dürfen sich nicht einmischen. Weshalb aber schließen sich Staaten zu einem solchen losen Bund zusammen? Der Grund ist, dass mehrere Staaten gemeinsam ihre Ziele besser erreichen können als ein einzelner Staat. Zusammen können sie besser für **Frieden** und Sicherheit ihrer Bürger sorgen und auch andere Ziele wie **wirtschaftlichen** Wohlstand verfolgen. In der deutschen Geschichte gab es von 1815 bis 1866 den Deutschen Bund, in dem es keine übergeordnete Regierung wie bei einem **Bundesstaat** gab, sondern jedes Land dieses Bundes eigenständig war.

## Staatsaffäre

Das Wort „Affäre“ kommt aus dem Französischen („affaire“). Man meint damit eine unangenehme Sache, einen Skandal oder einen peinlichen Vorfall. Wenn eine Affäre sehr groß ist, spricht man von einer Staatsaffäre. Dies ist zum Beispiel dann der Fall, wenn es sich zum Beispiel um einen Verrat von Geheimnissen handelt, an dem wichtige Mitglieder einer **Regierung** beteiligt sind. Dann kann dieser Skandal den ganzen Staat betreffen oder auch andere **Staaten**.

Das Wort wird auch in der Umgangssprache gebraucht. Wenn man einem anderen sagen will, er solle sich wegen einer bestimmten (kleinen) Sache nicht unnötig aufregen, fordert man ihn auf, keine „Staatsaffäre“ aus dieser Sache zu machen.

## Staatsangehörigkeit

Wenn jemand einem **Staat** angehört, hat er dort bestimmte Rechte und Pflichten. So darf er zum Beispiel wählen, muss sich aber auch an die **Gesetze** halten, **Steuern** zahlen und möglicherweise **Wehrdienst** leisten. Er ist ein Staatsbürger von **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)**, England, Frankreich oder einem anderen Land. Er hat auch den **Pass** des Landes, dem er angehört.

Wie bekommt man die Staatsangehörigkeit eines Landes? In Deutschland steht das im Staatsangehörigkeitsgesetz: Die deutsche Staatsangehörigkeit wird durch Geburt erworben. Wenn also ein Elternteil deutsch ist, wird das Kind auch deutsch. Das kann auch durch Adoption geschehen. Der Geburtsort eines Kindes spielt dabei in Deutschland, im Gegensatz zu manchen anderen Ländern, keine Rolle. Ausländerinnen und Ausländer können, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind, die so genannte Einbürgerung beantragen und dann die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten.

Nach Artikel 16 des deutschen **Grundgesetzes** kann die deutsche Staatsangehörigkeit gegen den Willen des Betroffenen nicht aberkannt werden.

Es gibt Menschen, die mehr als eine Staatsangehörigkeit besitzen. Das kann zum Beispiel der Fall sein, wenn Vater und Mutter aus unterschiedlichen Ländern stammen. Es gibt aber auch Personen, die als „staatenlos“ gelten, weil sie die Voraussetzungen für eine Staatsangehörigkeit in keinem Staat erfüllen.

# S

## Staatsanwaltschaft / Staatsanwalt / Staatsanwältin

Bei jedem **Gericht** in **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**) gibt es eine Staatsanwaltschaft. Das sind die Anwälte oder Anwältinnen des **Staates**. Sie führen bei Verbrechen oder beispielsweise auch bei schweren Verkehrsunfällen mit Fahrerflucht Ermittlungen durch, um die Tat aufzuklären. Die **Polizei** und die Kriminalpolizei ("Kripo") unterstützen die Staatsanwaltschaft dabei. Wenn die Untersuchung abgeschlossen ist und die Staatsanwaltschaft meint, den Täter gefunden zu haben und ihm die Tat nachweisen zu können, erhebt der Staatsanwalt oder die Staatsanwältin im Namen des Staates die Anklage. Der Angeklagte wird von seinem **Rechtsanwalt** verteidigt. Bei der Gerichtsverhandlung vertritt der Staatsanwalt die Interessen des Staates. Der Staatsanwalt muss alles, was für und was gegen einen Angeklagten spricht, berücksichtigen, damit es eine faire Gerichtsverhandlung gibt. Er muss immer nach Recht und **Gesetz** handeln.

## Staatsgewalt

Dass der Staat, in dem ich lebe, eine bestimmte Macht (Gewalt) über mich hat, versteht sich von selbst. Schließlich muss ich, wenn ich nicht vor Gericht oder gar im Gefängnis landen will, die **Gesetze** einhalten. Das ist Pflicht für alle Menschen, die im Staat leben, gleichgültig welche Staatsangehörigkeit sie haben. Der Staat setzt mit Hilfe der **Polizei** und der **Gerichte** die Rechtsordnung durch, denn sonst könnte jeder machen, was er will; das Chaos wäre vorprogrammiert. Der Staat hat also die Möglichkeit dafür zu sorgen, dass bestimmte Dinge geschehen, dies nennt man "Staatsgewalt".

Die Staatsgewalt zeigt sich sehr anschaulich in den so genannten Staatsgewalten, dort, wo die Macht des Staates ausgeübt und für die Bürgerinnen und Bürger sichtbar wird. Es ist die Legislative (gesetzgebende Gewalt, also das **Parlament**), die Exekutive (ausführende Gewalt, die das umsetzt, was die Legislative beschließt) und die Judikative (**rechtsprechende Gewalt** (-> **Rechtsprechung**)). Diese **Institutionen** sind in der **Demokratie** getrennt. Das ist der Grundsatz der **Gewaltenteilung**.

Die Macht des Staates erstreckt sich nicht nur auf seine Bewohner (das heißt Personalhoheit), sondern auch auf das Gebiet, auf dem sich der Staat befindet (Gebietshoheit). Der Staat ist souverän, er darf sein Gebiet verteidigen, fremde **Staaten** dürfen sich nicht in seine Angelegenheiten einmischen. Allerdings darf ein Staat nicht tun und lassen was er will, nicht unbeschränkt und willkürlich seine Gewalt ausüben. Das Völkerrecht und internationale Verträge verhindern das nach außen. Die Herrschaft des Staates nach innen, also gegenüber den eigenen Bürgern, wird durch die **Grund- und Menschenrechte** (-> **Grundrechte / Menschenrechte**), welche die Bürger schützen, begrenzt.

## Staatshaushalt / Haushalt

Es wird unterschieden zwischen einem privaten und einem öffentlichen Haushalt. Unter einem "privaten Haushalt" versteht man mehrere Personen - meist ist das eine **Familie** -, die zusammen wirtschaften, also mit dem Geld, das verdient wird, auskommen müssen. Der "öffentliche Haushalt" umfasst dagegen alle Einnahmen und Ausgaben eines **Staates** (oder einer Stadt oder **Gemeinde** oder eines **Bundeslandes**). Damit der Staat sich über das Geld, das er einnimmt und ausgeben wird, ein klares Bild machen kann, erstellt er einen so genannten Haushaltsplan. Darin sind die zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben aufgelistet. Man nennt diese Zusammenstellung auch "Budget" oder "Etat". Dieser Haushaltsplan gilt für eine bestimmte Zeit, meistens ein Jahr lang. Die zu erwartenden Einnahmen sind zum Beispiel **Steuern** oder Gewinne aus dem Verkauf von Staatseigentum oder Erlöse aus **Zinsen** und sonstigen Geschäften. Den Einnahmen gegenüber stehen die notwendigen und geplanten Ausgaben, also zum Beispiel Personalkosten oder die Kosten für den Bau neuer Straßen und den **Naturschutz** (-> **Umwelt / Umweltschutz**). Man vergleicht dann die Einnahmen mit den Ausgaben und stellt fest, welche neuen Pläne

# S

(Investitionen) mit dem vorhandenen Geld verwirklicht werden können. Für den Staatshaushalt ist das Finanzministerium zuständig. Der Staatshaushalt (meistens sagt man nur „Haushalt“) muss vom **Parlament**, dem **Deutschen Bundestag**, genehmigt werden.

## Staatskasse

Was eine Kasse ist, weiß jeder. Da liegt Geld drin oder auch nicht (dann ist die Kasse leer). Die Staatskasse (früher hieß sie „Staatssäckel“) steht nicht irgendwo in einer Straße wie eine Sparkasse. Sie hat keinen Kassenraum, in dem Kunden vor einem Schalter stehen. „Staatskasse“ ist einfach eine Bezeichnung für alle Einnahmen eines **Staates**. Es sind die **Steuern** aller **Bürger** (-> **Bürger/in / Bürgertum**) und Firmen, die Gewinne aus Verkäufen oder sonstigen Geschäften, die der Staat getätigt hat, und viele andere Gelder. Diese Gelder liegen auf Konten der **Deutschen Bundesbank** oder bei anderen Banken. Wenn der Staat viele Einnahmen hat, ist die Staatskasse gefüllt, und man kann damit viele Dinge in Angriff nehmen, etwa Straßen, Kindergärten und Schwimmbäder bauen oder auch von den Bürgern im nächsten Jahr weniger Steuern verlangen. Oft aber seufzen die **Politiker** genauso wie die normalen Bürger: Seht her, wir können nichts machen, wir sind knapp bei (Staats-)Kasse!



© Stefan Eling

## Staatsquote

Der Staat hat, wie jeder Privathaushalt, eine Menge Ausgaben. Der Staat bezahlt zum Beispiel den Straßenbau, die Verwaltungsbeamten, **Arbeitslosen-** und **Kindergeld** und vieles mehr. In jedem Jahr betragen diese **Staatsausgaben** viele Milliarden **Euro**. Aber der Staat hat auch Einnahmen. Die Bürger (sie sind ja der Staat) verdienen Geld, sie stellen Güter her oder erbringen **Dienstleistungen**. Alles das hat einen bestimmten Wert. Zusammengenommen ist es das so genannte **Bruttoinlandsprodukt** eines **Staates**. Die Staatsquote (man sagt auch „Staatsausgabenquote“) ist das Verhältnis zwischen dem Geld, das der Staat zur Erfüllung seiner Aufgaben ausgibt, und dem, was seine Bürger erwirtschaften, also dem Bruttoinlandsprodukt. Dieses Verhältnis wird in Prozent gemessen. Ein Beispiel: Nehmen wir an, das Bruttoinlandsprodukt beträgt in einem Jahr zwei Milliarden Euro und die Staatsausgaben liegen bei einer Milliarde Euro, also der Hälfte. Dann beträgt die Staatsquote genau 50 Prozent.



# S

## Staatsraison / Staatsräson

Das Prinzip der Staatsräson (der Begriff kommt aus dem Lateinischen, „ratio status“ heißt „Staatsvernunft“) hatte in früheren Jahrhunderten, als die Länder von Königen und Fürsten regiert wurden, große Bedeutung. Es besagte, dass die Interessen des Staates über alle anderen Interessen gestellt wurden. Damit ist gemeint, dass der Staat alles tun darf, um zu überleben, ohne Rücksicht auf Verluste. **Verfassung** und **Gesetze** können aufgehoben, die Rechte der einzelnen Menschen missachtet werden, wenn die Staatsmacht meint, dass das dem Interesse des Staates dient.

In **demokratischen Staaten** spielt die Staatsräson, wie sie hier beschrieben ist, keine Rolle mehr. In den letzten Jahren haben **Terroristen** immer wieder versucht, durch Geiselnahmen oder Flugzeugentführungen Staaten zu erpressen. Dann sagen viele Menschen: „Die Staatsräson verlangt, auf die Forderungen nicht einzugehen, weil ein Staat nicht erpressbar sein darf.“ Damit ist gemeint, dass es nicht sein darf, dass einzelne Terroristen einen Staat zwingen können, Dinge zu tun, die eigentlich gegen die Gesetze sind.

## Staatsstreich / Putsch

In der Geschichte ist es schon häufig vorgekommen, dass eine Gruppe von Menschen, manchmal waren das Offiziere oder **Minister**, schnell und meist gewaltsam die herrschende **Regierung** abgesetzt, also „gestürzt“, hat. Das konnte verschiedene Gründe haben. Manchmal wollten diese Menschen selber die Macht im **Staat** haben, manchmal glaubten sie, dass die Regierung ihre Arbeit so schlecht macht, dass man sie vertreiben müsse. Eine solche gewaltsame Absetzung der Regierung, die die geltenden **Gesetze** des Landes nicht beachtet, nennt man "Staatsstreich". Wenn das Militär die Regierung des eigenen Landes stürzt, nennt man das nicht "Staatsstreich", sondern "Militärputsch".

## Stabilitäts- und Wachstumspakt

Im Jahr 1997 schlossen die Staats- und Regierungschefs der **EU (-> Europäische Union (EU)) -Staaten** in der irischen **Hauptstadt** Dublin diesen gemeinsamen Vertrag. Sie haben versprochen, dass sie gut und diszipliniert auf ihren **Staatshaushalt** und ihre **Finanzen** achten. Jedes Land hat sich verpflichtet, nicht mehr als 3 Prozent Schulden pro Jahr bezogen auf das **Bruttoinlandsprodukt** zu machen. Das hört sich kompliziert an. Nehmen wir daher als einfaches Beispiel eine **Familie**: Wenn sie in einem Jahr 10.000 **Euro** verdient, dürfte sie nach diesem Stabilitätspakt nicht mehr als 300 Euro Schulden im Jahr machen. Und wenn sie es doch tut, muss sie eine Strafe zahlen. Wenn nun ein Staat mehr Schulden macht als es dieser Pakt erlaubt, also mehr als 3 Prozent von seinen Einnahmen, wird er von der **EU-Kommission (-> Kommission der EU)** bestraft. Er muss dann an die EU viel Geld bezahlen. Es gibt allerdings Ausnahmen: Wenn etwa eine schwere **Naturkatastrophe** oder große **wirtschaftliche** Probleme ein Land zwingen, mehr als 3 Prozent Schulden zu machen und das Land dies auch beweisen kann, kann von Strafen abgesehen werden. Mit diesem Pakt sollen gute Bedingungen für ein besseres Wirtschaftswachstum in allen Ländern der Europäischen Union geschaffen werden.

# S

## Stadtrat / Gemeinderat

Wenn in den **Gemeinden** (Kommunen) in **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**) Entscheidungen getroffen werden, dann müssen daran - so sieht es unsere **Verfassung** vor – auch die Bürgerinnen und Bürger beteiligt sein. Da nicht alle Bürgerinnen und Bürger immer gefragt werden können, gibt es auch in den Kommunen **Parlamente**. Das sind die Gemeinde- oder Stadträte, die auch manchmal „Stadtverordnetenversammlung“ genannt werden. Sie werden in bestimmten Abständen in geheimer **Wahl** gewählt. In diesen Räten sind die **Parteien** der Gemeinde, aber auch unabhängige Wählergemeinschaften vertreten, sofern sie genügend Stimmen bei der Wahl bekommen haben. Die Stadträte kommen zu regelmäßigen Sitzung zusammen und bestimmen mit, ob zum Beispiel eine neue Umgehungsstraße gebaut wird oder neue Wohngebiete erschlossen werden. Wie dieses Mitregieren in den Stadträten genau aussieht, ist in den so genannten Kommunalverfassungen der Bundesländer festgelegt. Als „Stadtrat“ oder „Gemeinderat“ werden übrigens auch die einzelnen Mitglieder der Gemeindeparlamente bezeichnet, die neben ihren normalen Berufen diese Arbeit für ihre Gemeinde oder Stadt **ehrenamtlich** ausüben.

## Stand / Stände

Das Wort „Stand“ bezog sich früher darauf, welchen Wert eine Person oder eine Personengruppe in der **Gesellschaft** hatte. Man sprach von einer Ständegesellschaft: Die Gesellschaft oder das Staatswesen waren ständisch organisiert. Jeder Stand hatte bestimmte Aufgaben, die mit Rechten aber auch mit Pflichten verbunden waren.

Diese alte Werteordnung stammte aus dem Mittelalter. Den ersten Stand bildeten die Kleriker oder Geistlichen, also Bischöfe, Äbte sowie Priester und Mönche. Der zweite Stand bestand aus Adligen, Herzögen, Grafen, Baronen und Rittern. Zum dritten Stand gehörten in den Städten die wohlhabenden Bürger. Auf dem Land bildeten die freien Bauern den dritten Stand. Da jeder Stand eine besondere Kleidung tragen musste, ließ sich schon von weitem erkennen, ob man einen Adligen, einen Bürger oder einen Kleriker vor sich hatte. In seinen Stand wurde man hineingeboren, außer in den Priesterstand. Ein Bürger konnte auch in den Adelsstand aufsteigen, wenn er besonder Verdienste hatte. Es konnte aber auch jemand seinen Stand verlieren, wenn er verarmte und nicht mehr standesgemäß leben konnte.

Mit der **Industrialisierung** entstand eine neue wichtige Gruppe in der Gesellschaft: die Industriearbeiter. Für sie kam die Bezeichnung „vierter Stand“ auf. Zugleich verloren aber in der Industriegesellschaft die Stände immer mehr an Bedeutung. Die letzten Vorrechte der oberen Stände wurden in **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**) 1918 nach dem Ende des **Ersten Weltkrieges** (-> **Erster Weltkrieg**) abgeschafft.

## Statistisches Bundesamt

Was ist Statistik? Wenn ein Lehrer in seinem Heft alle mündlichen und schriftlichen Noten seiner Schüler aufschreibt, eine Tabelle mit der Reihenfolge der Besten aufstellt und vielleicht noch die Durchschnittsnote errechnet, dann hat er eine Statistik erstellt. Der Begriff kommt aus dem Lateinischen. Er bezeichnet die Zusammenfassung von bestimmten Ergebnissen, die in Zahlen ausgedrückt sind. In unserem Beispiel waren das die Noten für die Leistungen der Schüler. Man könnte auch die Anzahl der Autos auf unseren Straßen in einer Tabelle erfassen und mit der Zahl vom letzten Jahr vergleichen. Das ist eine Verkehrsstatistik und wäre schon eine der Aufgaben des Statistischen Bundesamtes. Diese Behörde hat ihren Hauptsitz in Wiesbaden und ist dem Bundesinnenministerium unterstellt. In diesem Bundesamt werden alle Statistiken geführt und veröffentlicht, die für unser Land und seine **Politik** wichtig sind. Es wird zum Beispiel Buch geführt über die Anzahl der Einwohner und Einwohnerinnen, über ihr Alter,

# S

die Zahl der Häuser und Wohnungen, über die Zahl der ausländischen Mitbewohner, die Kosten für das Gesundheitswesen, über die Löhne und Gehälter, über **Bildung**, **Kultur** und **Umwelt** und viele Dinge mehr. Die Ergebnisse der Statistiken werden regelmäßig veröffentlicht. In der Statistik über den Umsatz des Einzelhandels steht zum Beispiel, ob die Bürger im letzten Monat mehr in den Geschäften gekauft haben als im gleichen Monat des letzten Jahres. In einer Statistik über die Teuerungsrate steht, ob und um wieviel Prozent die Preise im Vergleich zum Vorjahr gestiegen sind. Diese Statistiken können von den Politikern, den Unternehmen und allen interessierten Bürgern genutzt werden. Sie geben Auskunft über das, was im **Staat** passiert, sie dienen als Grundlage für zukünftige Planungen.

Das Statistische Bundesamt stellt selbst auch Voraussagen auf über Entwicklungen in der Zukunft. Zu seinen Aufgaben gehört außerdem die Zusammenstellung von Statistiken aus anderen Ländern, um Vergleichsmöglichkeiten zu schaffen.

## Steuern



© Stefan Eling

Manchmal stöhnen die Menschen über viel zu hohe Steuern, die sie dem **Staat** geben müssen, ohne dass sie sofort etwas dafür zurückbekommen. Die Steuern sind Geldzahlungen

der Bürger. Der Staat verwendet dieses Geld, um bestimmte Aufgaben zu erfüllen. Es werden zum Beispiel Straßen, Schulen, Sportanlagen, Krankenhäuser und vieles mehr gebaut. Mit den Steuern werden auch die Lehrerinnen, die **Polizisten** und alle anderen, die für den Staat arbeiten, bezahlt. Auf bestimmte Produkte erhebt der Staat auch Sondersteuern. So muss man beispielsweise für Alcopops eine zusätzliche Abgabe bezahlen. Und nun etwas für Spezialisten: Steuern werden auf unterschiedliche Weise bezahlt. Wer arbeitet und Geld verdient, zahlt einen bestimmten Anteil davon als Steuern an das Finanzamt. Das sind so genannte „direkte Steuern“, sie gehen direkt ans Finanzamt. Dann gibt es noch die „indirekten Steuern“. Die gehen sozusagen über einen Umweg ans Finanzamt. Dazu gehört zum Beispiel die so genannte **Mehrwertsteuer**. Die zahlen wir alle jedes Mal, wenn wir zum Beispiel Kaugummi, Milch, Benzin, Kleidung oder andere Sachen kaufen. Diese Steuer ist schon im Preis enthalten. Deshalb steht auf einer Rechnung auch meistens: einschließlich ... Prozent Mehrwertsteuer.

## Stiftung

Stiftungen gab es bereits im Altertum. So vererbte der Philosoph Platon seinen Schülern ein wertvolles Stück Land, damit sie in seinem Namen seine Schule weiterführen konnten. Auch heute stellen immer wieder reiche Leute ihr Vermögen zur Verfügung, damit etwas Sinnvolles damit gemacht wird. Stiftungen sind Organisationen, die dieses Geld verwalten und zum Wohle der Allgemeinheit für **kulturelle**, wissenschaftliche, religiöse oder andere Zwecke einsetzen. Es gibt **Gesetze**, die festlegen, wie die Stiftungen funktionieren müssen.

Was für Stiftungen gibt es? Zum Beispiel kann von Privatleuten eine Bibliothek oder eine Kunstsammlung gestiftet werden. Das gestiftete Geld kann aber auch der Erforschung einer bestimmten Krankheit dienen. Eine sehr berühmte Stiftung ist die Stiftung des Erfinders Alfred Nobel. Seit 1901 verleiht die Nobelstiftung die so genannten Nobelpreise für herausragende Leistungen im Bereich der Wissenschaft (Physik, Chemie, Medizin), der

# S

Wirtschaftswissenschaft sowie der Literatur. Mit dem **Friedensnobelpreis** werden Menschen und Organisationen geehrt, die sich besonders für die Bewahrung des Friedens eingesetzt haben.

Neben den Stiftungen durch Privatleute gibt es auch öffentliche Stiftungen. Dabei kann es sich um Schulen, Kindergärten oder sonstige Bildungseinrichtungen handeln, die von **Gemeinden**, dem **Bund** oder großen öffentlichen Verbänden und Organisationen eingerichtet werden. Eine sehr bekannte Stiftung, die oft in den **Medien** genannt wird, ist die „Stiftung Warentest“, die 1964 von der **Bundesrepublik Deutschland** gegründet wurde.

## Strafgesetzbuch (StGB)

Jemand hat einen anderen Menschen beraubt und zusammengeschlagen. Er hat Straftaten begangen und sich schuldig gemacht. Wie hoch die Strafe dafür sein kann, steht im Strafgesetzbuch (StGB). Hier sind die wichtigsten Strafvorschriften und Strafandrohungen für kriminelle Taten aufgeschrieben.

Seit über 130 Jahren gibt es in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** das StGB. Im Laufe der Zeit wurde es oft verändert, da viele neue Straftaten hinzukamen, an die man zuvor gar nicht gedacht hatte. Man denke nur an die kriminellen Handlungen, die im Zeitalter des Computers und anderer moderner **Medien** möglich geworden sind.

Das Strafgesetzbuch hat zwei Teile. Im Allgemeinen Teil steht, wann eine Handlung als Straftat angesehen wird: wann jemand vorsätzlich oder fahrlässig handelt, ob Notwehr oder ähnliches vorliegt. Der Besondere Teil des StGB geht auf die verschiedenen Straftaten (Delikte) ein wie Mord, Betrug, schwerer Diebstahl und viele andere strafbare Handlungen. Dafür wird im Strafgesetzbuch ein so genannter Strafraum festgelegt. Der sagt, welche Strafe man für diese oder jene Tat zu erwarten hat.

## Strafmündigkeit

Normalerweise ist jemand mündig, wenn er die Volljährigkeit erreicht hat, in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** also mit 18 Jahren. Das bedeutet, dass dann das Erziehungsrecht und die **gesetzliche** Verantwortung der Eltern endet. Strafmündig allerdings kann ein Jugendlicher schon vor dem 18. Lebensjahr sein. Das ist der Fall, wenn er die Fähigkeit hat einzusehen, dass er ein Unrecht, eine strafbare Handlung begangen hat. Nach dem deutschen Gesetz sind alle Kinder unter 14 Jahren noch nicht strafmündig und müssen – jedenfalls vor **Gericht** – noch nicht die Verantwortung für ihre Straftaten übernehmen. Jugendliche zwischen dem 14. und 18. Lebensjahr sind zum Teil strafmündig und werden unter bestimmten Voraussetzungen für ihre Taten verantwortlich gemacht. Sie werden, wenn sie eine Straftat begangen haben, nach dem deutschen **Jugendstrafrecht** verurteilt. Voll strafmündig ist man ab dem 18. Lebensjahr. Allerdings kann auch ein Volljähriger noch bis zum Alter von 21 Jahren unter das Jugendstrafrecht fallen. Das hängt davon ab, wie der **Richter** seine Chancen beurteilt, wieder ins normale Leben zurück zu finden. Wenn der **Angeklagte (-> Rechtsanwalt / Rechtsanwältin)** zum Beispiel seine Tat bereut und glaubhaft machen kann, dass er eine Ausbildung machen oder arbeiten will und sich an die Gesetze halten wird, kann das Urteil zu seinen Gunsten ausfallen.

# S

## Straßenkinder

Straßenkinder haben keinen festen Wohnsitz. Sie leben auf der Straße und sind ganz auf sich selbst gestellt. Dafür kann es viele Gründe geben. Sie reichen vom Streit mit den Eltern über Drogensucht bis zu totaler **Armut** der Familien, aus denen diese Kinder kommen. Um überleben zu können, müssen die Kinder häufig schlecht bezahlte Jobs übernehmen, also **Kinderarbeit** leisten. Oft stehlen sie oder machen andere kleinkriminelle Dinge, weil sie anders ihre Existenz nicht sichern können. Oft nutzen auch Gangster ihre elende Lage aus und zwingen sie, für sie zu arbeiten, manchmal sogar als Kinderprostituierte. Straßenkinder gibt es nicht nur in den ärmeren Ländern der **Dritten Welt**. Man kann sie auch in den großen Städten der **Industriestaaten** finden.

## Streik / Aussperrung

Arbeitnehmer und Arbeitgeber verhandeln über die Höhe von Löhnen und Gehältern und über Arbeitszeiten. Wenn sie sich nicht einigen können, kann es zu einem **Arbeitskampf** kommen. Dann können Arbeitnehmer für eine bestimmte Zeit ihre Arbeit niederlegen. Das ist ein Streik. (Das Wort kommt vom englischen Wort "to strike", das bedeutet „stoßen“ oder „schlagen“.) Auf diese Weise wollen die Arbeiter und Angestellten ihre Forderungen durchsetzen. Sie wollen die Arbeitgeber unter Druck setzen, denn wenn nicht gearbeitet wird, kann ein Betrieb in dieser Zeit nichts verdienen. Streikposten verhindern vor den Toren der Betriebe, dass Arbeitswillige ihren Arbeitsplatz erreichen. Aber auch die Arbeitgeber können im Arbeitskampf Druck ausüben. Sie können für eine bestimmte Zeit die Betriebstore schließen und niemanden zur Arbeit lassen. Das nennt man "Aussperrung". In dieser Zeit können die Arbeiter und Angestellten nichts verdienen. Solche Arbeitskämpfe erlaubt das **Grundgesetz** (Artikel 9).

Meistens wird ein Streik von den **Gewerkschaften** organisiert. Vorher aber müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um zu einer Einigung mit den Arbeitgebern zu kommen. Wenn die Verhandlungen gescheitert sind, müssen in einer so genannten „Urabstimmung“ die Mitglieder der Gewerkschaften entscheiden, ob sie streiken wollen. Nur wenn die **Mehrheit** zustimmt, kann gestreikt werden. Wenn nur für ein bis zwei Stunden die Arbeit niedergelegt wird, heißt das "Warnstreik". Ein Warnstreik kann während der Tarifverhandlungen und ohne Urabstimmung stattfinden. Arbeitsniederlegungen, die nicht von den Gewerkschaften organisiert sind, werden als „wilde Streiks“ bezeichnet. Sie sind rechtswidrig. Oft hört man auch von „Schwerpunktstreiks“. Dann legen Arbeiter nur in besonders wichtigen Betrieben die Arbeit nieder. Wenn zum Beispiel ein Betrieb bestreikt wird, der Ersatzteile für die Autoindustrie herstellt, kann damit die gesamte Autoindustrie getroffen werden, weil überall die Ersatzteile fehlen. Beim „Bummelstreik“ wird die Arbeit betont langsam erledigt. Bei einem „Generalstreik“ wird überall im Lande gestreikt, um von einer **Regierung** bestimmte Entscheidungen zu erzwingen. In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** ist der Generalstreik allerdings nur in sehr begrenzten Ausnahmefällen erlaubt. Es gibt auch Streiks, die mit einem Arbeitskampf nichts zu tun haben: Ein „Sitzstreik“ ist meist eine **politische Demonstration**. Mit einem „Hungerstreik“ wollen zum Beispiel **Gefangene** bessere Haftbedingungen erzwingen.

## Streitkräfte / Armee

Alle Soldaten eines Landes werden zusammen als die "Streitkräfte" eines **Staates** bezeichnet. Dabei wird eine Unterscheidung gemacht zwischen den Luftstreitkräften (Luftwaffe), den Seestreitkräften (Marine) und den Landstreitkräften (Heer). Der Begriff „Armee“ ist doppeldeutig. Manchmal wird er für die Landstreitkräfte benutzt, manchmal aber auch für die gesamten Streitkräfte. In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** heißen die gesamten Streitkräfte "**Bundeswehr**". Ein militärisches Bündnis wie zum Beispiel die **NATO** hat immer auch Streitkräfte.

# S

## Strukturwandel

Den Aufbau oder die Gliederung einer Sache bezeichnet man auch als "Struktur". Zum Beispiel kann ein Schulaufsatz eine bestimmte Struktur haben. Er ist dann auf eine bestimmte Weise gegliedert (Einleitung, Hauptteil, Schluss). Es gibt auch Landschaften, in denen Wiesen, Wälder, Flüsse eine bestimmte Landschaftsstruktur ergeben. Wenn sich in dieser Landschaft auch Industrie befindet, sagen wir ein Autowerk, eine Molkerei, eine Baufirma und auch Landwirtschaftsbetriebe, so spricht man von der "**wirtschaftlichen Struktur**" dieser Gegend. Die kann sich natürlich immer wieder ändern. Die Baufirma geht pleite, Bauernhöfe schließen, andere Firmen kommen dazu. Dann hat sich die vorherige Struktur geändert und ein Strukturwandel ist eingetreten. Wenn die Wirtschaft eines **Staates** wächst oder schrumpft, dann gibt es fast immer einen Strukturwandel, der sich über mehrere Jahre hinzieht. Das ist dann der Fall, wenn ganz neue Industriezweige entstehen oder andere fast verschwinden, wie in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** beispielsweise in den letzten Jahrzehnten die Bergbauindustrie. Ein Strukturwandel kann zur Folge haben, dass Arbeitsplätze verloren gehen und eine hohe **Arbeitslosigkeit** entsteht. Das ist zurzeit in Deutschland und auch in anderen **Industriestaaten** der Fall. Dann müssen neue Arbeitsplätze geschaffen, neue Industrien angesiedelt und neue andere Wirtschaftszweige entwickelt werden. Die **Regierung** leitet, wie es heißt, strukturpolitische Maßnahmen ein. Das wären zum Beispiel Steuervergünstigungen für Betriebe, die neue Arbeitsplätze schaffen oder neue Produkte und **Dienstleistungen** entwickeln, die sich gut verkaufen lassen. Es braucht oft viel Zeit, bis sich ein solcher Strukturwandel gut entwickelt und dann wieder viele Menschen Arbeit finden.

## Studentenbewegung / Außerparlamentarische Opposition

In den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts entstanden in vielen Ländern Protestbewegungen, die von Studentinnen und Studenten an den Universitäten ausgingen. Der Protest begann in den USA mit heftigen **Demonstrationen** gegen den Vietnamkrieg. Auch in der **Bundesrepublik Deutschland** bildete sich eine solche „Studentenbewegung“. Die Studierenden demonstrierten zunächst vor allem gegen die schlechten Studienbedingungen an den Hochschulen. Als 1966 die **Parteien** CDU/CSU und SPD gemeinsam eine **Regierung** (Große **Koalition**) bildeten, weiteten sich die Proteste aus. Immer mehr junge Menschen schlossen sich an, wöchentlich gab es Demonstrationzüge durch die Städte. Die Jugendlichen protestierten gegen die von der Regierung geplanten Notstandsgesetze. Zudem kritisierten sie die **Pressekonzentration**. Sie befürchteten, dass der Springer-Verlag, der über seine **Zeitungen** starken Einfluss auf die öffentliche Meinung nahm, immer mehr Macht erzielte und die Meinung im Lande bestimmen könnte. Diese Bewegung, die ihre Proteste vor allem durch Demonstrationen und öffentlichkeitswirksame Aktionen zum Ausdruck brachte, bezeichnete sich auch als „außerparlamentarische **Opposition**“ (APO). Da gegenüber der großen Koalition die Einflussmöglichkeiten der Opposition im **Bundestag (-> Deutscher Bundestag)** gering waren, wollten die Studierenden die Opposition außerhalb des **Parlamentes** deutlich machen.

Doch es wurde nicht nur Kritik an **politischen** Entwicklungen geübt. Die Studentenbewegung, die auch „68er-Generation“ genannt wurde, lehnte viele traditionelle Lebensformen ab und wünschte sich **gesellschaftliche** Veränderungen. Manche Demonstranten haben versucht, mit Gewalt (Zerstörung von Autos, Einschlagen von Fensterscheiben u.ä.) ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Nach dem Ende der großen Koalition im Jahre 1969 verlor die APO an Kraft und zerfiel in den 70er Jahren wieder. Gleichzeitig entstanden viele andere Bewegungen wie die Umweltbewegung, die Anti-Atomkraft-Bewegung oder die neue **Frauenbewegung**.

# S

## Subsidiarität

Das aus dem Lateinischen kommende Wort "Subsidiarität" bedeutet sinngemäß "zurücktreten" oder "nachrangig sein". Der **Staat** – und das ist das Prinzip der Subsidiarität – tritt dann zurück von einer Aufgabe, wenn diese Aufgabe auch von einer „untergeordneten“ Organisation erfüllt werden kann. Um es verständlicher zu machen, ein Beispiel: In **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**) bekommen viele Menschen Sozialhilfe. Wer aber zahlt diese Sozialhilfe aus? Ein **Ministerium** (-> **Ressort**), also eine hohe Bundesbehörde, könnte das möglicherweise machen, tut es aber nicht. Das Ministerium sagt vielmehr, dies ist die Aufgabe der **Gemeinde** oder der Stadt, in der die Menschen wohnen. Das Sozialamt der Stadt kann diese Aufgabe viel besser wahrnehmen als das Ministerium, es ist „näher“ an den Menschen, kann diese Aufgabe besser erfüllen. Aber auch das Sozialamt selbst muß nach dem Subsidiaritätsprinzip handeln. Es wird deshalb schauen, ob nicht vielleicht die **Familie**, Verwandte ersten Grades, zunächst einmal helfen müssen. Mit dem Prinzip der Subsidiarität soll die Eigenleistung der einzelnen Bürger und Bürgerinnen wie auch der Gemeinschaften, in denen die Bürger leben (Familie, Gemeinde), gefördert werden. Besonders in der **Sozialpolitik**, aber auch in der **Bildungspolitik** spielt Subsidiarität eine wichtige Rolle. Denn sonst müsste der Staat jede Kleinigkeit von oben mit großem Aufwand bestimmen, regeln und verwalten. Erwähnt sei noch, dass auch im Vertrag der Europäischen Union das Subsidiaritätsprinzip festgeschrieben ist. Das heißt, die **EU** (-> **Europäische Union (EU)**)-Mitgliedstaaten sollen die Dinge regeln, die sie selber erledigen können, und nicht alles soll von der Brüsseler EU-Zentrale aus bestimmt werden.

## Subvention

Ein Stadttheater oder eine Oper kann nicht nur durch den Verkauf von Eintrittskarten finanziert werden. Diese Gelder würden nicht reichen, das Theater wäre also bald pleite. Daher wird es von der Stadt unterstützt, denn die Stadt ist daran interessiert, dass es solche Kultureinrichtungen gibt. Diese Unterstützung nennt man "Subvention" (vom lateinischen Wort "subvenire", was auf Deutsch "zur Hilfe kommen", "beistehen" heißt).

Der **Staat** (-> **Staat**) gibt auch finanzielle Leistungen an Unternehmen, an Wirtschaftszweige oder an besonders bedürftige Regionen, ohne dafür eine direkte Gegenleistung zu erhalten. Diese Subventionen können direkte finanzielle Leistungen sein, aber auch indirekte Hilfen wie zum Beispiel Steuervergünstigungen. Meistens sind solche Unterstützungen allerdings an bestimmte Bedingungen gebunden (man spricht auch von "Auflagen"). Zum Beispiel sollen Umweltschädigungen vermieden werden oder die staatliche Subvention soll helfen, in einer armen Gegend Industriebetriebe anzusiedeln, um dort Arbeitsplätze zu schaffen. Man hofft, dass sich auf längere Sicht gesehen Subventionen lohnen und



© Stefan Eling

## S

die **Wirtschaft** sich positiv entwickelt. In **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**) sind die Hauptempfänger von Subventionen die Landwirtschaft, der Kohlenbergbau, die Werften und der Wohnungsbau. Diese Unterstützungen werden vom Staat, von den Ländern oder den Kommunen vergeben. Auch die Europäische Union unterstützt mit Subventionen weniger entwickelte Länder der Gemeinschaft.

In letzter Zeit hört und liest man öfters das Wort „Subventionsabbau“. Es bedeutet, dass wegen schlechter Haushaltslage, mangelnder **Finanzen** des Staates, der Bundesländer und der **Gemeinden** Subventionen gekürzt oder gestrichen werden. Das Stadttheater oder die Oper, von denen oben die Rede war, muss also in Zukunft vielleicht mit weniger Geld auskommen.



# T

## Tarifkorridor

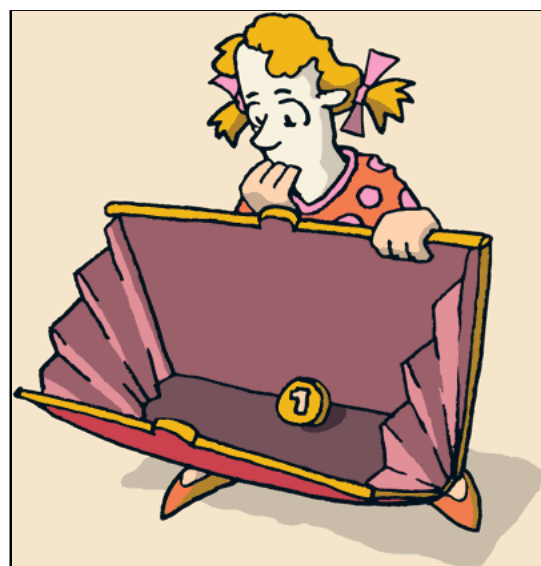
Ein **Tarifvertrag** (-> **Tarifvertrag**) wird zwischen den Vertretern von Arbeitern und Angestellten auf der einen Seite (das sind normalerweise die **Gewerkschaften**) und den Unternehmern auf der anderen Seite ausgehandelt. Dieser Vertrag ist für die Tarifvertragsparteien bindend. Das heißt, dass die ausgehandelten Löhne, Gehälter und auch die Urlaubszeiten sowie alle anderen Vereinbarungen eingehalten werden müssen. Allerdings haben Firmen die Möglichkeit, bestimmte Regelungen speziell ihren Bedürfnissen anzupassen. Dies ist ein so genannter Tarifkorridor, der es möglich macht, in manchen Fragen flexibel zu handeln. Dafür ein Beispiel: Eine Firma, die Autositze herstellt, bekommt plötzlich eine Menge Aufträge. In der normalen Arbeitszeit ist das nicht zu schaffen, also werden zusätzlich Nachtschichten eingelegt. Dafür bekommen die Arbeiter dann an anderen Tagen, wenn nicht so viel zu tun ist, frei, um die im Tarifvertrag ausgehandelte wöchentliche Arbeitszeit nicht zu überschreiten. Das Gleiche gilt auch für die Löhne, die höher sein können als der ausgehandelte Tariflohn oder manchmal auch niedriger, wenn weniger gearbeitet wurde. Insgesamt darf das allerdings nicht willkürlich von den Firmenleitungen bestimmt werden, sondern solche Regelungen müssen sich im Rahmen (im „Korridor“) des ausgehandelten Vertrages bewegen.

## Tarifvertrag

Dieser Vertrag ist eine schriftliche Vereinbarung, die zwischen den **Gewerkschaften** und Vertretern der Arbeitgeber ausgehandelt wird. Diese beiden nennt man auch "Tarifvertragsparteien". Im Tarifvertrag wird festgelegt, wie hoch der Lohn oder das Gehalt für bestimmte Berufsgruppen ist, wie viele Urlaubstage es gibt und noch anderes mehr. Diese Vereinbarungen gelten für Betriebe, **Ämter** (-> **Amt**) und Behörden sowie für ihre Arbeiter, Angestellten und **Beamte**. Die Vereinbarungen sind nur eine bestimmte Zeitlang gültig. Die Tarifvertragsparteien haben das Recht, über die Löhne und Gehälter selbstständig zu verhandeln, ohne dass sich jemand anderes, zum Beispiel die **Regierung** einmischt. Dieses Recht nennt man „Tarifautonomie“. Die Tarifautonomie ist in **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**) im **Grundgesetz** festgeschrieben.

## Taschengeld

Eine spannende Frage ist: Gibt es für Kinder eigentlich ein **Gesetz**, in dem das Recht auf Taschengeld steht? Das muss man mit Nein beantworten. Allerdings: Jedes Kind hat ein Recht darauf, von seinen Eltern zu einer eigenverantwortlichen Persönlichkeit erzogen zu werden. Und dazu gehört eben auch, dass Kinder lernen, mit Geld umzugehen. Deswegen sollten deine Eltern dafür sorgen, dass du regelmäßig kleinere Geldbeträge erhältst. Welcher Betrag das jede Woche oder jeden Monat sein kann, richtet sich nach den finanziellen Möglichkeiten deiner Eltern. Was kannst du mit deinem Taschengeld machen? Du kannst es sparen, du kannst es aber auch für Süßigkeiten, Zeitschriften, Kleidung ausgeben. Allerdings können dir die Eltern auch verbieten, das Geld für bestimmte Sachen auszugeben. Zum Beispiel können und müssen sie dir verbieten, das Taschengeld für Dinge auszugeben, die verboten oder gefährlich sind. Und deine Eltern können dir auch das Taschengeld entziehen, wenn sie es aus erzieherischen Gründen für notwendig halten.



© Stefan Eling

# T

## Technisches Hilfswerk (THW)

Die blauen Fahrzeuge des Technischen Hilfswerks (die Abkürzung lautet THW) habt ihr vielleicht schon auf der Straße gesehen. Oder im Fernsehen, wenn über schwere **Naturkatastrophen (-> Naturkatastrophe)**, über Erdbeben, Überschwemmungen, einen Flugzeugabsturz oder ein Eisenbahnunglück berichtet wird. Dann sind oft die Helfer des THW zur Stelle, denn die Menschen in den betroffenen Gebieten, egal ob im Ausland oder bei uns in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)**, brauchen ganz schnell Hilfe. Das THW untersteht dem **Bundesminister (-> Minister/in)** des Innern. Die Aufgabe des THW ist es, Menschen und Tiere aus Gefahrenlagen zu retten, Schäden an der Strom- und Wasserversorgung zu reparieren, zerstörte Wege und Übergänge wieder herzurichten. Auch in weit entfernten Ländern kennt man das deutsche THW. So wurden zum Beispiel in Südafrika Anlagen für Trinkwasseraufbereitung gebaut, in der Türkei, in Kolumbien oder Taiwan halfen Hundestaffeln des THW bei der Suche nach Verschütteten nach schweren Erdbeben. Den größten Auslandseinsatz des Technischen Hilfswerks gab es im Jahr 2000. Damals haben mehr als 1500 Helferinnen und Helfer in Frankreich mitgeholfen, die Schäden nach schweren Winterstürmen zu beseitigen. Das THW wurde 1953 gegründet. Es gibt heute mehr als 660 Ortsverbände, in denen sich Frauen und Männer zum Teil hauptamtlich, vor allem aber **ehrenamtlich** engagieren.

## Teilung Deutschlands

Der **Zweite Weltkrieg** endete 1945 mit der Niederlage des **nationalsozialistischen** Deutschlands. Im Potsdamer **Abkommen (-> Konvention)** vom 2. August 1945 beschlossen die vier Siegermächte USA, Sowjetunion, England und Frankreich, Deutschland in vier Besatzungszonen aufzuteilen. Schon bald kam es zu Spannungen zwischen den Siegermächten. Die drei westlichen Zonen wurden demokratisch, hier wurden schon 1946 freie **Wahlen** durchgeführt. Am 23. Mai 1949 schließlich wurde das **Grundgesetz** für die aus den drei Zonen hervorgegangene **Bundesrepublik Deutschland** verkündet. Es war ein **demokratischer** deutscher **Staat (-> Staat)** entstanden mit der **Hauptstadt** Bonn. In der von der Sowjetunion verwalteten Zone, der so genannten Ostzone, entwickelte sich ein von der Sowjetunion abhängiger Teil Deutschlands mit der Hauptstadt (Ost-)Berlin. Hier hatte die **Sozialistische** Einheitspartei Deutschlands (SED) die Macht. Dieser Teil Deutschlands nannte sich **Deutsche Demokratische Republik (-> DDR)**. Dieser Staat, der lange Zeit von der Mehrheit der westlichen Staaten nicht anerkannt wurde, war trotz der Namensgebung keineswegs demokratisch. So gab es beispielsweise keine freien Wahlen. Viele Menschen haben die DDR in den ersten Jahren nach ihrer Gründung verlassen und sind nach Westdeutschland gegangen. 1961 haben die Machthaber der DDR den Bau der **Berliner Mauer** veranlasst, um die Menschen an einer Flucht in den Westen zu hindern. Damit war die Teilung des Landes für alle Welt sichtbar vollzogen. Sie wurde erst mit dem Fall der Berliner Mauer im November 1989 und mit der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 beendet.

## Terrorismus

Das Wort „Terror“ stammt aus dem Lateinischen und heißt „Schrecken“. Terroristen sind also Menschen, die Schrecken verbreiten. Mit grausamen Anschlägen und Entführungen, bei denen oft viele Menschen ums Leben kommen, wollen sie ihre Ziele gewaltsam auch gegen den **Staat (-> Staat)** durchsetzen. Ihr rücksichtsloses und brutales Vorgehen erklären Terroristen meistens damit, dass sie eine andere und bessere Welt wollen und geben dafür **politische** oder religiöse Gründe an. Aber was soll das für eine Welt sein, in der die meisten Menschen in Angst und Schrecken leben?

In manchen Ländern, zum Beispiel in Nordirland, in Spanien, im **Nahen Osten (-> Nahostkonflikt)** oder einigen südamerikanischen und südostasiatischen Staaten, bezeichnen sich Terroristen als Widerstands- oder Befreiungskämpfer. Manchmal wollen

# T

sie die Unabhängigkeit eines Landesteils erkämpfen und dazu scheint ihnen fast jedes Mittel recht zu sein. Eine besonders unberechenbare Form des Terrorismus sind die so genannten Selbstmordattentate. Dabei setzen die Terroristen das eigene Leben ein, um ihre Ziele zu erreichen, wie zum Beispiel bei den Anschlägen auf das New Yorker World Trade Center am 11. September 2001. Hier haben sich Terroristen mit entführten Flugzeugen in die Gebäude gestürzt. Tausende Menschen haben ihr Leben verloren.

Aber nicht nur Einzelpersonen können Terroristen sein. Es gibt auch Staaten, die ihre Bevölkerung unterdrücken und dazu grausame Mittel einsetzen.

## Toleranz

Passt dir die Nase eines Mitschülers nicht? Oder die andere Meinung einer Mitschülerin? Kannst du es nicht gut ertragen, wenn dir jemand widerspricht oder sich anders verhält, als du es erwartest? Dann bist du nicht tolerant, denn Toleranz (der Begriff kommt aus dem Lateinischen) bedeutet, dass man auch andere Meinungen, Anschauungen oder Haltungen neben seiner eigenen gelten lässt. Denn die Menschen sind unterschiedlich und alle haben in unserem **Staat** das Recht, im Rahmen der **Gesetze** nach ihren Vorstellungen zu leben. So ist es zum Beispiel ein Gebot der Toleranz zu akzeptieren, wenn Menschen unterschiedliche Religionen haben und dies auch zum Ausdruck bringen. In **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**) werden keine Religionen verboten. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist in unserem **Grundgesetz** festgeschrieben. Man sollte aber nicht immer Toleranz zeigen: Wenn Menschen etwa gewalttätig werden, sollte man dies nicht dulden, nicht tolerieren, sondern sich mit anderen verbünden und die Bedrohten schützen. Das Gegenteil von Toleranz ist übrigens Intoleranz.



© Stefan Eling

Der Vollständigkeit halber: Das Wort "Toleranz" benutzt man auch im Zusammenhang mit Maßen und Gewichten. Hier bezeichnet es die zulässige Abweichung, wenn eine Messung nicht hundertprozentig genau sein kann.

## Totalitäres System

Eine **politische** Herrschaft, die die Bürger vollkommen unterwerfen will, handelt totalitär. Ein solcher **Staat** versucht, alle Bereiche des Lebens (Beruf, **Familie**, Erziehung, Freizeit usw.) zu kontrollieren, also die *totale Macht* auszuüben. Dieses System lässt keine anderen Meinungen und **Parteien** zu. Wer versucht sich aufzulehnen, wird oft grausam verfolgt. So war es zum Beispiel im **Faschismus**, im **Nationalsozialismus** und im **kommunistischen** System der Sowjetunion unter Stalin (1924-1953). Ein totalitäres System ist also das Gegenteil eines **demokratischen** Verfassungsstaates, in dem die Menschen ihre Meinung frei äußern können, freie **Wahlen** stattfinden und mehrere Parteien die unterschiedlichen Meinungen der Bürger im einem **Parlament** vertreten können.

# U

## Überhangmandat

Das deutsche Wahlsystem ist eine Kombination aus Verhältniswahl und **Mehrheitswahl** (-> **Wahlsystem**). Bei den **Wahlen** zum **Deutschen Bundestag** wählt man mit seiner ersten Stimme den Direktkandidaten oder die Direktkandidatin. Wer die **Mehrheit** aller Erststimmen erhält, ist auf jeden Fall gewählt (Mehrheitswahl). Mit der zweiten Stimme wählt man eine Partei. Nach einem bestimmten System wird dann errechnet, wie viele **Kandidaten** eine Partei entsprechend den Zweitstimmen in das **Parlament** schicken kann (Verhältniswahl). Ein Teil der **Abgeordneten** im Parlament wird also mit der Erststimme gewählt, der andere Teil wird von den **Parteien** bestimmt (**Landesliste**) und zwar entsprechend der Zahl der Zweitstimmen, die diese Partei bekommen hat. Es kann vorkommen, dass für eine Partei mehr Direktkandidaten ins Parlament gewählt werden, als dieser Partei nach den Zweitstimmen eigentlich zustehen. Dies sind die so genannten Überhangmandate.

Ein Beispiel: Angenommen eine Partei gewinnt bei einer Wahl 15 Direktmandate. Bei den Zweitstimmen erhält sie 40 Prozent der Stimmen, das würde, so wollen wir hier annehmen, insgesamt 20 Mandate im Parlament bedeuten. Dann würden für die Partei auf jeden Fall die 15 direkt gewählten Abgeordneten ins Parlament einziehen und zusätzlich 5 weitere Abgeordnete von der Landesliste. Hätten allerdings 22 Kandidaten ein Direktmandat erhalten, die Zahl der Zweitstimmen wäre aber gleich geblieben, so würden der Partei „eigentlich“ – wie oben – nur 20 Sitze im Parlament zustehen. Die zwei zusätzlichen Sitze erhält die Partei aber auf jeden Fall. Dies sind die Überhangmandate.

## Überwachung ("Lauschangriff")

Telefongespräche und auch Privatbriefe gehen normalerweise nur diejenigen etwas an, die miteinander sprechen oder sich schreiben. Das so genannte Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis stellt sicher, dass sich hier niemand anderes einmischt. Allerdings kann das Telefon eines Teilnehmers mit bestimmten technischen Mitteln abgehört (überwacht) werden, wenn sich **Polizei** und **Staatsanwaltschaft** sicher sind, dass kriminelle Taten geplant und abgesprochen werden. Im Sprachgebrauch hat sich dafür das Wort kleiner "Lauschangriff" gebildet. Von „großem Lauschangriff“ spricht man, wenn Gespräche zwischen zwei oder mehreren Personen in geschlossenen Wohnungen mit Hilfe von Wanzen, also geheim angebrachten Mikrofonen, oder von draußen durch raffinierte Richtmikrofone aufgezeichnet werden. Insbesondere geschieht das dann, wenn Gefahren für die öffentliche Sicherheit drohen, zum Beispiel weil ein **Terroranschlag** geplant wird oder **Spionage** stattfindet. Dann können Polizei-Spezialisten von **staatlichen** Stellen dazu beauftragt werden, solche Lauschangriffe durchzuführen. Es gibt bei den Bürgern und auch den **Parteien** sehr unterschiedliche Ansichten darüber, wie weit der Staat bei solchen Überwachungen gehen darf.

# U

## Ultimatum

"Wenn du mir nicht bis morgen mein Geld zurückgibst, verpetze ich dich!" Wenn ich das meinem Klassenkameraden sage, stelle ich ihm ein Ultimatum (das Wort bedeutet im Lateinischen „Das Letzte“). Ich fordere dazu auf, innerhalb einer bestimmten Frist etwas zu tun. Gleichzeitig verbinde ich den Satz mit einer Drohung: Wenn die Forderung nicht erfüllt wird, dann wird etwas Unangenehmes passieren. Auch ein **Staat** kann einem anderen ein Ultimatum stellen und drohen: Wenn du meine Bedingungen nicht in einer bestimmten Zeit annimmst, dann wird das böse Folgen für dich haben. Das kann zum Beispiel der Abbruch der **diplomatischen** Beziehungen sein, die Kündigung von Handelsverträgen oder im schlimmsten Falle auch **Krieg**.



© Stefan Eling

## Umwelt / Umweltschutz

Alles, was um euch herum ist, was ihr seht, hört, riecht oder schmeckt – das alles gehört zu eurer Umwelt. Dazu zählen auch eure **Familien** (-> **Familie / Familienpolitik**) und Freunde, Häuser, Autos und Straßen. Wenn wir aber heute von Umwelt sprechen, denken wir zuerst an Pflanzen und Tiere, an Erde, Wasser und Luft. Das alles ist die natürliche Umwelt, die wir – manchmal auch vor uns selbst - schützen müssen, damit auch in einigen Jahren noch Menschen auf der Erde leben können. (In der **Politik** spricht man hier oft von „**Nachhaltigkeit**“ und meint damit, dass wir nicht mehr Natur verbrauchen und zerstören dürfen, als wieder neu entstehen kann.)

Die meisten Dinge in der Natur hängen miteinander zusammen. Man spricht deshalb auch vom "Kreislauf der Natur". Wenn zum Beispiel das Gift, mit dem ein Bauer Schädlinge bekämpft, auf die Felder kommt, werden vielleicht Hasen davon krank. Wenn dieser kranke Hase dann von einem Jäger geschossen und später gegessen wird, können auch Menschen davon krank werden. Wenn das Gift im Erdreich versickert und ins Wasser kommt, können Fische und Tiere, die das Wasser trinken, Krankheiten bekommen. Und auch wenn in der Stadt zu viele Abgase aus Schornsteinen und Autos in die Luft gepustet werden, kann das viel Unheil anrichten: Die Menschen bekommen Atemprobleme, die Bäume sterben, wenn sie zu stark mit den Schadstoffen belastet werden.

Umweltschutz umfasst alle Maßnahmen, die dazu beitragen, dass die natürliche Umwelt der Menschen erhalten bleibt, dass Boden, Luft, Wasser, Pflanzen und Tiere geschützt werden. Seit 1994 ist der Umweltschutz als Staatsziel im deutschen **Grundgesetz** festgelegt.

# U

## UNESCO

UNESCO ist die englische Abkürzung für "United Nations Educational Scientific and Cultural Organization" (auf Deutsch: "Organisation der **Vereinten Nationen (-> UNO / Vereinte Nationen)** für Erziehung, Wissenschaft und Kultur"). Sie ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen und wurde 1945 gegründet. Diese weltweite Organisation, zu der 191 **Staaten** gehören, hat ihren Sitz in Paris. Die Aufgabe der UNESCO ist es insbesondere, Kindern und Erwachsenen, die nicht lesen und schreiben können, zu einer Schulausbildung zu verhelfen. Die Organisation unterstützt vor allem Entwicklungsländer, denen das Geld für Schulen fehlt. Aber sie hilft auch Ländern, die Katastrophen wie Überschwemmungen oder **Erdbeben (-> Naturkatastrophe)** erlitten haben, beim Wiederaufbau. Das Ziel der UNESCO ist es, weltweit die **Bildung** zu fördern, aber auch dafür zu sorgen, dass sich die Länder untereinander austauschen, damit wir gegenseitig mehr über fremde **Kulturen** erfahren und lernen, diese zu verstehen.

## UNICEF

UNICEF bedeutet „United Nations International Children's Emergency Fund“ und ist der Name für das Kinderhilfswerk der **Vereinten Nationen (-> UNO / Vereinte Nationen)**. Es wurde 1946 gegründet und hat seinen Hauptsitz in New York. Die Aufgabe von UNICEF ist es, weltweit Kindern zu helfen und Mütter zu unterstützen. Hilfe wird vor allem in armen Ländern, den so genannten **Entwicklungsländern (-> Entwicklungsländer / Entwicklungshilfe)**, gebraucht. Denn hier fehlt das Geld für Dinge, die in den reichen Ländern selbstverständlich sind, zum Beispiel gesunde Ernährung, Arzneimittel, ausreichende Hygiene und eine gute Ausbildung.

UNICEF kümmert sich aber auch um Kinder, die in manchen Ländern gezwungen werden, am **Krieg** teilzunehmen (so genannte **Kindersoldaten**). Die Organisation versucht, ihnen wieder ein normales Leben zu ermöglichen. Sie kümmert sich auch um Flüchtlinge und insbesondere um Kinder, die plötzlich in Not geraten sind - zum Beispiel durch Krieg oder nach Katastrophen wie **Erdbeben (-> Naturkatastrophe)** oder Überschwemmungen. Dafür braucht man viel Geld. Deshalb zahlen viele **Staaten** freiwillig einen Beitrag an UNICEF. Ein Teil der Gelder für UNICEF aber wird von Menschen gespendet, die mit einem eigenen Beitrag das Kinderhilfswerk unterstützen möchten. 1965 erhielt UNICEF den **Friedensnobelpreis**.

## UNO / Vereinte Nationen

Nach dem Zweiten **Weltkrieg (-> Weltkrieg)** wurde 1945 die "United Nations Organization" (auf Deutsch "Vereinte Nationen", abgekürzt UNO oder VN) mit Sitz in New York gegründet. Man wollte verhindern, dass sich solche Weltkriege wiederholen. Heute sind fast alle **Staaten** der Erde in der UNO. Wenn es Probleme zwischen Staaten gibt, versucht die UNO zu vermitteln und damit einen **Krieg** zu verhindern. Die Ziele der UNO sind: die Erhaltung des Weltfriedens und die internationale Sicherheit, die freundschaftliche Zusammenarbeit der Mitglieder sowie der Schutz der **Menschenrechte (-> Grundrechte / Menschenrechte)**. Die UNO hat viele Unterorganisationen gegründet. Eine davon ist das Weltkinderhilfswerk **UNICEF**, das sich um Kinder in der ganzen Welt kümmert. Eine andere ist die **UNESCO**.

Sehr oft hört man vom Sicherheitsrat der UNO. Der Sicherheitsrat trägt die Hauptverantwortung, wenn es darum geht, dass Streitigkeiten zwischen Ländern beigelegt werden sollen. Im Sicherheitsrat sind immer die USA, Russland, China, Frankreich und England vertreten. Sie sind "ständige Mitglieder". Andere Länder gehören nur zeitweise zum Sicherheitsrat. Die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates können ein **Veto** gegen **Resolutionen** einlegen, die von der **Mehrheit** der Mitgliedsstaaten gefasst wurden.

# U

Damit wird dann dieser Beschluss aufgehoben.

## UNO-Friedenstruppe

Gibt es zwischen zwei Ländern einen schweren **Konflikt**, so haben diese Länder die Möglichkeit, sich an die UNO zu wenden und um Hilfe zu bitten. Der UNO-**Sicherheitsrat** (-> **UNO / Vereinte Nationen**) entscheidet dann, ob **Soldaten** (-> **Streitkräfte / Armee**) im Auftrag der UNO in das Krisengebiet geschickt werden, um für Sicherheit und **Frieden** zu sorgen. In diesen Gebieten führen sie dann friedenssichernde oder friedenserhaltende Maßnahmen durch, wie es in der Fachsprache heißt. Die Soldaten, die von den UNO-Mitgliedsländern für die UNO-Einsätze zur Verfügung gestellt werden, aber auch militärische und zivile Beobachter bilden zusammen die UNO-Friedenstruppe. Zurzeit sind an vielen Stellen in der Welt, zum Beispiel auf dem Balkan oder im Nahen Osten, Soldaten im Auftrag der UNO im Einsatz. Sie werden „Blauhelm-Soldaten“ genannt, weil sie blaue Helme tragen. Damit fallen sie unter den anderen Soldaten sofort auf.

## Untersuchungsausschuss

Im Gegensatz zur **Enquête-Kommission** sitzen in einem "parlamentarischen Untersuchungsausschuss", wie es genau heißt, nur **Abgeordnete** (-> **Abgeordnete**). Der Ausschuss kann einberufen werden, wenn mindestens ein Viertel aller Abgeordneten des Parlaments das beantragt. Ziel eines solchen Ausschusses ist es, Missstände im **staatlichen** Bereich aufzuklären. Zum Beispiel könnte ein solcher Ausschuss einberufen werden, wenn Zweifel daran bestehen, dass eine **Partei** Gelder, die sie vom Staat bekommen hat, auch korrekt abgerechnet hat. Der Ausschuss tagt für einen bestimmten Zeitraum, befragt Zeugen und Sachverständige, um die Vorwürfe zu klären. Der Ausschuss kann keine Urteile sprechen so wie ein **Richter** in einem Prozess. Er veröffentlicht aber seine Ergebnisse in einem Abschlussbericht.

## Utopie

Dieses griechische Wort heißt „nirgendwo“ oder „ohne Ort“ oder "guter Ort". Wir gebrauchen es in unserer Sprache als Bezeichnung für etwas, das zwar denkbar ist, aber nicht oder vielleicht auch noch nicht wahr werden kann. So gibt es zum Beispiel in utopischen Geschichten (ihr kennt sie unter dem Namen Science Fiction) Reisen in Raumschiffen zu fernen Welten, wo Außerirdische wohnen. So etwas kann man sich zwar gut ausdenken, aber in der Wirklichkeit gibt es das eben (noch?) nicht. Wenn man in der **Politik** von einer „Utopie“ spricht, stellt man sich meistens dabei einen **Staat** oder eine Gemeinschaft vor, in der ein besseres menschliches Zusammenleben möglich ist. In dem Roman „Utopia“ beschreibt der Autor Thomas More (1478-1535) einen solchen perfekten Staat. Er war es auch, der das Wort "Utopie" zum ersten Male gebrauchte.

# V

## Vasall / Lehen

Wenn sich im Mittelalter ein Mann in den Dienst bei einem Herrn, einem Herzog oder Fürsten begab, und diesem Herrn, wie das hieß, Gefolgschaft leistete, wurde er ein so genannter Vasall. Der Vasall verpflichtete sich zu bestimmten, oft militärischen Diensten. Der Begriff kommt vom lateinischen Wort "vassus", das heißt "Knecht". Als Dank für seine treuen Dienste erhielt der Vasall vom Herrn oft ein so genanntes Lehen. Dieses Lehen gab dem Vasallen das Recht, einen Bauernhof oder ein Landgut für sich zu nutzen. Gleichzeitig aber musste sich der Vasall auch dazu verpflichten, dem Lehnsgewer oder Lehnsherrn gegenüber weiterhin treu zu sein. Der oberste Lehnsherr war der König, dann kamen die Fürsten und die hohen Geistlichen. Jeder von ihnen hatte Lehen, also Güter bekommen und konnte sie an treue Untertanen, Vasallen, weitergeben. Diese gegenseitigen Verpflichtungen bildeten eine wesentliche Grundlage der mittelalterlichen **Gesellschaftsordnung**.

## Verbraucher

Das einfachste Beispiel: Du kaufst dir ein Eis und isst es auf. Und morgen, wenn das **Taschengeld** reicht, kaufst du vielleicht wieder ein Eis. Dann ist das gekaufte Eis konsumiert, also verbraucht. Auch ein Fahrrad, ein Auto, jedes Produkt wird in gewissem Sinne „verbraucht“. Alle sind wir also in irgendeiner Weise Verbraucher.

Wenn wir etwas kaufen, schließen wir, einen Kaufvertrag. Wir sind dann verpflichtet, einen Preis für die Ware zu bezahlen, die wir kaufen. So sieht es das Gesetz vor. Aber es gibt auch eine Menge von **Gesetzen**, die uns als Verbraucher schützen. Derjenige, der uns etwas verkauft, darf uns zum Beispiel nicht übers Ohr hauen. Wir haben bei einem abgeschlossenen Vertrag, sagen wir einem **Zeitungsabonnement**, eine Widerspruchsfrist, um die Sache wieder rückgängig zu machen.

Es gibt in der **Bundesregierung (-> Regierung)** einen Verbraucherminister. Auch der Begriff "Verbraucherpolitik" ist öfter zu hören oder zu lesen. Er bezeichnet alle Maßnahmen von Seiten der Regierung, die die Stellung der privaten Verbraucher gegenüber den Herstellern und den Händlern schützen und stärken soll.

## Vereidigung / Diensteid

In diesem Begriff steckt das Wort "Eid". Gemeint ist damit die feierliche Bekräftigung oder Bestätigung einer Aussage. In Gerichtsfällen kann man oft sehen, wenn ein Zeuge "vereidigt" wird: der **Richter** weist den Zeugen auf die Bedeutung des Eides hin, dann hebt der Zeuge die rechte Hand und spricht die Eidesformel "Ich schwöre es". Wenn der Zeuge dann die Unwahrheit sagt, den Eid also bricht und einen so genannten Meineid leistet, wird er bestraft. Einen Dienst- oder Amtseid legen alle diejenigen ab, die ein öffentliches **Amt** ausüben. So schwört zum Beispiel die **Bundeskanzlerin**, ein Minister oder eine **Ministerin** zu Beginn ihrer Arbeit in einer feierlichen Vereidigung im **Bundestag (-> Deutscher Bundestag)**, alles zum Wohle des **Volkes** zu tun und die **Verfassung** zu achten.



# V

## Verfassung

In seiner Verfassung legt ein **Staat (-> Staat)** fest, nach welchen Regeln er organisiert wird und wie das Zusammenleben der Menschen funktionieren soll. Die Verfassung beschreibt das **politische** System, also wie das Land regiert werden soll. Soll es zum Beispiel eine frei gewählte **Regierung** oder einen König geben? Welche Rolle sollen **Parteien** spielen? Es wird festgelegt, was die Regierung darf, was sie nicht darf, welche Macht die **Polizei**, die Streitkräfte oder andere Staatsorgane haben. Vor allem aber ist festgeschrieben, welche **Grundrechte** den einzelnen Menschen zustehen, damit sie frei und ohne staatlichen Zwang leben und arbeiten können. Kein anderes **Gesetz** darf den Bestimmungen dieser Grundordnung widersprechen. In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** wird die Verfassung **Grundgesetz** genannt.

## Verfassungsorgan

Die obersten Staatsorgane der **Bundesrepublik Deutschland**, die in unserer **Verfassung**, also dem **Grundgesetz**, vorgesehen sind, nennt man Verfassungsorgane. Das sind der **Deutsche Bundestag**, der **Bundesrat**, die **Bundesversammlung**, der Bundespräsident, die **Bundesregierung (-> Regierung)** und das **Bundesverfassungsgericht**. Hinzu kommt der so genannte Gemeinsame Ausschuss. Er setzt sich zu zwei Dritteln aus **Abgeordneten** des Bundestages und zu einem Drittel aus Mitgliedern des Bundesrates zusammen. Dieser Gemeinsame Ausschuss übernimmt im Falle, dass unser Land verteidigt werden muss, die Aufgaben von Bundestag und Bundesrat. In einer solchen Notsituation müssen beide Verfassungsorgane gemeinsam die schwierigen Aufgaben bewältigen.

## Verhältnismahlrecht

Bei diesem **Wahlrecht** stellen die **Parteien** vor dem Wahltag für das ganze Land Listen zusammen. Darauf stehen **Kandidatinnen** und Kandidaten, die stellvertretend für ihre Partei in das **Parlament** einziehen wollen. Die Wähler entscheiden sich bei der **Wahl** zwischen den unterschiedlichen Listen, sie wählen also eine Partei und damit auch mehrere Kandidaten auf deren Liste. Wichtig ist für jede Partei, möglichst viele Stimmen zu erhalten. Denn nach der Stimmenzahl, die eine Partei bekommen hat, richtet sich die Anzahl der Personen, die für die Partei als **Abgeordnete** ins Parlament gehen.

In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** gibt es bei der Wahl zum **Deutschen Bundestag** ein Misch-System, das heißt, eine Mischung aus **Mehrheitswahl (-> Wahlsystem)** und Verhältniswahl. Darüber könnt ihr euch unter dem Stichwort Wahlsystem noch genauer informieren.

## Vermittlungsausschuss

Wie ihr in diesem Lexikon beim Stichwort "**Gesetzgebung**" nachlesen könnt, haben **Bundestag (-> Deutscher Bundestag)** und **Bundesrat** das Recht, Gesetze zu beschließen oder abzulehnen. (Der Bundesrat muss nicht bei allen **Gesetzen** mitentscheiden, aber bei einigen. Dafür gibt es genaue Regeln.) Es kann vorkommen, dass der Bundestag einem Gesetz, sagen wir einer Steuererhöhung, zustimmt, der Bundesrat aber aus bestimmten Gründen dagegen ist und das geplante Gesetz ablehnt. Die Sache scheint also verfahren. Es kann nun – das ist laut **Grundgesetz** so möglich – ein Ausschuss eingesetzt werden, der in diesem Falle vermittelt. Dieser Ausschuss besteht aus jeweils 16 Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates. Seine Aufgabe ist es, nach Wegen zu suchen, damit das Gesetz nicht endgültig scheitert. Vielleicht kann die Steuererhöhung noch verschoben werden oder nicht ganz so hoch ausfallen wie ursprünglich geplant. In einem Vermittlungsausschuss werden viele Möglichkeiten besprochen, wie ein **Kompromiss** gefunden werden könnte. Wenn eine Einigung erzielt wird, kann das

# V

Gesetz verabschiedet werden, wenn aber nicht, ist das Gesetz gescheitert. Allerdings kann die **Regierung** das Gesetz zu einem späteren Zeitpunkt, dann vielleicht in veränderter Form, dem Bundestag und Bundesrat wieder zur Abstimmung vorlegen.

## Verordnung / Rechtsverordnung

Verordnungen (sie werden auch „Rechtsverordnungen“ genannt) sind Regelungen, die festlegen, wie bestimmte **Gesetze** auszuführen sind. Anders als ein Gesetz, das vom **Deutschen Bundestag** beschlossen wird, wird eine Verordnung von der Exekutive erlassen (und nicht von der **Legislative (-> Gewaltenteilung)**, also dem **Parlament**). Um diesen Unterschied zu verstehen, geben wir ein Beispiel: Im Mai 2002 wurde das Gesetz über die Gleichstellung von **behinderten Menschen** (BGG) vom Deutschen Bundestag beschlossen. In diesem Gesetz wurde die so genannte Barrierefreiheit festgelegt. Das heißt, alle öffentlichen Gebäude, Busse und Bahnen, Telefonzellen, das Internet und zahlreiche andere Bereiche des täglichen Lebens müssen so gestaltet sein, dass Behinderte sie ohne fremde Hilfe und Erschwernis nutzen können. Im BGG wurden die Rechtsvorschriften für diese „Barrierefreiheit“ genau aufgeschrieben. Die Umsetzung dieser Vorschriften, wo etwa Auffahrten für Rollstühle, wo Bürgersteige und Treppen behindertengerecht zu bauen sind, welche Ampeln eingerichtet werden müssen und welche zahlreichen Hilfen für die Behinderten sonst noch erforderlich sind, um dem BGG Genüge zu tun, wird von den **Ministerien (-> Ressort)**, von Verwaltungen des Bundes, der Länder und **Gemeinden** (also der Exekutive, den so genannten ausführenden Organen) festgelegt. Dazu werden Verordnungen erlassen.

Eine Rechtsverordnung schreibt also vor, wie ein bereits bestehendes Gesetz in allen Einzelheiten ausgeführt werden muss. Im Gesetz selbst können diese Einzelheiten zumeist nicht stehen. Denn würde das Parlament immer alle Einzelheiten eines Gesetzes entscheiden müssen, würde es viel zu lange dauern, bis ein Gesetz beschlossen werden kann.

## Versammlungsfreiheit

Alle Menschen haben in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** das Recht, sich in kleineren oder größeren Gruppen zu versammeln und ihre Forderungen oder Proteste öffentlich bekannt zu machen. Das kann auf unterschiedliche Weise erfolgen, zum Beispiel bei Kundgebungen, **Demonstrationen** aber auch mit Unterschriften- oder Flugblattaktionen. Das Recht auf **Meinungsfreiheit (-> Pressefreiheit)** steht in Artikel 5 des **Grundgesetzes**. Das Recht auf Versammlungsfreiheit wird in Artikel 8 festgelegt. Friedliche Versammlungen unter freiem Himmel sind durch dieses **Gesetz** geschützt, müssen allerdings zwei Tage vorher bei den Behörden angemeldet werden. Es kann bei Demonstrationen bestimmte Einschränkungen geben oder auch eine Überwachung durch die **Polizei**, denn es dürfen keinesfalls die Rechte der Bürger, die nicht teilnehmen, verletzt werden. Grundsätzlich verboten sind Versammlungen innerhalb der **Bannmeilen**. Das sind bestimmte Bereiche um **Parlaments (-> Parlament)**- und **Regierungs (-> Regierung)** gebäude sowie um das Gebäude des **Bundesverfassungsgerichts**. Diese Orte sind für das Funktionieren unseres **Staates** besonders wichtig und werden deshalb auch besonders geschützt. Nur Volksfeste oder religiöse Veranstaltungen dürfen innerhalb dieser Zone stattfinden. Es gibt noch weitere Einschränkungen des Versammlungsrechts. Es dürfen natürlich keine Straftaten begangen oder dazu aufgehetzt werden.

# V

## Verschuldung

Wenn ihr euch etwas Teures kaufen wollt, zum Beispiel einen CD-Spieler, müsst ihr sicher erst eine Weile euer **Taschengeld** sparen. Leiht ihr euch das Geld dafür von euren Eltern, so macht ihr Schulden und müsst das geliehene Geld in Raten, also in vielen kleinen Beträgen, abbezahlen. Und wenn ihr das öfters macht, euch auch Geld bei Schulkameraden leiht und die Schulden anwachsen, dann seid ihr bald verschuldet. Auch Familien können sich schwer verschulden durch große Ausgaben, die man nicht vorhergesehen hat, oder durch **Kredite** bei der Bank, die man nicht zurück zahlen kann. Oft hilft dann nur noch die so genannte Schuldner-Beratung, wo man mit einer Fachfrau oder einem Fachmann gemeinsam überlegt, in welchen kleinen Schritten man wieder von seiner Verschuldung los kommt.

Auch der **Staat** macht immer wieder Schulden. Wenn er sehr viel mehr Geld ausgibt, als es der **Staatshaushalt** verkraftet, ist er sehr verschuldet bei den Banken und muss jedes Jahr große Beträge alleine für die **Zinsen** aufbringen. Die **Regierung** muss dann überlegen, wo sie am besten sparen kann, um den Schuldenberg wieder abzubauen.

## Versicherungen

Wer bei einer Versicherung regelmäßig Geld einzahlt, bekommt Geld, wenn das, was er versichert hat, beschädigt oder zerstört wurde. So kann man zum Beispiel sein Haus gegen Brand, Wasser- und Sturmschäden versichern. Man schließt dann mit einer Versicherungsgesellschaft eine Gebäudeversicherung ab und zahlt einen monatlichen Beitrag an die **Gesellschaft**. Wenn nun tatsächlich zum Beispiel ein Wasserrohr platzt und das Wasser Möbel, Teppiche und Tapeten beschädigt, so übernimmt die Versicherung den Schaden. Das kann sie, weil eben nicht bei allen Versicherten gleichzeitig ein Wasserrohr platzt. Dann wäre es zu teuer für die Versicherung, für alle Schäden gleichzeitig die Kosten zu übernehmen. Es gibt auch eine Reihe von Versicherungen, die **gesetzlich** vorgeschrieben sind. Zum Beispiel muss jeder, der ein Auto besitzt, eine Kraftfahrzeugversicherung abschließen, damit Unfallschäden, die ein Autofahrer verursacht, bezahlt werden. Viele **Krankenversicherungen (-> Sozialversicherung)** sind gesetzlich vorgeschrieben. Den Arbeitern und Angestellten wird automatisch ein bestimmter Betrag vom Lohn oder vom Gehalt abgezogen und der Krankenversicherung überwiesen. Die bezahlt dann ganz oder teilweise die Arzt- und Medikamentenkosten für die Kranken. Man kann sich auch freiwillig versichern oder eine Zusatzversicherung abschließen. Das tut man, wenn man zum Beispiel im Falle eines Krankenhausaufenthaltes im Einzelzimmer liegen oder vom Chefarzt persönlich behandelt werden möchte.

## Vertrauensfrage

Hier bezeichnet der Name ziemlich genau das, was gemeint ist: Wenn der Bundeskanzler nicht sicher ist, ob er im **Bundestag (-> Deutscher Bundestag)** noch das Vertrauen der **Mehrheit** der **Abgeordneten** hat, stellt er eine entsprechende Frage: "Habt ihr noch Vertrauen in meine Arbeit und wollt ihr, dass ich auch weiterhin Bundeskanzler bleibe?" Wenn eine Mehrheit sagt, wir wollen diesen Bundeskanzler nicht mehr als Regierungschef haben, treten der Bundeskanzler und seine **Regierung** zurück. Der Bundespräsident kann dann das **Parlament** innerhalb einer Frist von 21 Tagen auflösen und **Neuwahlen** verkünden. Wenn aber der Bundestag einen anderen Bundeskanzler oder eine **Bundeskanzlerin** wählt, dann darf das Parlament nicht aufgelöst werden.

# V

## Vertriebene

Wenn Menschen ihre Heimat zwangsweise verlassen müssen, sind sie „Vertriebene“. In Deutschland bezeichnet man als „Vertriebene“ oder „Heimatvertriebene“ insbesondere deutsche Staatsangehörige, die nach dem **Zweiten Weltkrieg** ihre Heimat zwangsweise verlassen mussten. Dies waren vor allem Menschen, die vor dem Ende des Zweiten **Weltkrieg** in Gebieten gelebt hatten, die damals zum Deutschen Reich gehörten. Nachdem die Deutschen den **Krieg** verloren hatten und die Ländergrenzen in **Europa** verändert wurden, gelangten etwa 12,3 Millionen Deutsche aus den Gebieten, die nach dem Krieg zu Polen, der Tschechoslowakei, der Sowjetunion, Ungarn und Rumänien gehörten, in die **Bundesrepublik Deutschland** und die **DDR**. Viele dieser Vertriebenen haben sich in so genannten Landsmannschaften und Vertriebenenverbänden zusammengeschlossen.

## Veto



© Stefan Eling

"Veto" ist Lateinisch und heißt wörtlich übersetzt: "Ich verbiete". Wenn jemand ein Vetorecht hat, kann er oder sie gegen einen Beschluss vorgehen, also "ein Veto einlegen". Das hat dann zur Folge, dass dieser Beschluss unwirksam oder aber zumindest aufgeschoben wird. In **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**) hat zum Beispiel der **Bundesrat** (-> **Bundesrat**) sehr oft ein Vetorecht gegen **Gesetze** (-> **Gesetz**), die der **Bundestag** (-> **Deutscher Bundestag**) beschließt. Dieses Veto kann allerdings vom Bundestag zurückgewiesen werden, wenn das die **Mehrheit** der **Abgeordneten** so entscheidet. In der **UNO** haben die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates ein besonderes Vetorecht gegen Beschlüsse, die von der Mehrheit des Sicherheitsrates gefasst werden.

## Vetternwirtschaft (Nepotismus)

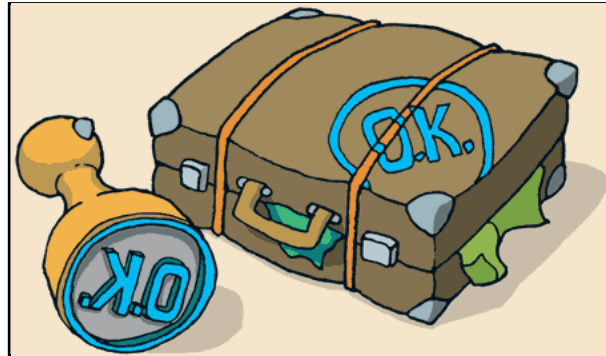
Angenommen, du bist Kapitän der Fußballmannschaft eurer Schule. Der Platz einer Stürmerin ist noch frei. Es bieten sich zwei oder drei Mitschüler und Mitschülerinnen an, die ganz gut sind. Du bist dafür, dass dein Bruder mitspielen darf. Der ist zwar nicht so gut wie die anderen, aber er ist dein Verwandter und du bist ihm vielleicht einen Gefallen schuldig. Oder er tut dann immer brav, was du willst, auch außerhalb des Fußballplatzes. Den anderen in der Mannschaft passt das nicht, aber weil du der Chef bist, setzt du dich durch. Als "Vetternwirtschaft" bezeichnet man in der Umgangssprache dein Verhalten. Das wäre es auch, wenn zum Beispiel ein Bürgermeister oder ein anderer, der viel zu sagen hat, dafür sorgt, dass seine Verwandten gute Posten bekommen, obwohl andere dafür besser geeignet wären. "Vetternwirtschaft" ist zwar nicht direkt verboten, aber langfristig ist es sicher ein unkluges Verhalten.

Vetternwirtschaft ist nicht neu. Im Mittelalter gab es Könige, die ihre Enkel, Neffen oder sonstige Verwandten mit guten Posten versorgten. Der Grund ist klar: Der König rechnete damit, dass ihm die Verwandten aus Dankbarkeit besonders ergeben waren. Damals wurde der Begriff "Nepotismus" geprägt. Das kommt vom lateinischen Wort "nepote", das "Neffe", "Enkel", "Vetter" oder "Verwandter" bedeuten kann. Im Deutschen wurde dann die "Vetternwirtschaft" daraus.

# V

## Visum

Im Lateinischen bedeutet das Wort „Gesehenes“. Man bezeichnet damit einen **amtlichen** „Sichtvermerk“ in einem **Reisepass (-> Pass)**. Ein solcher Stempel wird für die Einreise in viele Länder gebraucht. Er zeigt, dass die Einreise genehmigt ist. Eine **Botschaft** oder eine andere Vertretung (Konsulat) des Landes, in das man reisen möchte, stellt ein solches Einreisevisum aus. Manchmal kann man das Visum auch direkt an der **Grenze** bekommen. Die Länder, die ein Visum für die Einreise verlangen, kontrollieren auf diese Weise, wie viele Reisende das Land besuchen. Einige **Staaten** verlangen von den eigenen Bürgern und Bürgerinnen Ausreisevisa, wenn sie das Land verlassen wollen. (Man sagt auch Ausreisevisen, das ist beides die Mehrzahl von "Visum"). Damit soll verhindert werden, dass zu viele Menschen ihrer Heimat den Rücken kehren. In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** während des **Nationalsozialismus** oder in den früheren **kommunistischen** Ländern wurden beispielsweise solche Ausreisevisa verlangt. Heutzutage gehören China oder auch Kuba zu den Staaten, deren Bürger Ausreisevisen beantragen müssen, wenn sie woandershin reisen wollen.



© Stefan Eling

## Völkerrecht

**Staaten** schließen sich zu Gemeinschaften zusammen, um gemeinsame Interessen besser durchsetzen zu können. Eine davon ist die Völkerrechtsgemeinschaft. Deren Mitglieder haben sich verpflichtet, bestimmte Regeln im Umgang miteinander einzuhalten. Diese Regeln sind im Völkerrecht festgelegt. Das Völkerrecht besteht aus einer ganzen Reihe von Verträgen und wird unterteilt in Friedensrecht und **Kriegsrecht**. Hier ist genau beschrieben, welche Rechte und Pflichten die Staaten im **Frieden** und im **Krieg** haben. Im Mittelpunkt stehen dabei die **Verfassung der Vereinten Nationen (-> UNO / Vereinte Nationen)** von 1945 (UN-Charta) und die **Menschenrechte (-> Grundrechte / Menschenrechte)**. Alle Länder, die zur Völkerrechtsgemeinschaft gehören, haben diese Verträge unterschrieben.

Der Gedanke eines gemeinsamen Rechtes für Völker ist schon sehr alt. Als Erster hat ihn Hugo Grotius (1583-1645) aufgeschrieben. Daher gilt er als Gründer des Völkerrechts.

## Vogelfrei

Wer zu Zeiten der germanischen Stammesgemeinschaft vor mehr als tausend Jahren, als es noch keinen deutschen **Staat** gab, gegen bestimmte Regeln verstieß, wurde mit „Acht“ belegt. Das hatte mit Achtung nichts zu tun, sondern mit „Ächtung“ (es kommt vom althochdeutschen Begriff „ahta“, was „Verfolgung“ bedeutete). Jeder durfte den Geächteten töten, ohne dafür bestraft zu werden. Im Mittelalter gab es dann im Heiligen Römischen Reich die „Reichsacht“, die der Kaiser persönlich aussprach. Bis in die frühe Neuzeit wurden diejenigen, die in der „Acht“ standen, als „vogelfrei“ bezeichnet. Sie sollten als Strafe jederzeit den Gefahren der Natur und Angriffen wilder Vögel ausgesetzt sein. Niemand durfte ihnen Unterschlupf gewähren. Jeder durfte den Vogelfreien festnehmen und den Behörden übergeben. Starb ein Vogelfreier, wurde seine Leiche den Vögeln zum Fraß vorgeworfen.

Ein berühmter Vogelfreier war beispielsweise Martin Luther, über den der Reichstag in Worms 1521 das so genannte Wormser Edikt verhängte. Auch **Robin Hood (-> Rebell /**

# V

**Rebellion**), der Held einer mittelalterlichen englischen Legende, war für vogelfrei erklärt worden und lebte mit seinen Gefährten im Sherwood Forest ohne den Schutz des Gesetzes. Der Vogelfreie konnte sich nur dann aus der Acht wieder lösen, wenn er sich freiwillig dem **Gericht** stellte und sich dessen Urteil unterwarf.

## Volk / Nation

Das Wort "Volk" kommt vom althochdeutschen "folc" und das hieß "viele". Ein Volk ist eine große Gruppe von Menschen mit gemeinsamer Abstammung. Alle Mitglieder dieser Gruppe leben in der Regel zusammen in einem bestimmten Gebiet, das deutsche Volk in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)**, die Franzosen in Frankreich usw. Ein Volk hat eine gemeinsame Herkunft, Geschichte, **Kultur**. Seine Menschen sprechen meist auch dieselbe Sprache. Allerdings muss das nicht immer zutreffen. Es gibt viele verschiedene Dialekte, auch ganz unterschiedliche Sprachen innerhalb eines Landes, wie man in der Schweiz sieht oder in Kanada. Zum Volk der Vereinigten **Staaten** gehören zum Beispiel Menschen vieler Hautfarben und ganz unterschiedlicher Herkunft. Man spricht in solchen Fällen auch von einer "Nation" (das kommt aus dem Lateinischen). Bei dem **politischen** Begriff "Nation" denkt man mehr an das Zugehörigkeitsgefühl der Menschen eines Landes, in dem der Austausch zwischen den Menschen mit unterschiedlicher Herkunft gefördert werden sollte. Das entspricht dem Verständnis der modernen **demokratischen** Staaten, die in ihren **Verfassungen** festgelegt haben, dass kein Mensch wegen seiner **Rasse (-> Rassismus)**, Hautfarbe, Sprache, **Religion** benachteiligt werden darf. Jeder Mensch darf in **Freiheit** - ohne dabei behindert zu werden - leben.

## Volksentscheid

Das Wort "Volksentscheid" (man spricht auch von "Volksabstimmung", "Plebiszit" oder "Referendum") sagt aus, dass das **Volk** entscheidet. Man könnte nun sagen, dass das Volk bei jeder **Wahl**, zum Beispiel bei der **Bundestagswahl (-> Wahlsystem)**, entscheidet, indem es **Parteien** wählt, die dann in das **Parlament (-> Parlament)** einziehen. Aber bei einer solchen Wahl übertragen die Wähler die Entscheidungsgewalt ihren Vertretern, den **Abgeordneten**. Das Volk entscheidet also nicht direkt per Stimmzettel, welche **politische (-> Politik)** Entscheidung getroffen wird. Vielmehr treffen die Abgeordneten in den Parlamenten die politischen Entscheidungen stellvertretend für die Wähler. Bei Volksentscheiden geht es aber darum, dass das Volk unmittelbar selbst über eine bestimmte politische Frage entscheidet.

Volksentscheide sind Formen einer direkten **Demokratie**. In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** sieht das **Grundgesetz** den Volksentscheid auf Bundesebene nur bei einer Neugliederung von Bundesländern vor. Ein Beispiel: 1995 lehnte die **Mehrheit** der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger einen Zusammenschluss der Bundesländer Berlin und Brandenburg durch Volksentscheid ab, obwohl die Politiker dafür waren.

In den Bundesländern aber gibt es bei vielen Fragen die Möglichkeit des Volksentscheids. In Bayern beschlossen die Bürger zum Beispiel ein Abfallbeseitigungsgesetz, in Baden-Württemberg kann der gesamte **Landtag** durch Entscheid der wahlberechtigten Bürger aufgelöst werden. Auch in den **Kommunen (-> Gemeinde)** können die Bürger bei vielen politischen Fragen durch so genannte Bürgerbegehren und Bürgerentscheide unmittelbar mitbestimmen. Bevor es zu einem Volksentscheid kommt, kann es das so genannte Volksbegehren geben. Dabei fordert eine bestimmte Anzahl an Wahlberechtigten mit ihrer Unterschrift, dass es zu einem Volksentscheid kommen soll. In Deutschland ist das Volksbegehren auf Bundesebene - wie beim Volksentscheid - auch nur bei einer Neugliederung von Bundesländern möglich.

# V

## Volksverhetzung

Wer zum Hass oder zu Gewalttaten aufruft, wer gegen Fremde, gegen Menschen anderer Hautfarbe oder solche, die eine andere **politische** Meinung haben, aufhetzt, macht sich strafbar. Er begeht Volksverhetzung. Er stört, wie es im **amtlichen** Deutsch heißt, den öffentlichen **Frieden**. Man spricht auch von "Volksverhetzung", wenn andere Menschen böswillig beschimpft, verächtlich gemacht und dadurch in ihrer Würde verletzt werden. Es ist auch eine Straftat, wenn man Schriften oder Texte zum Beispiel im Internet verbreitet, die die **nationalsozialistischen** Verbrechen leugnen oder zum Rassenhass aufstacheln. Volksverhetzung kann mit Geld- oder Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft werden.

## Volkswirtschaft

Alle privaten Haushalte, sämtliche kleinen und großen Firmen und Unternehmen sowie Einrichtungen eines **Staates** bilden zusammen die Volkswirtschaft. Vereinfacht kann man sagen: Alle, die produzieren (erzeugen) und **konsumieren** (verbrauchen), gehören zur Volkswirtschaft. Zwei wichtige Merkmale sind die gemeinsame Währung (zum Beispiel der **Euro**) und ein gemeinsames Wirtschaftssystem. In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** ist das Wirtschaftssystem die freie **soziale Marktwirtschaft**. Die **Wirtschaftspolitik** der **Regierung**, die **Bildung** der Bevölkerung, der Stand der Technik, die **wirtschaftliche** Leistungskraft der Menschen, das Klima und Bodenschätze wie Kohle, Eisenerz und Ölvorkommen spielen für die Volkswirtschaft eine große Rolle. Auch die geografische Lage ist wichtig. Wenn es zum Beispiel große Häfen gibt, können Güter leichter in alle Welt transportiert werden. Alle diese Dinge wirken zusammen und bestimmen letztlich, wie gut eine Volkswirtschaft funktioniert.

## Volljährigkeit



© Stefan Eling

Sobald sie das 18. Lebensjahr erreicht haben, können junge Frauen und Männer in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** selbstständig ihre Entscheidungen treffen, ohne Eltern, Vormund oder sonst jemanden fragen zu müssen. Sie dürfen dann wählen und gewählt werden (nur nicht zum Bundespräsidenten, dazu muss man mindestens 40 Jahre alt sein). Sie können über ihre Ausbildung und ihren Beruf bestimmen, den Führerschein machen, einen Kaufvertrag abschließen (vorausgesetzt natürlich, sie haben genug Geld), in jedes Lokal gehen, ihren Wohnort selber wählen und noch viele andere Dinge mehr tun. Sie haben mit 18 auf jeden Fall die volle Geschäftsfähigkeit erreicht. Sie sind mündig geworden. Mit der Volljährigkeit aber sind nicht nur Rechte verbunden, man muss auch für seine Entscheidungen persönlich einstehen. In Deutschland gilt diese Regelung übrigens seit dem 1. Januar 1975.

Wir müssen noch erwähnen, dass Kinder und

Jugendliche auch vor dem 18. Lebensjahr bereits bestimmte Dinge selber entscheiden können. Mit 14 Jahren kann man seine **Religion** selber wählen, man kann aber auch in diesem Alter schon für kriminelle Handlungen bestraft werden. (Das nennt man „bedingte strafrechtliche Verantwortlichkeit“.) Mit 16 Jahren kann man in manchen Fällen schon einen **Eid (-> Vereidigung / Diensteid)** ablegen, den Führerschein Klasse M machen und ist verpflichtet, einen **Personalausweis (-> Pass)** zu haben.

# V

## Vorurteil

Angenommen, demnächst soll ein neuer Schüler in eure Klasse kommen. Irgendjemand behauptet, der sei blöde, ein Streber, mit dem könne man nichts anfangen, oder noch schlimmer, der habe mal gestohlen. Schon habt ihr, obwohl ihr den Neuen noch gar nicht kennt und diese Sachen, die über ihn erzählt werden, gar nicht überprüfen könntet, eine bestimmte Meinung. Das nennt man ein "Vorurteil": Eine Meinung wird ohne eigene Erfahrung und Prüfung einfach kritiklos übernommen.

Normalerweise ist es nicht einfach, so ein Vorurteil wieder loszuwerden und eine Sache richtig zu stellen. Zumeist aber lohnt es sich, seine Vorurteile immer wieder zu überprüfen.



# W

## Währung

Aus dem Wort "Werunge" ist unser heutiges Wort "Währung" entstanden. Damit bezeichnet man die Geldsorten der verschiedenen **Staaten**. In vielen europäischen Staaten ist der **Euro** die Währung. Vor dem Euro gab es in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** die D-Mark. Welche Währung es gibt, wie sie heißt, wie viele **Banknoten** oder Münzen es zum Beispiel in der deutschen Währung gibt, regelt in Deutschland ein **Gesetz** (das wird Geldordnung oder auch Geldverfassung genannt). Alle Dinge, die mit der Währung zusammenhängen, werden von der **Deutschen Bundesbank** oder der Europäischen Zentralbank verwaltet. In früheren Zeiten wurde auch mit Gold- oder Silberstücken oder wertvollen Steinen bezahlt, es gab bei manchen Völkern auch die Naturalien-Währung. Zum Beispiel wurde festgesetzt, dass fünf Säcke Reis so viel wert sind wie ein Schaf oder ein Sack Pfeffer wie ein Pferd. Das sind nur Beispiele, die aber zeigen, was Währung im weiteren Sinne auch ist: ein Tauschmittel.

## Währungsunion

Das Geld der verschiedenen **Staaten**, also die Scheine und Münzen, mit denen man bezahlen kann, nennt man "Währung". Wenn zwei oder mehr Staaten beschließen, dass in ihren Ländern dieselbe Währung gelten soll, dann bilden sie eine Währungsunion. Das war zum Beispiel kurz vor der Wiedervereinigung im Juli 1990 zwischen der **Bundesrepublik Deutschland** und der **DDR** der Fall. Es gab damals einen Vertrag, der festlegte, dass die Mark der DDR in die D-Mark der Bundesrepublik Deutschland umgetauscht werden konnte. Für jede DDR-Mark gab es eine D-Mark. Dadurch ist ein einheitliches Währungsgebiet entstanden.

Inzwischen ist die D-Mark durch den **Euro** ersetzt worden. Wenn man heute nach Frankreich, Holland, Italien oder andere europäische Länder fährt, kann man fast überall mit den gleichen Scheinen und Münzen bezahlen. Der Euro ist inzwischen in 13 Mitgliedsstaaten der **EU (-> Europäische Union (EU))** sowie in einigen anderen Staaten das offizielle Zahlungsmittel. Das Gebiet, in dem der Euro die gemeinsame Währung ist, heißt "Europäische Währungsunion".

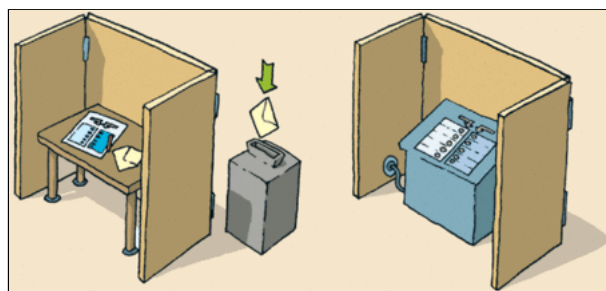
Sie ist ein Teil der Europäischen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, der bis jetzt 27 Mitglieder angehören.

Auch in anderen Teilen der Welt gibt es Währungsunionen.

## Wahlen

In der **Demokratie** wählen die Bürger Personen und **Parteien**, von denen sie eine Zeitlang im **Parlament** vertreten werden wollen. Diejenigen, die gewählt sind, werden in die Volksvertretung, das Parlament, geschickt. In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** ist das der **Deutsche Bundestag**. Dort versuchen die **Volksvertreter (-> Abgeordnete)** und Volksvertreterinnen, die Abgeordneten, das Beste für ihre Wählerinnen und Wähler zu erreichen.

Im **Grundgesetz** steht in Artikel 38, dass die Wahlen allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim sein müssen. "Allgemein" heißt, dass alle Staatsbürger wählen können, unabhängig von Einkommen, Geschlecht oder anderen Dingen. "Unmittelbar" ist eine Wahl, die ohne Wahlmänner und -frauen stattfindet. Man wählt eine Partei oder einen **Kandidaten** direkt, ohne dass jemand anders daran mitbeteiligt ist. Die Wahl ist frei, wenn man von niemandem zu einer bestimmten Wahl gedrängt wird, wenn man wirklich frei entscheiden kann. "Gleich" heißt, dass jede Stimme gleichviel zählt - alle Stimmen sind gleich wichtig. "Geheim" bedeutet, dass die Wähler den Stimmzettel so ausfüllen können, dass niemand



In den Wahlkabinen gibt man seine Stimme mit Kreuzchen auf Stimmzetteln auf Papier ab oder man wählt elektronisch, gibt also seine Stimme im Wahlcomputer ein.

© Stefan Eling

# W

anders sehen kann, was darauf geschrieben wird.

## Wahlkampf

In den Wochen und Monaten vor einer wichtigen **Wahl** (zum Beispiel zum **Deutschen Bundestag**) versuchen die **Parteien** und **Kandidaten**, die gewählt werden wollen, alle Wählerinnen und Wähler davon zu überzeugen, dass sie die Besten sind. Auf Plakaten an öffentlichen Plätzen, in **Zeitungen**, im Rundfunk und insbesondere im Fernsehen in Werbespots und vielen Talkshows stellen sie sich und ihre Botschaften und Programme möglichst gut und verständlich dar. Die Leser und Zuschauer sollen das Gefühl bekommen: Genau diese Partei oder diese Kandidatin oder dieser Kandidat will das, was für mich am besten ist. Und damit die Menschen diejenigen, die sie wählen sollen, noch persönlich kennenlernen können, kommen die Kandidaten in ihre Stadt, sprechen auf Marktplätzen und in großen Sälen, damit im Wahlkampf vielleicht noch die überzeugt werden können, die bis kurz vor der Wahl nicht wissen, wen oder welche Partei sie wählen sollen.

## Wahlkreis / Wahlbezirk

Für eine Wahl wird das Staatsgebiet in genau festgelegte Wahlkreise aufgeteilt. Dabei wird darauf geachtet, dass in jedem Wahlkreis ungefähr gleich viele Menschen wohnen. Ein ländlicher Wahlkreis kann also viel größer sein als einer, in dem eine große Stadt liegt. Die Wähler und Wählerinnen, die innerhalb eines Wahlkreises wohnen, wählen einen oder mehrere **Kandidaten**, die sich in diesem Wahlkreis zur Wahl stellen. Für die Wahl zum **Deutschen Bundestag** gibt es insgesamt 299 Wahlkreise. Damit sich die **Wahlen** gut organisieren lassen, sind die Wahlkreise in einzelne Wahlbezirke unterteilt, in denen die Wahllokale liegen. Das können Schulräume oder andere öffentliche Gebäude sein. Dort können die wahlberechtigten Bürger ihre Stimme abgeben.

## Wahlrecht

Wenn ihr 18 Jahre alt werdet, dann seid ihr volljährig. Ihr dürft eure **Abgeordneten**, die euch in den **Parlamenten** (**Stadtrat**, **Landtag** oder **Deutscher Bundestag**) vertreten sollen, wählen. Ihr nehmt dann euer Stimmrecht, oder, wie es auch heißt, euer "aktives Wahlrecht" wahr. Und wenn ihr selbst gewählt werden wollt, geht das auch mit dem Beginn der Volljährigkeit. Ihr lasst euch als **Kandidat** aufstellen, könnt dann also gewählt werden. Das nennt man das "passive Wahlrecht". Theoretisch kann man also mit 18 Jahren schon Bürgermeisterin oder Bundestagsabgeordneter werden. Dies ist aber noch nicht vorgekommen, denn eine gewisse Lebenserfahrung braucht man ja doch für solche wichtigen **Ämter** (-> **Amt**). Allerdings deutlich älter als 18 Jahr muss man sein, wenn man zur Bundespräsidentin oder zum Bundespräsidenten gewählt werden möchte. Hier beträgt das Mindestalter 40 Jahre.

Übrigens: Das Recht zu wählen, das allgemeine Wahlrecht, wie es heißt, wurde in **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**) bereits 1871 eingeführt. Es galt allerdings nur für Männer. Frauen erhielten erst 1918 das Wahlrecht.

# W

## Wahlsystem

Alle Wahlberechtigten (sie sind mindestens 18 Jahre alt) erhalten für die Bundestagswahl einen Stimmzettel mit zwei Spalten: Links kann das Kreuz für die so genannte Erststimme gemacht werden, rechts für die Zweitstimme. Diese Zweitstimme ist aber nicht etwa zweitrangig, sondern die wichtigere. Hier stehen die **Parteien** mit einer Liste von Frauen und Männern, den Kandidaten und **Kandidatinnen**. Je mehr Menschen hier ihr Kreuz hinter den Namen einer Partei setzen, desto stärker wird diese Partei mit ihren **Abgeordneten** im **Parlament** vertreten sein. Die Anzahl der Abgeordneten, die für eine Partei im **Bundestag (-> Deutscher Bundestag)** sind, wird nach einem bestimmten Auszählverfahren ermittelt. Die stärkste Partei stellt den Regierungschef, also den Bundeskanzler oder die **Bundeskanzlerin**. Der Regierungschef wird also nicht, wie oft geglaubt wird, bei der Bundestagswahl direkt gewählt. Er wird indirekt gewählt - durch die **Fraktionen**, die im Bundestag eine **Mehrheit** bilden.

Mit der Erststimme, also in der linken Spalte auf dem Wahlzettel, kann der Wähler einen Kandidaten oder eine Kandidatin aus dem eigenen Wahlkreis (davon gibt es in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** ungefähr 300) direkt wählen. Vielleicht kennt er sie persönlich und hofft, sie tut besonders viel für seine Stadt oder sein Dorf. Diese "Direktkandidatin" muss auch gar nicht zur gleichen Partei gehören, die der Wähler mit der Zweitstimme gewählt hat. Auf jeden Fall darf in beiden Spalten nur ein Kreuz für die Erst- und die Zweitstimme stehen, sonst ist der Stimmzettel ungültig. Bei Kommunalwahlen oder Landtagswahlen gibt es andere Regelungen.

Noch eine Information für Spezialisten: Dieses oben beschriebene System für die Bundestagswahl wird "Personalisierte Verhältniswahl" genannt. Es ist eine Mischform aus einem einfachen Mehrheits-Wahlsystem (mehrere Kandidaten stehen zur **Wahl** und der oder die mit den meisten Stimmen hat die Wahl gewonnen) und dem Verhältnis-Wahlsystem (dabei stehen nur Parteien mit ihren Kandidatenlisten zu Wahl).

## Wehrbeauftragte/r

Eine Soldatin oder ein Soldat der **Bundeswehr** fühlt sich schlecht behandelt, ja sogar schikaniert und in seinen Rechten beeinträchtigt. An wen kann er sich wenden, um seine Klage vorzubringen? Oder aber es geht um eine schlechte Ausbildung in der Truppe, um Disziplinlosigkeit oder Misshandlungen, um Alkohol- oder Drogenmissbrauch - für alle diese hier aufgezählten Beispiele hat der Deutsche Bundestag eine Stelle geschaffen, an die sich die **Soldaten (-> Streitkräfte / Armee)** wenden können. Diese Einrichtung des Wehrbeauftragten ist speziell zum Schutz der **Grundrechte** der Soldaten da. Die Frau oder der Mann, die dieses **Amt** haben, wird für fünf Jahre vom **Parlament** gewählt und soll als Ansprechpartner für die Soldaten stets zur Verfügung stehen. Man könnte sagen, unsere Volksvertretung übt auf diese Weise auch eine Kontrolle über die Bundeswehr aus, denn der Wehrbeauftragte untersucht alle Beschwerden und sonstigen Fälle, die ihm vorgetragen werden. Er stellt sie in einem jährlichen Bericht dem **Deutschen Bundestag** vor. Der Artikel 45b unserer **Verfassung** ist die Grundlage für diese Arbeit.

## Wehrdienst / Wehrpflicht

Wenn jemand zur **Bundeswehr** geht, so leistet er Wehrdienst. Das können Frauen und Männer freiwillig machen als Soldat oder Soldatin auf Zeit oder als Berufssoldat oder Berufssoldatin. Seit 2001 dürfen Frauen überall in der Bundeswehr Wehrdienst leisten. Männer, die ihren 18. Geburtstag hinter sich haben, müssen in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** aber auch dann zur Bundeswehr, wenn sie dies nicht freiwillig möchten. Für die Männer gibt es die allgemeine Wehrpflicht, die in unserem Land seit 1956 besteht. Diese Pflicht beginnt mit dem 19. Lebensjahr und endet mit dem 28. Lebensjahr. Die Männer werden ärztlich untersucht. Wenn sie tauglich sind, also körperlich und seelisch dazu in der Lage sind, dann werden sie zur Bundeswehr eingezogen. Ein

# W

Wehrpflichtiger kann sich auch zum Dienst bei der Freiwilligen Feuerwehr, beim **Technischen Hilfswerk** oder bei der **Bundespolizei** verpflichten. Die wehrpflichtigen **Soldaten (-> Streitkräfte / Armee)** wohnen zusammen in Kasernen und müssen einen Grundwehrdienst ableisten. Dieser dauert derzeit neun Monate. Dabei lernen sie, was sie als Soldaten wissen müssen. Später müssen sie dann noch in Wehrübungen, die im Einzelfall nicht länger als drei Monate dauern dürfen, zeigen, was sie von ihrem Grundwehrdienst noch wissen. Wehrpflichtige, die aus Gewissensgründen den Wehrdienst verweigern, müssen in der Regel **Zivildienst** leisten.

## Weimarer Republik

Nach dem **Ersten Weltkrieg** musste der deutsche Kaiser zurücktreten und die so genannte Weimarer **Republik** begann (1919-1933). Der Name lässt sich leicht erklären: In der Stadt Weimar kam die Nationalversammlung zusammen und arbeitete eine demokratische **Verfassung** („Weimarer Reichsverfassung“) aus.

Mit dieser Verfassung wurde **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** ein **parlamentarisch-demokratischer Bundesstaat**. Staatsoberhaupt der Weimarer Republik war der vom **Volk** gewählte Reichspräsident (1919-1925: Friedrich Ebert, ab 1925: Paul von Hindenburg). Die Weimarer Republik hatte von Anfang an mit großen Problemen zu kämpfen. Nach dem verlorenen Ersten **Weltkrieg** gab es große **wirtschaftliche** Probleme, eine **Inflation** und Millionen von **Arbeitslosen**. Die **Weltwirtschaftskrise** von 1929 hat die Situation noch verschärft. Das größte Problem aber war, dass die Weimarer Republik von Beginn an viele Gegner in der Bevölkerung hatte. So bestimmten starke **politische** Unruhen das politische und **gesellschaftliche** Geschehen in Deutschland. **Radikale** Strömungen (**Kommunisten**, Nationalsozialisten), die sich gegenseitig bekämpften, gewannen immer mehr an Einfluss. Im Jahre 1933 kam Adolf Hitler an die Macht. Die demokratische Weimarer Republik brach zusammen und die **nationalsozialistische Diktatur** nahm ihren Anfang.

## Weltbank

Die Weltbank (Bank für Wiederaufbau und Entwicklung) ist eine Organisation der **Vereinten Nationen (-> UNO / Vereinte Nationen)**. Sie wurde 1944 mit dem Ziel gegründet, den Wiederaufbau von zerstörten Städten, Brücken und Straßen nach dem **Zweiten Weltkrieg** zu unterstützen. Heute, mehr als 60 Jahre nach dem Zweiten **Weltkrieg**, gibt es die Weltbank immer noch, doch ihre Aufgaben haben sich geändert. Heute fördert sie die **wirtschaftliche** Entwicklung in vielen **Staaten** der Erde und bekämpft die **Armut** in der Welt. Sie vergibt an arme Länder **Kredite**, mit denen zum Beispiel Straßen oder Kraftwerke gebaut werden, und sie berät **Regierungen**.

Immer wieder hat es Streit darüber gegeben, ob die Weltbank die richtigen Projekte fördert. In den letzten Jahren sind die Vorschriften für die Vergabe von Geldern verändert worden. So passt die Weltbank jetzt darauf auf, dass die Projekte, für die sie Geld zur Verfügung stellt, den **Umweltschutz** berücksichtigen. Auch will sie nicht mehr mit Staaten zusammenarbeiten, in denen eine **korrupte** Regierung herrscht.

# W

## Weltgesundheitsorganisation (WHO)

In Genf, dem Sitz der Weltgesundheitsorganisation (englisch: World Health Organization, abgekürzt WHO) befindet sich in einem Saal eine Wand mit riesigen Weltkarten. Darauf sind bestimmte Gebiete als farbige Flächen eingezeichnet: Die Verbreitung von Seuchen, schweren Epidemien oder ganz neu auftretenden Krankheiten sind markiert und sie werden stets den neuesten Zahlen und Entwicklungen angepasst. Man erkennt zum Beispiel, wo Aids in Afrika und anderen Kontinenten verbreitet ist, wo es eine schwere Grippewelle in Asien gibt, wo Pest, Pocken, Cholera wieder auftreten oder auch, ob vermehrt irgendwo in der Welt die Tuberkulose ausbricht. Ständig werden alle Meldungen, Informationen und wissenschaftlichen Berichte gesammelt und die Karten aktualisiert.

Eines der Hauptziele der WHO besteht darin, für ein „Höchstmaß an Gesundheit für alle Völker“ zu sorgen. Dazu gehört vor allem die Bekämpfung von schweren Seuchen, die ganze Bevölkerungsteile bedrohen könnten. Eine wichtige vorbeugende Maßnahme dabei ist die Verbesserung der Hygiene und der sanitären Einrichtungen in vielen Ländern. Die WHO stellt dazu Beratungsprogramme und Personal bereit.

Wenn auch noch keineswegs alle Ziele erreicht wurden, so hat die WHO doch schon beachtliche Erfolge erzielt: In den Entwicklungsländern ist beispielsweise die Kindersterblichkeit zurückgegangen. Inzwischen gibt es dort auch sehr viel mehr medizinische Einrichtungen als noch vor einigen Jahre. Eines der weiteren großen Ziele der WHO ist es, das krasse Gefälle im Gesundheitswesen zwischen armen und reichen Ländern und zwischen der Stadt- und Landbevölkerung abzubauen.

Die WHO wurde 1946 gegründet. Sie ist eine Sonderorganisation der **UNO**. Ihre Regeln gelten seit dem 7. April 1948. Daher wird der Weltgesundheitstag jedes Jahr an diesem Datum begangen. Heute gehören der WHO 192 Länder an.

## Welthandelsorganisation (WTO)

Die WTO (englisch "World Trade Organisation") ist eine Organisation der **UNO**. Sie hat ihren Sitz in Genf. Wie auch die **Weltbank** und der Internationale Währungsfonds ist die WTO eine wichtige Einrichtung, die zur Regelung und Erleichterung der weltweiten **wirtschaftlichen** Zusammenarbeit geschaffen wurde. Alle zwei Jahre treffen sich die Fachminister aus den fast 150 Mitgliedsländern der WTO und beraten, wie sie zum Beispiel die Zölle im Handel zwischen den Ländern niedriger halten können oder ob die Zölle sogar ganz wegfallen können. Denn das Hauptziel aller Regelungen und Kontrollen, die die WTO beschließt, ist es, die Handelsbeziehungen möglichst frei (liberal) und einfach zu gestalten und keine Länder dabei zu benachteiligen.

Vor der Einrichtung der WTO gab es das so genannte GATT ("General Agreement on Tariffs and Trade"), ein allgemeines **Zoll-** und **Handelsabkommen**.



© Stefan Eling

# W

## Weltkrieg

Im **Krieg (-> Krieg)** versuchen **Staaten**, ihren Streit gewaltsam mit **Soldaten (-> Streitkräfte / Armee)** und Waffen zu lösen. Oft sind daran nur zwei Staaten beteiligt. Von einem "Weltkrieg" spricht man, wenn die Kämpfe zwischen vielen Staaten stattfinden und sich über die ganze Welt erstrecken. Daran sind Millionen von Menschen beteiligt. Viele furchtbare Waffen werden eingesetzt, die fast überall schwere Zerstörungen anrichten. Im letzten Jahrhundert gab es zwei große Weltkriege, den **Ersten Weltkrieg** (1914-1918) und den **Zweiten Weltkrieg** (1939-1945).

Nach solchen verheerenden Kriegen wird die Welt oft neu geordnet. Auch die Beziehungen zwischen den Staaten werden anders gestaltet. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die **UNO** gegründet, in der fast alle Staaten vertreten sind. Sie soll verhindern, dass es noch einmal zu einem Weltkrieg kommt. Auch die Anfänge der europäischen Vereinigung fallen in die Nachkriegszeit.

## Weltwirtschaftskrise

Wenn eine andauernde **Wirtschaftskrise (-> Inflation)** nicht nur auf einen **Staat** beschränkt bleibt, sondern mehrere wichtige Wirtschaftsmächte betrifft, spricht man ganz allgemein von einer „Weltwirtschaftskrise“. Eine solche **Krise** kann zum Beispiel darin bestehen, dass es in den Ländern eine hohe **Arbeitslosigkeit** gibt, die Menschen kein Geld mehr haben, um einzukaufen und auch nichts mehr hergestellt werden kann. In der Wirtschaftssprache sagt man, dass dann der Kreislauf zwischen Produktion und **Konsum** gestört ist. Es kommt zur Krise.

Wenn man in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** von der Weltwirtschaftskrise spricht, meint man damit zumeist die Zeit zwischen 1929 bis 1933. Am so genannten schwarzen Freitag, dem 25. Oktober 1929, sanken die **Werte der Aktien** weltweit fast wie im Sturzflug und es kam zu einem „Börsenkrach“. Das Geld, das viele Menschen in Aktien und Wertpapieren angelegt hatten, hatte plötzlich seinen Wert verloren. Die Krise breitete sich schnell weltweit aus und betraf insbesondere die USA und Deutschland. Auf ihrem Höhepunkt wurden rund 30 Millionen Menschen arbeitslos. Zahlreiche Firmen gingen pleite, viele Banken gingen in Konkurs. Für Deutschland brachte das große Probleme: Die **Wirtschaft** geriet in große Schwierigkeiten, viele Menschen verloren ihr Vermögen und ihren Arbeitsplatz. Und gleichzeitig gewannen die **Nationalsozialisten** immer mehr Rückhalt in der Bevölkerung. Von ihnen erhofften sich die Menschen einen Ausweg aus dem Chaos und der Arbeitslosigkeit.

## Werbung

Eine Firma hat ein neues Produkt, zum Beispiel ein neues Waschmittel hergestellt. Um damit Geld verdienen zu können, will sie natürlich, dass viele Leute das Waschmittel kaufen. Käufer müssen aber erst einmal wissen, dass es dieses neue Mittel überhaupt gibt. Es wird also dafür Werbung gemacht (früher sagte man meistens, es wird dafür "Reklame" gemacht). Die Namen und die Bilder neuer Produkte, egal ob Waschmittel, Fernseher, Computer, Sonderangebote für Kleidung oder auch Reiseangebote tauchen in Anzeigen in **Zeitungen** und Zeitschriften auf, in Katalogen, auf Plakaten und Werbetafeln (zum Beispiel bei Sportveranstaltungen), in Werbespots im Fernsehen und im Radio. Je öfter die Menschen das Bild von der Waschmittelpackung sehen, desto aufmerksamer werden sie. Beim nächsten Gang in den Supermarkt wandert das Waschmittel vielleicht schon in den Einkaufswagen. Das Ziel der Werbung wäre dann erreicht. Man könnte auch sagen, die Menschen sind beeinflusst worden, ohne dass ihnen das richtig klar war.

Es landen, wie jeder täglich merkt, auch jede Menge Werbebriefe, Prospekte und Reklamezettel im Briefkasten. Damit sollen die Käufer ganz direkt angesprochen werden. Manchmal erscheinen auch Vertreter an der Haustüre und wollen neue Kunden für eine Zeitschrift oder einen Buchclub werben. Das nennt man "Direktwerbung".

# W

## Werte / Wertewandel

Jeder Mensch hat etwas, das Wert für ihn hat, das wichtig und nützlich für ihn ist. Wenn man anfängt, das aufzuzählen, merkt man bereits, wie vielfältig die Bedeutung des Wortes „Wert“ ist. Die Wohnung, das Fahrrad und viele andere Sachen haben einen Wert. Das ist der Geldbetrag, den man beim Kauf bezahlen muss oder beim Verkauf bekommt. Das Geld selber hat auch einen Wert. Alles, was man messen kann, hat einen Wert: die Höhe eines Berges, die Entfernung zum Mond oder die Zeit, die jemand in hundert Metern läuft. Dieser Wert lässt sich in Minuten und Sekunden, in Metern, Kilometern oder auch auf andere Weise ermitteln. Man spricht dann von einem „objektiven“ Wert. Damit ist gemeint, dass dieser Wert von allen Menschen nachzuvollziehen ist, er hängt nicht von einer persönlichen Bewertung ab.

Es gibt aber viele Werte, die von der persönlichen Einschätzung eines Menschen abhängen. Dies sind so genannte subjektive Werte. Das kann Freundschaft sein, Geschmack, Schönheit und vieles andere. Solche Werte haben mit Gefühl zu tun. Man kann sie deshalb nicht genau messen. Auch die **Religion**, das gute Gewissen, die **Menschenrechte (-> Grundrechte / Menschenrechte)** und die **Verfassung** stellen Werte dar, die man nicht in Messwerte fassen kann. Wenn ihr unter dem Stichwort **Ethik** nachschaut, werdet ihr mehrere Begriffe finden, in denen „Wert“ und „Werte“ vorkommen.

Manchmal hört man auch das Wort "**Wertewandel**". Damit ist eine Veränderung gemeint, die sich über längere Zeit innerhalb einer **Gesellschaft** vollzieht. Zum Beispiel spielten früher in der Kindererziehung Gehorsam und Pflichterfüllung eine sehr wichtige Rolle. Heute haben sich die Werte gewandelt und die Erziehung zu Selbstständigkeit und Verantwortungsbewusstsein wird als besonders wichtig betrachtet. Manchmal ist es bei einem Wertewandel auch so, dass Werte wieder an Bedeutung gewinnen, die für einige Zeit als überholt angesehen wurden. So zeigen Untersuchungen, dass Jugendliche heute wieder Fleiß und Ehrgeiz als wichtig einschätzen, was eine Zeit lang eher als veraltet betrachtet wurde. Wenn sich Einstellungen und Ansichten bei vielen Menschen geändert haben, ist ein Wertewandel eingetreten. Das führt zu neuen Einstellungen, es werden **Politiker** und **Parteien** gewählt, die diese Werte vertreten und dafür sorgen, dass sich auch manche **Gesetze** ändern.

# W

## Wettbewerb / Konkurrenz

Wettbewerb gibt es in vielen Lebensbereichen: Wenn zwei oder mehrere Menschen oder **Parteien** um eine bestimmte Sache kämpfen, handelt es sich um einen Wettbewerb. Oft findet er im Sport statt. So gibt es im Fußball zum Beispiel Pokalwettbewerbe. Es gibt aber auch viele andere Wettbewerbe, wie etwa Schönheitswettbewerbe oder Mathematikwettbewerbe. Bewerber treten, wie es oft heißt, in "Konkurrenz" zueinander an. Dieses aus dem Lateinischen kommende Wort heißt nichts anderes als "Wettbewerb".

In der **Wirtschaft** bedeutet Wettbewerb, dass große und kleine Unternehmen miteinander konkurrieren. Die Firmen wollen möglichst viele Kunden gewinnen, von deren Geld sie schließlich leben. Deswegen müssen sie gute Produkte anbieten, die möglichst besser und kostengünstiger sind als die Produkte der Konkurrenten. Dann steigen ihre Chancen, dass sie die Produkte verkaufen. In der **freien Marktwirtschaft (-> Freie Marktwirtschaft)** ist dieser Wettbewerb sehr wichtig. Expertinnen und Experten sprechen davon, dass der Wettbewerb Motor für den Fortschritt und für das gute Funktionieren der Wirtschaft ist. Es heißt oft, dass Wettbewerb (Konkurrenz) das Geschäft belebt, denn die Firmen sind bestrebt, immer bessere Produkte zu entwickeln, um im Konkurrenzkampf zu bestehen. Allerdings muss der Wettbewerb, wie im Sport auch, fair sein. Es dürfen zum Beispiel keine heimlichen Preisabsprachen zwischen Betrieben stattfinden, um andere Rivalen und Mitbewerber zu bekämpfen, die dann nicht mehr mithalten können. Die so genannte Wettbewerbspolitik der **Regierung** hat daher das Ziel, freien und fairen Wettbewerb zu garantieren.



© Stefan Eling

## Widerstand / Widerstandsrecht

Viele Menschen, die in einer **Diktatur (-> Diktatur)** leben oder auch in einem Land, das von einem anderen **Staat** überfallen wurde, lehnen sich gegen die Herrschaft auf. Sie leisten Widerstand, weil sie diese Herrschaft ablehnen. Manchmal schließen sie sich mit anderen Menschen zusammen, die genauso denken und bilden eine Widerstandsgruppe. Es gibt gewaltlosen Widerstand und Widerstand, der mit Gewalt gegen Sachen und Personen verbunden ist.

In der Zeit des Nationalsozialismus gab es mehrere Widerstandsgruppen, die den Diktator Hitler und seine Macht beseitigen wollten. Sehr bekannt ist die „Weiße Rose“, die von Studenten und Studentinnen in München gegründet wurde. In einer anderen Gruppe haben sich vor allem Offiziere zusammengeschlossen. Diese Gruppe wurde bekannt unter dem Namen „20. Juli 1944“, weil der Offizier Claus Graf Schenk von Stauffenberg an diesem Tag ein **Attentat** auf Hitler verübte, das allerdings missglückte. Auch Jugendliche haben Widerstand geleistet. In Köln und im Ruhrgebiet zum Beispiel haben sie sich als so genannte Edelweißpiraten gegen die **Nationalsozialisten** aufgelehnt. Viele Widerstandskämpfer wurden entdeckt und hingerichtet.

Heute hat jeder in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** das Recht Widerstand zu leisten, wenn jemand versucht, unsere **demokratische** Grundordnung zu beseitigen. Dieses Widerstandsrecht ist in unserem **Grundgesetz** festgelegt. Aber



# W

Widerstand ist nur dann erlaubt, wenn vorher alles andere versucht wurde, um diese Gefahr für unseren Staat abzuwehren.

## Wirtschaft

Wenn die Menschen arbeiten, dann erzeugen sie sehr oft etwas. Sie bauen Autos, Maschinen, Häuser, sie nähen Kleidung, backen Brot, pflanzen Getreide oder bauen Obst an. Diese Beispiele kann man um viele andere ergänzen. Alle Bereiche zusammen, in denen Menschen etwas herstellen, bezeichnet man als Wirtschaft. Dazu gehören auch die **Dienstleistungen**. Das sind alle Tätigkeiten, wo Menschen arbeiten, aber nichts direkt hergestellt wird, also Handel, Verkehr, Banken, **Versicherungen**, Verwaltung, **Polizei** usw. Einzelbereiche der Wirtschaft sind zum Beispiel die Landwirtschaft oder Bauwirtschaft, der Bergbau, die Autoindustrie oder die Nahrungsmittelwirtschaft.

In der Wirtschaft regelt einerseits die Nachfrage das Angebot: Je mehr Menschen eine Ware haben wollen, also eine Ware nachfragen, desto mehr wird diese Ware auch produziert und angeboten. Wenn viele Leute eine bestimmte Jeans-Marke haben wollen, dann werden die Hersteller von Jeans dafür sorgen, dass man diese Jeans möglichst schnell kaufen kann.

Andererseits wird die Nachfrage auch durch Angebote geweckt. Wenn zum Beispiel ein neues Computerspiel entwickelt wurde und auf dem Markt ist, soll es auch nachgefragt werden. Die Menschen werden dann vor allem über die **Werbung** zum Kauf angeregt. Wenn aber ein Produkt nicht mehr nachgefragt wird, die Autos einer bestimmten Marke also keine Käufer mehr finden, dann werden sie auch nicht mehr gebaut. Sie werden also nicht mehr angeboten.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Wirtschaft eines Landes dafür sorgen muss, dass die Menschen die Güter und Dienstleistungen erhalten, die sie brauchen.

Die **Wirtschaftsordnung** in **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**) ist die **soziale Marktwirtschaft**.

## Wirtschaftskreislauf

Deine Eltern kaufen ein Auto. Das klingt ganz einfach, aber was passiert da genau? Deine Eltern tauschen ihr Geld gegen eine Sache ein, die in einer Fabrik hergestellt wurde. Das Geld für das Auto haben deine Mutter, dein Vater vorher – das ist der normale Fall - durch ihre Arbeit auf einer Arbeitsstelle verdient.

So funktioniert es viele tausend Mal: Die Unternehmen bezahlen für die Arbeitskraft der Menschen. Diese wiederum bezahlen mit ihrem Verdienst die Güter des täglichen Lebens, die in vielen Unternehmen (in unserem Fall die Autofirma) hergestellt werden.

Es hat sozusagen ein Austausch zwischen den Unternehmen und den privaten Haushalten stattgefunden. Das lässt sich grafisch in einem Kreis darstellen und das Ganze nennt man den „einfachen Wirtschaftskreislauf“.

Wenn man den „erweiterten Wirtschaftskreislauf“ darstellt, werden noch andere Dinge mit einbezogen. In den Haushalten wird natürlich nicht das ganze Einkommen für den **Konsum** ausgeben, sondern Teile des Geldes werden zur Bank gebracht. Die Banken verleihen das Geld an Firmen, die wiederum neue Maschinen anschaffen können. Beim erweiterten Wirtschaftskreislauf werden vor allem also die Geldumläufe in einer **Volkswirtschaft** berücksichtigt. Dazu zählen auch **Steuern**, Schulden, **Versicherungen** und anderes, das mit **Finanzen** zu tun hat. Diese **wirtschaftlichen** Abläufe sind sehr kompliziert, weil auch die Geschäfte des **Staates** mit dem Ausland dabei eine Rolle spielen.

# W

## Wirtschaftsordnung

Ein **Staat (-> Staat)** hat bestimmte Regeln und Normen, nach denen seine **Wirtschaft (-> Wirtschaft)** funktioniert. Das kann eine Wirtschaftsordnung sein, die von einer zentralen Stelle aus gesteuert wird. Dies nennt man **Zentralverwaltungswirtschaft**. Wenn die Wirtschaft nicht zentral gesteuert wird, sondern das Prinzip von **Angebot und Nachfrage (-> Freie Marktwirtschaft)** gilt, der Markt sich also selbst regulieren soll, handelt es sich um eine marktwirtschaftliche Ordnung. Eine solche Wirtschaftsordnung gibt es in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** (bei uns heißt sie **soziale Marktwirtschaft**) und in vielen anderen **demokratischen** Staaten. Diese beiden Systeme können sich auch mischen, das heißt, Teile der Wirtschaft werden zentral gelenkt, andere sind nach Angebot und Nachfrage organisiert. Die Wirtschaftsordnung (man sagt auch Wirtschaftsverfassung) bestimmt, wie das Wirtschaftsleben eines Landes geregelt ist, nach welchen **Gesetzen** sich die wirtschaftlichen Aktivitäten richten müssen. Das Ziel aller Wirtschaftsordnungen ist es dafür zu sorgen, dass alle Menschen in einem Land genug zum Leben und möglichst ein gutes Auskommen haben.

## Wirtschaftspolitik

Als "Wirtschaftspolitik" werden alle Maßnahmen und Aktivitäten des **Staates** bezeichnet, die das Ziel haben, das Wirtschaftsleben zu steuern, zu beeinflussen und zu ordnen. Grundlage der Wirtschaftspolitik ist die **Wirtschaftsordnung** des Staates. In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** ist das die **soziale Marktwirtschaft**. Ihre Ziele sind unter anderem die Erhöhung des Wohlstandes durch Wachstum der **Wirtschaft (-> Wirtschaft)** bei möglichst stabilen Preisen. Wirtschaftspolitik sollte auch dafür sorgen, dass die meisten Menschen Arbeit haben und es keine **Konflikte** mit den **Volkswirtschaften** anderer Länder gibt.

## Wirtschaftsstandort

Das ist der Ort, an dem eine Fabrik Güter produziert. Wenn zum Beispiel in der Nähe eine große Stadt ist, in der das, was die Fabrik herstellt, auch verkauft werden kann, dann ist dieser Ort ein guter Standort für das Unternehmen. Oder es ist ein Bahnhof, ein Hafen oder ein Flugplatz in der Nähe, dann kann das, was produziert wird, sagen wir Autos, schnell in alle Richtungen transportiert werden. Das Unternehmen hat dann ebenfalls einen guten Standort.

Die Bedeutung des Begriffs „Wirtschaftsstandort“ hat sich in den letzten Jahren etwas gewandelt. Heute ist damit oft ein ganzes Land gemeint oder sogar mehrere Länder und Regionen, wo es gute Bedingungen gibt, damit sich kleine, mittlere und große Firmen und Konzerne ansiedeln können. Solche guten Bedingungen können zum Beispiel niedrige **Steuern** oder ein besonders gutes Straßennetz oder gute Eisenbahnverbindungen sein. Vielleicht gibt es dort auch gut ausgebildete Arbeiter oder die Löhne sind niedriger als anderswo. Auf jeden Fall müssen an einem guten Wirtschaftsstandort die Firmen selbst auch gute Verdienstmöglichkeiten haben.

Die Entscheidung für den richtigen Wirtschaftsstandort ist für ein Unternehmen sehr wichtig. Die Firma soll sich zumeist über längere Zeit an einem Ort gut entwickeln können, sie soll gute Möglichkeiten haben, ihre Produkte verkaufen zu können. Man nennt die Bedingungen, nach denen entschieden wird, ob ein Platz gut oder schlecht ist, in der Fachsprache der **Wirtschaft** „Standortfaktoren“.

# W

## Wohlfahrtsverband

Das Wort "Wohlfahrt" wird aus dem alten mittelhochdeutschen Wort "wolvarn" abgeleitet. Es bedeutete soviel wie "Wohlergehen" eines Einzelnen oder einer Gemeinschaft. Eine wichtige Aufgabe des Staates ist es, für das Wohlergehen seiner Bürger zu sorgen. Aber nicht nur der Staat kümmert sich um das Wohlergehen seiner Bürgerinnen und Bürger. Auch nicht-**staatliche** Organisationen übernehmen solche Aufgaben. Dies sind zum Beispiel die Wohlfahrtsverbände. Sie sind **politisch** unabhängig, manche von ihnen arbeiten auf kirchlicher Grundlage. Sie organisieren und leisten Arbeit, die für die **Gesellschaft** wichtig und nützlich (gemeinnützig) ist. Dazu gehören unter anderem Jugendarbeit, Arbeit in der Altenpflege, Hilfe für **Behinderte** oder für Suchtgefährdete. Teilweise werden diese Verbände von den Behörden mit Aufgaben betraut und bekommen dafür staatliche Unterstützung. Oft sind sie auf Spenden oder die Beiträge ihrer Verbandsmitglieder angewiesen. Die größten Wohlfahrtsverbände in **Deutschland** (-> **Bundesrepublik Deutschland**) sind der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) und die Arbeiterwohlfahrt (AWO), das Deutsche Rote Kreuz (DRK), das Diakonische Werk, der Deutsche Caritasverband sowie die Zentralwohlfahrtsstelle der **Juden** in Deutschland.

## Wohngeld

Familien und Einzelpersonen können in Deutschland vom **Staat** Wohngeld bekommen. Dafür gibt es bestimmte Voraussetzungen, die im Sozialgesetzbuch festgelegt sind. Zunächst muss man einen Antrag auf Wohngeld stellen (dafür sind ziemlich viele Unterlagen nötig). Ob ein Antrag genehmigt wird und wieviel Wohngeld man erhält, hängt zum Beispiel von der Höhe des Familieneinkommens ab und ob damit die Miete bezahlt werden kann. Die Anzahl der Familienmitglieder im Haushalt spielt auch eine Rolle. Wichtig ist zudem, wieviel Miete man zahlen muss. Insgesamt werden in der **Bundesrepublik Deutschland** über drei Millionen Haushalte mit Wohngeld unterstützt. Im Durchschnitt sind das derzeit **127 Euro** pro Monat.

Übrigens: Es ist für Schüler und Studenten viel schwieriger als für andere, Wohngeld zu bekommen. Schon gar nicht, wenn bei den Eltern zu Hause noch genügend Platz ist.

## Würde / Menschenwürde

Jeder Mensch, ganz gleich, wo er her kommt, wie alt er ist, welches Geschlecht er hat, ob er **arm** ist oder reich, welcher **Religion** er hat, wie er aussieht oder welche Taten er begangen hat, hat seine Bedeutung und seinen Wert. Er hat seine ganz eigene Würde, die sich aus seinem Menschsein ableitet. Er muss geachtet werden, er darf nicht wie eine leblose Sache behandelt oder verachtet werden. Diese Menschenwürde muss geschützt werden. In unserem **Grundgesetz** ist das daher schon im ersten Satz festgeschrieben: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller **staatlichen** Gewalt.“

# Z

## Zahlungsbilanz

Unser Land schließt im Laufe einer bestimmten Zeit eine Menge Geschäfte mit anderen Ländern ab. Viele Waren gehen hin und her, werden verkauft oder eingekauft. Das können Autos sein, Maschinen, Öl, wertvolles Holz und andere **Rohstoffe (-> Energiepolitik)**. Es wird sehr viel Geld für die Waren gezahlt, die nach **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** geliefert werden und auch viel Geld eingenommen für Waren, die verkauft werden. Alle diese Zahlungen werden wie bei Geschäftsleuten in einer ordentlichen Bilanz (Übersicht) aufgeschrieben, das heißt, links steht das, was man einnimmt und rechts stehen die Zahlungen, die geleistet werden. Nach dem Zusammenrechnen steht unterm Strich, ob Geld in dieser Zeit übrig geblieben ist oder ob für das Land noch Schulden offen stehen.

Was hier mit dem Austausch von Waren beschrieben wurde, ist nur ein Teil der Zahlungsbilanz eines Staates und heißt "Handelsbilanz". Zur Zahlungsbilanz rechnet man aber auch noch andere Bilanzen. Zum Beispiel gehört die Dienstleistungsbilanz dazu, in der die Leistungen im Reiseverkehr, im Transport- oder Telekommunikationswesen erfasst werden, welche die **Staaten** gegenseitig erbringen und bezahlen. Eine Reihe von verschiedenen Posten, mit denen sich die Spezialisten beschäftigen, wird in der monatlichen, halbjährlichen oder jährlichen Zahlungsbilanz aufgeführt. Auf jeden Fall kann man am Ende eines bestimmten Zeitraumes, wenn alles zusammen gerechnet ist und gegenüber gestellt wurde, sehen, ob ein Land in seiner Bilanz im Minus oder im Plus steht.

## Zeitung

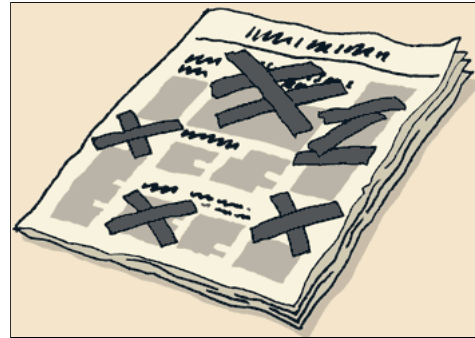
Jeder von euch hat sie schon mal in der Hand gehabt. Ihr habt nach den neuesten Sportnachrichten gesucht oder habt nachgesehen, ob Bilder von eurem Schulfest drin sind. Oder ihr habt euch für die Seiten mit der **Politik** interessiert oder für Neuigkeiten aus aller Welt (Katastrophen, Verkehrsunfälle, Klatsch und Tratsch aus der Promi-Welt). An dieser kleinen Aufzählung kann man schon sehen, was alles in der Zeitung zu finden ist. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer Zeitung arbeiten für die verschiedenen Abteilungen, die man "**Ressorts**" nennt: zum Beispiel für die Politik, für die **Kultur**, für den Sport und so weiter. Viele Artikel und **Nachrichten**, die in der Zeitung stehen, werden von Agenturen und Journalisten und **Journalistinnen** aus aller Welt geliefert. Wenn man eine Zeitung abonniert, also für eine längere Zeit im Voraus kauft, dann kommt sie regelmäßig ins Haus. Man kann viele Zeitungen auch am Kiosk kaufen. Die meisten Zeitungen kann man jeden Tag kaufen (Tageszeitungen), einige nur einmal in der Woche (Wochenzeitungen). Manche Zeitungen kann man nur in einer bestimmten Stadt oder Gegend kaufen. Dann nennt man sie "Regionalzeitung". Andere Zeitungen sind in ganz **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** zu haben, das sind die überregionalen Zeitungen. In fast allen Zeitungen stehen auch Anzeigen, die für bestimmte Dinge (Autos, Geschäfte, Reisen usw.) werben. Auch Privatleute können Anzeigen in die Zeitung setzen lassen, wenn sie zum Beispiel eine Wohnung suchen, etwas verkaufen oder kaufen wollen. Manche zeigen eine Hochzeit an oder geben bekannt, dass jemand gestorben ist. Diese Anzeigen kosten in den allermeisten Fällen Geld. Von diesem Geld und dem, was die Käufer für die Zeitung bezahlen, wird die Herstellung der Zeitung bezahlt. Zeitungen können in privatem Besitz sein oder sie sind Eigentum von **Gesellschaften** oder großen Verlagen.

Übrigens: Die erste Tageszeitung in Deutschland erschien 1650 in Leipzig und hieß „Einkommende Zeitung“.

# Z

## Zensur

Was Zensuren sind, wisst ihr alle: gute oder schlechte Noten, also Bewertungen für schulische Leistungen. Es gibt in undemokratischen Staaten auch eine Zensur der **Medien**. Darunter versteht man, dass eine staatliche Behörde alles kontrolliert, was in Büchern, **Zeitungen** und Zeitschriften stehen soll, was die Menschen im Fernsehen, in Filmen oder auf der Theaterbühne sehen dürfen und was nicht. Zweck dieser **staatlichen** Zensur ist es, dass die Bürger nur das erfahren, was die **Regierung** mitteilen will. Texte oder Bilder, die zum Beispiel die Regierung kritisieren, werden aus den Zeitungen oder Filmen herausgestrichen. Oder sie werden so verändert, dass die Kritik nicht mehr



© Stefan Eling

zu erkennen ist. Mit dieser Zensur soll die Meinung der Menschen beeinflusst werden. Wenn sie nichts über Probleme in einem Staat lesen oder im Fernsehen sehen können, dann denken sie vielleicht, es sei alles in Ordnung. In undemokratischen Staaten, vor allem in **Diktaturen**, gibt es oft ein eigenes **Ministerium (-> Ressort)**, das für die so genannte Vorzensur zuständig ist. Von diesem Ministerium muss alles erst genehmigt werden, bevor es veröffentlicht werden darf. In der Nachzensur kann ein Film oder ein Theaterstück, wenn es den Herrschenden nicht gefällt, ganz verboten werden.

In **demokratischen** Staaten wie der **Bundesrepublik Deutschland** ist die **Presse- und Meinungsfreiheit (-> Pressefreiheit)** garantiert. In Artikel 5 des **Grundgesetzes** heißt es ausdrücklich: „Eine Zensur findet nicht statt“. Allerdings kann es Fälle geben, wo doch eine Zensur stattfindet. Wenn zum Beispiel ein Text oder ein Film gegen das Grundgesetz oder Bestimmungen des Jugendschutzes verstoßen, kann die Veröffentlichung verboten werden.

## Zentralismus

Mit Zentralismus ist eine **politische** Ordnung gemeint, in der die gesamte Macht auf eine oder nur wenige **staatliche** Stellen ausgerichtet ist. Diese Macht wird von einem Ort aus ausgeübt oder auch von nur einer Person. Dies war zum Beispiel im **Absolutismus** der Fall. Auch eine politische Organisation, etwa eine Partei, kann von einer Zentrale aus sämtliche Fäden der Staatsmacht in der Hand halten. Dies war bei der **Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)** der Fall, welche die Macht in der **DDR** ausübte, und neben der andere **Parteien** keine Rolle spielten. Der Zentralismus hat das Bestreben, die Selbstständigkeit von einzelnen Regionen und Gruppierungen innerhalb des Staates einzuschränken; möglichst alles soll von der „Zentrale“ aus bestimmt werden. Insofern steht Zentralismus im Gegensatz zum Föderalismus, wie er in **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** mit seinen starken, selbstständig regierten Bundesländern besteht.

# Z

## Zentralverwaltungswirtschaft / Planwirtschaft

In der **Marktwirtschaft (-> Freie Marktwirtschaft)** herrscht, wie ihr hier im Lexikon nachlesen könnt, das Prinzip von Angebot und Nachfrage. Ein ganz anderes Wirtschaftssystem ist die Zentralverwaltungswirtschaft, die auch "Planwirtschaft" genannt wird. In der Planwirtschaft werden alle Wirtschaftsvorgänge zentral von der **Regierung** nach einem Plan gesteuert. Diese Planstelle muss schätzen, was in der Bevölkerung vermutlich benötigt wird. Sämtliche Güter und **Dienstleistungen**, auch die Preise und Löhne werden dann von einer Zentrale in einem Gesamtplan festgelegt. Nach diesem Plan muss sich die **Wirtschaft (-> Wirtschaft)** richten. Dieser Plan, der viele Einzelpläne enthält, gilt für einen bestimmten Zeitraum. Die Planwirtschaft kann nur sehr langsam auf wirtschaftliche Veränderungen und die Bedürfnisse der Bevölkerung reagieren. Auch im Handel mit anderen **Staaten** hat sich gezeigt, dass die Planwirtschaft im Vergleich zur Marktwirtschaft nur sehr viel langsamer reagieren kann.

In vielen **sozialistischen (-> Sozialismus)** Ländern gab es diese zentral gelenkte Planwirtschaft. Sie wurde Ende der 1980er Jahre fast überall reformiert oder abgeschafft, als die **kommunistischen** Regierungssysteme in Osteuropa zusammenbrachen. Seither findet dort ein Übergang zur Marktwirtschaft statt, was in einigen dieser Länder lange dauert und wegen des ungewohnten harten **Wettbewerbs** nicht ohne Probleme ist.

## Zinsen /Leitzins

Das Wort kommt aus dem lateinischen „census“, das heißt „Abgabe“. Wer sich bei der Bank Geld leiht, also einen **Kredit** aufnimmt, muss das Geld in einem bestimmten Zeitraum zurückzahlen. Außerdem muss er noch eine Abgabe leisten, also Zinsen dafür zahlen, dass ihm die Bank zeitweise das Geld überlässt. Die Zinsen sind also der Preis des Geldes, der gezahlt werden muss, damit man Geld geliehen bekommt. Mit dem Wort „Zins“ sind noch eine Reihe von Spezialbegriffen verbunden. Die wichtigsten sind die „Sollzinsen“ und die „Habenzinsen“. Die Sollzinsen zahlt man an die Bank, wenn man einen Kredit bekommt. Die „Habenzinsen“ bekommt man von der Bank, wenn man Geld auf seinem Sparkonto eingezahlt hat.

Manche werden schon festgestellt haben, dass die Höhe der Zinsen schwankt. Mal ist ein Kredit um ein viertel Prozent teurer, dann wieder bekommt man für das Sparguthaben weniger als noch vor einem Jahr. Dies alles hängt vom so genannten Leitzins ab. Diesen legt die Europäische Zentralbank (**EZB (-> Europäische Zentralbank)**) fest. Der Leitzins bestimmt, wie viele Zinsen die Banken bezahlen müssen, wenn sie sich bei der **Bundesbank (-> Deutsche Bundesbank)** Geld leihen. Und so ist der Leitzins auch dafür entscheidend, wie hoch die Zinsen sind, die wir für einen Kredit zahlen müssen.

Warum ändert sich der Leitzins immer wieder? Vereinfacht gesagt: Die Höhe des Leitzinses, den die einzelnen Banken (Fachbegriff „Geschäftsbanken“) an die Zentralbank zu zahlen haben, ist deshalb unterschiedlich, weil auch beim Bankgeschäft, bei den Krediten, der Grundsatz von **Angebot und Nachfrage (-> Freie Marktwirtschaft)** gilt. Wenn die einzelnen Kunden also sehr viel Geld haben wollen, wird das den Leitzins und damit auch die Sollzinsen für die Privatkunden erhöhen. Aber für die Erhöhung oder Senkung des Leitzinses spielen auch andere Dinge eine Rolle. So ist zum Beispiel eine wichtige Aufgabe der EZB darauf zu achten, dass der **Euro** stabil bleibt. Und um das zu erreichen kann es wichtig sein, den Leitzins zu erhöhen oder zu senken. Eine wichtige Aufgabe ist es auch, darauf zu achten, dass die **Wirtschaft** gut funktioniert. Dafür kann es dann durchaus auch einmal wichtig sein, den Leitzins zu senken, um das Geld billiger zu machen oder genauer gesagt, um die Kreditaufnahme billiger zu machen.

# Z

## Zionismus

Zion war, so steht es im Alten Testament, der Name eines Hügels, der im Südosten von Jerusalem lag. Später wurde der Name "Zion" gleichbedeutend mit Jerusalem gebraucht. Als im 19. Jahrhundert viele **Juden** in Osteuropa von anderen Menschen, die dort wohnten, bedroht wurden, also Opfer von **antisemitischen** Angriffen wurden, entstand als Antwort darauf der Zionismus. Hauptbegründer war Theodor Herzl (1860-1904), der auch der Präsident des 1. Zionistischen Weltkongresses 1897 wurde. Das oberste Ziel der zionistischen Bewegung war die Rückführung der in aller Welt lebenden Juden in das Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordan. Dies war für die Zionisten das ursprüngliche Heimatland der Juden, hier wollten sie sich niederlassen und einen eigenen **Staat** gründen. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts begannen viele jüdische Einwanderer mit dem Bau jüdischer Siedlungen in dieser Region. Immer wieder gab es Streit mit der arabischen Bevölkerung, die dort lebte. Während und nach dem **Zweiten Weltkrieg** sind viele Juden, die den **Holocaust** überlebt hatten, nach Israel gezogen, um dort zu leben. 1948 wurde der Staat Israel gegründet, der von Beginn an von den meisten Arabern, die in dem Gebiet wohnten, nicht anerkannt wurde. Bis heute ist das Problem des Zusammenlebens von Juden und Arabern nicht gelöst.

## Zivilcourage

Was würdet ihr tun, wenn jemand in eurer Nähe auf dem Schulweg grundlos angegriffen wird? Viele Leute machen da gar nichts, greifen nicht ein, holen auch keine Hilfe. Weil sie selbst Angst haben, gucken sie lieber weg. Manchmal gibt es aber doch Menschen, die mutig dazwischen gehen oder andere bitten, dem Angegriffenen zu Hilfe zu kommen. Das sind Menschen mit Zivilcourage. **Zivil** stammt von dem lateinischen Wort "civis" ab und heißt "Bürger". "Courage" ist französisch und bedeutet "Mut" oder "Beherztheit". Es hat also auch etwas mit dem Herzen zu tun, wenn man für seine Überzeugung öffentlich eintritt.



© Stefan Eling

Aber Zivilcourage zeigt sich nicht erst, wenn man bei Schlägereien hilft. Das fängt schon früher an. Das kann zum Beispiel sein, wenn man für einen Außenseiter in der Klasse Partei ergreift, auch wenn man dann von den anderen ausgelacht wird. Oder wenn man deutlich seine Meinung dagegen sagt, wenn zum Beispiel miese Witze über Ausländer oder kranke Menschen erzählt werden.

Manchmal hat man Angst, ganz alleine da zu stehen, wenn man einem anderen hilft. Oftmals zeigt sich aber, dass nur einer den Anfang machen muss. Ihr habt das sicher schon erlebt, dass sich dann auf einmal auch andere, die vielleicht nicht ganz so mutig sind, trauen, sich mit den Schwächeren zu solidarisieren.

Zivilcourage heißt aber keineswegs, dass man immer selbst dazwischen gehen muss, wenn es Streit gibt. Vor allem, wenn man sich selbst verletzt würde und damit keinem hilft, ist es viel vernünftiger, Hilfe zu holen oder die **Polizei** zu benachrichtigen.

# Z

## Zivildienst

Im **Grundgesetz** wird jedem Wehrpflichtigen das Recht auf Kriegsdienstverweigerung garantiert, wenn er aus Gewissensgründen den Kriegsdienst als **Soldat (-> Streitkräfte / Armee)** nicht leisten will. Der Wehrpflichtige (das sind nur Männer, da Frauen ja nicht der **Wehrpflicht (-> Wehrdienst / Wehrpflicht)** unterliegen), muss diese Gewissensgründe vor dem Bundesamt für Zivildienst darlegen. Wenn die Gründe anerkannt werden, muss der Verweigerer zwar nicht den normalen Wehrdienst, aber einen Ersatzdienst, nämlich den so genannten Zivildienst leisten. Dieser Zivildienst dauert derzeit länger als der Grundwehrdienst, nämlich zehn Monate. Die Männer arbeiten in dieser Zeit meist in Krankenhäusern, Altenheimen und anderen ähnlichen Einrichtungen.

## Zivilisation

Steinzeitmenschen vor vielen tausend Jahren hatten ein hartes Leben. Sie mussten für alles, was sie brauchten, selber sorgen. Für ihre Nahrung erlegten sie Tiere mit Steinen und Stöcken und mit selbst hergestellten Waffen. Gegen Kälte schützten sie sich mit Kleidung, die sie aus Tierfellen herstellten. Jede kleine Krankheit konnte lebensgefährlich sein. Die Menschen lebten in kleinen Gruppen, eine große geordnete **Gesellschaft** mit Regeln, die für viele tausend Menschen gelten, gab es nicht.

Woran liegt es, dass unsere heutige Welt ganz anders aussieht als die Welt unserer Vorfahren? Wissenschaft und Technik haben im Laufe der Zeit viele Neuerungen hervorgebracht, die das Leben der Menschen verändert haben. Die medizinische Versorgung ist besser geworden, die Nahrung ist reichhaltiger, die Menschen leben länger. Wir wohnen geschützt in Häusern und können in Schulen und Universitäten eine Menge lernen, um



© Stefan Eling

wiederum wissenschaftliche und technische Neuerungen hervorzubringen. Wir leben in einer geordneten Gesellschaft, wo jede Bürgerin und jeder Bürger Rechte und Pflichten hat. Und auch für den Umgang der Menschen miteinander gibt es bestimmte Regeln, die dazu beitragen sollen, in dieser Welt zurecht zu kommen.

Mit "Zivilisation" bezeichnet man unsere Lebensumstände, die ein Ergebnis des Fortschritts in Wissenschaft, Technik und Denken in den vergangenen Jahrhunderten sind. Allerdings haben nicht alle Länder der Erde an den Fortschritten gleichermaßen teilhaben können. Dies trifft beispielsweise auf viele Entwicklungsländer zu. Die Zivilisation bringt nicht immer nur Gutes hervor. So spricht man zum Beispiel von „Zivilisationskrankheiten“, die durch falsche Ernährung oder zu wenig Sport entstehen. Der Begriff "Zivilisation" stammt von dem lateinischen Wort "civis" ab, was "Bürger" bedeutet.



# Z

## Zivilist

In diesem Wort steckt das lateinische "civis" oder "civilis". Das bedeutet "Bürger" oder "bürgerlich". Ein Zivilist gehört im Gegensatz zum **Soldaten (-> Streitkräfte / Armee)** keiner **Armee (-> Streitkräfte / Armee)** an. Er trägt keine militärische Uniform, seine Kleidung ist "zivil". In Meldungen, die über Kriegshandlungen berichten, hört man oft den Satz: Unter den Opfern waren auch zahlreiche Zivilisten. Damit soll gesagt werden, dass Menschen gestorben sind, die nicht als Soldaten gekämpft haben, die keine Waffen trugen, die sich nicht verteidigen konnten und wehrlos waren.

Es gibt viele Worte oder Wortverbindungen, in denen "Zivil" vorkommt. Einige davon findet ihr im Lexikon: **Zivildienst, Zivilisation, Zivilcourage**.

## Zoll

In alten Berichten beklagen sich Reisende, dass sie, wenn sie mit dem Schiff unterwegs waren oder in der Kutsche durch das Land reisten, oft angehalten wurden, um einen so genannten Brückenzoll oder Wegezoll zu bezahlen. In früheren Jahrhunderten war das Land aufgeteilt in viele kleine **Staaten**. Jeder Landesherr verlangte an den Grenzen Abgaben (denn nichts anderes heißt das aus dem Griechischen kommende Wort "Zoll"). Reisende mussten für die Nutzung der Straßen und Brücken bezahlen, Händler mussten Abgaben für die Waren bezahlen, die sie mit sich führten. Heute spielen der Wege- und Brückenzoll nicht mehr so eine große Rolle wie in früheren Jahrhunderten. Eine Ausnahme ist die Autobahn- oder Tunnel-**Maut**.

Zoll muss aber nach wie vor für die Einfuhr, Ausfuhr oder die Durchfuhr (auch Transit genannt) von Waren bezahlt werden. Empfänger des Zolls ist das jeweilige Land, das die Ware passieren soll. In **Deutschland (-> Bundesrepublik Deutschland)** hat nur der **Bund** das Recht, diese Abgabe zu erheben, nicht aber die Bundesländer oder die **Gemeinden**. Im Wesentlichen wird zwischen zwei Arten von Zoll unterschieden: Finanzzoll auf Waren, der ähnlich wie **Steuern** dem Staat Einnahmen bringen soll, und Schutzzoll für Waren, die in das Land eingeführt werden. Dieser Schutzzoll soll die einheimische **Wirtschaft** schützen. Durch den Zoll werden die ausländischen Waren teurer, denn die Kosten für den Zoll werden auf den Preis für die Waren aufgeschlagen. So können dann die einheimischen Waren mit den ausländischen Waren besser **konkurrieren (-> Wettbewerb / Konkurrenz)**.

Seit vielen Jahren gibt es Bemühungen, Zölle immer mehr abzubauen, um den internationalen Handel zu erleichtern. Dies ist vor allem eine Forderung der ärmeren Länder, die auf diese Weise besser am **Welthandel** teilnehmen könnten.

Mit „Zoll“ bezeichnet man auch eine alte deutsche Längeneinheit von etwa 2,2 bis 3 Zentimetern. Das Wort mit dieser Bedeutung stammt aus dem Mittelhochdeutschen und hieß so viel wie "abgeschnittenes Holz" – daher auch der Begriff "Zollstock".

## Zweiter Weltkrieg

Der Zweite **Weltkrieg** dauerte von 1939 bis 1945. Er begann am 1. September 1939, als deutsche Truppen das benachbarte Polen überfielen. Die **Nationalsozialisten**, die in Deutschland unter der Führung des **Diktators** Adolf Hitler die Macht erlangt hatten, wollten, dass Deutschland wieder groß und mächtig wurde. Sie wollten die Bestimmungen des **Versailler Friedensvertrages (-> Erster Weltkrieg)**, der nach dem Ersten Weltkrieg die Macht Deutschlands begrenzte, nicht mehr akzeptieren. Polen war das erste Land, das von den deutschen Truppen besetzt wurde.

Deutschland war mit Italien und Japan verbündet (man nannte sie die „Achsenmächte“). Die Gegner der Achse waren vor allem Großbritannien, Frankreich, die Sowjetunion und die USA. Insgesamt waren an diesem weltweit geführten Krieg 27 Nationen beteiligt. In Europa waren fast alle Länder von dem Kriegsgeschehen direkt betroffen. Zunächst gelang es den deutschen Truppen, die meisten europäischen Länder zu erobern. Doch besiegen

## Z

konnte es seine Gegner nicht. Im Jahr 1941 traten die USA in den Krieg gegen Deutschland ein. Zusammen mit den anderen Verbündeten (Alliierten) befreiten sie die Gebiete, die von den deutschen **Armeen (-> Streitkräfte / Armee)** besetzt worden waren. Die deutschen Truppen wurden besiegt. Der Diktator beging am 30. April 1945 in Berlin Selbstmord. Deutschland kapitulierte (gab auf) und am 9. Mai 1945 trat ein Waffenstillstand in Kraft. Doch damit war der Zweite Weltkrieg noch nicht beendet. Japan hatte in Asien Krieg gegen die USA geführt. Erst Anfang September 1945 gab die japanische **Regierung** auf, nachdem amerikanische Bomber Atombomben auf die japanischen Großstädte Hiroshima und Nagasaki abgeworfen hatten. Viele hunderttausend Menschen waren dabei getötet oder schwer verletzt worden.

Insgesamt hat der Zweite Weltkrieg über 60 Millionen Tote gefordert. Mehr als 6 Millionen **Juden** sind von den Deutschen ermordet worden. **Sinti und Roma (-> Nationale Minderheit)** und andere **Minderheiten** sind verfolgt und getötet worden.

Deutschland, das den Krieg verloren hatte, wurde zunächst von den Truppen der Siegermächte Sowjetunion, Großbritannien, USA und Frankreich besetzt. Dann kam es zur Teilung des Landes in die **Bundesrepublik Deutschland** und die **DDR**. Eine Folge des **Krieges** war auch die Aufteilung **Europas** in zwei Machtblöcke unter der Führung der USA und der Sowjetunion. Diese Nachkriegsordnung ging erst 1990 mit dem Zusammenbruch der DDR und der Sowjetunion zu Ende.